

Stand: 18.05.2024 19:25:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/95

"Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (2. Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2008)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/95 vom 02.12.2008
2. Plenarprotokoll Nr. 6 vom 03.12.2008
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/131 des HA vom 09.12.2008
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/148 des HA vom 11.12.2008
5. Beschluss des Plenums 16/169 vom 16.12.2008
6. Beschluss des Plenums 16/170 vom 16.12.2008
7. Plenarprotokoll Nr. 8 vom 16.12.2008
8. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 19.12.2008

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008
(2. Nachtragshaushaltsgesetz – NHG – 2008)**

Gesetzentwurf

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008

(2. Nachtragshaushaltsgesetz – NHG – 2008)

A. Problem

- Der Haushaltsplan 2007/2008 wurde gemäß Art. 12 BayHO als Zweijahreshaushalt aufgestellt. Für das Jahr 2008 wurde ein Nachtragshaushalt aufgestellt. Seit der Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2008 im Landtag am 16. April 2008 haben sich Änderungen ergeben, denen durch die Aufstellung eines zweiten Nachtragshaushaltsplans 2008 Rechnung zu tragen ist.

Die Lage auf den internationalen Finanzmärkten hat sich in den vergangenen Wochen seit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers und den daraus resultierenden Folgeereignissen erheblich verschärft. Auch die Stabilisierungsbemühungen der Notenbanken und Regierungen haben die Krise nicht substantiell beruhigt. Hinzu kommt der Beginn einer Rezession in der Gesamtwirtschaft, deren Vorboten und Auswirkungen sich bereits jetzt in den Rating-Einstufungen der Unternehmen niederschlagen. Wie viele andere Banken weltweit, blieb auch die BayernLB von diesen katastrophalen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gerade in den letzten Wochen nicht verschont. So sind die Risiken aus dem Kreditgeschäft in den letzten Wochen massiv gestiegen; dies schlägt sich nach den Regelungen von Basel II auch in einem erhöhten Eigenkapitalbedarf nieder. Hinzu kommen weitere Belastungen des Eigenkapitals aus der negativen Wertentwicklung des ABS-Portfolios der Bank. Hinzu kommt außerdem die Notwendigkeit zur Erreichung einer in Zeiten der Krise wettbewerbsfähigen Kernkapitalquote. Der Kapitalbedarf der Bayerischen Landesbank summiert sich nach deren aktuellen Berechnungen auf 10,0 Mrd. €. Darüber hinaus bedarf es einer Änderung der im Rahmen des ersten Nachtragshaushalts 2008 in Art. 8 Abs. 13 ausgebrachten Garantieermächtigung.

- Die Krise der Bayerischen Landesbank belastet mittelbar auch die bayerischen Sparkassen. Zu einer Deckung des Kapitalbedarfs der Bayerischen Landesbank und einer Beteiligung an der Absicherungsmaßnahme entsprechend der Anteilsquote sind sie nicht in der Lage.

B. Lösung

- Vorstehenden Entwicklungen wird durch einen zweiten Nachtragshaushaltsplan 2008 Rechnung getragen. Alle Veränderungen werden dabei in einem Gesamtband (2. Nachtragshaushalt 2008) dargestellt.
- Das Haushaltsvolumen entwickelt sich dabei wie folgt (in Millionen Euro):

	2007	2008		
		Bisher	Änderung	Neu
Formales Ausgabevolumen	35 986,8	39 026,8	+ 10 000,0	49 026,8
abzüglich besondere Finanzierungsvorgänge ¹	- 230,7	- 988,1	—	- 988,1
verbleibt bereinigtes Ausgabevolumen in der bundeseinheitlichen Abgrenzung des Finanzplanungsrates	35 756,1	38 038,7	+ 10 000,0	48 038,7
Steigerung gegenüber dem Vorjahr in v. H.		+ 6,4 %		+ 34,4 %
abzüglich darin enthaltene Ausgaben des Sonderkapitels 13 60 (Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB)	—	—	- 10 000,0	10 000,0
verbleiben	35 756,1	38 038,7	—	38 038,7
bereinigte Steigerung gegenüber dem Vorjahr in v. H.		+ 6,4 %		+ 6,4 %

¹ „Besondere Finanzierungsvorgänge“, die (bundeseinheitlich) aus finanzwirtschaftlichen Gründen bei der Berechnung der Zuwachsrate ausgeklammert werden, sind die Zuführungen an Rücklagen u. dgl. sowie die haushaltstechnischen Verrechnungen zwischen den Einzelplänen.

3. Zur Bewältigung der Probleme der Bayerischen Landesbank im Zuge der Finanzmarktkrise werden bei der BayernLB folgende Stabilisierungsmaßnahmen durchgeführt bzw. beim Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung beantragt:

Maßnahmen des Freistaates Bayern

- Stärkung der Eigenkapitalbasis durch eine auf zwei Tranchen verteilte Kapitalzuführung i. H. v. 10 Mrd. €.
- Übernahme von Verlustrisiken aus strukturierten Wertpapieren (ABS-Portfolio) i. H. v. bis zu 4,8 Mrd. €.

Hierzu werden i. H. der wahrscheinlichen Ausfallquote von 1,625 Mrd. € bei Kap. 13 60 Tit. 697 01 eine Verpflichtungsermächtigung und i. H. des Restbetrages von 3,175 Mrd. € in Art. 8 Abs. 13 (§ 1 Nr. 3 Buchst. b) dieses 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2008) eine Garantiermächtigung ausgebracht.

Stabilisierungsmaßnahme nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz – FMStG

- Übernahme von Garantien i. H. v. 15 Mrd. € für neu begebene Emissionen und Schuldtitel der Bank.

4. Um die Sparkassen in Bayern vor einer wirtschaftlichen Überforderung zu schützen, soll zudem vorsorglich – in Abhängigkeit von der Unternehmensbewertung – die Möglichkeit geschaffen werden, die Anteile des Sparkassenverbands Bayern an der BayernLB Holding AG wenn erforderlich zu einem symbolischen Preis zu erwerben.
5. Zur etatmäßigen Darstellung wird das neue Sonderkapitel 13 60 (Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB) eingerichtet. In diesem Kapitel werden alle für die Stabilisierungsmaßnahmen erforderlichen Ausgaben, die zur Beschaffung der Geldmittel notwendigen Kreditaufnahmen einschließlich der anfallenden Zinsaufwendungen sowie alle damit zusammenhängenden Einnahmen (z. B. Gebühr für die Übernahme von Verlustrisiken, Zins- und/oder Dividendeneinnahmen aus der Kapitalzuführung) veranschlagt und nachgewiesen.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben gleichen sich aus.

Gesetzentwurf

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (2. Nachtragshaushaltsgesetz – NHG – 2008)

§ 1

Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008

Das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008) vom 22. Dezember 2006 (GVBl S. 1056, BayRS 630-2-16-F), geändert durch das Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (Nachtragshaushaltsgesetz – NHG – 2008) vom 23. April 2008 (GVBl S. 139), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Für das Haushaltsjahr 2008 wird die Zahl „39 026 826 200 €“ durch die Zahl „49 026 826 300 €“ ersetzt.
 - b) Gleichzeitig wird der Haushaltsplan nach Maßgabe des diesem Gesetz als **Anlage** beigefügten Nachtrags geändert.
2. Es wird folgender Art. 2a eingefügt:

„Art. 2a Kreditermächtigungen zur Finanzierung von Ausgaben für Kapitel 13 60 Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für Kapitel 13 60 (Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB) im Haushaltsjahr 2008 Kredite am Kreditmarkt bis zur Höhe von 10 000 000 001 € aufzunehmen; Art. 18 Abs. 1 und 2 BayHO finden insoweit keine Anwendung.

(2) Art. 2 Abs. 1 Nr. 3 sowie die Abs. 3 und 5 gelten sinngemäß.“

3. Art. 8 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 10 erhält folgende Fassung:

„(10) ¹Die bei Kapitel 13 06 Titel 911 01 und 919 01 gebildeten Rücklagenbestände sowie die Bestände aus Sondervermögen bei den Kapiteln 80 10 bis 80 36 können bis zu ihrer Inanspruchnahme im Rahmen der Liquiditätssteuerung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. ²Soweit dadurch die bestehende Kreditermächtigung für die Anschlussfinanzierung auslaufender Altschulden sowie die Kreditermächtigung nach Art. 2a noch nicht beansprucht werden müssen, können sie in die folgenden Haushaltsjahre übertragen werden.“
 - b) Abs. 13 erhält folgende Fassung:

„(13) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, eine Garantie zugunsten der Bayerischen Landesbank bis zur Höhe von 3,175 Mrd. € für Verlustrisiken aus strukturierten Wertpapieren (ABS-Portfolio) der Bayerischen Landesbank zu übernehmen.“

§ 2

Inkrafttreten, Geltungsdauer

¹Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2008 in Kraft. ²Es gilt bis zum Tag der Verkündung des Haushaltsgesetzes für das folgende Haushaltsjahr.

Anlage

Freistaat Bayern

2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008

G e s a m t p l a n

Teil I:	Haushaltsübersicht einschließlich Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
Teil II:	Finanzierungsübersicht
Teil III:	Kreditfinanzierungsplan

2. Nachtragshaushalt 2008
Gesamtplan

Einzel- plan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Bisheriger Betrag 2008	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-)	Neuer Betrag 2008
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5
01	Landtag	265,0	-	265,0
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	667,5	-	667,5
03	Staatsministerium des Innern	742.931,7	-	742.931,7
04	Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	824.355,3	-	824.355,3
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	37.301,8	-	37.301,8
06	Staatsministerium der Finanzen	344.066,7	-	344.066,7
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.211.251,0	-	1.211.251,0
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	384.776,7	-	384.776,7
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	566.900,5	-	566.900,5
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	8,5	-	8,5
12	Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	182.134,0	-	182.134,0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	33.636.068,5	+10.000.000,1	43.636.068,6
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.096.099,0	-	1.096.099,0
	Summe	39.026.826,2	+10.000.000,1	49.026.826,3

Teil I: Haushaltsübersicht 2008

Ausgaben			Überschuss (+), Zuschuss (-) Tsd. EUR	Verpflichtungsermächtigungen			Einzel- plan
Bisheriger Betrag 2008 Tsd. EUR	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR		Bisheriger Betrag 2008 Tsd. EUR	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR	
6	7	8	9	10	11	12	13
83.258,5	-	83.258,5	-82.993,5	1.200,0	-	1.200,0	01
71.256,3	-	71.256,3	-70.588,8	14.330,0	-	14.330,0	02
4.344.489,7	-	4.344.489,7	-3.601.558,0	589.218,9	-	589.218,9	03
1.745.168,5	-	1.745.168,5	-920.813,2	143.663,0	-	143.663,0	04
8.630.879,3	-	8.630.879,3	-8.593.577,5	57.590,3	-	57.590,3	05
1.672.662,6	-	1.672.662,6	-1.328.595,9	62.790,0	-	62.790,0	06
1.648.294,5	-	1.648.294,5	-437.043,5	1.483.619,0	-	1.483.619,0	07
1.216.209,8	-	1.216.209,8	-831.433,1	281.665,0	-	281.665,0	08
2.193.388,4	-	2.193.388,4	-1.626.487,9	96.321,5	-	96.321,5	10
31.449,6	-	31.449,6	-31.441,1	-	-	-	11
844.952,4	-	844.952,4	-662.818,4	199.600,0	-	199.600,0	12
11.889.658,7	+10.000.000,1	21.889.658,8	+21.746.409,8	881.850,0	+1.627.000,0	2.508.850,0	13
4.655.157,9	-	4.655.157,9	-3.559.058,9	380.332,0	-	380.332,0	15
39.026.826,2	+10.000.000,1	49.026.826,3	-	4.192.179,7	+1.627.000,0	5.819.179,7	

2. Nachtragshaushalt 2008
Gesamtplan

Teil II: Finanzierungsübersicht für das Haushaltsjahr 2008

A. Ermittlung des Finanzierungssaldos

	Bisheriger Betrag 2008 Tsd. EUR	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR
1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags)	38.058.158,7	+10.000.000,1	48.058.158,8
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)	38.638.916,7	-	38.638.916,7
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)	-580.758,0	+10.000.000,1	9.419.242,1

B. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten			
1.1.1 vom Kreditmarkt nach Art. 2	2.908.914,0	-	2.908.914,0
1.1.2 vom Kreditmarkt nach Art. 2a	-	+10.000.000,1	10.000.000,1
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung			
1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2	3.108.914,0	-	3.108.914,0
1.2.2 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2a	-	-	-
1.3 Nettokreditaufnahme			
1.3.1 am Kreditmarkt (Nr. 1.1.1 abzüglich Nr. 1.2.1) nach Art. 2	-200.000,0	-	-200.000,0
1.3.2 am Kreditmarkt (Nr. 1.1.2 abzüglich Nr. 1.2.2) nach Art. 2a	-	+10.000.000,1	10.000.000,1
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren			
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	-	-	-
3. Rücklagenbewegung			
3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	587.909,5	-	587.909,5
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	968.667,5	-	968.667,5
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	-380.758,0	-	-380.758,0

4. Finanzierungssaldo (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)

Teil III: Kreditfinanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2008

1. Kredite am Kreditmarkt

1.1 Einnahmen aus Krediten			
1.1.1 vom Kreditmarkt nach Art. 2	2.908.914,0	-	2.908.914,0
1.1.2 vom Kreditmarkt nach Art. 2a	-	+10.000.000,1	10.000.000,1
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung			
1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2	3.108.914,0	-	3.108.914,0
1.2.2 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2a	-	-	-
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)			
1.3.1 Saldo (Nr. 1.1.1 abzüglich Nr. 1.2.1)	-200.000,0	-	-200.000,0
1.3.2 Saldo (Nr. 1.1.2 abzüglich Nr. 1.2.2)	-	+10.000.000,1	10.000.000,1

2. Kredite im öffentlichen Bereich

2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u.Ä.	200,0	-	200,0
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u.Ä.	54.000,0	-	54.000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	-53.800,0	-	-53.800,0

3. Kreditaufnahmen insgesamt

3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)	2.909.114,0	+10.000.000,1	12.909.114,1
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	3.162.914,0	-	3.162.914,0
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-253.800,0	+10.000.000,1	9.746.200,1

Begründung:**zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2008****A. Allgemein**

Die Lage auf den internationalen Finanzmärkten hat sich in den vergangenen Wochen seit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers und den daraus resultierenden Folgeereignissen erheblich verschärft. Auch die Stabilisierungsmaßnahmen der Notenbanken und Regierungen haben die Krise nicht substantiell beruhigt. Hinzu kommt der Beginn einer Rezession in der Gesamtwirtschaft, deren Vorboten und Auswirkungen sich bereits jetzt in den Rating-Einstufungen der Unternehmen niederschlagen. Wie viele andere Banken weltweit blieb auch die BayernLB von diesen katastrophalen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gerade in den letzten Wochen nicht verschont. So sind die Risiken aus dem Kreditgeschäft in den letzten Wochen massiv gestiegen; dies schlägt sich nach den Regelungen von Basel II auch in einem erhöhten Eigenkapitalbedarf nieder. Hinzu kommen weitere Belastungen des Eigenkapitals aus der negativen Wertentwicklung des ABS-Portfolios der Bank. Hinzu kommt außerdem die Notwendigkeit zur Erreichung einer in Zeiten der Krise wettbewerbsfähigen Kernkapitalquote.

Kapitalzufuhr

Zur Erreichung einer in Zeiten der Krise wettbewerbsfähigen und nachhaltig sicheren Kernkapitalquote summiert sich der Kapitalbedarf der Bayerischen Landesbank nach deren aktuellen Berechnungen auf 10,0 Mrd. €. Hierzu soll der Freistaat Bayern in zwei Tranchen insgesamt 10 Mrd. € leisten.

Die BayernLB benötigt noch in 2008 eine Kapitalzufuhr i. H. v. 3 Mrd. €. Im ersten Quartal 2009 ist eine weitere Kapitalzufuhr i. H. v. 7 Mrd. € erforderlich. Damit soll den deutlich gestiegenen internationalen Anforderungen an die Kernkapitalquote Rechnung getragen werden. Eine Kernkapitalquote von rd. 8 % ist auch eine wesentliche Bedingung, um Refinanzierungsgarantien des Bundes (SoFFin) in Anspruch nehmen zu können. Beim SoFFin wurde von der BayernLB ein Antrag auf Garantien für Verbindlichkeiten i. H. v. 15 Mrd. € gestellt.

Da die zweite Tranche noch vor Verabschiedung des Doppelhaushalts 2009/2010 benötigt wird, ist bereits jetzt der volle Bedarf von 10 Mrd. € zu veranschlagen.

Abschirmungsmaßnahme

Das ABS-Portfolio der Bank i. H. v. derzeit 21 Mrd. € soll durch einen Garantievertrag i. H. v. bis zu 4,8 Mrd. € abgesichert werden. Die Garantie schirmt dabei alle Verlustrisiken zwischen 1,2 Mrd. € und 6 Mrd. € ab. Die ersten Verluste bis zu 1,2 Mrd. € werden von der BayernLB selbst getragen (Selbstbehalt der Bank). Der Sparkassenverband Bayern wird sich nicht an der Abschirmung beteiligen. Die Verträge sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Die im Rahmen des ersten Nachtragshaushalts in Art. 8 Abs. 13 geschaffene Garantiermächtigung gemäß Art. 39 Abs. 1 BayHO reicht nicht mehr aus. Zum einen wird die Beteiligung der Sparkassen entfallen; dies erhöht entsprechend den Anteil des Freistaates Bayern. Zum anderen ist es aus heutiger Sicht überwiegend wahrscheinlich, dass der Freistaat mit einem gewissen Betrag in Anspruch genommen werden wird. Nach aktuellen Informationen beträgt die tatsächliche Ausfallerwartung in einem mittleren Ausfallszenario (base case) 2,825 Mrd. €. Nach Abzug des Selbstbehalts der BayernLB wären vom Freistaat Bayern 1,625 Mrd. € zu tragen. Deshalb ist insoweit eine Verpflichtungsermächtigung gemäß Art. 38 BayHO erforderlich. Verluste sind dabei nach 3 bzw. 6 Jahren auszugleichen, d. h. Zahlungen auf die Garantie erfolgen frühestens 2011.

Eventuelle Übernahme der Anteile des Sparkassenverbandes Bayern

Die bayerischen Sparkassen sind durch die in Folge der Finanzmarktkrise eingetretenen Probleme bei der Bayerischen Landesbank massiv belastet. Die Unternehmensbewertung bei der BayernLB ist noch nicht abgeschlossen. Das Bewertungsergebnis ist maßgeblich für die Anpassung der Beteiligungsverhältnisse bei der BayernLB Holding AG. Dies kann zu einem vollständigen Ausscheiden des Sparkassenverbandes Bayern aus seiner Anteilseignerposition führen. In diesem Fall würde der Freistaat Bayern die Anteile des Sparkassenverbandes Bayern an der BayernLB Holding AG zu einem symbolischen Kaufpreis übernehmen.

B. Im Einzelnen**Zu § 1****(Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008)**

Zu Nr. 1 (Änderung des Art. 1 HG):

In Nr. 1 wird die durch den 2. Nachtragshaushaltsplan eingetretene Änderung der Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben festgestellt. Die Änderung des Gesamtvolumens des Haushaltsplans ist in Abschnitt B Nr. 2 des Vorblatts dargestellt.

Zu Nr. 2 (Einfügung des Art. 2a HG):

Die Stabilisierungsmaßnahmen für die BayernLB stellen einen außerordentlichen Finanzbedarf im Sinn des Art. 82 S. 1 der Bayerischen Verfassung dar. Er besteht neben dem Bedarf zur Finanzierung der laufenden Ausgaben des Staatshaushalts. Die Geldmittel können nicht aus den regulären Einnahmen erwirtschaftet, sondern nur im Wege des Kredits beschafft werden.

Zu Nr. 3 (Änderung des Art. 8 HG):

Zu Buchst.a):

Die bisherige Regelung zur Liquiditätssteuerung wird auf die Bestände aus Sondervermögen bei den Kapiteln 80 10 bis 80 36 ausgedehnt und dient der weiteren flexiblen Liquiditätssteuerung.

Zu Buchst. b):

Die Vorschrift enthält die zur in Abschnitt A der Gesetzesbegründung beschriebenen Absicherung des ABS-Portfolios der Bank erforderliche Garantieermächtigung.

Die Absicherung setzt sich wie folgt zusammen:

- 3,175 Mrd. € Garantieermächtigung nach Art. 8 Abs. 13
- 1,625 Mrd. € Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 13 60 Tit. 697 01
 - 4,800 Mrd. € Absicherung durch den Freistaat Bayern
- 1,200 Mrd. € Selbstbehalt der BayernLB
 - 6,000 Mrd. € abgeschirmte Verlustrisiken

Zu § 2**(Inkrafttreten, Geltungsdauer)**

Die Vorschrift regelt Inkrafttreten und Geltungsdauer der Bestimmungen des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes. Die Änderungen des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans gelten nach dem Prinzip der Jährigkeit des Haushalts für das ganze Jahr; sie werden daher rückwirkend zum 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt.

Freistaat Bayern

2. Nachtragshaushaltsplan 2008

Einzelplan 13

Allgemeine Finanzverwaltung

13 60 Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2008 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR	A Soll 2007 B Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.					
<u>121 11-8</u>	853	Zins- und Dividendeneinnahmen aus der Kapitalzuführung an die BayernLB <i>Die eingehenden Einnahmen sind der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage zuzuführen. Vgl. Vermerk zu 911 01.</i>	A B +0,0	---	A
<u>141 01-6</u>	853	Einnahmen aus der Gebühr für die gemäß Art. 8 Absatz 13 Haushaltsgesetz (§1 Nr. 3 des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2008) übernommene Garantie für Verlustrisiken der BayernLB sowie für die Absicherung des ABS-Portfolios nach Tit. 697 01 <i>Die eingehenden Einnahmen sind der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage zuzuführen. Vgl. Vermerk zu 911 01.</i>	A B +0,0	---	A
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen					
<u>351 04-8</u>	950	Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage zur Finanzierung der Ausgaben bei Tit. 575 01 bis 575 03	A B +0,0	---	A
Titelgruppen					
51 - 52 Schuldenaufnahme am Kreditmarkt <i>Der Haushaltsvermerk bei Kap. 1306 TG 51 - 56 gilt entsprechend.</i>					
<u>325 51-3</u>	920	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	A B +10.000.000,1	10.000.000,1	A
<u>325 52-2</u>	920	Tilgungen am Kreditmarkt	A B +0,0	---	A
Summe der Titelgruppe			A - B +10.000.000,1	10.000.000,1	A - B -
Gesamteinnahmen			A - B +10.000.000,1	10.000.000,1	A - B -
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben					
<u>526 10-0</u>	853	Finanzierung von Aufwendungen für Beratungsleistungen insbesondere rechtlicher und wirtschaftlicher Art im Zusammenhang mit Stabilisierungs- und Abschirmmaßnahmen für die BayernLB bzw. mit der künftigen strategischen Ausrichtung der BayernLB <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B +0,0	---	A

13 60
Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB**Erläuterungen****Vorbemerkung zu Kapitel 13 60**

Die Lage auf den internationalen Finanzmärkten hat sich in den vergangenen Wochen trotz aller Stabilisierungsbemühungen nicht beruhigt. Hinzu kommt der Beginn einer Rezession in der Gesamtwirtschaft, deren Vorboten und Auswirkungen sich bereits jetzt in den Rating-Einstufungen der Unternehmen niederschlagen. Wie viele andere Banken weltweit blieb auch die BayernLB von diesen katastrophalen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verschont.

Dies erfordert folgende Stabilisierungsmaßnahmen:

Neben **einer Abschirmung des ABS-Portfolios** der Bank **ist eine auf zwei Tranchen verteilte Kapitalzuführung** in Höhe von 10 Mrd. EUR erforderlich. Die Kapitalzuführungen sollen durch eine entsprechende Schuldaufnahme am Kreditmarkt finanziert werden, vgl. § 1 Nr. 2 des 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2008. Als weitere Stabilisierungsmaßnahme wurde von der BayernLB beim SoFFin ein Antrag auf Garantien für Verbindlichkeiten in Höhe von 15 Mrd. € gestellt.

Kapitalzufuhr

Eine kurzfristige Kapitalzufuhr von 3 Mrd. EUR ist noch im Dezember 2008 erforderlich.

Mit der zweiten Kapitalzufuhr in Höhe von 7 Mrd. EUR im 1. Quartal 2009 soll die Kernkapitalquote der Bank auf ein wettbewerbsfähiges Maß angehoben werden. Eine Kernkapitalquote von rd. 8% ist auch eine wesentliche Bedingung des SoFFin, um Refinanzierungsgarantien gemäß dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz in Anspruch nehmen zu können.

Abschirmung

Das ABS-Portfolio der Bank in Höhe von 21 Mrd. EUR soll durch einen Garantievertrag in Höhe von bis zu 4,8 Mrd. EUR abgesichert werden. Die Garantie schirmt dabei alle tatsächlichen Ausfallrisiken zwischen 1,2 Mrd. EUR und 6 Mrd. EUR ab. Die ersten Ausfälle bis zu 1,2 Mrd. EUR werden von der BayernLB selbst getragen (Selbstbehalt der Bank). Die Verträge sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Nach aktuellen Informationen beträgt die **tatsächliche Ausfallerwartung in einem mittleren Ausfallszenario (base case) 2,825 Mrd. EUR**. Nach Abzug des Selbstbehalts der BayernLB wären vom Freistaat Bayern 1,625 Mrd. EUR zu tragen. Verluste sind dabei nach 3 bzw. 6 Jahren auszugleichen, d.h. Zahlungen auf die Garantie erfolgen frühestens 2011.

Nachdem davon auszugehen ist, dass der Freistaat Bayern in dieser Höhe voraussichtlich in Anspruch genommen wird, ist gem. Art. 38 Abs. 1 BayHO eine Verpflichtungsermächtigung auszubringen. In Höhe der restlichen **3,175 Mrd. EUR ist eine Garantie erforderlich** (vgl. § 1 Nr. 3b des 2. NTHG).

Für die Risikoabschirmung bzw. die Kapitalzuführung sind von der BayernLB folgende **Gegenleistungen** zu erbringen:

Kapitalzuführung:

Nach der Mitteilung der EU-Kommission zu Hilfsmaßnahmen für Banken im Rahmen der Finanzmarktkrise müssen Rekapitalisierungsmaßnahmen adäquat vergütet werden.

Abschirmung:

Als Gegenleistung für die vom Freistaat Bayern übernommene Garantie hat die BayernLB eine adäquate Garantiegütung zu leisten. Einnahmen fließen dem Freistaat Bayern ab dem Haushaltsjahr 2009 zu.

Erwerb der Anteile des Sparkassenverbandes Bayern an der BayernLB durch den Freistaat Bayern

Die Unternehmensbewertung bei der BayernLB ist noch nicht abgeschlossen. Das Bewertungsergebnis ist maßgeblich für die Anpassung der Beteiligungsverhältnisse bei der BayernLB Holding AG. Dies kann auch zu einem vollständigen Ausscheiden des Sparkassenverbandes Bayern aus seiner Anteilseignerposition führen. In diesem Fall würde der Freistaat Bayern die Anteile des Sparkassenverbandes Bayern zu einem symbolischen Kaufpreis übernehmen.

Beratungsleistungen

Im Zusammenhang mit den Stabilisierungsmaßnahmen für die BayernLB sowie mit der künftigen strategischen Ausrichtung der Bank kann für den Freistaat Bayern Beratungsbedarf entstehen, insbesondere zu rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekten. Angesichts der möglichen Auswirkungen für den Freistaat Bayern werden bei Titel 526 10 die Voraussetzungen für eine etwaige Inanspruchnahme von Beratungsleistungen geschaffen.

13 60 Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2008 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR	A Soll 2007 B Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben für den Schuldendienst			
<u>575 01-1</u>	920	Zinsausgaben an Kreditmarkt <i>Tit. 575 01 bis 575 03 gegenseitig deckungsfähig.</i>	A B +0,0	- - -	A
<u>575 02-0</u>	920	Zinsausgaben für kurzfristige (Kassen-) Kredite <i>Vgl. Vermerk zu 575 01.</i>	A B +0,0	- - -	A
<u>575 03-9</u>	920	Ausgaben aus Anlass der Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits <i>Vgl. Vermerk zu 575 01.</i>	A B +0,0	- - -	A
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
<u>697 01-4</u>	853	Leistungen an die BayernLB aus der Absicherung des ABS- Portfolios <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 1.625.000,0 Fällig frühestens ab dem Haushaltsjahr 2011.</i>	A B +0,0	- - -	A
		Investitionsförderungsmaßnahmen			
<u>831 01-1</u>	853	Kapitalzuführung an die BayernLB <i>Kreditfinanziert.</i>	A B +10.000.000,0	10.000.000,0	A
<u>831 02-0</u>	853	Erwerb der Anteile des Sparkassenverbandes Bayern durch den Freistaat Bayern	A B +0,1	0,1	A
		Besondere Finanzierungsausgaben			
<u>911 01-4</u>	950	Zuführung an die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Isteinnahmen bei 121 01 und 141 01.</i>	A B +0,0	- - -	A
		Gesamtausgaben	A B +10.000.000,1	10.000.000,1	A B -
		Abschluss			
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungs- einnahmen	A B +10.000.000,1	10.000.000,1	A B -
		Gesamteinnahmen	A B +10.000.000,1	10.000.000,1	A B -
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A B -	-	A B -
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B -	-	A B -
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A B +10.000.000,1	10.000.000,1	A B -
		Gesamtausgaben	A B +10.000.000,1	10.000.000,1	A B -

Epl. 13 Allgemeine Finanzverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2008 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR	A Soll 2007 B Ist 2006 Tsd. EUR
1	2		4	5	6
		Abschluss Epl. 13			
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A 31.897.026,0 B -	31.897.026,0	A 28.883.257,0 B 27.942.404,6
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 682.764,6 B -	682.764,6	A 674.172,3 B 1.355.333,8
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 169.129,0 B -	169.129,0	A 197.222,1 B 108.439,0
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A 887.148,9 B +10.000.000,1	10.887.149,0	A 805.762,3 B 1.208.012,0
		Gesamteinnahmen	A 33.636.068,5 B +10.000.000,1	43.636.068,6	A 30.560.413,7 B 30.614.189,4
		Personalausgaben	A 331.255,4 B -	331.255,4	A 211.436,2 B 127.703,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 58.408,0 B -	58.408,0	A 35.309,9 B 28.389,3
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 4.200,0			
		Ausgaben für den Schuldendienst	A 1.047.603,0 B -	1.047.603,0	A 1.111.603,0 B 1.145.158,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 7.788.053,1 B -	7.788.053,1	A 6.952.203,4 B 6.562.326,0
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 1.748.900,0			
		Baumaßnahmen	A 128.569,0 B -	128.569,0	A 56.369,0 B 111.634,6
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 183.000,0			
		Sonstige Sachinvestitionen	A 5.030,0 B -	5.030,0	A 2.530,0 B 9.837,9
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 2.009.102,2 B +10.000.000,1	12.009.102,3	A 1.565.251,2 B 1.469.911,2
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 572.750,0			
		Besondere Finanzierungsausgaben	A 521.638,0 B -	521.638,0	A -222.133,3 B 1.011.948,8
		Gesamtausgaben	A 11.889.658,7 B +10.000.000,1	21.889.658,8	A 9.712.569,4 B 10.466.910,3
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 2.508.850,0			
		Überschuss	A 21.746.409,8	21.746.409,8	A 20.847.844,3 B 20.147.279,1

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 13

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Betrag 2008 Tsd. EUR	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR
1	2	3	4	5
13 60				
526 10	Finanzierung von Aufwendungen für Beratungsleistungen insbesondere rechtlicher und wirtschaftlicher Art im Zusammenhang mit Stabilisierungs- und Abschirmmaßnahmen für die BayernLB bzw. mit der künftigen strategischen Ausrichtung der BayernLB	-	+2.000,0	2.000,0
697 01	Leistungen an die BayernLB aus der Absicherung des ABS-Portfolios	-	+1.625.000,0	1.625.000,0
Epl. 13	Summe der Verpflichtungsermächtigungen:	881.850,0	+1.627.000,0	2.508.850,0

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten
zur aktuellen Entwicklung der Bayerischen Landesbank**

hierzu:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (2.

Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2008) (Drs. 16/95)

- Erste Lesung -

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zu allererst möchte ich mich bedanken. An und für sich wäre heute die reguläre Regierungserklärung über die Arbeit der Staatsregierung in den nächsten fünf Jahren angestanden. Mein Dank gilt dem gesamten Plenum für das Verständnis und die Bereitschaft, diese Regierungserklärung um eine Woche zu verschieben und sich heute mit der Krise der Bayerischen Landesbank zu beschäftigen.

Ich möchte mich mit drei Fragen auseinandersetzen. Erstens. Wie ist die Lage? Zweitens. Was ist zu tun? Drittens. Wie ist die Perspektive?

Meine Damen und Herren, wir stehen ohne Zweifel weltweit in der größten Finanzmarktkrise seit 1929. Diese weltweite Finanzmarktkrise wird zunehmend begleitet von einer weltweiten Rezession. Das Bankensystem ist in seinen Grundfesten schwer erschüttert. Viele Banken in aller Welt kämpfen ums Überleben. Viele Banken benötigen staatliche Hilfen in Milliardenhöhe. Die Liste prominenter Namen reicht von der Citi-Bank über die Royal Bank of Scotland bis zur UBS AG, umfasst aber auch deutsche Banken wie die Landesbank Baden-Württemberg und die Commerzbank. Meine Damen und Herren, der Hauptgrund für diese Entwicklung ist, dass die Prinzipien einer wertgebundenen Wirt-

schaftsordnung wie der sozialen Marktwirtschaft von vielen mit Füßen getreten worden sind.

Die Raffgier, die Gier nach dem schnellen Geld, die ausschließliche Orientierung am Gewinn und an Renditen sind der Hauptgrund für diese weltweite Finanzmarktkrise. Deshalb haben wir es nicht nur mit einer Finanzmarktkrise zu tun, sondern - das sage ich an die Adressen vieler theoretischer Ökonomen, die ungeachtet der Krise in allen Fernsehanstalten beinahe täglich auftreten -: Wir haben es auch mit der Krise der theoretischen Ökonomie zu tun. Das Weltbild der letzten Jahre des absoluten Marktradikalismus und des absoluten Neoliberalismus ist zusammengebrochen. Das ist der Hauptgrund.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Harald Güller (SPD) - Harald Güller (SPD): Kein Beifall bei der FDP!)

Das ist der Hauptgrund, und die Bayerische Landesbank ist ein Betroffener dieser weltweiten Entwicklung. Neben dieser globalen Begründung gibt es auch bei uns in der Landesbank und im Umfeld Fehlentwicklungen und Fehleinschätzungen.

Meine Damen und Herren, ich habe vom früheren Finanzminister Professor Kurt Faltlhauser einen Brief erhalten, den ich Ihnen wegen der Fehlentwicklungen und Fehleinschätzungen auszugsweise zur Kenntnis geben möchte.

Professor Faltlhauser schreibt mir:

Ich stehe zu meiner Verantwortung für die Zeit, in der ich Vorsitzender des Verwaltungsrates oder stellvertretender Vorsitzender der BayernLB war. Dass in der Zeit meiner Mitverantwortung im Verwaltungsrat die Bank Geschäfte gemacht hat, die zum heutigen desaströsen Zustand des Instituts geführt haben, macht mich in hohem Maße betroffen. Dabei denke ich sowohl an die Steuerzahler als auch an die vielen Mitarbeiter, die die Bank verlassen müssen.

Erwin Huber hatte ebenso wie ich keine persönliche Schuld an dieser Entwicklung. Er hat aber gleichwohl die politische Verantwortung übernommen und persönliche Konsequenzen gezogen.

(Christa Naaß (SPD): Na ja!)

Da ich als politischer Pensionist keine Konsequenzen mehr aus meinem Bekenntnis zur Verantwortung ziehen kann, bleibt mir nur die Möglichkeit, mich zu entschuldigen, vor allem bei den nun ausscheidenden Mitarbeitern der Bank. Und dies tue ich hiermit: Ich entschuldige mich.

Meine Damen und Herren, ich nehme diese Erklärung des ehemaligen Finanzministers und Verwaltungsratsmitgliedes mit Dankbarkeit und Respekt zur Kenntnis.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die neue Staatsregierung steht in der Verantwortung, mit diesen Dingen jetzt richtig umzugehen. Wir nehmen diese Verantwortung an. Ich möchte mich für die gesamte Staatsregierung bei der Bevölkerung und auch bei den Mitarbeitern entschuldigen für die Fehler, die in der Bank, im Vorstand, im Verwaltungsrat und bei beiden Eigentümern - den Kommunen und Sparkassen und dem Freistaat Bayern - gemacht worden sind. Wir werden als Staatsregierung - das kann ich der Bevölkerung versprechen - alles in unserer Macht stehende tun, damit die Mängel unverzüglich abgestellt werden und damit weiterer Schaden von der bayerischen Bevölkerung abgewendet wird. Das möchte ich diesem Hohen Hause versprechen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was ist zu tun? Wir haben sofort, immer unter meiner Federführung, nach Bekanntwerden der neuen Zahlen - das möchte ich der Öffentlichkeit mitteilen - die Fraktionen des Bayerischen Landtages vertraulich unterrichtet. Ich bin dankbar dafür, dass diese Vertraulichkeit sehr professionell gehandhabt wurde, weil bei der Sensibilität der Finanzmärkte möglicherweise sonst daraus weitere Bedrängnis entstanden wäre. Ich habe

sofort nach Bekanntwerden der neuen Zahlen, die signifikant von den Zahlen Ende Oktober abweichen, alles veranlasst, um ein Paket zu schnüren, das der Bank und ihrem Auftrag gerecht wird und so schnell wie möglich Sicherheit und Stabilität schafft.

Unser Hilfspaket umfasst drei wichtige Säulen. Erstens Eigenkapital. Die Landesbank benötigt Eigenkapital in Höhe von 10 Milliarden Euro. Diesen Betrag wird der Freistaat Bayern jetzt alleine aufbringen. Ich werde zum Schluss noch etwas sagen zur Funktion dieses Bundesrettungsschirmes und all den Schwierigkeiten, die ich auch persönlich erleben durfte. Der Freistaat Bayern wird die 10 Milliarden Euro Aufstockung des Eigenkapitals alleine aufnehmen. Die Bedingung der Bundeshilfe wäre gewesen, sämtliche Risiken der Bank in die Obhut des Freistaates Bayern zu übernehmen und als Bund nur in eine sanierte Bank für die Zukunft einzutreten. Ich habe den Verantwortlichen zusammen mit dem bayerischen Finanzminister sehr deutlich gesagt: So haben wir uns den Rettungsschirm eigentlich nicht vorgestellt. Wir haben uns den Rettungsschirm so vorgestellt, dass bei der Bewältigung von Risiken und Problemen geholfen wird und nicht eine gesunde Bank unterstützt wird. Das kann es nicht sein. Deshalb stemmen wir die 10 Milliarden Euro zur Erhöhung der Eigenkapitalquote selbst.

Wir haben eine Differenz zu der Ende Oktober genannten Zahl von 6,4 Milliarden Euro. Diese Differenz resultiert vor allem aus zwei Gesichtspunkten. Der größere Betrag mit 2,1 Milliarden Euro ist notwendig für die Kerneigenkapitalquote, nämlich die Aufstockung auf 8 %. Diese 8 % sind in den letzten Wochen als internationaler Standard entwickelt worden. Der internationale Kapitalmarkt verlangt in der derzeitigen Lage von allen Banken eine Kernkapitalquote von 8 %. Unterhalb dieser Größenordnung hat eine Bank nicht mehr das Vertrauen der Finanzmärkte. Deshalb gibt es zu diesem Punkt, nämlich die Eigenkapitalquote auf 8 % aufzustocken, überhaupt keine Alternative. Und das kostet uns zusätzlich 2,1 Milliarden Euro. Wenn die Bank nicht mehr das Vertrauen der Finanzmärkte haben würde, dann würde sie vom Geschäftsverkehr vollständig abgeschnitten. Die Kernkapitalquote der BayernLB ist zuletzt unter 6 % gesunken.

Zu den 2,1 Milliarden Euro kommen 1,5 Milliarden Euro, ausgelöst durch die fortschreitende Finanzkrise und den weltweiten Konjunkturerinbruch. Das ist die erste wichtige Säule für die Funktionsfähigkeit der Bank: Erhöhung der Eigenkapitalquote auf 8 % und Abdeckung der Verluste aus Geschäftstätigkeit in Höhe von 10 Milliarden Euro.

Die zweite Säule ist die notwendige Abschirmung der risikobehafteten Papiere im Portfolio der bayerischen Landesbank. Das heißt, die Schwankungsrisiken werden der Bank abgenommen und gesondert verbürgt. Diese Abschirmung hat ein Volumen von 6 Milliarden Euro. Sie setzt sich wie folgt zusammen: Die Bank wird Verluste, die aus diesen Papieren entstehen, bis zu einer Höhe von 1,2 Milliarden Euro zuerst selbst tragen. Dazu ist sie in der Lage. Für weitere mögliche Verluste gibt der Freistaat eine Garantie in Höhe von 4,8 Milliarden Euro. Anders als vom Vorgängerkabinett am 23. Oktober noch erhofft, brauchen wir diese Garantie als Vorsorge. Diese Garantie ist im April unter Beteiligung der Sparkassen beschlossen worden. Sie ist am 23. Oktober vom Vorgängerkabinett aufgehoben worden, und sie wird jetzt wieder in Kraft gesetzt. Die Garantie teilen sich die bayerische Landesbank mit 1,2 Milliarden Euro und der Freistaat Bayern mit 4,8 Milliarden Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen damit rechnen, dass diese Garantie in Anspruch genommen wird. Das Gesamtvolumen dieser Papiere beträgt nach der derzeitigen Währungsbewertung 21 Milliarden Euro. Dieses Volumen schwankt und liegt, je nach Währungsrelation, manchmal bei 24, manchmal unter 20 Milliarden Euro. Die BayernLB erwartet aus diesen Papieren derzeit Verluste in Höhe von 2,5 bis 3 Milliarden Euro. Im Moment haben wir Verluste in Höhe von unter 100 Millionen Euro. Wie hoch die Verluste genau sein werden, kann erst am Ende der Laufzeit der Wertpapiere gesagt werden. Die Wertentwicklung hängt nämlich vor allem davon ab, ob der Immobilienmarkt in den USA wieder Tritt fasst. Dies ist von uns bekanntlich nicht zu beeinflussen und derzeit auch seriös nicht einschätzbar. Je besser die Amerikaner die Sanierung ihres Immobilienmarktes bewältigen, desto niedriger werden die Verluste der BayernLB aus-

fallen. Das ist die zweite Säule: der Schirm des Freistaats Bayern mit einem Gesamtvolumen von 6 Milliarden Euro.

Es gibt eine dritte Säule aus dem Rettungsschirm von Bund und Ländern, an dessen Finanzierung wir uns als Land Bayern bekanntlich auch beteiligen müssen: Die Bayern-LB erhält eine Garantie in Höhe von 15 Milliarden Euro als Vertrauen schaffende Maßnahme für den Interbankenhandel. Diese Garantie versetzt die Landesbank in die Lage, den mittelständischen Kunden auch wieder längerfristige Mittel zur Verfügung zu stellen. Sie müssen sich das so vorstellen, dass im Moment in Deutschland der Kapitalmarkt nur sehr schleppend, wenn überhaupt funktioniert. Der Interbankenhandel ist mehr oder weniger zum Erliegen gekommen. Man bekommt selbst als Bank nur sehr schwer, sehr kurzfristig und zu vergleichsweise schlechten Konditionen Kredite. Deshalb ist es wichtig, dass die Bayerische Landesbank im Interesse der bayerischen Wirtschaft den Rettungsschirm von Bund und Ländern in Anspruch nehmen und so Kapital beschaffen kann. Deshalb ist dies eine sehr wichtige dritte Säule des Gesamtkonzepts für die Stabilisierung der Bayerischen Landesbank.

Ich weiß, dass solche Summen viele Menschen fassungslos machen. Wir - vor allem Sie hier im Landtag - haben um Millionen, oft um kleine Beträge und Zuschüsse, um die Realisierung wichtiger Infrastrukturmaßnahmen und um Hilfen für die Menschen gestritten. Jetzt müssen im Schnellverfahren ganz andere Summen mobilisiert werden. Deshalb habe ich für die Einschätzung der Bevölkerung - wie passt das zusammen? - sehr großes Verständnis.

Darum liegt mir sehr daran, einige Punkte über die Fakten hinaus anzumerken. Wir helfen hier nicht einer anonymen Institution. Wir helfen hier nicht Bankmanagern, sondern es geht um die Wirtschaft in Bayern, es geht um die Sparer, und es geht auch um die Kommunen. Wir müssen sehen, was hinter der Bayerischen Landesbank steckt. Die Bayerische Landesbank wird zur Hälfte von den Sparkassen, also den Kommunen, mitgetragen. Es war eine Leitentscheidung der Bayerischen Staatsregierung, obwohl die Kommunen und Sparkassen zur Hälfte Eigentümer der Bayerischen Landesbank sind,

sie finanziell nicht an dieser Rettungsaktion zu beteiligen, weil dies die Sparkassen als Rückgrat unserer lokalen und regionalen Wirtschaft selbst in Schwierigkeiten gebracht hätte. Das ist eine wichtige und gute Entscheidung zugunsten der Kommunen und Sparkassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir entlassen also - nicht politisch, aber was die Beteiligung an diesem Rettungsschirm betrifft - die Sparkassen aus ihrer Verantwortung, obwohl die Sparkassen und die Kommunen die Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte gleichrangig mit dem Freistaat Bayern mit zu verantworten haben.

Die Landesbank engagiert sich sehr stark für die Kommunen, für die Großkunden und für den Mittelstand. Deshalb ist die Hilfe gegenüber der Bayerischen Landesbank keine Hilfe gegenüber einer anonymen Institution, sondern diese Hilfe gegenüber der Bayerischen Landesbank liegt im gesamtstaatlichen Interesse, im Interesse Gesamtbayerns.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe es oft gelesen: "Wäre es nicht besser gewesen, einen anderen Weg zu beschreiten?" Ein anderer Weg wäre in der Tat gewesen zu sagen, wir wickeln die Bank ab. Wir haben diese Themen sehr intensiv diskutiert. Aber man muss dazu zwei, drei Dinge wissen: Die BayernLB ist in Deutschland und Europa eine systemrelevante Bank. Sie ist nach der Bilanzsumme die siebtgrößte Bank in Deutschland. Eine Insolvenz hätte neue Schockwellen für die gesamte europäische Finanzwirtschaft bedeutet, und die Vertrauenskrise in die Finanzmärkte wäre erneut dramatisch eskaliert. Zudem übersehen viele - auch viele Theorieökonominnen -, dass es für Bayern noch viel, viel teurer gekommen wäre; denn wir haben - die Kolleginnen und Kollegen wissen es - seit Anfang dieses Jahrhunderts aus der nachlaufenden Gewährträgerhaftung hohe Verpflichtungen. Das heißt, eine Abwicklung der Bank würde bedeuten, dass wir die nachlaufende Gewährträgerhaftung in einer Größenordnung von derzeit 100 oder 110 Milliarden Euro gemeinsam mit den Kommunen und Sparkassen zu tragen hätten. Jeder muss wissen,

dass wir natürlich die andere Hälfte, die auf die Kommunen und Sparkassen entfallen wäre, als Land Bayern nach der Gewährträgerhaftung hätten übernehmen müssen, wenn man von dem Grundsatz ausgeht, dass wir das Rückgrat unserer regionalen Wirtschaft, die Sparkassen, durch falsche politische Entscheidungen in München nicht gefährden wollen. Es wäre dann für uns insgesamt teurer geworden.

Ich möchte auch meine persönliche Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass ich diese Alternative auch jenseits der Haftungsgründe und der Frage, was dies für die Finanzmärkte in Deutschland und Europa insgesamt bedeutet hätte, weder für notwendig noch für angemessen gehalten hätte.

Ich habe mich ebenso wie die ganze Staatsregierung auch mit dem Gedanken auseinandergesetzt, ob wir sofort hätten privatisieren oder fusionieren sollen. Diese Diskussion, die gelegentlich auch da und dort Ökonomen geführt haben, die uns in den letzten Jahren dieses Weltbild definiert haben, erinnert mich an einen Arzt, der einen Notfallpatienten bekommt und sich vor der Behandlung des Patienten zunächst einmal mit der Ausgestaltung des Krankenversicherungsrechts beschäftigt. Jetzt geht es darum, die Bayerische Landesbank zu stabilisieren und sie auf dem Markt vor allem in Deutschland und Europa wieder geschäftsfähig zu machen. Das muss jetzt das Wichtigste sein.

Wir haben aber nicht mit den weitergehenden Überlegungen abgewartet, etwa wie das Geschäftsmodell aussieht. Wir haben auch mit der Überlegung nicht abgewartet, wie es mit Fusionen aussieht. Nur: Sie können, wenn es um Bankenfusionen oder -privatisierungen geht, die Verhandlungen nicht am offenen Markt führen.

Herr Maget, ich lade Sie gerne ein, mit den Ministerpräsidenten einmal darüber zu reden, wie häufig wir uns in den letzten Wochen über die Frage von Privatisierungen oder Fusionen unterhalten haben. Es gibt die Möglichkeit der Privatisierung, es gibt die Möglichkeit einer Fusion mit funktionaler Aufteilung. Manche Bundesländer meinen, es sei eine Holding der Bank Deutscher Länder notwendig, man würde bei den Landesbanken verschiedene Funktionen aufteilen: Die einen kümmern sich um Immobilien, die näch-

sten um Auslandsmärkte, die Dritten um Großkunden. Eine andere Denkschule in Deutschland favorisiert dagegen das Regionalprinzip, also den Zusammenschluss von Banken unter regionalen Gesichtspunkten. Die Bayerische Staatsregierung hat sich keinem dieser Gespräche verweigert, obwohl hier auch Eitelkeiten und vieles andere unterwegs sind. Für mich gilt ein Maßstab: Es muss der Bayerischen Landesbank helfen; es muss der bayerischen Wirtschaft helfen; es muss den bayerischen Sparern helfen, und es muss den bayerischen Investoren helfen. Ich bin aber nicht dazu bereit, dass wir auch noch bestehende oder künftige Risiken anderer Landesbanken schultern. Dazu bin ich nicht bereit.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden weiterhin Gespräche führen. Wir werden die Gespräche ernsthaft führen und dann an den Bayerischen Landtag mit Lösungen herantreten, wenn die Bayerische Staatsregierung zu der Auffassung kommt, dass wir eine zukunftsfähige Lösung haben. Das gilt für alle drei Modelle.

Ich möchte Ihnen heute aber auch sagen, dass ich bis zur Stunde noch keine Lösung der von mir aufgeworfenen Fragen sehe. Trotzdem muss man im Gespräch bleiben und sich jetzt - nicht erst in zwei, drei Jahren - Gedanken darüber machen, wie es mit der Bank mittel- und langfristig weitergeht. Wir sind also hier im Gespräch, und das ist das, was jetzt zu tun ist: die Bank zu stabilisieren, der Bank wieder Sicherheit zu geben, die Bank im Markt wieder gut zu platzieren und gleichzeitig die Fragen der langfristigen Zukunft der Bank zu überdenken - Privatisierung oder auch Fusion, regional oder funktional. Gleichzeitig haben wir in großem Tempo mit dem Verwaltungsrat und dem Vorstand Grundzüge eines Geschäftsmodells entwickelt. Meine Damen und Herren, hier möchte ich einige Punkte nennen, die mir sehr wichtig sind:

Ich habe mir in der Vergangenheit oft die Frage gestellt, was ist die innere Rechtfertigung dafür, dass eine Landesbank insgesamt fast 20.000 Beschäftigte hat, wovon drei Viertel nicht in Deutschland oder Bayern beschäftigt sind, sondern auf der ganzen Welt. Ich

habe mir oft die Frage gestellt, warum eine Landesbank in allen Winkeln dieser Erde an vielen Konzernen beteiligt sein muss - so das Geschäftsmodell.

(Franz Maget (SPD): Wir haben diese Frage hier oft gestellt, Herr Seehofer!)

Deshalb bin ich froh, dass jetzt die Entscheidung steht: Der Schwerpunkt der Aktivitäten wird wieder in Bayern sein, in Deutschland und in ausgewählten Regionen Europas.

(Franz Maget (SPD): Das ist ja gut!)

Ich füge offen hinzu, ich möchte die Landesbank nicht unter den Druck setzen, dass sie ständig die Nummer eins auf der ganzen Welt sein soll. Mir reicht es auch, wenn sie unter den Ersten ist, sie muss nicht die Erste sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von den GRÜNEN)

- Irgendwo gibt es da ein Echo links außen, aber das mag an meiner Hörfähigkeit liegen.

Deshalb ist es richtig: Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt in Bayern, Deutschland und ausgewählten Regionen. Und was genauso wichtig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Konzentration auf den Mittelstand, auf Großkunden, auf das gewerbliche Immobiliengeschäft sowie auf Privatkunden und keine Engagements mehr im Investmentbanking, losgelöst von jeder Wertordnung, losgelöst von jeder seriösen wirtschaftlichen Überlegung. Meine Unterstützung hat dieses Geschäftsmodell der Landesbank uneingeschränkt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wie ist nun die Perspektive? - Man wird oft gefragt: Wie lang trägt das jetzt? Meine Damen und Herren, wir haben nach bestem Wissen dieses Hilfspaket geschnürt, nach allen Informationen, die uns zur Verfügung stehen. Wir betreiben eine Politik der großen Offenheit und Transparenz, und wir können mit diesen Maßnahmen ein Höchstmaß an Sicherheit und Stabilität für die Bayerische Landesbank garantieren. Es gehört aber auch zur Ehrlichkeit, zu sagen: Weder jemand aus der Bayerischen Staatsregierung noch

jemand aus der gesamten Ökonomie und der ganzen Bankenwelt kann Ihnen die letzte Sicherheit garantieren. Diese letzte Sicherheit möchte ich auch heute vor diesem Hohen Hause nicht garantieren, aber ich kann garantieren, dass wir nach bestem Wissen das getan haben, was im Höchstmaß zur finanziellen Stabilisierung für die Zukunft dieser Bank notwendig ist - nach bestem Wissen und Gewissen ein Höchstmaß an Sicherheit und Stabilität -, aber die letzte Sicherheit kann ich Ihnen für die Bayerische Staatsregierung auch nicht geben.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das haben die Vorgänger auch gesagt!)

Ich möchte sagen, dass unser Programm an den Stellen, auf die es auf den Finanzmärkten ankommt, eine positive erste Resonanz gefunden hat. Beim gestrigen Rating ist die Bayerische Landesbank nicht abgewertet worden, und das ist ein Beispiel dafür, dass auf den Finanzmärkten Vertrauen in die von uns ergriffenen Maßnahmen geschaffen wurde.

(Beifall bei der CSU)

Das ist für die Finanzmärkte ganz wichtig. Ich zitiere nicht jeden Tag den Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, aber wenn er etwas Gutes und Angenehmes sagt, tue ich es.

(Georg Schmid (CSU): Wo er recht hat, hat er recht!)

Er war gestern in der "Münchner Runde" und ist gefragt worden, ob er den Rettungsplan für Erfolg versprechend hält.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Klasse, da können Sie sich drauf verlassen!)

Er hat gesagt: "Ich finde, der Rettungsplan ist ein sehr guter Weg, und ich finde auch gut, was man jetzt beschlossen hat, dass man nämlich versucht, das Geschäftsmodell enger zu fassen." - Nun kann man über die Banker viel sagen, aber wenn sie etwas

Richtiges sagen, meine Damen und Herren, darf man sie zitieren. Ich bin jedenfalls sehr froh darüber, dass auch dort die Dinge positiv gesehen werden.

Nun hat das Rettungspaket natürlich erhebliche finanzielle Auswirkungen auf unser Finanzgebaren, auf unseren Haushalt. Deshalb möchte ich dazu zwei oder drei Dinge sagen. Das Erste: Die Bayerische Staatsregierung und die Koalition werden auf sparsamste Wirtschaftsführung gerade vor dem Hintergrund der Veröffentlichung des Berichts des Obersten Rechnungshofes von gestern größten Wert legen. Jede Resortchefin und jeder Resortchef steht in der persönlichen Verantwortung auch mir gegenüber - Ihnen gegenüber sowieso -, dass sie oder er vorbildlich und gewissenhaft mit den Steuergeldern der bayerischen Bürger umgeht. Das ist das Erste: Bekenntnis zur sparsamsten Wirtschaftsführung.

Meine Damen und Herren, das Zweite ist: Wir werden den Doppelhaushalt 2009/2010 noch vor Weihnachten einbringen. Ich kann Ihnen sagen, wir werden in diesem Doppelhaushalt an den Zukunftsinvestitionen, die wir uns vorgenommen haben, festhalten. Das, was wir an Investitionen insbesondere in die Köpfe der Menschen brauchen - Beispiel: Bildung -, weil das Zukunftsinvestitionen sind, werden wir durchführen. Weil ich schon seit Längerem beklage, dass wir in Deutschland einen viel zu hohen Anteil unserer Wirtschaftskraft verwenden, um gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen oder auch politische Fehlentscheidungen zu reparieren, und zu wenig Prävention betreiben, wollen wir in den nächsten zwei Jahren an unseren Zukunftsinvestitionen festhalten, die wir uns von der Bildung über die Universitäten bis hin zu den Kinderbetreuungsprogrammen vorgenommen haben. Das kann ich Ihnen zusagen.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich muss man aber auch offen ansprechen, dass dann, wenn 10 Milliarden Euro aufgenommen werden müssen, dies Auswirkungen auf die mittel- und langfristige Situation im Freistaat Bayern hat.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Das wollen wir nicht einfach vor uns herschieben, sondern wir wollen dazu offene Aussagen machen. Wir werden in den nächsten beiden Jahren, in den Jahren 2009 und 2010, das Sonderkapitel "Bayerische Landesbank, Kreditaufnahme und Kreditbedienung" aus den Reserven und Rücklagen des Freistaates Bayern bewältigen können. Obwohl heute nicht der Tag für ein Selbstlob ist, möchte ich sagen: Das ist möglich, weil in Bayern über viele Jahre hinweg solide und seriöse Haushaltspolitik betrieben worden ist.

(Beifall bei der CSU - Lachen bei der SPD)

Wir werden uns für die Zeit danach noch gehörig anstrengen müssen, im Rahmen der künftigen Geschäftspolitik der Bank, aus Privatisierungserlösen und mit einer an Wachstum orientierten Politik zu versuchen, einen seriösen Plan aufzustellen - das müssen wir innerhalb der nächsten Monate schaffen -, wie nach diesen zwei Jahren die Bedienung der Kredite erfolgen kann. Hier geht es um das, was immer bei der Bank möglich ist an Rückführungen, deren Höhe niemand heute prognostizieren kann, und was immer an zusätzlichen Privatisierungserlösen möglich ist.

Es bleibt der dritte Punkt, und das ist die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Hierzu möchte ich noch einen Satz sagen. Meine Damen und Herren, ich bin enttäuscht darüber, wie der Rettungsschirm im konkreten Beispiel der Bayerischen Landesbank praktiziert wurde, nämlich bürokratisch, wenig transparent und sehr schleppend.

(Zuruf von den GRÜNEN: Seid ihr da nicht dabei?)

Wir haben uns am Sonntagnachmittag zu einem Kraftakt entschlossen, nämlich dass wir sagen, nein, wir wollen diesen Prozess nicht noch einige Wochen fortführen, wir wollen eine klare Entscheidung, damit Stabilität und Sicherheit bei der Landesbank möglich sind.

Zweitens. Meine Damen und Herren, ich bin ein Lebensoptimist und keine Cassandra, aber das, was ich zur Zeit an Informationen zur Entwicklung in der realen Wirtschaft erhalte, und das, was wir nach menschlichem Ermessen in den nächsten Wochen und Monaten zu schultern haben, was die wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit, die Aufträge und vieles andere mehr betrifft, muss uns alle miteinander zu einer präventiven Politik bringen. Es geht nicht um die Reparatur von Arbeitslosigkeit, sondern darum, stärkere Anstrengungen zu unternehmen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Dabei bleiben wir als Bayerische Staatsregierung. Wir werden das auch am Freitag im Bundesrat sehr deutlich zum Ausdruck bringen. Wir wollen, dass auch auf Bundesebene gehandelt wird. Wir tun das Unsere. Wir geben etwa 5 Milliarden Euro jährlich für Investitionen aus. Wir haben als Bayerische Staatsregierung ein Beschleunigungsprogramm aufgelegt, damit diese 5 Milliarden Euro Investitionen in Bayern nicht erst im nächsten Sommer oder Herbst wirtschaftswirksam werden, sondern möglichst früh im nächsten Jahr. Ich bin den Koalitionsfraktionen sehr dankbar. Ich bin dem ganzen Parlament dankbar, dass es bereit ist, ein so außergewöhnliches, beschleunigtes Haushaltsverfahren durchzuführen. Der Haushaltsausschuss wird uns Genehmigungen für vorzeitige Ausschreibungen oder Baubeginne geben. Der Finanzminister ist bereit, die Haushaltsreste des Jahres 2008 für Investitionen nicht irgendwann, sondern sofort verfügbar zu machen. Der Bayerische Landtag ist bereit, den Haushalt nicht erst im Sommer, sondern noch vor Ostern abzuschließen. Damit kann das vorher auf den Weg gebrachte Verfahren möglichst schnell für die bayerische Wirtschaft wirksam werden. Wir machen unsere Hausaufgaben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir halten auch auf Bundesebene ein stärkeres Investitionsprogramm für nötig. Das werden wir am Freitag beantragen. Der Bund hat eine gesamtstaatliche und eine gesamtwirtschaftliche Verantwortung. Wir als Bayerische Staatsregierung werden daran festhalten, dass neben den investiven Maßnahmen auch eine Entlastung des Mittel-

stands, des Handwerks und vor allem auch der Bürger bei der Steuer stattfindet. Die nächste Steuerentlastung ist überfällig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist unser Gesamtkonzept. Wir bringen heute den Entwurf des zweiten Nachtragshaushalts 2008 in den Landtag ein. Ich bitte den Bayerischen Landtag heute um Zustimmung zu diesem Rettungsplan und um Zustimmung zum zweiten Nachtragshaushalt, der seinen Grund im Wesentlichen bei der Bayerischen Landesbank hat. Ich bitte weiter um eine zügige parlamentarische Beratung, damit der Nachtragshaushalt für die Landesbank nicht vor Ostern, sondern noch vor Weihnachten verabschiedet werden kann. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Einvernehmen mit den Fraktionen wurde hierzu eine Redezeit von 40 Minuten pro Fraktion vereinbart. Das Wort hat zunächst der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Kollege Maget.

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist schon ein bitterer Tag für Bayern und - unter finanzpolitischen Gesichtspunkten - sicherlich die schlimmste Stunde in der bayerischen Nachkriegsgeschichte; denn wir erleben eine Katastrophe und ein Debakel bei unserer Landesbank. Wir erleben den Offenbarungseid einer hilflosen Staatsregierung, alt und neu, der die Krise vollständig über den Kopf gewachsen ist.

Noch vor vier Wochen haben Sie den Hilfsbedarf für die Banken mit sechs Milliarden Euro beziffert. Heute sind es schon viel mehr als zehn Milliarden Euro. Einen Teil haben Sie verschwiegen, auf den ich noch zu sprechen kommen werde. Noch vor einer Woche wussten Sie gar nicht, dass Sie einen Nachtragshaushalt einbringen müssen, weil Sie

sonst mit der Bank Weihnachten nicht mehr überstehen könnten. Sie werden nicht glauben, dass man einer solchen Staatsregierung Vertrauen entgegenbringen kann.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Das wird auch nicht dadurch besser, dass Sie Herrn Dr. Ackermann als Kronzeugen berufen. Dadurch wächst das Vertrauen in das Lösungskonzept der Staatsregierung gewiss nicht. Herr Ministerpräsident, das Vertrauen steigt auch nicht dadurch, dass Sie in dem schriftlich vorgelegten Entwurf Ihrer Rede ein klares Ende Ihres Plans formuliert haben. Dort steht nämlich: "Am Ende steht die Privatisierung der Bank." Diese Passage haben Sie jetzt weggelassen. Sie haben stattdessen gesagt, dass Sie sich noch verschiedene Alternativen der Fusion und andere Wege überlegten.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wegen der FDP!)

Davon steht jedoch nichts in Ihrer Rede.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Es gilt das gesprochene Wort! - Thomas Kreuzer (CSU): Es gilt das gesprochene Wort!)

- Sie haben heute Vormittag etwas anderes gedacht als heute Mittag. Sie wissen selbst nicht, wohin die Landesbank gehen soll.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Das ist die Wahrheit. Sie wissen das nicht. Sie suggerieren den Menschen, denen Sie jetzt zehntausend Millionen Euro abverlangen, dass Sie die Sache im Griff hätten und die größtmögliche Sicherheit gewähren würden. In Wahrheit wissen Sie aber überhaupt nicht, wie der weitere Weg sein soll. Sie haben keinen Plan. Das ist eigentlich das Schlimmste, was ich heute vernommen habe.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Das Einzige, was wir gehört haben, war, dass dies eine schwere Hypothek für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns und für die Steuerzahler in unserem Land ist. Wir stehen heute am vorläufigen Schlusspunkt. Ich fürchte, wir stehen noch nicht wirklich am Schlusspunkt. Das ist auch ein vorläufiger Schlusspunkt der Chronologie der Versäumnisse und Irrtümer. Ich gestehe Ihnen zu, dass das alles nicht von Anfang an vorhersehbar war. Wer würde das behaupten? Wir stehen aber auch am vorläufigen Schlusspunkt einer Chronologie des Verharmlosens und Verleugnens, des Ignorierens und des Nichtsagens der Wahrheit hier im Hause.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Wir stehen am vorläufigen Schlusspunkt der Chronologie des Schönredens, der Täuschung und der Irreführung. Das alles haben wir in diesem Hause erlebt. Herr Ministerpräsident, Sie waren nicht dabei. Wir haben das erlebt. Ich muss mich wundern: Der bayerische Ministerpräsident stellt sich hierher und sagt, er stünde vor der Frage, warum diese Landesbank überall auf der Welt tätig sein musste. Und die Kollegen aus der CSU klatschen dazu.

(Beifall und Lachen bei der SPD und den Freien Wählern)

Seit einem Jahr diskutiert dieses Haus über das Thema Bayerische Landesbank. Seit einem Jahr haben wir exakt diese Frage gestellt und wurden von der Mehrheitsfraktion zu Idioten erklärt.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Seit einem Jahr bitten wir darum, uns zu erzählen, wie der Stand der Dinge ist. Seit einem Jahr bitten wir darum, dass irgendeiner die Verantwortung übernimmt. Seit einem Jahr bitten wir darum, dass sich irgendeiner dafür entschuldigt, wenn die Bürger schon zur Kasse gebeten werden. Herr Prof. Dr. Faltlhauser hat das heute getan. Warum diese neue Offenheit und Ehrlichkeit? - Ich sage Ihnen, warum: Sie wollen nicht ehrlicher sein,

als Ihre Vorgängerregierung, sondern Sie können jetzt nicht mehr anders. Sie können die Wahrheit jetzt nicht mehr verbergen und vertuschen.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Sie kommen nicht mehr mit Ihrer Strategie, alles zu verleugnen und zu verharmlosen, über die Runden. Sie kommen nicht über den 24. Dezember, wenn Ihnen der bayerische Bürger nicht mit seinen Steuergeldern in Höhe von zehn Milliarden Euro zur Seite springt. Der Gesamtschaden des Unfalls, den Sie verursacht haben, beträgt über 30 Milliarden Euro. Das ist der heutige Stand.

(Alexander König (CSU): Was würde denn der Maget machen?)

- Herr König, ich sage Ihnen, was ich anders als Sie gemacht hätte: Ich hätte mich in den letzten Monaten hierher gestellt und hätte die bayerische Öffentlichkeit und die bayerische Opposition wenigstens ehrlich informiert.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Ich hätte nicht wie Sie versucht, die Kommunalwahl zu überstehen. Das haben Sie nur deshalb nicht geschafft, weil der Vorstandsvorsitzende Schmidt Herrn Erwin Huber in den Rücken gefallen ist. Dann wollten Sie die Landtagswahlen überstehen. Ich sage Ihnen Folgendes ganz klar: Wäre das gesamte Ausmaß des Schadens, so wie Sie es heute bekennen müssen, den Bürgerinnen und Bürgern vor der Landtagswahl bekannt gewesen, hätte die CSU keine neue Staatsregierung bilden können. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Jetzt stehen wir vor der Situation, dass die Bayerische Landesbank schlicht und ergreifend am Ende ist. Sie kann ohne Milliarden Geldspritzen kurzfristig nicht überleben. Die Verantwortlichen in Vorstand und Verwaltungsrat haben die Bank zugrunde gerichtet, und der Steuerzahler soll jetzt bluten. Sie wollen die Zustimmung des Hauses zu über

zehn Milliarden Euro - ich wiederhole noch einmal: zehntausend Millionen Euro - innerhalb von zehn Tagen. Respekt! Sie müssen weiter die 4,8 Milliarden Euro Übernahme an Verlustrisiken einplanen. Das haben Sie gesagt. Sie haben aber schon verschwiegen, dass man von diesen 4,8 Milliarden Euro im Nachtragshaushalt sozusagen stillschweigend bereits 1,6 Milliarden Euro in Verpflichtungsermächtigungen umgewandelt hat. Sie haben hier von der Übernahme der Garantie für Verlustrisiken gesprochen. Sie haben aber nicht gesagt, dass Sie den Finanzminister schon ermächtigen, davon 1,6 Milliarden Euro im nächsten Jahr auszugeben oder vielleicht sogar noch heuer, weil das ein Nachtragshaushalt ist. Die zehn Milliarden Euro Nachtragshaushalt sind mit der heutigen Tischvorlage schon wieder um 1,6 Milliarden Euro mehr geworden. Gestern haben Sie noch zehn Milliarden kommuniziert, und in der schriftlichen Vorlage heute stehen schon weitere 1,6 Milliarden Verpflichtungsermächtigungen drin. Sie müssen doch dem Haus wenigstens sagen, wie viel Geld Sie tatsächlich haben wollen, und nicht schon wieder unlauter auftreten und einen solchen Betrag schlichtweg unter den Tisch fallen lassen.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der Freien Wähler und den GRÜNEN)

Glauben Sie doch nicht, dass wir Papiere nicht lesen können und nicht zumindest ein Minimum dessen verstünden, worum es hier geht!

(Zurufe von der CSU: Ja, ja! - Unruhe)

- Meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt noch hochmütig sein wollen, dann sollten Sie sich selbst einmal ernsthaft überprüfen. Herr Seehofer hat zu Recht als eine der ersten Ursachen die internationale Finanzmarktkrise mit ihren Auswirkungen genannt. Wer würde das denn infrage stellen?

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie haben auch - dafür bin ich sogar dankbar - Fehler genannt, die hier gemacht wurden. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, bis zum heutigen Tag hat kaum jemand der Verantwortlichen hier Fehler eingestanden. Schauen Sie sich die Berichte des Untersu-

chungsausschusses an, lesen Sie die Protokolle des Untersuchungsausschusses! Da haben wir genau die Fragen gestellt, die Sie hier vorgetragen haben. Lesen Sie die Antworten aus den Reihen der damals Verantwortlichen aus der Bayerischen Staatsregierung: kein Wort von einem Fehler, alles richtig gemacht, alles überblickt! Glauben Sie bitte nicht, dass Sie mit dem Hinweis davonkommen, das sei die alte Regierung gewesen.

(Zurufe von der SPD: Ja, ja!)

Herr Herrmann sitzt da; er war damals auch dabei. Kollege Schmid war jahrelang Verwaltungsrat. Herr Huber sitzt da unten, und weil ich das Thema Hochmut angesprochen habe, möchte ich darauf hinweisen: Wissen Sie, was der neue wirtschaftspolitische Vordenker der CSU, Erwin Huber, macht? Statt dass er Fehler zugibt, muss ich im "Bayernkurier"

(Der Redner hält die Kopie eines Artikels aus dem "Bayernkurier" hoch)

lesen:

(Zurufe von der SPD und der CSU - Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Maget, Sie können daraus zitieren, aber lassen Sie das bitte auf dem Pult.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Franz Maget (SPD): Das war aber der "Bayernkurier", Frau Präsidentin.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Trotzdem geht das nach Geschäftsordnung nicht.

Franz Maget (SPD): Nicht einmal den "Bayernkurier" darf man hier zeigen, um Gottes willen!

(Allgemeine Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Also wenn, dann im Original, das ist okay.

Erwin Huber schreibt in der Ausgabe des "Bayernkurier" Anfang dieser Woche:

Steinbrück agiert planlos, konturlose Finanzpolitik. Ich muss schon darauf hinweisen,

schreibt Erwin Huber,

dass Bayern schon seit drei Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorweist und 500 Millionen Euro Schulden abgebaut hat.

(Zurufe von der SPD - Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist ja lächerlich!)

Da lobt er sich, dass er 500 Millionen Schulden in drei Jahren abgebaut hat, und jetzt müssen Sie hier um zehn Milliarden Neuverschuldung betteln. Das ist schon bemerkenswert.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der Freien Wähler und der GRÜNEN)

Mein lieber Schwan!

(Heiterkeit bei den Freien Wählern und Abgeordneten der FDP)

- Die Neuen haben das bisher noch nicht erlebt -. Ich möchte ausdrücklich anerkennen, wie Sie mit den Sparkassen umgehen. Wir haben immer gesagt: Der Erhalt und die Sicherung der kommunalen Sparkassen ist in dieser Krisensituation das Wichtigste; da stimmen wir völlig überein. Wir sind auch dafür, jetzt sozusagen eine Brandmauer zu errichten, damit das Feuer nicht auf die Sparkassen übergreift. Das halten wir auch für richtig. Man hätte sagen können, die Sparkassen waren im Verwaltungsrat genauso dabei wie die Bayerische Staatsregierung, aber man muss auch sehen, sie wären jetzt schlichtweg nicht in der Lage, Finanzen in dieser Dimension aufzubringen. Darum ist diese Entscheidung meiner Meinung nach an dieser Stelle zwar richtig,

(Alexander König (CSU): Na Gott sei Dank!)

aber man darf nicht ganz Entwarnung geben. Sie hätten vielleicht auch dazusagen müssen, dass die Sparkassen natürlich nicht nur auf die Dividende verzichten müssen - da könnte man sagen, das ist ja wohl auch das Mindeste -, sie sind auch nach wie vor mit Einlagen an der Bayerischen Landesbank mit 1,4 Milliarden Euro beteiligt.

Nun ist es kein Geheimnis, dass im Augenblick ein Gutachten fertiggestellt wird, das den Wert der Landesbank eruieren soll, und es ist gut möglich, dass der Wert bei null liegt. Dann sind die 1,4 Milliarden Euro Einlagen der kommunalen Sparkassen auch weg und müssen in kürzester Zeit abgeschrieben werden, meine Damen und Herren. Tun Sie also nicht so, als wären die bayerischen Sparkassen davon nicht berührt! Das ist auch Teil der Wahrheit. Ich halte es für wahrscheinlich, dass die Sparkassen einen Großteil ihrer Einlagen, vielleicht sogar alle abschreiben müssen. Deshalb gehen auch die Sparkassen hier gewaltig ins Risiko.

Die Staatsregierung schlägt nun vor, den Schuldenstand des Freistaats um zehn Milliarden Euro zu erhöhen; zusätzliche Pro-Kopf-Verschuldung: 800 Euro. Sie tun so, als würden die Belastungen außerhalb des Staatshaushalts stattfinden. Das stimmt nicht. Diese zehn Milliarden Euro sind natürlich integraler Bestandteil des Haushaltsplanes. Sie haben selbst gesagt, jährlich kommen als Minimum 500 Millionen Zinsbelastung auf uns zu zuzüglich der Ausfälle aus den Fonds usw. Wir reden also über 600 Millionen Euro. Das können Sie vielleicht im nächsten und im übernächsten Jahr noch durch Rücklagen auffangen, dann aber nicht mehr. Deswegen, meine Damen und Herren, ist es tatsächlich so: Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns werden in den nächsten Jahren dafür bezahlen, dass wir 600 Millionen Euro pro Jahr aus Haushaltsmitteln bestreiten müssen, die wir nicht mehr für Schulen, Universitäten, Kindergärten, Umweltschutz und soziale Infrastruktur übrig haben. So ist das.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Freien Wähler und der GRÜNEN)

Das empört die Menschen zu Recht. Frau Haderthauer hat gestern vom Bund Geld dafür gefordert, dass die Kinder von Hartz-IV-Empfängern ein kostenloses Mittagessen bekommen können. Dafür hat man kein Geld.

(Renate Dodell (CSU): Das ist Sache des Bundes!)

Aber jetzt hat man zehntausend Millionen plötzlich übrig. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen: Das empört die Menschen, von der Empörung über mangelnde Übernahme von Verantwortung gar nicht erst zu reden.

Sie schlagen einen Weg vor - und damit will ich mich jetzt beschäftigen -, von dem Sie sagen, er böte ein Höchstmaß an Sicherheit. Ehrlicherweise sagen Sie: Es bietet keine absolute Sicherheit. Es wäre vermessen, eine solche geben zu wollen. Aber Sie sprechen von einem Höchstmaß an Sicherheit, und ich sage Ihnen: Diese Meinung teile ich in keinster Weise. Der Weg, den Sie vorschlagen, ist im Gegenteil ein waghalsiger Weg mit enormen Risiken. Sie laufen Gefahr, die Krise mit dem Weg, den Sie vorschlagen, nicht zu dämpfen, sondern vielleicht sogar noch zu verstärken. Wie lautet Ihr Vorschlag? Sie sagen: Wir pumpen die Landesbank jetzt mit 10 Milliarden Euro voll, machen dann unsere Hausaufgaben, restrukturieren die Bank und führen sie zurück auf ihren eigentlichen gesetzlichen Auftrag - eine Forderung, die wir hier seit einem Jahr erheben

(Harald Güller (SPD): Seit zehn Jahren!)

und wie an eine Mauer rennen. Sie haben uns immer gefragt: Wovon redest du denn da überhaupt - gesetzlicher Auftrag? Es wurde doch immer behauptet, der gesetzliche Auftrag wird voll erfüllt. Das wurde immer gesagt. Alles, was die Bank getan hat - so wurde gesagt -, sei im gesetzlichen Auftrag. Das ist immer die Meinung dieser Fraktion gewesen. Jetzt sagen Sie, Sie müssten sie zurückführen. Das ist ganz unsere Meinung.

Das machen Sie. Am Ende steht eine kleinere Bank. Die soll dann 2015, wenn die Gewährträgerhaftung endgültig ausläuft, verkauft und privatisiert werden. Der Staat soll, sagt der Finanzminister Herr Fahrenschon, pari rauskommen; das heißt: Sie wollen dann

14 Milliarden Erlösen. Ich sage Ihnen: Das ist nicht nur eine Utopie, das ist Trautmäzerei in allerhöchstem Maße.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Weg kann gar nicht funktionieren. Das kann gar nicht gehen. Das ist schon wieder ein Schritt in Richtung Beschwichtigung der Leute nach dem Motto: Wir müssen jetzt zwar 10 Milliarden Euro Schulden machen, aber wir kriegen das Geld beim Verkauf der Bank im Jahr 2015 - wie sagt Herr Fahrenschon? - "pari" wieder zurück. Ich sage Ihnen: Das ist schlichtweg eine Lüge. Das kann nicht gehen.

Ich sage Ihnen, warum dieses Vabanquespiel unverantwortlich ist und nicht funktionieren wird. Deswegen können wir diesen Weg auch nicht mitgehen.

Erster Punkt. Haben Sie es wirklich gut überlegt, auf die Beteiligung des Bundes zu verzichten? Der Bund schlägt strategisch eine andere Option vor, die ich nahezu für unausweichlich halte, nämlich in Richtung Fusionierung bis hin zu einer Landesbank für Deutschland zu gehen. Oder lassen Sie es eine Nord- und eine Südbank sein. Mit dem Einstieg des Bundes würde diese strategische Option bewusst gewählt oder zumindest offengehalten. Sie schließen diese Option, wie ich meine, in unverantwortlicher Weise jetzt aus, indem Sie sagen: Wir wollen die Landesbank am Ende privatisieren. Das ist Ihre erklärte Absicht, das ist sie immer gewesen. Ich müsste mich täuschen. Der Finanzminister hat gesagt, er will die Landesbank privatisieren und er will mit dem Erlös die Schulden zurückzahlen. Herr Zeil hat gesagt: Die Staatsregierung wird die Landesbank privatisieren. Sie haben es heute Vormittag ja auch in Ihr Manuskript hineinschreiben lassen. Also wird es ja wohl Ihre erklärte Absicht sein. - Lesen kann ich auch.

Also. Warum schließen Sie diese Option eigentlich aus? Dabei gäbe es doch einen eleganten Weg: Wenn wir die LBBW und die Bayerische Landesbank fusionieren und wenn die Bayerische Versicherungskammer gleichzeitig den Versicherungsteil aus der LBBW übernimmt, könnten wir hier in Bayern ein sehr starkes Zentrum der Versicherungslandschaft bilden. Allerdings müssten wir - das gebe ich zu - bestimmte Abbaumaßnahmen

bei der Bayerischen Landesbank in Kauf nehmen, vielleicht würden wir auch den Sitz hier in München verlieren. Aber das ist der weniger riskante Weg gegenüber dem, den Sie vorschlagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vielleicht noch einen Satz dazu: Ihr ständiges Festhalten an der Stand-alone-Lösung - "Wir wollen das selber machen!" - zeigt die Hybris, die die Landesbank in die Krise geführt hat, in der sie sich jetzt befindet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir sind sofort bei einer Stand-alone-Lösung dabei, die würde ich auch bevorzugen, sie wäre mir sympathisch, wenn sie ginge. Aber sie geht nicht mehr. Es wäre souverän und klug, jetzt zu bekennen: Stand alone geht jetzt nicht mehr. Wir machen etwas anderes, anstatt wie Sie zu sagen - wörtlich formuliert -: Wir behalten das Zepter in der Hand. Mit dem Zepter in der Hand, meine Damen und Herren, haben Sie die Bayerische Landesbank zugrunde gerichtet.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Das war der große Irrtum, und den setzen Sie jetzt fort.

Der zweite Punkt, der an Ihrem Modell nicht stimmt, ist die Frage: Was ist denn das für eine Bank, die Sie 2014/2015 privatisieren wollen? Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Gehört die DKB noch dazu? Gehört die Hypo-Group Alpe Adria noch dazu? Übrigens: Wie hoch ist eigentlich der Verlustanteil, der auf die Hypo Alpe Adria zu verbuchen ist? Sie wurde ja erst vor ein oder zwei Jahren gekauft. War sie ihren Preis wert, Herr Huber? Wie groß ist eigentlich der Anteil der Verluste, die daraus resultieren? - Gehört die Bank in Ungarn noch dazu, die Saar-LB, die Bank in Luxemburg, die Landesbausparkasse? Sind sie alle noch Bestandteil der kleineren Bank, die Sie 2015 verkaufen wollen? Auf diese Fragen habe ich keine Antwort gehört.

Dritte Frage. Die Bank ist dann wie ein gerupftes Huhn ganz klein geworden. Sie ist nur noch auf ihren gesetzlichen Auftrag beschränkt. Besteht denn Hoffnung, dass eine solche Bank 2015 überhaupt noch einen nennenswerten Verkaufserlös erzielen könnte? Ist diese Hoffnung in irgendeiner Weise gerechtfertigt und begründbar?

(Zuruf: Niemals!)

Ich sage Ihnen: Nein. Es ist reine Utopie. Damit streuen Sie den Menschen Sand in die Augen.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden diese Bank gar nicht verkaufen können, zumindest nicht zu einem nennenswerten Betrag. Damit sind Sie schon wieder auf dem Weg der letzten Jahre, auf dem Weg des Verteilens der Beruhigungstabletten: "Es wird alles gut". Nichts ist gut, und nichts wird mit Ihrem Weg gut werden.

Der vierte - und das ist vielleicht der entscheidende - Fehler Ihres Wegs ist folgender: Sie verkleinern die Bank auf ihr Kerngeschäft oder auf ihren gesetzlichen Auftrag und wollen sie dann privatisieren. Ich frage Sie: Was soll das denn eigentlich sein? Wenn die letzte verbleibende Aufgabe der Landesbank ihr gesetzlicher Auftrag ist, zum Beispiel der, die Zentralbankenfunktion für die Sparkassen zu übernehmen, wieso privatisieren Sie sie dann? Sie fällt dann aus der S-Gruppe heraus und kann dann den letzten Auftrag, der ihr noch verblieben ist, gar nicht mehr erfüllen.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Ich kann es mir nicht vorstellen. Das Gleiche gilt für die Mittelstandsförderung. Wollen Sie dann die Mittelstandsförderung des Freistaates Bayern über eine privatisierte Bank laufen lassen, obwohl Sie die LfA im Lande haben und jetzt schon über die Regierungen erfolgreich den Mittelstand fördern können? Wo ist also der Sinn, wo ist die Logik bei diesem Modell? - Es ist unsinnig, es ist unlogisch, es ist einfach so dahingeschrieben.

Ich sage Ihnen: Es ist planlos, und deswegen habe ich den sicheren Eindruck: Sie sind dieser Krise in keiner Weise gewachsen.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Sie haben in den letzten Monaten Personal und Posten verteilt, aber die Krise der Landesbank haben Sie ignoriert. Heute legen Sie einen Vorschlag vor, der erstens nicht funktioniert, der zweitens nicht durchdacht ist, der aber drittens die Bürgerinnen und Bürger in empörender Weise Milliarden Euro kosten würde. Dafür - das werden Sie verstehen - wird ein vernünftiger Mensch seine Zustimmung nicht geben. So vernünftig ist meine Fraktion.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Freien Wähler erteile ich das Wort Herrn Kollegen Pohl.

Bernhard Pohl (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn sich vor zehn oder 15 Jahren, nein, selbst wenn sich vor ein oder zwei Jahren jemand in meiner Gegenwart abfällig über die Finanz- und Haushaltspolitik der CSU in Bayern geäußert hätte, hätte ich ihm heftig widersprochen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir nicht!)

Auch als Freier Wähler hätte ich Sie vehement verteidigt.

(Zurufe von der SPD)

- Ich weiß, die Damen und Herren von der SPD hatten schon immer die größere Weisheit, und das auch ohne Aloisius.

(Zurufe von der SPD: Danke schön! - Zurufe von den GRÜNEN: Wir haben doch Recht behalten!)

Wie gesagt, man konnte Manches oder auch Vieles an der Politik der CSU kritisieren. Eines konnte sie aber ohne Zweifel: Sie konnte verantwortungsvoll mit dem Geld unserer Bürger umgehen. Nun muss ich feststellen, dass die Partei, die Bundesfinanzminister wie Franz-Josef Strauß und Theo Waigel hervorgebracht hat, die Zukunft unseres Landes am Roulettetisch verspielt hat.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen von der CSU, ist Ihnen eigentlich bewusst, dass Sie mit Ihrem Handeln den Ruf und das Andenken an diese verdienten Politiker beschmutzt haben? Schämen Sie sich eigentlich gar nicht dafür?

(Georg Schmid (CSU): Ein bisschen mäßigen!)

Was haben Sie den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes in der letzten Legislaturperiode zugemutet, um zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen?

(Georg Schmid (CSU): Das war auch richtig!)

Mit welcher Zähigkeit haben Sie manchmal mit wenig Fingerspitzengefühl und Weitblick die letzten Ecken des Haushalts ausgekratzt, um ein paar Euro Einsparpotential zu finden. Für eine Million Euro jährlich haben Sie das Bayerische Oberste Landesgericht geopfert. Heute sehen wir, wie einem Milliardenbeträge in atemberaubender Geschwindigkeit durch die Finger gleiten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben von einer Finanzmarktkrise gesprochen. Mit dem Hinweis auf 1929 haben Sie die richtige Größenordnung gewählt. Wir sprechen aber nicht nur von einer Finanzmarktkrise, meine Damen und Herren, wir müssen das Kind beim Namen nennen. Wir befinden uns inmitten einer Staatskrise, deren Dimension dem einen oder anderen von Ihnen offensichtlich noch gar nicht bewusst ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sonst ist es nicht zu erklären, dass einige von Ihnen über die Frage diskutieren, ob dieses Desaster einen Einfluss auf die Haushaltspolitik der nächsten Jahre hat oder nicht. Von Träumereien und vom Gesundbeten werden Sie sich in den nächsten Jahren jedenfalls verabschieden müssen.

Wir reden von einer Staatskrise. Wir hätten ein Risiko von 100 bis 110 Milliarden Euro, wenn wir dem heute nicht zustimmen würden. Auch wenn es Ihnen ganz angenehm wäre - das verstehe ich ja -, kann es nicht angehen, dass wir ganz einfach zur Tagesordnung übergehen. Nein, so geht es nicht. Wir müssen uns mit Verantwortlichkeiten und Verantwortlichen beschäftigen. Wir dürfen nicht achselzuckend feststellen: Shit happens! Nein, so einfach kann man es sich nicht machen. Deswegen kann es nicht sein, dass Herr Dr. Naser immer noch in der Verantwortung steht.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der FDP)

Es kann auch nicht sein, dass Verwaltungsräte von damals auch heute noch der Staatsregierung angehören.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD - Franz Maget (SPD):
Herr Herrmann geht schon!)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es kann auch nicht sein, dass Erwin Huber, der noch vor Wochen alle Schuld auf sich genommen hat, jetzt ein Comeback als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Bayerischen Landtags feiert.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD)

Damals, 2005, hat die Landesbank gemeinsam mit dem Verwaltungsrat in unglaublicher Gier und bar jeder Vernunft 58 Milliarden Euro aufgenommen. Was wäre eigentlich gewesen, wenn sie 100 oder 150 Milliarden aufgenommen hätte? Damals wurden vierzehn Tage vor Wegfall der Gewährträgerhaftung 58 Milliarden zu Lasten der Sparkassen, zu Lasten der Kommunen und zu Lasten des Freistaates aufgenommen, um mit diesem Geld am internationalen Kapitalmarkt zu zocken. Das Geld unserer Steuerzahler wurde

quasi auf den Roulettetisch gelegt. An diesen Vorgängen waren Sie nicht beteiligt, Herr Ministerpräsident. Dennoch muss ich Ihnen sagen: Es ist nicht nachvollziehbar, dass Sie Erwin Huber als Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses berufen haben. Ich bin eigentlich ganz froh darüber, Herr Zeil, dass die FDP das Wirtschaftsministerium für sich reklamiert hat, sonst wäre der Herr Ministerpräsident am Ende noch auf die Idee gekommen, Herrn Dr. Naser zum Wirtschaftsminister zu machen.

Meine Damen und Herren, vor fünf Wochen haben wir eine klare und detaillierte Aufarbeitung der Vorgänge gefordert. Frau Dr. Pauli hat konkrete Fragen gestellt. Diese Fragen werden nicht beantwortet. Der Antrag ist abgelehnt worden. Dafür habe ich kein Verständnis.

Wir reden hier nicht über irgendeine kleine Affäre. Wir reden von Schuld und Verantwortlichkeit. Wenn wir es nicht tun, werden es andere tun. Das, was damals passiert ist, kann durchaus haftungsrechtliche und strafrechtliche Konsequenzen haben. Das ist die Dimension, in der wir denken müssen. Hier geht es nicht um irgendeine Fehleinschätzung, die man leichterhand korrigieren kann. Hier geht es nicht um eine ideologische Auseinandersetzung über eine politische Frage. Hier geht es um ein Versagen, das zivil- und auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann. Daher ist es nicht zu begreifen, dass Verantwortliche von damals auch heute noch in der Verantwortung stehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das Mindeste, was wir in dieser Staatskrise, deren Ausmaß wir alle noch nicht abschätzen können, verlangen müssen, ist offene und schonungslose Aufklärung und volle Transparenz. Diese Staatskrise haben Sie, meine Damen und Herren von der CSU, maßgeblich mitzuverantworten. Stellen Sie sich vor - Kollege Maget hat es vorhin gesagt -, diese Vorgänge wären ein paar Wochen vor der Landtagswahl ans Tageslicht gekommen. Ich lasse mich nicht darüber aus, ob man damals bewusst etwas unter der Decke gehalten hat oder nicht. Stellen Sie sich aber vor, es wäre ein paar Wochen vor

der Landtagswahl aufgekommen. Dann würden Sie hier nicht mehr mit 92 Abgeordneten sitzen. Dann wäre diese Fraktion der CSU wahrscheinlich das Häuflein der sieben Aufrechten.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Weil Ihnen die Wählerinnen und Wähler in Bayern wegen der vermeintlichen Kompetenz in Wirtschafts- und Finanzfragen

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

mit 43 % einen - rückblickend betrachtet - ungerechtfertigten Vertrauensvorschuss gegeben haben, den Sie bei Kenntnis der wahren Sachlage niemals erhalten hätten, sollten Sie den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber so fair sein, und den Weg für Neuwahlen freimachen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Alexander König (CSU): Sie sollten mal die Verfassung lesen!)

Die Bayern könnten dann ein Parlament wählen, dem die Bewältigung dieser existenziellen Krise zuzutrauen ist.

(Georg Schmid (CSU): Das seid ihr nun aber wirklich nicht, bei aller Liebe!)

- Lieber Herr Schmid, ich wäre in dieser Debatte äußerst vorsichtig.

(Alexander König (CSU): Lesen Sie doch die Verfassung!)

- Die Verfassung kenne ich, lieber Herr Kollege König, da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen.

(Alexander König (CSU): Das klingt aber nicht so! Sonst würden Sie nicht so reden!)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich nun schon als erfolgreicher Krisenmanager und Retter Bayerns feiern lassen, eines dürfen Sie nicht vergessen: Den Grund für dieses

Desaster haben wir Ihnen, der CSU, zu verdanken. Wenn ein Schäfer eine Herde mit 100 Schafen ins Meer treibt und drei Schafe vor dem Ertrinken rettet, dann vollbringt er keine Heldentat, welche die Verleihung von Orden und Ehrenzeichen rechtfertigt.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Sie legen uns einen Gesetzentwurf vor, der uns innerhalb weniger Wochen dazu zwingt, 10 Milliarden Euro als Kredit für den Freistaat aufzunehmen. Sie haben gesagt, wenn wir das Geld nicht geben, ist Weihnachten bei der Landesbank Schluss. Daraus kann man nur den Schluss ziehen, dass die 3-Wochen-Frist des Insolvenzrechts bereits läuft. So dramatisch steht die Landesbank offenbar da. Wir sollen deshalb einer Kreditaufnahme zustimmen, die 25 % eines Jahresbudgets beträgt. Das ist eine Kreditaufnahme in einer Dimension - und darüber muss sich in diesem Hause jeder klar sein -, die uns auf Jahre hin in unseren notwendigen Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Bayern einschränkt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Der Sparkurs der alten Regierung zwingt uns eigentlich dazu, mehr Geld als bisher in die Hand zu nehmen. Diese 10 Milliarden Euro, über die wir jetzt reden, bräuchten wir doch dringend für eine bessere Bildungspolitik, für flächendeckende DSL-Anschlüsse, für eine bessere Finanzausstattung unserer Kommunen und für viele andere notwendige und wünschenswerte Projekte, beispielsweise in der Verkehrsinfrastruktur, in der Regionalförderung, für den Wegfall der Studiengebühren oder für eine leistungsgerechte Bezahlung unserer Polizei.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Nun werden wir ganz andere Diskussionen zu führen haben, weil Sie unser Geld leichtfertig verspekuliert haben.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben wortreich dargelegt, warum der Weg, den Sie zur Bewältigung der Krise vorschlagen, der richtige sei. Sie hätten das wesentlich kürzer machen können. Sie hätten sagen können: Das ist der einzige Weg. Es hätte ohnehin keine Alternative gegeben. Für diese Erkenntnis braucht es nicht die Erleuchtung eines Ministerpräsidenten, das hätte Ihnen jeder Kämmerer einer mittleren Marktgemeinde sagen können. Er hätte das genauso analysiert, möglicherweise nicht mit den getragenen Worten eines erfahrenen Bundespolitikers, aber ganz sicher mit dem gleichen Inhalt. In der jetzigen Situation finden Sie natürlich keinen vernünftigen Menschen, der ohne Not Kapital in dieses Kreditinstitut steckt. Sie selbst haben gesagt, diese Landesbank ist ohne Staatshilfe Weihnachten am Ende. Warum sollte ein vernünftiger Mensch Geld in ein Unternehmen stecken, dessen Existenz von staatlicher Hilfe abhängig ist? Warum sollte die Landesbank von Baden-Württemberg mit unserer Landesbank fusionieren und damit die Risiken unserer Vergangenheit übernehmen? Gott sei Dank gibt es in diesem Land noch Menschen, die verantwortungsvoll mit Geld umgehen. Deshalb waren diese beiden Wege von vornherein, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, versperrt.

Im Grunde genommen gab es nur zwei Möglichkeiten, über die zu entscheiden war: Sichern wir den Fortbestand der Landesbank oder überlassen wir sie ihrem Schicksal? Diese Frage wurde aber bereits im Jahre 2005 beantwortet, als man vor dem Wegfall der Gewährträgerhaftung investiert hat. Damals wurde die Haftung des Freistaats Bayern, der Sparkassen und der Kommunen über die Gewährträgerhaftung begründet. Wir haben diese Schulden bereits, wir tragen die finanzielle Last bereits, um die es hier geht. Die hier geführte Debatte über die Kreditaufnahme ist deshalb lediglich eine technische Verlagerung bereits existierender Verbindlichkeiten: Eine Eventualverbindlichkeit in Form der Gewährträgerhaftung wird ersetzt, teilweise ersetzt, durch eine echte Verbindlichkeit, die zum Zweck der Kapitalzuführung durch den Freistaat Bayern an die Landesbank aufgenommen wird.

Die zweite Frage lautet: Eigenfinanzierung oder Bundesmittel? - Noch am Freitag haben Sie erwogen, einen Teil über Bundesmittel abzuwickeln. Ich habe in der Sitzung am

Freitagvormittag bereits darauf hingewiesen, dass es für mich wenig Sinn macht, sich unter den derzeitigen Bedingungen, 10 % Zinsen, beim Bund zu refinanzieren. Wenn wir vom Freistaat Kredite in einer Größenordnung von 4 bis 5 % bekommen, der Bund aber 10 % verlangt, sparen wir pro Milliarde der Kreditaufnahme 50 bis 60 Millionen Euro an Zinsen. In der jetzigen Situation haben wir alles, aber sicher kein Geld zu verschenken. Deshalb ist es richtig, die Finanzierung komplett aus dem Haushalt zu tätigen.

Ich bin aber schon enttäuscht, Herr Ministerpräsident, dass Sie als Vorsitzender der CSU und als Bayerischer Ministerpräsident die Vorsitzende Ihrer Schwesterpartei CDU, Bundeskanzlerin Angela Merkel, nicht davon überzeugen konnten, dass sie dem Freistaat Bayern wirklich hilft. Wenn ich das aus Sicht eines Scheidungsanwalts analysiere, dann muss ich sagen: Die Ehe ist offensichtlich schwer zerrüttet. Wenn ich mir den Dringlichkeitsantrag zur Steuersenkung ansehe, dann spricht alles dafür, dass ich mit dieser Auffassung absolut richtig liege.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich weiß nicht, ob eine rot-grüne Regierung mit dem Freistaat bössartiger umgegangen wäre, als das in dieser Situation die jetzige, von der CDU geführte Bundesregierung tut.

Die von Ihnen vorgeschlagene Lösung ist somit der einzige Weg, den Sie gehen können, um aus diesem Schlamassel halbwegs wieder herauszukommen. Wenn Sie über die Zukunft der Landesbank nachdenken und dabei eine Fusion oder eine Privatisierung ins Auge fassen, dann müssen wir vorher die Hausaufgaben machen. Das Haus, das man verkaufen oder vermieten will, ist derzeit offensichtlich unbewohnbar.

Wir stimmen ausdrücklich der Auffassung zu, dass wir die Sparkassen und deren Eigentümer - die Kommunen - schützen müssen. Das ist für uns elementar. Gerade in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation in Bayern und in Deutschland sind die Sparkassen ein elementarer und unverzichtbarer Bestandteil wirtschaftlicher Stabilität. Wir brauchen unsere Sparkassen als Finanzinstitute des Mittelstands. Wenn wir hier ein Streichholz an die Lunte legen, fliegt uns möglicherweise das ganze Haus um die Ohren. Wenn wir

in dieser Situation die wirtschaftliche Lage nicht sehenden Auges noch dramatisch verschlimmern wollen, haben wir keine andere Wahl, als unsere Sparkassen zu schützen.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Es kann aber nicht wahr sein, Herr Ministerpräsident, dass Sie versuchen, eine Mitverantwortung der Kommunen zu konstruieren. Es ist wohl wahr, dass Vertreter der Kommunen im Verwaltungsrat saßen. Das waren im Übrigen, ganz am Rande bemerkt, keine Freien Wähler. Daraus aber eine kollektive Verantwortlichkeit aller Oberbürgermeister und Landräte konstruieren zu wollen, ist ein billiges Ablenkungsmanöver. Diesen Vorwurf müssen wir mit Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir werden dem Haushaltsgesetz im Ergebnis zustimmen. Allerdings nur unter zwei Bedingungen:

Erstens. Wir verlangen eine verbindliche Zusage zur Abarbeitung des Fragenkatalogs, wie wir es in der Plenarsitzung am 24. Oktober 2008 durch Frau Dr. Pauli beantragt haben.

Zweitens. Im Verwaltungsrat der BayernLB müssen künftig alle Fraktionen des Bayerischen Landtags vertreten sein.

Die Zusage zur Beantwortung unseres Fragenkatalogs, unsere Aufforderung zur vollständigen Transparenz wird zwischenzeitlich, zumindest teilweise, durch einen Dringlichkeitsantrag von CSU und FDP unterstützt. Eine späte Einsicht, liebe Kollegen, aber immerhin. Es sollte Ihnen daher nicht schwer fallen, unseren Bedingungen nach Abarbeitung des Fragenkatalogs zuzustimmen. Auch die zweite Bedingung, die Beteiligung aller Fraktionen durch Entsendung von Mitgliedern in den Verwaltungsrat, ist für uns zwingend. Letztlich steht ab jetzt nicht nur die Regierung in der politischen Verantwortung. Unser Bestreben ist es, dass auch der Bayerische Landtag und damit alle in ihm

vertretenen Parteien in die Lage versetzt werden, dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler nachzukommen und Bayern in eine gute Zukunft zu führen.

Wir verschließen uns einer konstruktiven Zusammenarbeit nicht. Wir fordern sie sogar ein. Wir werden Mitverantwortung übernehmen. Dazu brauchen wir aber auch das Mitspracherecht.

Abschließend noch einige Worte zu den Auswirkungen auf unseren Haushalt. Herr Ministerpräsident, Sie haben zwischenzeitlich - heute haben Sie es etwas relativiert - so getan, als ob diese Landesbankkrise keine Auswirkungen auf den Haushalt und den Koalitionsvertrag hat. So kann man es im Redemanuskript nachlesen: keine Auswirkungen auf den Haushalt und den Koalitionsvertrag. - An alle diejenigen, die diesem Traum nachhängen, sage ich: Märchen und Legenden haben wir in letzter Zeit genug gehört.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Mitglieder des Bayerischen Landtags haben Anspruch auf offene Worte und ungeschminkte Wahrheit. Da bin ich beim Kollegen Maget, der das sehr deutlich eingefordert hat. Verschonen Sie uns mit Schönfärbereien und verbreiten Sie nicht, wie in der Vergangenheit oft geschehen, das Gefühl "Weiter so, es ist ja gar nicht so schlimm".

Jeder Versuch, diese Katastrophe kleinzureden, wird Sie später unweigerlich einholen. Schon die Zinsen für die Kreditaufnahme werden uns bei der nächsten Haushaltsberatung erhebliches Kopfzerbrechen bereiten und einen wichtigen Teil der Mittel künftiger Haushalte binden. Und auch die Geschichten vom ausgeglichenen Haushalt können Sie ganz tief in der Schublade vergraben. Der Haushalt ist schon jetzt nicht mehr ausgeglichen. Diese Regierung startet mit einem Minus in Höhe von 10 Milliarden Euro. Das müssen Sie in den kommenden fünf Jahren, wenn Sie überhaupt so lange durchhalten, erst einmal aufholen, wenn Sie am Ende den ausgeglichenen Haushalt über diese Legislaturperiode verkünden wollen.

Dem Koalitionsvertrag mit allen seinen Investitionsprogrammen ist längst die Geschäftsgrundlage entzogen. Eigentlich sollten Sie ehrlicherweise über einen neuen Vertrag verhandeln und die Einzelpunkte mit allen Gruppierungen dieses Hauses zielorientiert diskutieren. Eigentlich sollten Sie den Menschen reinen Wein einschenken und ihnen sagen, dass wir vom finanzpolitischen Musterland ohne neue Verschuldung auf die Ebene der oftmals von Ihnen belächelten Länder im Norden und Osten unserer Republik abgestürzt sind. Wenn Sie so weitermachen, wird es noch so weit kommen, dass Sie sich in Wowereit'sche Platitüden, wie "Arm, aber sexy", flüchten müssen.

(Heiterkeit bei den Freien Wählern - Georg Schmid (CSU): Sie übertreiben!)

- Ich übertreibe nicht, Herr Kollege Schmid. Ich habe gesagt, wenn Sie so weitermachen.

Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass sich etwas ändert.

(Georg Schmid (CSU): Nicht den Teufel an die Wand malen!)

- Ich träume? - Okay.

(Georg Schmid (CSU): Nein, ich habe gesagt: Nicht den Teufel an die Wand malen!)

Was die Zukunft unserer Landesbank betrifft, so brauchen wir ein klares Geschäftsmodell. Darüber muss die Landesbank gemeinsam mit den Kapitaleignern - momentan noch den Sparkassen, am Ende mit dem Bayerischen Landtag - diskutieren. Klar ist für uns, dass wir die Landesbank auch künftig für unsere heimische Wirtschaft benötigen - nicht als Konkurrenz, sondern als sinnvolle Ergänzung zu den Sparkassen. Es mag dabei manches für eine Fusion in der Zukunft sprechen; eine Privatisierung ist derzeit für uns aber nicht vorstellbar.

Auch ist es mehr als bitter, dass die Belegschaft - davon war herzlich wenig die Rede - nun das ausbaden muss, was andere zu verantworten haben. Deswegen ist es das Mindeste, dass der Vorstand einer künftigen Landesbank proportional zum Stellenabbau

verkleinert wird und dass dieser Vorstand auch mindestens proportional zum Personalabbau auf Gehalt verzichtet.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Die Schritte für die Zukunft können und müssen wir mit Sorgfalt und Bedacht planen, Schritt für Schritt die Weichen stellen, aber uns momentan vor Festlegungen hüten. Da bin ich bei Ihnen. Momentan geht es nämlich nur um nackte Krisenbewältigung, geht es nur darum, das Schiff vor dem Untergang zu retten. Unter den von mir geschilderten Bedingungen ist die Fraktion der Freien Wähler hierzu bereit.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Kollege Pohl. - Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Bause das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Seehofer, Sie haben bei Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten von einem Neuanfang gesprochen, den Sie in Bayern gerne machen möchten, - nicht nur das, sondern einen absoluten Neuanfang. Ich meine, wenn man sich dieses Desaster heute anschaut, so ist diese Illusion spätestens jetzt endgültig zerplatzt - genauso wie die Finanzmarktblase und die Immobilienmarktblase.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie und Ihre Regierung sind Gefangene, Gefangene des vergifteten Erbes Ihrer Vorgänger. Sie können sich nicht mehr wegducken, was Sie eine Weile versucht haben. Auch bei dieser angekündigten Regierungserklärung wollten Sie zunächst selbst nicht Stellung nehmen und damit offenbar den Eindruck erwecken, als ginge Sie das alles nichts an. Dann haben Sie sich nach entsprechenden Äußerungen und Bemerkungen in der Öffentlichkeit doch eines Besseren besonnen. Sie können sich nicht mehr wegducken.

Wie sehr die Politik der CSU, die Politik Ihrer Vorgänger, Herr Seehofer, verfehlt ist, zeigt Ihr Handeln heute und die Tatsache, dass Sie Ihre Pläne ändern mussten. Sie können Ihre ursprünglich geplante Regierungserklärung zu den Plänen, was Sie in Zukunft machen wollen, heute nicht geben, sondern Sie müssen sich mit den Fehlern der Misswirtschaft und dem Desaster aus der Vergangenheit auseinandersetzen.

Anders, als Sie die Öffentlichkeit und uns hier wieder einmal glauben machen wollten, fängt die Krise der Landesbank nicht erst mit der Finanzmarktkrise an. Und wie oft haben wir in diesem Landtag über die Landesbank diskutiert? - Nicht erst seit einem Jahr, sondern seit vielen Jahren. Immer wieder stand die Landesbank auf der Tagesordnung. Immer wieder ging es um Pleiten und Probleme, um Affären bei der Landesbank. Sie erinnern sich vielleicht noch an die Kirch-Pleite. Daran war die Landesbank mit 2 Milliarden Euro beteiligt. Sie erinnern sich an die Malaysia-Blamage, wo die Landesbank Kreditbetrügern auf den Leim gegangen ist. Sie erinnern sich an die Asien-Krise, wo die Landesbank mit dabei war und was sie damals 1,3 Milliarden Mark gekostet hat. Immer wieder, seit mindestens zehn Jahren, stehen Krisen und Pleiten der Landesbank auf der Tagesordnung des Parlaments, und immer wieder war es so, dass Sie intern die Kritik nicht annehmen wollten. Immer waren andere schuld, und Sie waren nie in der Verantwortung. Jetzt endlich ist diese Zeit vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Krise - oder die Krisen - der Bayerischen Landesbank haben ihre eigentliche Wurzel darin, dass Sie von der CSU und von der Regierung die Landesbank immer als Instrument Ihrer Machtpolitik, als Instrument für Ihre Spezl-Wirtschaft begriffen haben, dass Sie sie als Instrument für Ihren Größenwahn missbraucht haben, und heute bekommen wir alle die Quittung dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schon 1999 schreibt der "Spiegel": "Die Bayerische Landesbank ist eine Zockerbude" - aktueller denn je. Die "Süddeutsche Zeitung" schreibt, dass die Geschäfte der Landes-

bank aus Großmannssucht und Gier vorangetrieben wurden und zu dem heutigen Wahnsinn geführt haben. Und Herr Huber - weil ich Sie gerade sehe - und andere CSU-Größen hatten bei all diesen faulen Geschäften immer die Finger drin. Herr Huber, Sie erinnern sich vielleicht an die Kirch-Pleite und den Kirch-Kredit; daran, dass dieser Kredit gegeben wurde, waren Sie maßgeblich beteiligt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Erwin Huber (CSU): Da war ich überhaupt nicht beteiligt!)

Das Grundproblem ist, dass es sich um politisch, ja um parteipolitisch begründete Geschäfte gehandelt hat. Und es waren die überzogenen Renditeerwartungen der Staatsregierung, des Finanzministers, die die Landesbank in diese risikoreichen, unverantwortlichen Geschäfte getrieben hat. Für die katastrophalen Folgen dieser Politik wollten dieselben Leute dann allerdings nicht mehr verantwortlich sein.

Ich begrüße es deshalb, Herr Seehofer, dass Sie sich heute hierhergestellt und sich entschuldigt haben, dass auch Herr Faltlhauser ein Schreiben verfasst hat, in dem er sich entschuldigt. Ich muss allerdings auch sagen: Das ist das mindeste, was wir hier mit Fug und Recht erwarten dürfen, nach allem, was Sie sich in der Vergangenheit geleistet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Eine Entschuldigung ist sicher notwendig, aber sie ist auch billig im Vergleich zur Entschuldung, und die müssen die Bürgerinnen und Bürger Bayerns ausbaden.

Aber was mich maßlos enttäuscht, ist, dass Sie sich zwar auf der einen Seite entschuldigen, aber auf der anderen Seite immer noch kein Einsehen haben in das Kernproblem der Landesbank und dass Sie die gleichen Fehler, die in der Vergangenheit zu den Krisen geführt haben, zum Desaster und zum Ruin der Landesbank, in Zukunft, wenn auch in verkleinertem Maßstab, fortführen wollen. Sie wollen nach wie vor eine alleinige Bayerische Landesbank, eine Bank, die Sie nach Ihrem Gutdünken gestalten können, wo Sie

das Schalten und Walten haben. Genau das ist der Grundfehler, und genau deshalb werden wir in die nächste Katastrophe hineinstolpern, wenn Sie nicht endlich umdenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Desaster bei der Landesbank zeigt, wie sehr die CSU Bayern heruntergewirtschaftet hat. Das Desaster bei der Landesbank zeigt, wie teuer die Bürgerinnen und Bürger Bayerns heute den Größenwahn der CSU bezahlen müssen. Herr Stoiber, Herr Beckstein, Herr Huber, Herr Faltlhauser, Herr Herrmann, Herr Georg Schmid - Sie alle haben Bayern geschadet und Sie haben damit gegen Ihren Amtseid verstoßen. Ich würde auch von Ihnen erwarten, dass Sie sich hierherstellen und persönlich diese Verantwortung übernehmen, persönlich dafür einstehen und persönlich eingestehen, dass Sie für diesen Schaden Verantwortung tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Ihre heutige Erklärung, Herr Seehofer, war natürlich das Eingeständnis des Versagens, des Versagens der politisch Verantwortlichen, des Versagens vor allem Ihrer angeblichen Wirtschafts- und Finanzkompetenz. Es war ja die Opposition in den vergangenen Jahren, es waren die GRÜNEN, die immer wieder auf die aktuelle Gefährdung der Bank hingewiesen haben, die gesagt haben: Erzählen Sie uns doch nicht so einen Blödsinn. Wir haben ganz andere Zahlen, da wissen wir etwas anderes. Wir haben Aufklärung eingefordert, wir haben nicht lockergelassen, ein tragfähiges Geschäftsmodell zu fordern für die Zukunft, es kann nicht länger so weitergehen. Sie haben es trotzdem noch länger so weiterlaufen lassen bis zu dem bitteren Ende - und ich befürchte, es ist noch nicht einmal das Ende -, vor dem wir heute stehen.

In beispielloser Arroganz und Aggressivität - und dafür war auch wieder Herr Huber ein Paradebeispiel - haben Sie versucht, in den Debatten im Landtag uns die Kompetenz und die Berechtigung abzusprechen. Es ist Ihre Verantwortunglosigkeit, es ist Ihre Großmannssucht und es ist Ihre Inkompetenz, die dem Land dieses gigantische Milliardenloch beschert hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, auf den Haushalt, auf die Investitionen tragen Sie allein die Verantwortung, sehr geehrte Damen und Herren von der CSU.

Trotzdem - das finde ich peinlich und zynisch - brüsten Sie sich immer noch mit Ihrer Politik des ausgeglichenen Haushalts. Mit dem Dogma: Wir brauchen einen ausgeglichenen Haushalt wurde in den letzten fünf Jahren jeder Einschnitt, jede soziale Gemeinschaft, jede Zusatzbelastung: für die Familien, für die Studenten, für die Beamten, für alle Menschen hier in Bayern, für die Jugendarbeit - ich könnte die Maßnahmen ellenlang aufzählen - begründet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angeblich war das Ziel des ganzen Manövers, man dürfe den zukünftigen Generationen keine Schulden hinterlassen. Ha, ha! Da kann man nur noch bitter lachen. Während Stoiber und Faltlhauser sich darum kümmerten, den Blinden das Blindengeld wegzunehmen, die Insolvenzberatungen zu streichen, die Familien beim Büchergeld und bei den Studiengebühren zu belasten, die Arbeitszeit zu erhöhen und das Ganze dann auch noch als alternativlos auszugeben, wurden unter Ihren Augen und in Ihrer Verantwortung in der Landesbank die Milliarden verzockt. All das, was wir in den letzten fünf Jahren durch tiefe Einschnitte eingespart haben, wurde um ein Vielfaches verzockt durch Ihre Verantwortungslosigkeit bei der Landesbank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und heute? Heute werden in beispielloser Weise, mit einem atemberaubenden Tempo und in schwindelerregender Höhe mal eben neue Schulden gemacht, Schulden in einer Höhe von 10 Milliarden Euro. Sie wissen, das Land Bayen hat Schulden in Höhe von 23 Milliarden Euro. 10 Milliarden dazu, nahezu 50 % Erhöhung bei den Schulden. Wir zahlen an Schuldendienst und Zinsbelastungen jährlich circa 1 Milliarde Euro. Dazu kommt - je nachdem, was man alles in die zukünftigen Belastungen einrechnet, eine halbe bis eine

dreiviertel Milliarde Euro neu dazu. Da wollen Sie uns heute noch erzählen, Ihre Politik sei richtig und Sie hätten Ihre Wirtschafts- und Finanzkompetenz zum Tragen gebracht? Heute sehen wir das ganze Ausmaß des Desasters.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayerns Bürgerinnen und Bürger wurden geschröpft. Ihnen wurden tiefe Einschnitte zugemutet. Heute zeigt sich, dass das Ganze offensichtlich nicht nur sinnlos, sondern auch noch wertlos war. Auch dafür - Herr Ministerpräsident, Sie sollten jetzt nicht mit der Europaministerin schäkern, sondern zuhören - sollten Sie sich hier bei den Menschen in Bayern entschuldigen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Abgeordneten der Freien Wähler -
Georg Schmid (CSU): Das ist nicht falsch! Das war schon die richtige Politik!)

Jetzt zum Rettungsplan und zum neuen Geschäftsmodell. Seit Ihrem Amtsantritt, Herr Seehofer, ist das Desaster der Landesbank Dauerthema. Sie waren sofort als Krisenmanager gefragt - und wie haben Sie diesen Job bisher gemacht? Welche Linie haben Sie denn vorgegeben? Das war keine Linie, höchstens eine Schlangenlinie, die Sie da vorgegeben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mal haben Sie die Bundeshilfen eingefordert - und waren damit die ersten, die sie gefordert haben. Dann haben Sie gesagt: Wir schultern das alles aus Landesmitteln. Mal wollten Sie die Fusion mit der Landesbank in Baden-Württemberg. Jetzt ist sie wieder des Teufels. Mal wollten Sie Herrn Kemmer hinauswerfen. Jetzt müssen Sie mit ihm die Bank restrukturieren. Mal wollten Sie privatisieren. Dann wieder nicht. Wie hätten Sie es denn gerne, Herr Seehofer? - Vertrauen werden Sie mit einem derart sprunghaften Verhalten ganz sicherlich nicht hervorrufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Krisenmanager, Herr Seehofer, haben Sie bisher eine denkbar schlechte Figur gemacht.

Was legen Sie uns heute vor? - Ihr Vorschlag, Ihr Plan bedeutet zum Ersten eine gigantische Neuverschuldung in Bayern, zum Zweiten den massiven Abbau von Arbeitsplätzen, zum Dritten eine langjährige Belastung für unseren Haushalt und unsere Handlungsmöglichkeiten und zum Vierten: Er bedeutet kein wirklich tragfähiges und zukunftsfähiges Geschäftsmodell für die Bayerische Landesbank. Das ist fast noch das Schlimmste an dem Ganzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir uns denn zur Rettung so hoch neu verschulden müssen; wenn wir die zusätzlichen Belastungen tragen müssen, frage ich: Macht das, was Sie uns heute vorgelegt haben, wenigstens Sinn? - Die Sinnhaftigkeit erschließt sich uns allerdings nicht. Wir haben große Zweifel. Und nicht nur wir, sondern auch Bankexperten und Fachleute aus diesem Bereich sehen in den Plänen zur Umstrukturierung der BayernLB kein tragfähiges und zukunftsfähiges Geschäftsmodell. Die zentrale Frage ist: Wo ist der Markt für diese zusammengestrichene, verkleinerte, gestutzte Landesbank? Wir haben stets gefordert, die Bank solle sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Also: Gibt es in Deutschland für dieses Kerngeschäft überhaupt einen Markt, der es rechtfertigt, dass die BayernLB neben weiteren fünf bis sechs Landesbanken alleine bleibt? Wenn wir die Landesbanken in welchem Modell auch immer erhalten wollen, müssen wir darüber nachdenken, ob wir Fusionen und Kooperationen anstreben und mit dem Bund ein Konzept entwickeln wollen. Wenn Sie Ihre eitle Strategie heute noch fortsetzen wollen, produzieren Sie damit die nächsten Probleme für die Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht - BaFin - Jochen Sanio hat vor ein paar Tagen gesagt, er bezweifle die Stabilität einer spezialisierten

Staats- und Immobilienfinanzierungsbank, wie das Konzept für die BayernLB dies vorsehe. Das sei nicht tragfähig.

Zum Zweiten: Der Krach mit und die Konkurrenz zu den Sparkassen ist schon vorprogrammiert. Sie gehen auf das Geschäftsfeld und den Markt der Sparkassen. Sie haben zwar eine bestimmte Höhe festgelegt. Das ist aber kein Geschäft, das die großen Sparkassen nicht auch machen wollen. Die Sparkassen haben in diesem Geschäft die schlechteren Karten, weil sie sich als Minderheiteneigentümer dagegen nicht mehr wehren können. Sie gehen in die direkte Konkurrenz zu den Sparkassen. Die Folge könnte ein Verdrängungswettbewerb mit den Sparkassen sein, was wir uns wirklich nicht wünschen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen es auch an Baden-Württemberg. Die Baden-Württembergische Landesbank geht bereits auf dieses Modell. Der Krach und die Probleme mit den Sparkassen fangen schon an.

Eine Überlebenschance gibt es mittelfristig nur in einem bundesweiten Zusammenschluss, in einer Holding oder einem ähnlichen Modell. Sie haben das abgetan. Das ist in keiner Weise gerechtfertigt. Leiten wir diese Prozesse heute nicht ein, werden wir die Folgen dieser falschen Politik in Zukunft möglicherweise noch teurer zu bezahlen haben.

Wenn Sie immer noch meinen, Sie könnten eine Landesbank als Instrument Ihrer provinziellen Eitelkeit behalten, zeigt das, dass Sie aus den Problemen nichts gelernt haben. Die Zeiten des "mir san mir" und "Wir haben unsere eigene Bank" sind endgültig vorbei. Wir haben gesehen, wohin das führt. Es reicht nicht aus, sich für die Fehler der Vergangenheit zu entschuldigen und mit dem bisherigen Kurs etwas kleiner weiterzumachen.

Schlussendlich haben wir und auch sonst niemand mehr Vertrauen in Ihre Wirtschaftskompetenz, in Ihre Kompetenz, eine Bank wirklich erfolgreich führen zu können. Es darf

nicht sein, dass sich die Brandstifter jetzt zur alleinigen Feuerwehr aufspielen. Das ist uns zu gefährlich. Das ist brandgefährlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen: Unsere Zustimmung zu Ihren Plänen werden Sie nicht bekommen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Hacker das Wort erteilen. - Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Hacker (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor gut einem Monat haben CSU und FDP einen Koalitionsvertrag unterzeichnet und damit das Fundament für einen Neuanfang in der bayerischen Politik gelegt. Jetzt müssen wir erleben, wie die Tragfähigkeit dieses Fundamentes gleich zu Beginn der neuen Regierung auf eine harte Belastungsprobe gestellt wird.

(Christine Stahl (GRÜNE): Selbst schuld!)

Die Belastungen kommen nicht von innen. Der Koalitionsvertrag ist wohl überlegt und verbindet Zukunftsperspektive mit der Möglichkeit ihrer Realisierung.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Belastungen kommen von außen, aus der Vergangenheit. Der Ausbau einer Landesbank zu einem internationalen Finanzinstitut kommt den Freistaat im Nachhinein teuer zu stehen. Das ist bitter.

Ich hätte mir gewünscht, heute zu einer Regierungserklärung sprechen zu können, in der Sie, Herr Ministerpräsident, schildern können, was wir - CSU und FDP - uns gemeinsam vorgenommen haben, um Bayern freiheitlicher zu gestalten und den Wohlstand seiner Bürger auch in Zukunft zu sichern.

(Beifall bei der FDP)

Anstatt Zukunftspläne zu schmieden, geht es heute darum, die Vergangenheit zu bewältigen. Wir haben erkennen müssen, dass die Strukturen des Staates nicht wie die Systeme eines Computers funktionieren, bei dem man kurz auf die "Neustart-Taste" drückt, und alles beginnt von Neuem. Wer im Staat Verantwortung übernimmt, übernimmt auch die Hypotheken, die seine Vorgänger hinterlassen haben.

Wir als FDP haben bereits während der Koalitionsverhandlungen die Gefahren gesehen, die sich aus den Geschäften der Landesbank noch ergeben könnten. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag gemeinsam klar festgehalten: Die letztendlichen, tatsächlichen Belastungen für den Staatshaushalt seien nicht absehbar, was die Haushaltspolitik in den nächsten Jahren berücksichtigen müsse. Aus den Jahren sind leider wenige Wochen geworden. Wir stehen heute vor der gewaltigen Aufgabe, die Bayerische Landesbank zu stützen. Dazu ist schnelles und entschlossenes Handeln nötig. Ich darf sagen, dass meine Fraktion die Anstrengungen der Staatsregierung nachdrücklich unterstützen wird, weil es hierzu leider keine Alternative gibt.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Die BayernLB ist - wir haben es heute schon gehört - eine systemrelevante Bank. Ihr Untergang wäre eine Gefahr für den gesamten Bankensektor und damit eine Gefahr für den Mittelstand in Bayern, der auf Kredite angewiesen ist, und letztendlich eine Gefahr für viele Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen und deren Familien. Darum geht es heute bei der Rettungsaktion. Der Einsatz von Steuergeldern dient dem Schutz der Bürger, nicht dem Schutz einiger Banker, die in ihrer Arbeit falsche Annahmen und Entscheidungen getroffen haben, und nicht dem Schutz von Politikern, die bei der Wahrnehmung ihrer Aufsichtspflichten sorgfältiger hätten sein müssen.

Die staatlichen Hilfen sichern nicht nur bei der Bank, sondern in ganz Bayern Arbeitsplätze und Existenzen. Dass das nur mit einem massiven Stellenabbau bei der Landesbank selbst möglich ist, bedauern wir sehr. Die FDP-Fraktion will sichergestellt sehen, dass

dieser Prozess für die Betroffenen möglichst planbar und sozialverträglich vonstatten geht.

(Beifall bei der FDP)

Trotz unserer Zustimmung zum Gesamtpaket will ich an dieser Stelle eines festhalten: Schuld an den Problemen der Landesbank ist die Finanzkrise. Schuld sind aber auch die zahlreichen strategischen und operativen Fehler derjenigen, die dort in der Vergangenheit Verantwortung trugen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir heute dem Rettungspaket zustimmen, dann tun wir das in der Erwartung, dass die Landesbank nach ihrer Restrukturierung und Stabilisierung aus der Verantwortung des Staates entlassen wird. Wir haben diese Forderung lange vor den ersten Anzeichen der Krise erhoben. Privatisierung ist für uns kein Ausweg, um das Schlimmste zu verhindern. Wir wollen sie aus grundsätzlichen Erwägungen.

(Beifall bei der FDP)

Uns allen dürfte klar sein, dass in der aktuellen Situation kein Käufer zu finden ist, niemand, der Geld in die Landesbank hinein gibt, und die bayerischen Steuerzahler hätten dann auch nicht die Chance, einen Teil des Geldes, das jetzt eingesetzt wird, wiederzusehen.

Für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die mit unvorstellbaren Zahlen konfrontiert werden, - - Herr Maget, Sie dürfen nicht immer dem Reiz der großen Zahlen erliegen, wenn die Belastungen zu mehr und mehr aufaddiert werden. Die Multiplikation der Schulden mit dem Zinssatz, der dafür aufzubringen ist, das ist der Rahmen der zukünftigen Zinszahlungen.

(Franz Maget (SPD): 500 Millionen Euro!)

- Wir konnten am Wochenende das Drei- und Vierfache von den 500 Millionen Euro lesen, die Sie prognostiziert haben.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns nicht der Hoffnung hingeben, dass die Bürgerinnen und Bürger für die Rettungsmaßnahme allzu großes Verständnis aufbringen. Die Bürger müssen erleben, dass ihnen seitens der aktuellen Bundesregierung Steuer-senkungen hartnäckig verweigert werden. Für strauchelnde Banken aber sind Rettungsschirme da. Dieses Missverhältnis lässt sich nur schwer erklären. Wir erwarten, dass die Ankündigungen endlich wahr werden und die Menschen durch gemeinsame Initiativen, auch aus Bayern heraus, tatsächlich bald mehr Netto vom Brutto haben.

(Beifall bei der FDP)

Die Krise der Landesbank und die Finanzmarktkrise sind eine Mahnung, die Anstrengungen in die richtige Richtung zu verstärken.

Meine Damen und Herren, es wäre wirklich zu kurz gesprungen, wenn es allein bei den Maßnahmen zur Rettung der Landesbank bliebe. Es gilt vielmehr, die Krise für Reformen zu nutzen. Leider müssen wir jetzt zu Zeiten des drohenden Abschwungs das nachholen, was während des zurückliegenden Aufschwungs versäumt wurde.

Auch die schwarz-rote Bundesregierung muss handeln. Eine Politik, die auf höhere Krankenkassenbeiträge und eine größere Steuerlast hinausläuft, ist genau das falsche Signal.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt ist eine Politik für mehr Wachstum gefragt und keine, die das Wachstum zusätzlich belastet.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns davor hüten, aus der Schieflage der Landesbank die falschen Schlüsse zu ziehen. Der Staat ist nicht das Allheilmittel gegen alles und jedes. Was der Staat kann, das ist einen Rahmen zu setzen, sodass die Konjunk-

turkrise kurz und weniger einschneidend wird. Der Staat kann nicht Nachfrageausfälle ausgleichen, und er kann auch keine Arbeitsplätze schaffen. Das können nur die Bürger selbst, indem sie konsumieren, und die Unternehmen, indem sie investieren. Der Staat kann hier nur unterstützen. Am besten geht das durch Steuersenkungen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir sollten nicht die Illusion aufkommen lassen, für die Finanz- und Konjunkturkrise sei unsere gemeinsam getragene soziale Marktwirtschaft verantwortlich. Wer das tut, verwechselt Ursache und Wirkung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Am Beginn dieser Krise standen staatliche Eingriffe in den US-Immobilienmarkt. Manchmal lohnt es sich, zu überlegen, wo das alles herkommt. Jahrzehntlang war es erklärtes Ziel der Politik in den USA, dass auch Personen Wohneigentum erwerben konnten, die nach deutschen Maßstäben überhaupt nicht kreditwürdig wären. Die US-Notenbank sorgte mit einer dauerhaften Niedrigzinspolitik laufend für billiges Geld. Das war eine falsche Rahmensetzung durch die Politik und blieb nicht ohne Folgen. Die Banker entdeckten profitable neue Geschäftsfelder und die Bürger den Weg zum erträumten Eigenheim, auch wenn sie die Zins- und Tilgungslasten dafür nicht bezahlen konnten. So konnte der Markt für die faulen Immobilienkredite überhaupt erst entstehen, auf dem sich dann Geschäftemacher tummeln, die die Gewinne in die eigenen Taschen schaufelten und, wie wir heute wissen, die Risiken der Allgemeinheit aufbürdeten.

Als diese Kreditkrise dann im Wege der Refinanzierung bei deutschen Banken landete, setzte sich das Politikversagen auf unserer Seite des Atlantiks fort. Bankenaufsicht, Verwaltungs- und Aufsichtsräte, Vorstände sahen eben nicht, was auf uns zukam. Der Staat, das ist unsere feste Überzeugung, ist nicht der bessere Banker. Schauen wir uns die deutschen Banken an, die im Augenblick mit den meisten Problemen zu kämpfen haben: IKB, KfW, SachsenLB, WestLB, Landesbank Baden-Württemberg, BayernLB - alles Banken, bei denen die Politik Mitverantwortung trägt.

Angesichts dieser Bilanz müsste man eigentlich sogar zu der Einschätzung kommen, dass der Staat ein ganz besonders schlechter Banker ist.

(Franz Maget (SPD): 10 Milliarden!)

Nur hat er eben mehr Geld, um in Krisenzeiten als Sicherheitsgarant aufzutreten.

Wir Liberalen wissen, Herr Maget: Kein Markt funktioniert ohne klare Regeln, die von allen eingehalten werden müssen. Deshalb treten wir seit Jahrzehnten für Transparenz der Finanzmärkte ein. Wir stehen für eine klare Ordnungspolitik, deren Fehlen im Finanzsektor jetzt alle so bitter beklagen. Aus dem Grund stützen wir die Rettungsmaßnahmen der Bayerischen Staatsregierung. Das gehört zu unserer gemeinsamen staatspolitischen Verantwortung. Wenn eine Bank, deren Untergang unsere Volkswirtschaft erschüttern kann, in Gefahr ist, dann müssen wir handeln. Leider büßen jetzt die Bürger dafür, was die Politik in der Vergangenheit versäumt hat.

Meine Damen und Herren, gerade weil wir die Landesbank retten wollen, wollen wir mehr Klarheit über die Situation der Banken. Die Aufklärung muss weitergehen. Wir wollen wissen, ob bei riskanten Geschäften Kompetenzen eingehalten und Gesetze beachtet wurden. Wir wollen auch wissen, wo genau strategische und operative Fehler gemacht wurden. Wir haben als FDP diese Forderungen während der Koalitionsverhandlungen gestellt, und wir fordern sie auch jetzt. Wenn die Steuerzahler Milliarden Euro bezahlen müssen, dann haben sie auch ein Recht, zu erfahren, wie genau es dazu kommen konnte.

(Beifall bei der FDP)

Den neuen Umgang, die neue Informationspolitik, hat Herr Fahrenschon bereits eindrucksvoll bewiesen, indem er frühzeitig - nicht nach Wochen des Nichtstuns und Postengerangs - die Fraktionen eingebunden hat, ihnen die notwendigen Informationen gegeben hat, die neugegründete Kommission informiert hat, auch darüber, wie es

weitergehen wird in der Aufklärung und Aufbereitung durch frühzeitiges Zugehen auf alle, die in diesem Parlament sind. Dafür, Herr Finanzminister, unser herzlicher Dank.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Franz Maget (SPD): Das sollte selbstverständlich sein!)

- Selbstverständlich ist es nicht. In der Vergangenheit haben Sie doch anderes erlebt.

Vor dem Hintergrund unserer gemeinsamen Verantwortlichkeit ist es richtig, dass die Belastungen des Freistaates durch die Landesbank gesondert als entsprechender Sonderposten im Haushalt ausgewiesen werden. Denn dann wird nämlich klar, wo die Verantwortlichkeiten dafür liegen. Es sind die Schatten der Vergangenheit, die den Neuanfang für Bayern verdunkeln.

(Franz Maget (SPD): Wen meinen Sie denn? Meinen Sie die CSU?)

Wir als neue Regierungskoalition geben trotz der gewaltigen finanziellen Herausforderung unsere Pläne für die Zukunft nicht auf.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden die im Koalitionsvertrag vereinbarten politischen Ziele - Investitionen in Schulen, in Lehrerstellen, in die innere Sicherheit - weiterverfolgen, ohne dafür im nächsten Doppelhaushalt neue Schulden aufzunehmen.

(Beifall bei der FDP)

Und wir wollen, dass jetzt die grundlegenden Voraussetzungen für ein tragfähiges Geschäftsmodell der BayernLB geschaffen werden, damit sie schnellstmöglich konsolidiert und zu einem späteren Zeitpunkt in private Hände überführt werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb muss sich die Bank auf Bayern konzentrieren und sich von ihrem riskanten Auslandsgeschäft verabschieden.

(Franz Maget (SPD): Was ist jetzt? Doch Privatisierung?)

Angesichts der Schieflage der Landesbank stecken wir unseren Kopf nicht in den Sand. Die Maßnahmen, die getroffen werden müssen, fallen uns schwer. Stellenabbau bedeutet für Tausende von Familien, dass sie in Zukunft ihr Familieneinkommen verlieren. Schulden durch zusätzliche Zinsbelastungen in Höhe von 10 Milliarden Euro sähen auch wir lieber in Zukunftsprojekte investiert. Wir sehen jedoch keine Alternative zu dem vorgeschlagenen Rettungspaket. Der Schutz der Sparkassen und die Versorgung des Mittelstandes, das sind die übergeordneten Ziele, die wir mittragen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich bitte den Kollegen Weidenbusch an das Redepult.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Vizepräsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Vorrednerinnen und Vorredner, ich habe Ihnen, Ihren Reaktionen auf die Erklärung des Ministerpräsidenten, sehr sorgfältig zugehört: Sie haben ausgiebig Kritik geübt. Manches, ja einiges von dem, was Sie dabei gesagt haben, erscheint uns - auch wenn Sie teilweise mehr als ein bisschen übertrieben haben - aus heutiger Sicht zutreffend. Von dieser Bewertung will ich allerdings, Herr Kollege Maget und Frau Kollegin Bause, Ihre Vorwürfe der Unwahrheit, des Verschweigens und der Unehrllichkeit ausnehmen.

(Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD): Das hat Ihr Koalitionspartner genauso kritisiert. Ihr Koalitionspartner hat gesagt, schuld sei die Regierung der Vergangenheit gewesen. Das hat er gerade gesagt!)

Wir weisen diese Vorwürfe genauso zurück wie Schuldzuweisungen und persönliche Angriffe. Die Staatsregierung hat Fehler der beiden Eigentümer in der Vergangenheit eingeräumt und sich dafür entschuldigt. Das ist gut und das ist richtig.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Menschen in Bayern dürfen erwarten, dass Fehlentwicklungen der debattengegenständlichen Größenordnung Folgen haben, nämlich die Reflexion des eigenen Handelns, die Einsicht eigener Fehler und die Übernahme von Verantwortung. Der frühere Staatsminister der Finanzen, Prof. Dr. Kurt Faltlhauser - Sie, Herr Ministerpräsident, haben dies im Hohen Hause zitiert -, hat sich in der Geradlinigkeit, die die meisten von uns an ihm gekannt - wenn nicht geschätzt - haben, bei der bayerischen Bevölkerung entschuldigt und zu seiner Verantwortung für die Fehleinschätzungen und Fehlentwicklungen bei der BayernLB bekannt.

(Franz Maget (SPD): Und die anderen?)

Das reicht nicht, mag heute im Bayerischen Landtag manch einer und mögen auch viele Menschen in Bayern angesichts der von den Vorrednern bereits skizzierten Lage sagen. Aber bedenken Sie bitte: Alle Wortmeldungen, alle Medienberichte und alle Expertenmeinungen müssen vor der Geschichte erst noch Bestand haben. Wo waren die jetzt allgegenwärtigen Experten in den Jahren, als die ABS-Portfolios bei der BayernLB sukzessive angeschafft wurden?

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wo haben sie ihre ungehörten Warnungen veröffentlicht? Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie es? -

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wissen Sie es? - Ich weiß es nicht.

Bei allem Sinn für mediengerechte Auftritte wissen wir alle, dass die Lage keine andere wäre, wenn Prof. Dr. Faltlhauser und Dr. Naser frühmorgens in New York mit den vermeintlichen Superstars der Wall Street auf der Jagd nach den allerletzten Finanzwelt-

Updates durch den Central Park gejoggt wären. Obwohl: Vielleicht hätten sie festgestellt, dass man gar nicht überall und nicht immer mithalten kann und dabei sein muss.

Das Ende der ABS-Engagements der BayernLB ist völlig offen. Noch weiß niemand, ob die Verluste der BayernLB am Ende vielleicht unterdurchschnittlich bleiben,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD - Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

ob man dann den Verantwortlichen überhaupt und allenfalls die Internationalisierung des Instituts vorwerfen kann.

(Franz Maget (SPD): Was machen wir, wenn es ein Gewinn wird?)

Bewegt sich der Verlust schlussendlich im Rahmen des statistischen Mittels? War die BayernLB ein Mitläufer im Rudel, eines von vielen Opfern auf dem Markt? Auch das wissen wir noch nicht. Oder - jetzt kommt der Teil, auf den Sie offenbar warten - stellt sich am Schluss die BayernLB, bezogen auf die Verluste der ABS-Portfolios, als der ganz große Verlierer der Finanzwelt dar? Dann ist wohl all Ihre Kritik berechtigt, aber erst dann. Machen wir uns nichts vor, auch wenn das im Gesamtzusammenhang untergehen wird: Insider wissen, dass die jetzige Rettungsaktion - natürlich in deutlich geringerem Umfang - in Zeiten einer internationalen Bankenkrise auch ohne die Verstrickung der BayernLB in die Subprime-Krise notwendig geworden wäre. Der Wegfall des Vertrauens der Kreditinstitute untereinander und das Verlangen des Marktes nach deutlich höheren Eigenkapitalquoten bei der Refinanzierung auf dem Geldmarkt, die negativen Effekte von Basel II, die Rating- und Währungseffekte wären auch dann aufgetreten, wenn die BayernLB nie auch nur ein ABS-Produkt erworben hätte.

Ich habe in fünf Fragen zusammengefasst, was mich in diesem Zusammenhang in Bezug auf die Politik bewegt:

(Zuruf von der SPD)

Diese fünf Fragen lauten: Hätte erstens die BayernLB die Finger von der bereits in den Achtzigerjahren begonnenen Internationalisierung vom Investmentbanking und dem späteren Erwerb von ABS-Produkten lassen müssen? Hätten zweitens die Verantwortlichen im Vorstand und im Verwaltungsrat der BayernLB die Risiken besser kennen und auf ihre Eingehung verzichten müssen? Hätte drittens der Verwaltungsrat der BayernLB dem Vorstand besser auf die Finger sehen und ihm vielleicht sogar misstrauen müssen? Hätte viertens die Staatsregierung auf einer detaillierten Information über die Geschäfte und die Entwicklung im Kabinett bestehen müssen? Ich möchte Sie mit meiner fünften Frage nicht provozieren, aber man darf sie auch nicht weglassen: Hätte auch die Opposition bereits in den Neunzigerjahren die Entwicklung erkennen können und vor ihr warnen müssen? Zu dieser Frage ist natürlich auch festzuhalten: FDP und Freie Wähler waren zum fraglichen Zeitpunkt nicht im Landtag vertreten.

Wir haben im Moment weder die Zeit noch die Ressourcen, die Vergangenheit, deren Bewältigung diese Fragen ausschließlich betreffen, zu bewältigen und kurzfristig im Detail aufzuarbeiten.

(Tobias Thalhammer (FDP): 1993 hat die FDP einen Antrag auf Privatisierung der Landesbank gestellt!)

Ich bin aber sicher, dass Sie, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Opposition, sich zumindest an die ersten vier Fragen jederzeit erinnern werden können.

Aktuell sind wir alle gefordert, die akute Situation in den Griff zu bekommen: der Vorstand der BayernLB, die Staatsregierung und wir, das Parlament. Unsere Partner bei der BayernLB sind die bayerischen Sparkassen. Sechs von zwölf Verwaltungsräten werden von ihnen gestellt. Auch die Kompetenz und die Erfahrung dieses unseres Partners haben nicht ausgereicht, die jetzigen Entwicklungen zu verhindern. Ich bin sicher, dass man es auch vonseiten der Sparkassen gerne vermieden hätte, in diese Situation zu geraten, zu deren Bewältigung die Sparkassen nun nicht mehr selbst in der Lage sind. Ich bin

auch sicher, dass auch die bayerischen Sparkassen und ihre Spitzenvertreter zu ihrer Verantwortung für die jetzige Situation der BayernLB stehen.

Mit der vorgeschlagenen Lösung werden wir, der Bayerische Landtag, unsere Verbundenheit mit den bayerischen Kommunen in besonderer Weise unter Beweis stellen, auch wenn dieser Beweis vielleicht erst lange nach dem Ende der Bewältigung der Finanzkrise entsprechende Anerkennung finden wird. Die Freistellung der bayerischen Sparkassen von den Verpflichtungen, die von den Sparkassen durch ihre Vertreter im Verwaltungsrat in der BayernLB übernommen worden sind, ist die große Leistung des Freistaats Bayern an seine Landkreise, an seine Städte und seine Gemeinden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Diese Leistung allein ermöglicht den unbeeindruckten Fortbestand der bayerischen Sparkassen. Sie sind für die Prosperität Bayerns unverzichtbar, weil sie die kompetenten und verständigen Finanzpartner der Menschen in Bayern und der mittelständischen Firmen in Bayern sind. Das ist auch der Grund, warum wir diese Leistung gern erbringen. Herr Kollege Maget, Sie haben das ausdrücklich begrüßt; das war sehr aufrichtig von Ihnen.

Die vorrangige Verantwortung bei einem Kreditinstitut liegt - daran kann es keinen Zweifel geben - beim Vorstand. Die Führung der BayernLB ist eben gerade nicht durch die Politik, sondern durch den Vorstand erfolgt. Ich finde es daher nur konsequent, dass sich der Vorstand der BayernLB zu seiner Verantwortung bekennt.

(Beifall bei der CSU)

Bundespräsident Köhler hat in einer vielbeachteten Rede gefordert, aus Bankern müssten wieder Bankiers werden. Bankiers haben die Größe, Fehler einzugestehen, sie haben die Größe, ihr Handeln rückblickend auch kritisch zu bewerten. Die Menschen in Bayern, über deren Steuergelder wir hier und heute reden, haben nicht nur einen dahin gehenden Anspruch, sie warten auch auf diese Reaktion. Ich darf an dieser Stelle noch-

mals Ihnen, Herr Ministerpräsident, danken, der Sie das Thema auf die politische Tagesordnung gesetzt haben und der Sie in einer Änderung der bisherigen Handhabung das Problem zunächst namhaft gemacht und dann dessen Lösung aktiv und mutig angegangen sind.

(Beifall bei der CSU)

Gerade weil Ihre Regierung erst so kurz im Amt ist, dass man sie eher mit der Lösung der Probleme als mit deren Entstehung in Verbindung bringen kann und wird, ist die von Ihnen ausgesprochene Entschuldigung bei den Menschen für die Fehler der Staatsregierung das richtige Zeichen. Viel zu lange ist uns schließlich als Miteigentümer nicht aufgefallen - oder wir wollten es vielleicht auch nicht sehen -, dass das, was da geschah, schon begrifflich mit einer Landesbank nicht mehr viel zu tun hatte und dass es in einem Ausmaß außerhalb der bayerischen Landesgrenzen stattfand, für das es allenfalls zu Zeiten des Bestehens der Gewährträgerhaftung eine Rechtfertigung gegeben haben mag. Dies alles muss uns Ansporn sein, in einer Weiterentwicklung des Landesbankgesetzes den Auftrag des Institutes so festzuschreiben, dass sich Fehler dieser Art nicht wiederholen, ja, nicht wiederholen können. Mittel dabei können eine wohlüberlegte Reform der Aufsicht über die Landesbank und sicher eine konkretere Fassung des Aufgabenbereiches und -gebietes sein.

Es zeigt sich jetzt auch, dass der Ministerpräsident mit Georg Fahrenschon als Staatsminister der Finanzen eine gute Wahl getroffen hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bis an die Grenze der psychischen und physischen Belastbarkeit hat er in den letzten Tagen und Wochen daran gearbeitet, uns, dem Bayerischen Landtag, heute dieses Lösungskonzept präsentieren zu können. Als die Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB zwar schon beschlossen, aber noch nicht installiert war, hat die Staatsregierung sozusagen im Vorgriff die Fraktionen in Person ihrer jeweiligen finanzpolitischen Sprecher bereits vertraulich über den Fortgang der

Dinge informiert. Zwischenzeitlich hat diese Kommission ihre Arbeit aufgenommen. Bereits am Tag nach der Konstituierung war der Finanzminister zusammen mit dem Vorstandsvorsitzenden Kemmer und dem Sparkassenpräsidenten Dr. Naser in der Kommission zu Gast, um das Sanierungspaket und seine Hintergründe darzustellen. Am morgigen Donnerstag werden Staatsminister Fahrenschon und Vorstandsvorsitzender Kemmer die Kommission detailliert über das künftige Geschäftsmodell informieren.

Der Ministerpräsident hat in diesem Landtag angekündigt, das Parlament ernst zu nehmen, die Diskussion mit ihm zu suchen, gerade weil er selbst stets ein überzeugter Parlamentarier gewesen ist. Seine Handhabung der Angelegenheit Landesbank zeigt, dass er es damit ernst meint. Wir als Landtag werden von der Staatsregierung so informiert, dass wir als Parlament die Diskussion mit der Exekutive führen können. Das Vorgehen des Ministerpräsidenten und seines Finanzministers war auch Vorbild für den Landesbankvorstand und die Sparkassenvertreter, es ihnen gleich zu tun. Herzlichen Dank auch den Vertretern der Landesbank und der Sparkassen für die Zusammenarbeit mit dem Parlament.

Ich möchte, Kolleginnen und Kollegen, den Dank ausdrücklich erstrecken auf alle Fraktionen des Landtags, insbesondere auch die Fraktionen der Opposition, die bei aller Notwendigkeit jeder Partei oder Nicht-Partei, sich im alltäglichen politischen Geschäft zu profilieren, das Interesse Bayerns, die Interessen der Mitarbeiter unseres Kreditinstitutes BayernLB, die Interessen der Menschen in Bayern nicht vergessen haben, die manches, was sie zum eigenen Nutzen hätten verwerten können, im Interesse der Sache für sich behalten haben und stattdessen in nichtöffentlichen Besprechungsunden und Sitzungen auch mit ihren Fragen und Anregungen einen Beitrag zur Bewältigung der Situation bei der BayernLB geleistet haben. Es gehört sich, auch dafür Danke zu sagen.

Auch als Sie als Opposition letzte Woche das Gefühl hatten, zu lange geschwiegen zu haben, und die Staatsregierung Ihnen ein wenig zu schnell öffentlich zitiert wurde, haben Sie die Nerven bewahrt und Ihren Ärger hinuntergeschluckt. Auch dafür sage ich Danke schön. Dieses Zusammenstehen in ernster Lage wird naturgemäß nicht zu übertrieben

sanftem Umgang der Fraktionen dieses Landtags miteinander führen. Schon jetzt ist schließlich absehbar, dass die Neuausrichtung der BayernLB, deren konsequente Restrukturierung und Redimensionierung zwischen den Fraktionen erheblichen Diskussionsbedarf hervorrufen werden. Ich hoffe, dass wir diese Diskussion im zuständigen Gremium fortsetzen werden - dort gehört sie hin - zum Nutzen der Bank, zum Nutzen Bayerns, zum Nutzen der Menschen. Aber genau dafür sind wir als Parlamentarier schließlich gewählt. Wir sind dafür gewählt, miteinander zu diskutieren zum Wohle Bayerns. Die CSU-Fraktion ist fest entschlossen, auf gute Vorschläge vonseiten der Opposition offener zu reagieren, als das bisher der Fall war.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Die Bezeichnung des Sonderhaushaltstitels mit der Nummer 13 60 intendiert geradezu - diese Bemerkung mögen Sie mir als Jurist erlauben - den Bezug zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Dort ist unter dem § 1360 die Verpflichtung zum Familienunterhalt geregelt. Die CSU-Fraktion wird dem Rettungsplan für die Bayerische Landesbank und dem heute eingebrachten zweiten Nachtragshaushalt zustimmen. Wir werden mitwirken an der zügigen parlamentarischen Behandlung, damit der Nachtragshaushalt noch vor Weihnachten verabschiedet werden kann. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Weidenbusch. Darf ich jetzt die Kollegin Rupp für die SPD-Fraktion nach vorn bitten? - Danach kommt Herr Fahrenschon an die Reihe.

Adelheid Rupp (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Lage der Landesbank ist äußerst dramatisch. Das ist uns allen durchaus bewusst, und es wird sich in diesem Parlament dem Gedanken gegenüber, dass hier Maßnahmen ergriffen werden müssen, die zu einer Lösung der Situation führen oder zumindest einen Weg beschreiten, der den Sparkassen und Bürgerinnen und Bürgern in Bayern Sicherheit gibt, sicher

niemand verschließen. Ob das hier nun der vorgegebene Weg ist, ist jedoch in Zweifel zu ziehen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben Kritik am Rettungsschirm des Bundes geäußert. Nun kann ich diese Kritik sogar in Teilen nachvollziehen. Mir ist aber unbegreiflich, dass Sie diese Kritik zwar heute hier äußern, aber damals, als der Rettungsschirm des Bundes in Berlin verhandelt wurde, keine Kritik angebracht haben. Meine Frage an Sie ist einfach: Hat die CSU in Berlin zu wenig Einfluss gehabt, als die Kriterien verhandelt wurden, um diese tatsächlich zu ändern? - Ich denke, dazu sollten Sie Stellung beziehen, weil Sie nämlich im Bund mit in der Verantwortung stehen. Sie haben diesen Rettungsschirm mit aufgespannt. Ich bitte doch um einen anderen Umgang mit dieser Frage.

(Beifall bei der SPD)

Weiter haben Sie geäußert, dass der Doppelhaushalt 2009/2010 unter den Belastungen nicht leiden wird. Dazu habe ich präzise Aussagen vermisst. Ich hätte gern Aussagen gehabt, die klar lauten, wir wollen mehr Lehrer für unsere Schulen, wir wollen die Ganztagschulen ausbauen, wir wollen die Hochschulen sanieren, wir wollen die Studiengebühren abschaffen und wir wollen eine kostenfreie Kinderbetreuung. All diese Dinge sind auf den Weg zu bringen, und da ist die Landesbank sicher kein Grund, dringend notwendige Zukunftsinvestitionen nicht zu tätigen.

Des Weiteren haben Sie heute hier - wir sind nicht überzeugt von dem, was Sie heute dargelegt haben - ein Geschäftsmodell präsentiert, das aus fünf Spiegelstrichen besteht. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ein Geschäftsmodell für eine Landesbank in einer derart schwierigen Situation, das hier reduziert auf fünf Spiegelstriche dargestellt wird, kann von uns so nicht bejaht werden. Das ist uns deutlich zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben heute die Chance nicht genutzt, dieses Modell im Detail sowie ein kurzfristiges, mittelfristiges und langfristiges Sanierungskonzept vorzustellen. Eines solchen

Konzeptes würde es dringend bedürfen. Wenn man von den Parteien und den Bürgern und Bürgerinnen erwartet, zehn Milliarden Euro in die Hand zu nehmen, muss auf die Fragen nach dem Geschäftsmodell, nach dem Sanierungsbedarf und nach dem Sanierungskonzept deutlich mehr Wert gelegt werden, als Sie das heute in Ihrer Rede getan haben.

Des Weiteren erwarte ich von Ihnen ein klares Nein zur Privatisierung.

(Beifall bei der SPD)

Zunächst hat die CSU gemeinsam mit den Sparkassen und dem Landesbank-Vorstand die Landesbank fast in den Ruin getrieben. Jetzt soll der Bürger und die Bürgerin die Landesbank retten, damit sie dann anschließend von der FDP privatisiert werden kann. Wenn die private Bank dann wieder Probleme hat, soll schlussendlich wieder der Steuerzahler herhalten. Das kann kein Weg für die Landesbank in Bayern sein.

(Beifall bei der SPD)

Das widerspricht auch dem Geschäftsmodell; denn wenn Sie dem Geschäftsmodell eine Chance geben und tatsächlich glauben, dass es zukunftsfähig ist, gibt es keinen Grund, die Landesbank zu privatisieren. Entweder das Eine oder das Andere. Beides gleichzeitig ist aber absolut unlogisch.

Ich hätte auch mehr Aussagen in Richtung auf die Mitarbeiter erwartet, nicht nur eine Entschuldigung. Hier geht es um die materielle Existenz von Menschen. Ich hätte erwartet, dass Sie heute klare Ausführungen zur Sozialverträglichkeit und zum Umgang mit den Mitarbeitern machen. Ich hätte auch erwartet, dass Sie eine klare Aussage zum Sozialplan machen und hier insbesondere noch einmal erklären, dass die Personalvertretung künftig in einem neu zu konstruierenden Verwaltungsrat oder Aufsichtsgremium welcher Art auch immer einen Platz haben muss. Das ist nicht erfolgt. Dies ist übrigens eine Forderung, die die SPD bereits seit zehn Jahren stellt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich auch nicht zum Aufsichtsgremium geäußert. Sie haben nicht erklärt, wie die Aufsicht künftig stattfinden soll. Wir brauchen diese Aufsicht, und zwar in anderer Art und Weise, als sie in der Vergangenheit erfolgt ist. Wir brauchen in dieser Aufsicht die Personalvertretung. Wir brauchen außerdem Sachverständige in dieser Aufsicht und - das sage ich für alle Oppositionsparteien - Vertreter der Opposition in diesem Verwaltungsrat oder wie auch immer zu nennenden Konstrukt. Das darf kein closed shop sein, in den niemand reinschauen darf. Wenn diese zehn Milliarden Euro fließen - ich gehe davon aus, dass der Landtag sie mit Mehrheit, in welcher Konstruktion auch immer, beschließen wird -, dann muss genau kontrolliert werden, wie die Geschäfte der Landesbank künftig getätigt werden. Das darf nicht mehr so ablaufen, wie es in der Vergangenheit war.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Ich erwarte, dass schnellstens ein Worst-Case-Szenario vorgelegt wird. Das muss nicht hier im Plenum, sondern das kann auch in der Kommission geschehen. An dieser Stelle möchte ich Herrn Kollegen Weidenbusch für eine gute und kollegiale Zusammenarbeit danken. Wir wollen wissen, welche Risiken das ganze Geschäft in sich birgt. Das erwarten wir. Wenn wir überhaupt noch einen Schritt auf Sie zugehen sollen, müssen Sie diese Kriterien erfüllen. Der Kollege von den Freien Wählern hat gesagt, die Sparkassen hätten die Verantwortung mitgetragen. Natürlich müssen die Sparkassen diese Verantwortung mittragen. Es liegt nicht in unserer Hand, Herrn Dr. Naser zu entlassen. Ich bitte aber alle Parteien im Bayerischen Landtag, darauf hinzuwirken, dass Herr Dr. Naser gehen muss. Es kann nicht sein, dass Einzelne zur Verantwortung gezogen werden und der Sparkassenverband so tut, als wenn er an dieser ganzen Geschichte nicht beteiligt gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Die Brandmauer, die gegenüber den Sparkassen eingezogen wird, ist eine völlig richtige Maßnahme. Allerdings muss ich auch sagen: Personen, die diese Krise mitverursacht

und damit eine Mitverantwortung haben, haben in dem künftigen Konstrukt nichts mehr verloren.

Ich bitte die CSU, über eine Sache nachzudenken: Herr Kollege Huber ist der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU. Er trägt die Hauptverantwortung dafür, was in den letzten Monaten passiert ist, zum Beispiel für die Nichtinformation und den Stil im Umgang mit der Opposition. Herr Kollege Fahrenschon hat dies dankenswerterweise etwas anders gehandhabt. Herrn Huber zum wirtschaftspolitischen Sprecher zu machen, halte ich nicht für richtig und für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern für eine komplette Zumutung.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben jetzt zwei Wochen Zeit, uns unter Berücksichtigung der von mir benannten Kriterien und Punkte zu überzeugen. Legen Sie ein detaillierteres Geschäftsmodell vor. Sorgen Sie dafür, dass für die Mitarbeiter tatsächlich Lösungen gefunden werden, die ertragbar sind. Wir wissen, dass diese Lösungen sicherlich nicht gut sein werden. Sorgen Sie dafür, dass diese einzelnen Punkte tatsächlich eingelöst werden und versuchen Sie, uns zu überzeugen. Ich bin mir sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger derzeit von diesem Zehn-Milliarden-Paket noch nicht überzeugt sind. Versuchen Sie, so redlich und so offen wie möglich mit dieser Situation umzugehen.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Kollegin Rupp. Ich bitte jetzt Herrn Staatsminister Fahrenschon nach vorn. Sie haben ums Wort gebeten.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Frau Vizepräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich stehe heute in doppelter Funktion vor Ihnen, nämlich als Finanzminister des Freistaates Bayern und gleichzeitig als Verwaltungsratsvorsitzender der Bayerischen Landesbank. In beiden Funktionen werbe ich um Unterstützung.

Ich möchte eine Vorbemerkung machen, die mit der öffentlichen Debatte über eine Stabilisierungsmaßnahme für die siebtgrößte Bank in Deutschland in Zusammenhang steht. Einerseits ist diese öffentliche Debatte angesichts der Ausmaße und der Strukturen der Anteilseigner der Bayerischen Landesbank richtig und wichtig. Andererseits bitte ich aber alle Beteiligten, in der aktuell höchst labilen Situation der Weltfinanzmärkte, der Bankenlandschaft in Europa und Deutschland und auch der wirtschaftspolitischen Situation in Bayern verantwortungsvoll mit dieser öffentlichen Debatte über eine systemrelevante Bank umzugehen.

Ich möchte deshalb vor Unterstellungen warnen und bitte darum, die Debatte vorurteilsfrei zu führen. Frau Kollegin Rupp, das bezieht sich natürlich auch auf das Geschäftsmodell. Ich glaube, dass es zuviel verlangt ist, in einer öffentlichen Debatte über das Geschäftsmodell einer Bank zu referieren. Sie haben aber vollkommen recht: Dazu bietet die Kontrollkommission des Bayerischen Landtags die idealen Voraussetzungen. Wir werden deshalb schon morgen die Diskussion mit den Mitgliedern der Kontrollkommission führen, genauso, wie wir in der Vergangenheit aktiv den Landtag und damit die Vertretung der Anteilseigner der Bürgerinnen und Bürger Bayerns vorzeitig in Kenntnis gesetzt und ins Vertrauen gezogen haben.

In diesem Zusammenhang will ich mich ausdrücklich bei allen Fraktionsvorsitzenden, bei allen finanzpolitischen Sprechern und bei allen Mitgliedern der Kontrollkommission bedanken. Sie haben in den letzten Wochen einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass wir trotz höchst angespannter Lage am deutschen Finanzmarkt und in der Bayerischen Landesbank vertrauensvoll informieren und konsequent an der Lösung der Probleme arbeiten konnten. Ich bitte, uns diese Art der Zusammenarbeit auch in Zukunft anzubieten, weil wir nur dann auch den Bayerischen Landtag, die Parlamentarier, genauso aktiv einbinden können. Es handelt sich immer auch um eine Verantwortung gegenüber knapp 19.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dabei allein in München um 4.500 Mitbürgerinnen und Mitbürger des Freistaats Bayern.

Mir ist in der heutigen Debatte wichtig, noch einmal deutlich herauszuarbeiten, wie die Krise der Weltfinanzsysteme, aber auch die sich abzeichnende Krise der Wirtschaft in Deutschland und auf der Welt die Situation der Bayerischen Landesbank in den letzten Wochen erheblich verschärft hat. Der Betrag von 6,4 Milliarden Euro, der in der Verwaltungsratssitzung am 21. Oktober präsentiert wurde, der nötig war, um die Bank zu stabilisieren, hat sich in den letzten vier Wochen aus ganz unterschiedlichen Gründen auf 10 Milliarden Euro erhöht. Das geschah erstens deswegen, weil wir weiter negative Auswirkungen aus dem ABS-Portfolio auf die Gewinn- und Verlustrechnung der Bank haben, zweitens deswegen, weil die Bank aufgrund der prozyklischen Wirkung von Basel II gestiegenen Eigenkapitalanforderungen nachkommen muss, drittens deswegen, weil Währungseffekte, insbesondere der steigende Dollarkurs, das notwendige Eigenkapital, das die Bank vorzuhalten hat, um das Portfolio abzudecken, gestiegen ist, und viertens, weil der Lenkungsausschuss und der Leitungsausschuss des SoFFin ihre Arbeit - daran darf ich an dieser Stelle auch erinnern, am 21. Oktober hat der Verwaltungsrat in der laufenden parlamentarischen Beratung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes vorgebracht - erst nach dem 21. Oktober aufgenommen haben. Erst danach sind wesentliche Festlegungen, die auch die Bayerische Landesbank betreffen, getroffen worden. So verlangt der SoFFin - der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung - für alle antragstellenden Banken eine Kernkapitalquote von 8 % und darüber hinaus die Einbeziehung der Marktrisikopositionen in die Berechnung des Kapitalbedarfs - die vierte und die fünfte Erhöhung des Eigenkapitals.

Meine Damen und Herren, um die besondere Herausforderung umfassend darzustellen, muss ich dem Bayerischen Landtag heute auch deutlich machen, dass der Betrag von 10 Milliarden Euro, der jetzt erforderlich ist, um die Bank zu stabilisieren, nur eine Momentaufnahme darstellt; denn, meine Damen und Herren, niemand - kein Abgeordneter, kein Mitglied einer Regierung, kein Banker und auch kein wirtschaftswissenschaftlicher Spezialist - kann heute abschätzen, wie sich die Weltwirtschaft weiterentwickelt, insbesondere ob Kreditnehmer in großem Umfang ausfallen; das hätte negative Auswirkungen auf unsere Bank. Genauso wenig werden Sie jemanden finden, der Ihnen erläutern

kann, wann endlich die milliarden- und abermilliardenschweren Unterstützungsprogramme der Vereinigten Staaten von Amerika, Europas, der nationalen Staaten in Europa und auch von Deutschland wirken. Das hätte nämlich positive Effekte auf die Situation der Bank.

Ich kann sehr wohl nachvollziehen, dass Sie heute die Frage danach stellen, wie sich das Geschäftsmodell der Bank als Lehre aus der Krise verändert. Ich will deshalb noch einmal darstellen, dass wir eine Drehung des Geschäftsmodells um 180 Grad vorhaben; denn, meine Damen und Herren, in Zukunft steht die Fokussierung auf Bayern, die Fokussierung auf Deutschland

(Franz Maget (SPD): Konkurrenz zu Sparkassen!)

und die Fokussierung auf europäische Nachbarstaaten und Regionen im Vordergrund. Die Bank wird sich ganz konkret zu 100 % aus dem asiatischen Raum zurückziehen. Die Bank wird ihren Auslandsstützpunkt in New York um 50 % reduzieren.

(Zuruf des Abgeordneten Sepp Daxenberger (GRÜNE))

Sie kann den Stützpunkt New York deshalb nicht aufgeben, weil wir in der Gewährträgerhaftung gegenüber dem Dollarraum stehen, und diese Haftung wird an der Repräsentanz und auch am aktiven Betrieb des Geschäfts am Börsenplatz New York verankert.

Wir konzentrieren uns in Zukunft auf nur noch vier Kerngeschäftsfelder: auf die Versorgung des Mittelstands mit Krediten, auf die Großkunden einschließlich institutioneller Kunden und natürlich auf die Sparkassen, auf das Geschäftsfeld gewerbliche Immobilien und auf interessante Privatkunden, und das alles in engster Abstimmung mit den bayerischen Sparkassen, weil wir auch in Zukunft die Girozentralbank für die bayerischen Sparkassen bleiben werden. Gleichzeitig trennen wir uns konsequent von langfristig nicht profitablen Aktivitäten. Wir werden das komplette Geschäftsfeld der sogenannten Financial Institutions, also der Geschäfte, die eben nicht mit der Realwirtschaft, nicht mit

dem Mittelstand, nicht mit gewerblichen Immobilien verbunden waren, sondern zur Finanzierung von Akteuren auf dem Finanzmarkt herangezogen wurden, konsequent schließen. Das ist eine wichtige Veränderung des Geschäftsmodells und eine zentrale Maßnahme, um auch die dringend notwendige Reduktion von Risikoaktiva, die wir in den Märkten haben und die uns jetzt zu Opfern der Finanzmarktkrise machen, durchzuführen.

Wir müssen schließlich signifikante Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen in der Bank realisieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, uns allen ist sehr wohl bewusst, dass dieser Prozess mit schmerzlichen Einschnitten für die Bank und für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden ist.

Ich muss aber an dieser Stelle deutlich herausarbeiten, dass dieser Prozess unumgänglich ist, nicht allein aufgrund der schwierigen Lage der Bank, sondern auch deshalb, weil man uns die Einlage von Geld der Steuerzahler nur unter den Auflagen und unter der Aufsicht der Europäischen Kommission und des SoFFin erlaubt. Vor dem Hintergrund ist die Umstrukturierung ein zentraler Baustein für die Genehmigung unseres Stabilisierungspakts.

Die Änderung des Geschäftsmodells hat zum Kern, dass wir in Zukunft die Kunden in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Bank stellen. Die wesentlichen Kunden werden in Zukunft nicht mehr Banken und Finanzdienstleister auf der ganzen Welt sein, sondern das werden Mittelständler, Unternehmen und Menschen aus Bayern, aus Deutschland und aus Europa sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neben dieser Kundenfokussierung ist auch eine konsequente Restrukturierung und eine deutliche Verkleinerung erforderlich. Hierzu wird die BayernLB ihre Risikoaktiva um circa ein Drittel reduzieren. Gleichzeitig werden bestimmte Geschäftsaktivitäten zu 100 % aufgegeben. Dazu zählt neben dem Investment- und dem ABS-Portfolio das komplette, nicht kundenbezogene Geschäft. Diese organisatorische Umsetzung wird in der Ausgliederung einer selbstständigen Einheit,

die wir im nächsten Schritt zu definieren haben, vollzogen. In diesem Zusammenhang will ich in aller Kürze darauf eingehen, warum wir glauben, dass das Hilfsangebot des Bundes in einer Dimension nicht mit den notwendigen Schritten für die Bayerische Landesbank in Einklang zu bringen ist. Die Vertreter des SoFFin haben am Sonntag von uns verlangt, alle Aktivitäten der Bayerischen Landesbank, die mit Risiko verbunden sind, in eine selbstständige Einheit außerhalb der Bank auszugliedern, um damit alle Risiken zu 100% abzuschirmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei aller Wertschätzung für das Hilfspaket der Bundesrepublik Deutschland möchte ich dazu bemerken: Wenn Sie jegliches Kreditengagement, alle Kreditersatzgeschäfte, alle strukturierten Produkte aus einer Bank herausnehmen, die nicht strategischen Anteile der Bank dazustellen, das über das komplette Inland und Ausland durchdeklinieren, sind Sie zum einen wochen- und monatelang mit der Abgrenzung beschäftigt und zum anderen haben Sie am Ende eine sogenannte bad bank neben der eigentlichen Bank. Für die bad bank haben Sie die komplette Verantwortung. Für die eigentliche, übrig gebliebene Restbank finden Sie Tausende von privaten Investoren. Dafür brauchen Sie keine Bundeshilfe mehr. Deshalb war es richtig, meine Damen und Herren, dass wir am Sonntag die Entscheidung getroffen haben, das Angebot des Bundes für Liquiditätsgarantien zu nutzen, um den bayerischen Mittelstand mit Krediten zu versorgen, und das zweite daran gekoppelte Angebot der Bundesbeteiligung abzulehnen.

Ich will, Herr Maget, in aller Kürze auf den Nachtragshaushalt eingehen, weil mir wichtig ist, dass Sie an einer Stelle akzeptieren, dass wir auch an dieser Stelle transparent gearbeitet haben. Wir werden den zweiten Nachtragshaushalt 2008 einzig und allein dazu nutzen, um die Kreditermächtigung des Parlaments zu erbitten und um 10 Milliarden Euro aufnehmen zu können. Wir werden diese Ausgabeermächtigung für die Kapitalzufuhr an die BayernLB in Höhe der gesamten 10 Milliarden entsprechend in einem Sonderkapitel ausweisen. In diesem Jahr werden der BayernLB tatsächlich allerdings nur 3 Milliarden zugeführt. Dennoch brauchen wir im Nachtragshaushalt 2008 schon die

Ermächtigung für die zweite Tranche. Denn diese zweite Tranche in Höhe von 7 Milliarden muss bereits im ersten Quartal eingezahlt werden. Zu diesem Zeitpunkt wäre der Doppelhaushalt 2009/2010 auch bei unserem ehrgeizigen gemeinsamen Zeitplan noch nicht abgeschlossen. Wir werden daher eine Ausgabeermächtigung im zweiten Nachtragshaushalt 2008 nutzen, die dann nach 2009 übertragen werden kann. Die vorgesehene Kapitalerhöhung werden wir in vollem Umfang über Kreditaufnahmen finanzieren. Entsprechend der Ausgabeermächtigung ist daher auch eine Kreditermächtigung über den gesamten Betrag der Kapitalzuführung enthalten.

Für die zweite Säule, Herr Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender Maget, für die Absicherung des ABS-Portfolios in Höhe von insgesamt 4,8 Milliarden brauchen wir zwei Ermächtigungen. Weil wir derzeit nach Berechnungen der Bank von einer tatsächlichen Inanspruchnahme der Garantien in Höhe von 1,625 Milliarden Euro ausgehen müssen, benötigen wir in dieser Höhe eine Verpflichtungsermächtigung. Sie wird ebenfalls im Sonderkapitel aufgenommen. Der Herr Ministerpräsident hat schon vorhin davon gesprochen, dass wir momentan in der Bewertung möglicher Ausfälle auf eine Höhe zwischen 2,5 und 3 Milliarden Euro ausgerichtet sind.

(Franz Maget (SPD): Wie finanzieren Sie das?)

Über den restlichen Beitrag in Höhe von 3,175 Milliarden Euro wird die im Haushaltsgesetz enthaltene Garantieermächtigung dann angepasst.

Ausgaben für die Absicherung sind weder im zweiten Nachtrag 2008 noch im Doppelhaushalt 2009/2010 zu veranschlagen.

(Franz Maget (SPD): Aber wenn die Verpflichtungsermächtigung eintritt?)

Denn die Bundesaufsicht verpflichtet uns, eine erste Zwischenabrechnung erst im Jahr 2011 durchzuführen. Sinn und Zweck des Schirmes ist es nämlich, das gesamte ABS-Portfolio in der Höhe abzuschirmen, wie es die Bundesbank, die Aufsicht und auch der SoFFin von uns verlangen. Dann müssen wir dem amerikanischen Immobilienmarkt

auch die Zeit geben, sich entsprechend zu entwickeln. Weil wir heute nicht wissen, wie viele Ausfälle hinter jedem einzelnen Geschäft stehen, brauchen wir die Zeit von drei bzw. sechs Jahren, um am Ende die Bank heute vor einer nach meinem Dafürhalten zu optimierenden Bewertungsmethode zu schützen. Denn diese Debatte müssten wir eigentlich in Deutschland, in Europa führen: Haben wir damals, in den Jahren 1980 und folgende, richtig gehandelt, als wir uns beim HGB darauf konzentriert haben, die realen Werte zu hinterlegen und auf die reale Bewertung von Kunden und Geschäften Wert gelegt haben? Gehen wir nicht mit der Kopie der amerikanischen Grundphilosophie, auf den Tageswert zu setzen, in die falsche Richtung? - Denn sobald wir keinen Tageswert haben, müssen wir quasi virtuelle Abschreibungen durchführen, die uns am Ende vielleicht gar nicht ins Haus stehen.

(Franz Maget (SPD): Wozu brauchen Sie die Verpflichtungsermächtigungen?)

- Die Verpflichtungsermächtigungen brauche ich, damit der Schirm, den wir für das ABS-Portfolio aufzuspannen haben und der die Grundvoraussetzung dafür ist, dass wir in der Bank arbeiten können, zu 25 % bezogen auf das ABS-Portfolio - knapp 20 Milliarden - auch hält und die möglichen Ausfälle abdeckt. Ich kann nicht einen Schirm erklären, ohne die Garantie für eventuelle Ausfälle im Haushalt zu hinterlegen.

(Franz Maget (SPD): Und wenn Sie die Ausfälle finanzieren müssten?)

Frau Präsidentin, ist das eine Zwischenfrage? - Dann hätte ich die Bitte, dass Sie meine Redezeit kurz anhalten.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Wenn der Kollege Maget eine Zwischenfrage stellen möchte, sollte er sie anmelden. Zwischenrufe sind aber auch erlaubt, lieber Herr Kollege Fahrenschon, die allerdings den Gedankengang des Redners nicht stören dürfen. Wenn dem so sein sollte, bitte ich den Herrn Kollegen Maget natürlich, den Geschäftsgang einzuhalten.

Staatsminister Georg Fahrenschoen (Finanzministerium): Ich bin ständig bemüht, die Abgeordneten in die Gedankengänge des Finanzministers einzubinden.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke schön, Herr Fahrenschoen.

Franz Maget (SPD): Ich werde versuchen, dem Geschäftsgang genau zu folgen. - Wenn Sie eine Garantie im Haushalt haben und einen Teil dieser Garantie aber ausdrücklich neu als Verpflichtungsermächtigung definieren, müssen wir doch damit rechnen, dass davon tatsächlich Gebrauch gemacht wird. Wenn von dieser Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,6 Milliarden Euro tatsächlich Gebrauch gemacht werden muss, ist doch die Frage, wie Sie diese Verpflichtungsermächtigung auf der Einnahmenseite gegenfinanzieren.

Staatsminister Georg Fahrenschoen (Finanzministerium): Herr Maget, da kommt mir nun die Tatsache entgegen, dass die Frage, wann es zu Ausfällen in dem Portfolio kommt, den Rahmen des Doppelhaushalts 2009/2010 sprengt. Das ist so ähnlich wie bei der Betrachtung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Der Schirm läuft über sechs Jahre. Diese Maßnahme ist mit Bundesbank und wird mit Europäischer Kommission abgestimmt. Denn wir alle wissen, dass wir dem amerikanischen Immobilienmarkt diese Zeit geben müssen.

(Franz Maget (SPD): Ja, aber wie finanzieren Sie das?)

Die BaFin, die Bankenaufsicht, verlangt von mir, dass ich im Jahr 2011 eine erste Zwischenbilanz erstelle. Ich weiß nicht, wie viele Ausfälle entstehen. Wenn sie entstehen, muss ich sie finanzieren. Deshalb steht eine Verpflichtungsermächtigung im Nachtragshaushalt. Sie reicht aber in den übernächsten Doppelhaushalt hinein. Bis dahin müssen wir in der Lage sein, die entsprechend angelaufenen Ausfälle zu schultern. Die Bank übernimmt die ersten 1,2 Milliarden; der Freistaat steht danach in der Verpflichtung, die Ausfälle zu tragen.

(Franz Maget (SPD): Richtig. Also, Sie wissen es nicht!)

- Lieber Herr Maget, ich weiß nicht, wer in drei Jahren Fraktionsvorsitzender der SPD ist; genauso wenig weiß ich, wie in drei Jahren die Ausfälle im ABS-Portfolio der Bayerischen Landesbank sind.

(Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD): Der Fraktionsvorsitz bei der SPD ist aber weniger riskant!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme deshalb zum Schluss. Ich bitte Sie, zu akzeptieren, dass wir heute nicht in der Lage sind, uns mit der Frage auseinanderzusetzen, wie sich die Landschaft der Landesbanken weiter entwickelt.

(Franz Maget (SPD): Gar nichts wissen wir!)

Lieber Herr Maget, Sie haben in Ihrer Rede auch zwei Alternativen referiert: Sie haben einerseits ganz den Beschluss des SPD-Bundesvorstands folgend die eine Landesbank für ganz Deutschland gefordert. Gleichzeitig haben Sie sich ein kleines Hintertürchen offengelassen und gesagt: Es können auch zwei oder drei sein.

(Franz Maget (SPD): Es können auch zwei sein!)

Lieber Herr Maget, deshalb schlage ich Ihnen vor, dass wir gemeinsam über den Stabilisierungspakt des Freistaates Bayern reden. Setzen wir uns als Erstes damit auseinander, wie wir die Krise bewältigen, wie wir die Bank stabilisieren, wie wir die Sparkassen schützen und wie wir die Kreditversorgung des bayerischen Mittelstands sicherstellen.

Lassen Sie uns zweitens darüber beraten, wie wir die Bank drehen können, wie wir von der alten Strategie wegkommen, die uns in allen Bereichen Schwierigkeiten macht, und wie wir den Fokus auf die Kunden, auf Bayern, auf die Sparkassen und am Ende auf ein gesundes Geschäft richten können. Lassen Sie uns zum Dritten an dieser Strukturdebatte teilhaben. Ich glaube, wir haben jetzt erst die Pflicht, die Bank zu stabilisieren und das Geschäftsmodell gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu entwickeln. Erst dann sind wir in der Lage, die philosophische Debatte darüber zu führen, ob eine, zwei oder drei Landesbanken in Deutschland noch eine Chance haben.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bevor ich Herrn Aiwanger bitte, für die Freien Wähler ans Rednerpult zu kommen, möchte ich in meiner neuen Funktion Personen in der Ehrenloge begrüßen. Der ehemalige Landtagspräsident, Herr Glück, ist hier. Es trifft sich wunderbar, dass ich Sie in der Ehrenloge begrüßen darf. Ebenfalls begrüßen darf ich Herrn Fischer-Heidberger vom Obersten Rechnungshof und Herrn Dr. Vogele.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich begrüße Sie ganz herzlich. Sie brauchen heute viel Sitzfleisch und viel Geduld, Sie haben sich aber eine sehr spannende Sitzung ausgesucht. Jetzt Herr Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FW): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Gesetz zum Nachtragshaushalt steht eine dürre Zahl, nämlich die Zahl zehntausend. In Klammern steht darüber, dass es Millionen sind. 10 000 Millionen Euro stehen hier zur Debatte. Ich glaube, mit dieser Zahl ist der Wechsel des Landes Bayern vom vermeintlichen Musterknaben zum kranken Mann von Deutschland, wenn nicht zum kranken Mann von Europa symbolisiert. Ich will das so drastisch formulieren, weil damit ein Gebilde in sich zusammengebrochen ist, das lange Zeit aufrecht erhalten wurde, dessen dramatisches Ende wir heute noch nicht überblicken. Die Freien Wähler haben Neuwahlen ins Spiel gebracht. Ich glaube, das ist nicht ganz abwegig. Wenn wir die Situation, die zu dieser Entwicklung geführt hat, analysieren, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Leute am Werk waren und mit Milliarden jongliert haben, denen ich persönlich nicht einmal einen Hund eine Woche lang zum Füttern anvertrauen würde.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, hier wurde bar jeden gesunden Menschenverstands herumgezockt. Hier wurden Milliarden versenkt, und diese Worte wiederhole ich nicht zum ersten Mal. Besonders entrüstet mich, dass hier von Transparenz gesprochen wird und

davon, dass die Opposition mit einbezogen werde. Man bedankt sich bei uns, dass wir die Maßnahmen weitestgehend zumindest einsehen oder sogar mittragen werden. Ich verstehe aber nicht, dass wir bis heute keine Aufstellung auf den Tisch bekommen haben, in der wenigstens annäherungsweise steht, wann in welche Papiere investiert worden ist und wer dafür die Verantwortung getragen hat. Keiner weiß, ob es 30 Milliarden, 50 Milliarden oder 58 Milliarden sind. Das muss doch nachvollziehbar sein. Auch bei aller Rücksicht auf den Beginn einer neuen Regierungskoalition - zwei Monate sind jetzt ins Land gezogen - muss das gesagt werden. Es war schon vor der Wahl bekannt, dass Vieles in einer Schieflage war. Herr Naser hat sich damals auch noch nicht entblödet zu sagen, er hätte das zum damaligen Zeitpunkt so nicht sagen können, weil er sonst das Landtagswahlergebnis beeinflusst hätte. Meine Damen und Herren, schon damals war Einiges bekannt. Wir haben es nicht geschafft, innerhalb dieser zwei Monate die Zahlen auf den Tisch zu bekommen. Das fordere ich namens der Freien Wähler hier und heute in aller Dringlichkeit ein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir wollen schnellstmöglich klare Zahlen auf den Tisch und nicht wieder ein Verwirrspiel, das sich mit der Frage beschäftigt, wie wir weitermachen, ob wir fusionieren oder nicht oder ob wir privatisieren oder nicht. Das ist der zweite, um nicht zu sagen der dritte Schritt. Wir wollen die Zahlen auf den Tisch. Wann ist in welche Papiere investiert worden? Das ist doch wichtig für das momentane Krisenmanagement. Ich weiß nicht, ob die Herren, die in der politischen Verantwortung stehen, wie zum Beispiel der Herr Finanzminister, eine genaue Aufschlüsselung haben. Wenn sie das nicht haben, ist es fahrlässig, hier irgendwelche Szenarien in den Raum zu stellen. Wenn sie diese Zahlen aber haben, erwarte ich, dass auch wir sie bekommen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meinetwegen sollen sie uns unter einem gewissen Schirm genannt werden, damit sie nicht morgen in der "Bild" stehen. Aber selbst damit müssen wir leben können, dass die

Öffentlichkeit, die mit diesen Vorgängen auch konfrontiert wird, darüber in Kenntnis gesetzt wird. Zumindest muss jetzt einmal das Parlament informiert werden.

Der zweite Schritt ist die Verantwortung. Es wurden Werner Schmidt und Herr Huber als damaliger Verwaltungsratsvorsitzender genannt, der damals die politische Verantwortung übernommen hat. Meine Damen und Herren, damit ist für mich die Galerie der Verantwortlichen noch nicht zu Ende. Egal ob es ein Sparkassenpräsident Naser ist, oder ob es andere Damen und Herren sind, die im Verwaltungsrat federführend vertreten waren, hier muss Aufklärung erfolgen, die Verantwortlichen müssen ans Rednerpult und schildern, wann sie was gewusst haben. Sonst würden wir immer nur unter Ausschluss der Betroffenen verhandeln. Die Leute, die hier mit einbezogen werden können, müssen dem Parlament, zumindest der Kommission, die an der Aufklärung arbeitet, Rede und Antwort stehen.

(Zurufe von der CSU)

- Bitte Ruhe hinten auf den billigen Plätzen!

(Heiterkeit bei den Freien Wählern - Widerspruch bei der CSU - Alexander König (CSU): Das sollte aber gerügt werden!)

Meine Damen und Herren, Sie haben es nicht nötig, hier noch dazwischenzurufen. Auch das sollten wir einmal geraderücken. Wir wollen darauf hinweisen, dass wir durchaus bereit sind, hier auch Verantwortung zu übernehmen. Wenn wir aber in diesem Ausmaße verantwortlich wären und Sie uns eintauchen könnten, garantiere ich Ihnen, dass Sie uns in Weihwasser ertränken würden. Das wäre Ihre Vorgehensweise. Deswegen bitte ich Sie, nicht dazwischenzurufen.

(Beifall bei den Freien Wählern - Alexander König (CSU): Feindbilder!)

Transparenz ist also eingefordert. Die Situationsanalyse ist für mich noch nicht klar, weil wir noch nicht wissen, wo was in welchem Umfang investiert worden ist. Das muss schnellstens auf den Tisch.

Dann können wir eine Zukunftsprognose machen, wie es weitergeht. Dazu brauche ich nicht der ganz große Banker zu sein. Ich brauche auch kein schlechtes Gewissen zu haben, wenn es heißt, wir sollen erst diese Landesbank sanieren und dann privatisieren. Das ist ein Konzept, das in sich nicht schlüssig ist.

Ich will aber auch noch einen politischen Gedanken mitnehmen. Wir sagen, Ziel des Krisenmanagements sollte es heute sein, dass der Freistaat das Desaster übernimmt, um die Sparkassen und damit die Kommunen und den Mittelstand zu schützen. Das heißt, die Kommunen und der Mittelstand genießen politisch eine hohe Priorität, was wir als Freie Wähler sehr begrüßen.

Wenn ich für die zukünftige Ausrichtung des neuen Parlaments nur einen politischen Gedanken mitnehmen kann, ist es folgender: Der Mittelstand und die Kommunen sind wie ein rohes Ei zu behandeln, und das nicht nur jetzt, um das Einspringen des Freistaates Bayern für dieses Desaster zu rechtfertigen. Das gilt auch für alle anderen Gesetze. Das geht von der DSL-Debatte bis hin zur Debatte über ausbildungsfähige Jugendliche oder über die Erbschaftsteuer und alle anderen Themen, die wir in Zukunft zu behandeln haben. Ich bitte, dieses politische Procedere bei allen Gesetzen durchzuhalten, über die der Freistaat zu entscheiden hat. Auch dabei bitte ich immer wieder zu hinterfragen, wie sich diese Entscheidungen auf die Kommunen und auf den Mittelstand auswirken. Diese sind der letzte Rettungsanker, um zu verhindern, dass dem Freistaat Bayern Schlimmeres passiert. Wir wissen, dass wir in der Vergangenheit zu sehr auf die Großkonzerne gesetzt haben. Wir haben zu sehr auf Banker gesetzt, die ihr Geld nicht wert waren. Jetzt müssen wir uns von unten her wieder hocharbeiten. Dazu brauchen wir die Kommunen, dazu brauchen wir den Mittelstand. Wir müssen politisch alles in die Wege leiten, um diesen Gewährträgern für eine gute Zukunft Bayerns zuzuarbeiten. Das ist meine politische Botschaft.

Jetzt ist die Zeit reif, die Kritik der Opposition nicht fünfmal wiederholen zu müssen, sondern wirklich Transparenz zu leben und zu dokumentieren. Nur so werden wir hier gemeinsam herauskommen, sonst gehen wir gemeinsam unter.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Um eine Wortmeldung hat Herr Staatsminister Zeil von der FDP gebeten. Danach ist Herr Kollege Hallitzky an der Reihe.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich für die Staatsregierung noch einige wenige Bemerkungen insbesondere aus wirtschaftspolitischer Sicht machen. Ich möchte meine Ausführungen in drei Abschnitte teilen: Erstens: Die allgemeinen Auswirkungen der Finanzmarktkrise. Zweitens: Die Vergangenheit der Bayerischen Landesbank. Drittens: Die Zukunft.

Zum Ersten. Meine Damen und Herren, wenn wir uns vergegenwärtigen, welche gewaltigen Auswirkungen wir allein in Europa durch diese Weltwirtschafts- und Finanzmarktkrise erleben, dann übersteigen die Zahlen häufig unsere Vorstellungskraft. Das hat Herr Kollege Maget mit seinem Zahlenbeispiel verdeutlicht. Gestern beispielsweise wurde mir gemeldet, dass allein in Europa, einschließlich der Schweiz, inzwischen Abschreibungen in Höhe von 214,7 Milliarden Euro vorliegen. Die notwendigen Kapitalerhöhungen liegen danach bei 238 Milliarden Euro. Das zeigt die gesamte Dimension. Ich finde es wichtig, dass wir daraus die richtigen Schlüsse gemeinsam ziehen. Ich bin dem Ministerpräsidenten dafür dankbar, dass er sich für eine Besinnung auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft ausgesprochen hat. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Grundprinzipien - Regelungen, Rahmenbedingungen und Transparenz - in die internationalen Finanzmärkte transportiert werden.

In einem möchte ich allerdings eine kleine Korrektur anbringen, weil es sich hier um ein Steckenpferd von mir handelt, Herr Ministerpräsident. Der Neoliberalismus ist die Wiege der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch und Lachen bei der SPD)

Er sollte deshalb nicht mit Marktradikalismus gleichgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich bitte um Verständnis, aber als einer der Nachfolger des Vaters der sozialen Marktwirtschaft lege ich darauf Wert. Ich spreche von einem der hochrangigen Neoliberalen dieses Landes: von Ludwig Erhard.

(Harald Güller (SPD): Oh, oh! - Franz Maget (SPD): Oh mein Gott!)

Auch die Sprache ist verräterisch. Wir reden von der Realwirtschaft, doch was heißt das? - Das heißt, dass andere, offensichtlich abgehoben in einer virtuellen Finanzwelt, Geschäfte gemacht und diese Prinzipien vergessen haben.

(Franz Maget (SPD): Genau das hat er gemeint! Genau so hat er es gemeint!)

Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und darauf besinnen, wie wir mit der sozialen Marktwirtschaft umgehen.

(Franz Maget (SPD): Das hat er doch gemeint!)

Der zweite Punkt: Vergangenheit bei der BLB.

(Franz Maget (SPD): Seehofer hat doch das Gegenteil vorgetragen! Was soll ich jetzt glauben? Ich bin verwirrt! Ich kenne mich nicht mehr aus!)

Meine Damen und Herren, ich könnte es mir einfach machen und darauf hinweisen, Herr Kollege Maget, dass die FDP-Fraktion schon 1993, vor allen anderen, die Frage gestellt hat, ob die Landesbank überhaupt ein vernünftiges Geschäftsmodell hat. Damals waren wir noch allein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wäre man uns damals gefolgt, auch Sie sind uns damals nicht gefolgt, dann wäre uns vielleicht einiges erspart geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Lachen des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Ich finde es aber trotzdem richtig, dass wir Transparenz üben. Herr Kollege Aiwanger, ich bin Ihnen für Ihren Hinweis dankbar. Auch die Koalitionsfraktionen werden hierzu anschließend einen Antrag vorlegen. Es geht um eine Transparenz, die auch die Verantwortlichkeit aufzeigt und erkennen lässt, was wann in der Vergangenheit entschieden worden ist. Es ist für uns alle absolut notwendig, diese Transparenz zu üben.

(Hubert Aiwanger (FW): Bis wann ist das denn zu erwarten? Heuer noch?)

Ich bin froh, dass wir heute diesen Antrag vorlegen, und ich hoffe, dass Sie ihn unterstützen. Ich halte es für richtig und angemessen, dass der Herr Ministerpräsident die Entschuldigung der Staatsregierung ausgesprochen hat.

Dritter Punkt: Zur Zukunft. Wir könnten uns jetzt zurücklehnen und sagen, das alles ist Vergangenheit. Es geht jetzt aber darum, dass das gesamte Parlament seine Verantwortung für die Zukunft erkennt, ohne irgend jemand für die Vergangenheit freizusprechen. Was ich hier gehört habe, war teilweise auch der Versuch - das habe ich zumindest bei einigen herausgehört -, der Verantwortung auszuweichen. Meine Damen und Herren, was jetzt notwendig ist, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung, die jede Regierung, egal, wie sich zusammensetzen würde, zu schultern hätte.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir tun dies auch aus wirtschaftspolitischer Sicht, denn es geht darum, die Sparkassen, eine wichtige Säule unseres Bankensystems, und damit die Mittelstandsfinanzierung abzusichern, um die Liquidität unserer Wirtschaftsunternehmen auch in der jetzigen Lage zu gewährleisten. Ich bin absolut der Meinung, und das haben wir auch in der Koalitionsvereinbarung festgehalten, dass wir als Gesetzgeber, als Eigentümer dieser Bank, festschreiben müssen, dass internationale Risikogeschäfte künftig nicht mehr zulässig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Ich möchte noch ein Wort zu den Mitarbeitern sagen. Das ist etwas, was uns alle am meisten schmerzt: Hier verlieren Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz. Die Entschuldigung für Fehlentscheidungen in der Vergangenheit gilt deshalb vor allem gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zum allergrößten Teil für diese Entwicklung nichts können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen, jetzt geht es vor allem darum, dass wir das Vertrauen gerade auch in diese Bank wieder herstellen, aber auch in das Finanzsystem insgesamt. Ich bitte jeden, und hier schließe ich mich den Worten des Finanzministers an, die Worte gut abzuwägen. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung, durch diese Schwierigkeiten hindurchzukommen. Ich bekomme täglich irgendwelche Ratschläge, auch kluge. Der Ministerpräsident hat die klugen Ratschläge so mancher Ökonomen hier angesprochen. Uns wird gesagt, was man ordnungspolitisch alles tun und lassen sollte. Ich möchte dazu klar sagen, und das hat auch der Fraktionsvorsitzende der FDP deutlich gemacht, wir werfen unsere ordnungspolitischen Prinzipien nicht über Bord. Wir sagen, dass wir auch darauf hinarbeiten müssen, dass der Einsatz der Steuergelder, wenn möglich, irgendwann zurückkommen muss. Dann werden wir auch über die Option einer Teilprivatisierung oder einer Privatisierung sprechen. Das ist doch selbstverständlich. Jetzt ist aber eine Anstrengung des gesamten bayerischen Parlaments erforderlich. Da sollte sich niemand aus der Verantwortung stehlen. Diese Anstrengung ist vergleichbar mit dem Bundesschirm, den die Bundesregierung aufgespannt hat. Wir brauchen die gemeinsamen Anstrengungen, damit wir für den Freistaat Bayern, für seine Bürgerinnen und Bürger und für den Mittelstand die richtige Entscheidung treffen. Zu diesem Nachtragshaushalt gibt es deshalb, trotz aller Unwägbarkeiten, die ich durchaus zugestehe, keine Alternative. Ich darf deshalb noch einmal für die Mitglieder der FDP im Kabinett herzlich bitten: Gehen Sie diesen Weg mit. Es geht hier um die Verantwortung für unser Land, der wir uns gemeinsam stellen müssen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Staatsminister. - Ein Hinweis an die Fraktionen: Nachdem die Redezeit vonseiten der Staatsregierung um sieben Minuten überschritten worden ist, steht diese Redezeit selbstverständlich allen anderen Fraktionen, auch Ihnen, Herr Hallitzky, der Sie noch nicht aufgerufen worden sind - zur Verfügung. Jetzt dürfen Sie.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal eine Bemerkung an Herrn Aiwanger, der sich eben Ruhe auf den billigen Plätzen gewünscht hat. Herr Aiwanger, ich sitze selbst in der letzten Reihe. Ich muss Ihnen sagen, das hilft oft, den Überblick zu bewahren, möglicherweise besser, als auf den Sperrsitzen in Reihe eins zu sitzen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CSU: Genau!)

- Da stimmt sogar der Kollege zu.

Damit die BayernLB zum 1. Januar 2009 nicht geschlossen wird, ist der Bayerische Landtag heute und in den nächsten zwei Wochen gefordert, noch vor Weihnachten ein Rettungspaket zu schnüren. Auch die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht eine schnelle Absicherung der Bayerischen Landesbank aus Gründen der Gewährträgerhaftung, wegen ihrer Bedeutung für die Sparkassen und der Bedeutung für die Realwirtschaft als alternativlos an. Dass wir aber heute in dieser dramatischen Finanzsituation sind, dafür trägt die Staatsregierung die alleinige politische Verantwortung und ihre Mitglieder im Verwaltungsrat gemeinsam mit dem damaligen Bankenvorstand auch die wirtschaftliche und möglicherweise persönliche Schuld. Das werden wir in der Kommission und eventuell auch vor Gericht aufzuarbeiten haben.

Dass wir aber heute so unter Zeitdruck stehen, hat auch etwas damit zu tun, dass die Staatsregierung schon immer, zumindest bis zur Landtagswahl, aus Gründen zum einen des Größenwahns des Möchtegern-Global-Players Bayern und zum anderen insbesondere im Vorfeld der Landtagswahl aus billigen parteipolitischen Motiven heraus agierte. Der Zeitdruck hat damit zu tun, dass die CSU-Staatsregierung sich aus diesen Gründen

über Jahre hinweg jeder Aufarbeitung und jeder Umstrukturierungsinitiative verweigert hat. Das ging bei den Diskussionen los um den Zusammenschluss der HypoVereinsbank bis zu den frühzeitigen Initiativen von unserer Fraktion, auf den Kauf der Hypo Group Alpe Adria zu verzichten oder die Zusammenarbeit mit der LBBW zu suchen. Trotz dieser von der Staatsregierung zu verantwortenden dramatischen Situation sind die GRÜNEN als verantwortliche Finanzpolitiker natürlich bereit, konstruktiv an der Debatte um die finanziellen Folgen der Lasten in Milliardenhöhe mitzuwirken. Konstruktiv, das heißt Ja zum Umfang des Rettungspakets, konstruktiv, das heißt Ja zur Schonung der Sparkassen. Konstruktiv heißt aber nicht, auch dann zuzustimmen, wenn Sie, die Staatsregierung, also der Rechtsnachfolger und zum Teil auch der politische Nachfolger sowie aus dem Verwaltungsrat auch einzelne persönliche Nachfolger der Versager, auf Risikokapital vom Bund verzichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, drei Milliarden Euro Eigenkapital vom Bund - das sind knapp 10 % des Staatshaushaltes - ist keine Summe, auf die der Freistaat verzichten kann. Angesichts unseres angespannten Staatshaushaltes, angesichts des äußerst volatilen Gesamtzustandes der Bank ist es unverantwortlich, wenn die Bayerische Staatsregierung das Paket allein stemmen will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns kommt hier wieder diese historisch verhängnisvolle Kombination von einer gefährlichen Bereitschaft zum Risiko und einer "Bayern-kann-alles-besser"-Mentalität hervor. Es ist diese Mentalität, diese Kombination, die die BayernLB erst in die heutige Lage gebracht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen nicht, dass Bayern gutes Geld dem schlechten Geld hinterher wirft. Deswegen können wir nicht zustimmen, wenn in Verhandlungen nicht jede Möglichkeit bis ins Letzte ausgereizt wird, den Bundesschirm, soweit es irgend geht, zu nutzen, um das Risiko für unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler soweit als möglich zu begrenzen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CSU)

- Es ist nicht komplett genutzt worden. Soweit uns die Erkenntnisse zugänglich sind, ist es nicht komplett genutzt worden. Herr Fahrenschon hat gesagt, am Sonntag habe sich die Arbeitsgrundlage geändert, weil dann der SoFFin gesagt habe, man brauche ein Bankkonzept, das nicht machbar ist. Unser Kenntnisstand von vorher ist ein anderer. Wir können auch nicht mehr wissen, weil wir das in der Kommission noch nicht detailliert behandelt haben. Der Stand, den wir haben, ist aber der, dass Bayern nicht alles ausgereizt hat, um diesen Bundesschirm hinsichtlich der Nutzbarkeit des Bundesgeldes als Risikokapital für sich zu nutzen.

Zudem - das ist der zweite Punkt - sehen die GRÜNEN die Inanspruchnahme des Bundesschirmes nicht wie Sie als Risiko, sondern als große Chance für die Neuordnung der Landesbanken in Deutschland, die notwendig ist. Denn der damit verbundene Anspruch des Bundes auf Mitsprache bei der künftigen geschäftspolitischen Ausrichtung der BayernLB würde die Staatsregierung erst zu dem zwingen, was wir schon lange wollen, nämlich zu einer Abkehr von einer kleinstaatlerischen Landesbankenpolitik, die auch heute in dem Konzept wieder auftaucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Politik ist es, die die notwendige Konsolidierung der Landesbanken bis heute verhindert hat. Die Bundesregierung würde aber auch zum Sachverwalter der Interessen der Sparkassen, die durch die Eigenkapitalerhöhung durch das Land in Zukunft ihren eigenen mitbestimmenden Einfluss auf die Landesbank verlieren. Diesen Sachverwalter - ich komme gleich dazu - werden die Sparkassen noch bitter brauchen. Damit sind wir nämlich bei dem Geschäftsmodell, mit dem Sie die Zukunft für die BayernLB gewinnen wollen. Ich sage Ihnen: Dieses Geschäftsmodell ist nicht tragfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Finanzminister, wenn wir uns heute darüber unterhalten müssen, so ist das keine, wie Sie das gegenüber Herrn Maget dargestellt haben, philosophische Debatte über das Geschäftsmodell, sondern sie ist existenziell für die Bank, und diese müssen wir schon heute führen; wir können sie nicht vertagen.

Richtig an Ihrem Konzept ist, dass die Mittelstandsfinanzierung stärker in den Fokus der Landesbank gehört. Dass Sie heute konzedieren müssen, dass das nicht so war, ist ein Schuldeingeständnis, nämlich dass die Bank mit dem Einverständnis der CSU im Verwaltungsrat gegen genau diesen Auftrag, der Ihnen Artikel 2 Landesbankengesetz ohnehin zuweist, nämlich die Strukturförderung, in der Vergangenheit massiv verstoßen hat. Hätten sie es nicht, bräuchten Sie in diesem Punkt keine Neuausrichtung.

Falsch ist aber, dass sich allein daraus ein Konzept für die Zukunft der BayernLB ergibt. Im internationalen Vergleich ist Deutschland bereits heute overbanked. Das ist unstrittig. Für das, was Sie Konzept nennen, gibt es in der bayerischen Finanzrealität überhaupt keinen nennenswerten Markt, jedenfalls keinen, der die Existenz selbst einer stark geschrumpften Landesbank auch nur annähernd rechtfertigen könnte. Wenn Sie also die Landesbank so ausrichten wollen, wie Sie es in den letzten Tagen behauptet haben, dann geht das doch nur, indem Sie in eine klare Konkurrenz zu den Sparkassen in Bayern treten. Anders ist das nicht möglich. Die Umsätze der Landesbank im Bereich des Mittelstandes werden zu ganz großen Teilen den bayerischen Sparkassen verloren gehen. Sparkassen und eigenständige Bayerische Landesbank - es geht nur eines von beiden. Beides geht nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das Konzept nicht tragfähig. Und deshalb wäre es auch so wichtig, dass es nach einer Phase der Konsolidierung zu einer Fusion von BayernLB und LBBW kommt. - Der Hinweis, zwei Kranke machen noch kein Gesundes, ist völlig richtig - Diese Fusion lässt nicht eine neue große Südbank entstehen, sondern wäre ein erster großer Schritt dazu, dass wir die Landesbanken in Deutschland

künftig in Deutschland insgesamt neu aufstellen, und zwar mit einer auf verschiedene Standorte fokussierten funktionellen Bündelung ihrer Aufgaben; ich glaube, Herr Seehofer hat es einleitend als eine Variante genannt. Die Wahrheit ist bitter, aber für mehr als eine Bank deutscher Länder ist in diesem Land auf Dauer kein Platz und deshalb ist Ihr Konzept nicht tragfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesbanken eignen sich nicht als Spielwiese für landespolitische Ambitionen. Das hat die BayernLB zuvörderst, aber auch einige andere Landesbanken in Deutschland bewiesen. Diese Zeit der Eitelkeiten muss endlich vorbei sein. Mir drängt sich nicht unmittelbar der Eindruck auf, dass dies die Staatsregierung und, namentlich, der Bayerische Ministerpräsident auch so sähen, wenn er sich - mit eigenen Worten - auch in Zukunft als Zepterträger, also als König der Landesbank sieht. Diese Zeit ist vorbei, Herr Seehofer. Verantwortliche Politik bedeutet nicht, dass derjenige, der das Schiff niemals zu steuern vermochte, den Steuerzahlern an Bord sagt: Tanzt mal vorerst weiter, ich jedenfalls gehe als Letzter von Bord, wenn wir untergehen. - Verantwortliche Politik ist es vielmehr, wenn Sie, weil Sie es nicht können, die Hilfe anderer auch bei der Neukonzeption in Anspruch zu nehmen. Dazu fehlt in diesem Konzept der Ansatz. Deshalb werden wir nicht zustimmen können.

Den zweiten Grund habe ich einleitend genannt. Das ist, dass Sie nicht alles ausgereizt haben, um Risiko auf den Bund zu übertragen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat Herr Karsten Klein das Wort.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die internationale Finanzkrise hat die Weltwirtschaft fest im Griff, und die Bayerische Landesbank ist aufgrund der Finanzkrise, aber auch aufgrund einer ganzen Reihe

von Fehlentscheidungen in einer schwierigen Lage. Der bayerische Staat ist Miteigentümer, aber er ist auch in der Gewährträgerhaftung. Dies alles in aller Kürze macht einen Rückzug aus der Bank aktuell nicht möglich und ist auch nicht sinnvoll.

Ich weiß, dass wir beim Thema Privatisierung am Ende der Konsolidierungsphase verschiedener Meinung sind. Aber ich denke, gerade die aktuelle Krise zeigt, dass in Deutschland private Banken alle Probleme besser meistern als die Reihe der Staatsbanken, die sich bei den Problemen ganz vorn einreihen.

(Beifall bei der FDP)

Interessant ist auch, dass es jetzt auf den bayerischen Staat ankommt, denn niemand sonst ist in der Lage und - das muss auch gesagt werden - bereit dazu, diesen Kraftakt zu vollziehen.

Ich glaube, nicht nur uns von der FDP-Fraktion, sondern auch allen anderen in diesem Hause wäre es lieber, wenn wir um diese 10 Milliarden Euro Neuverschuldung herumkämen. Aber zur Rettung der Landesbank ist das eben unumgänglich. An der Stelle sei natürlich auch darauf hingewiesen, dass Kommunen und Mittelstand mit der FDP in der Regierung einen starken Partner haben.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden auch bei den anderen Entscheidungen darauf achten. Hier kommen gelegentlich Beiträge, wo das etwas infrage gestellt wird. Das sage ich auch an die Reihen der Freien Wähler gerichtet.

Wir haben eine außerordentlich schwierige wirtschaftliche Lage in Deutschland, in Europa und international. Sie macht auch unangenehme und schwierige Schritte nötig. Gerade aus den Reihen der GRÜNEN und der SPD kommt gerade in wirtschaftlich schwierigen Lagen die Forderung, dass sich der Staat nicht zurückzieht aus Investitionen in Bildung und Forschung, in Infrastruktur. Deswegen ist es mehr als geboten, diese 10 Milliarden Euro über eine Sondermaßnahme zu finanzieren.

Wir kommen an dieser Neuverschuldung leider nicht vorbei, das habe ich schon gesagt. Wir als FDP werden dem Nachtragshaushalt zustimmen. Ich hoffe und denke, dass wir mit den Maßnahmen, die jetzt beschlossen wurden, die Landesbank so weit bekommen können, dass sie eines Tages privatisiert werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nächster Redner ist Herr Kollege Thomas Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe noch 19 Minuten, die werde ich nicht ausreizen, ich verspreche es Ihnen. Lieber Kollege Klein, Sie haben darauf hingewiesen, dass die Finanzierung durch eine Sondermaßnahme geschehen soll, die außerhalb des Haushalts steht, aber im Nachtragshaushalt jetzt verabschiedet werden soll und natürlich auch von den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns finanziert werden muss, ob wir wollen oder nicht. Von daher: Geld bleibt Geld.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, ich bin heute der letzte Redner zu diesem Thema.

(Alexander König (CSU): Fast!)

- Fast der letzte. Deshalb erlaube ich mir, ein Resümee zu ziehen.

Was lernen wir, wenn es überhaupt erlaubt ist, das bei einer Summe von 10 Milliarden Euro, die wir jetzt finanzieren müssen, zu sagen? Wofür ist es gut gewesen, wofür ist dieser Tag gut gewesen?

Der erste Schluss, den wir ziehen können, ist: Konservative können nicht mit Geld umgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Harald Güller (SPD): Das haben wir schon gewusst!)

- Das haben wir schon länger gewusst, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Opposition, aber offensichtlicher als in der Landesbankenkrise oder in der Finanzkrise wurde es noch nie.

Konservative können nicht mit Geld umgehen. Ich will auch nennen, woran man das festmachen kann: Sachsen LB, WestLB, LBBW und jetzt unsere BayernLB, alles Staatsbanken, die in konservativ regierten Länder sitzen.

Natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben alle Banken Verluste zu tragen. Natürlich haben alle Geschäfte betrieben, die sie nicht verstanden haben. Aber gerade in den konservativ regierten Ländern hat man besonders gierig nach den hohen Renditen gegriffen.

(Zuruf von der CSU: KfW!)

- Was die KfW angeht, lieber Kollege, da sitzen auch Schwarze im Verwaltungsrat. Von daher sind Sie genauso dabei wie alle anderen. Diese Verantwortung können Sie auch nicht wegreden.

Was die Entschuldigung betrifft, finde ich es sehr ehrenwert, Herr Ministerpräsident, dass Sie den Brief des ehemaligen Finanzministers vorgelesen haben. Aber für diejenigen, die es betrifft, die Bürgerinnen und Bürger Bayerns und vor allen Dingen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BayernLB, ist das doch eher eine Beleidigung, ein Schlag ins Gesicht angesichts der Folgen, die sie jetzt zu tragen haben.

(Renate Dodell (CSU): Wie man es macht, ist es nicht recht!)

Das Zweite, das wir lernen, ist: Wir werden in den nächsten Jahren den Gürtel enger schnallen müssen. Das ist heute auch deutlich geworden. Schuld daran sind die Zahlungen, die wir ab jetzt, ab dem nächsten Haushalt leisten müssen. Ich rede nicht, Herr Finanzminister, von den Zahlungen für die Rückstellungen, von denen Sie sagen: Wir wissen noch nicht, wie hoch sie sein werden. Nein, ich rede von den Zinsen, die wir für die 7 Milliarden Euro, die wir aufnehmen, sofort, in den nächsten beiden Jahren zahlen

müssen. Davon habe ich in beiden Reden, weder vom Ministerpräsidenten noch von Ihnen, etwas gehört. Bei 7 Milliarden Euro rechnen wir mit 350 Millionen Euro Zinszahlungen jedes Jahr plus dem Geld, das für die wegfallenden Dividenden aus den Fonds, auch etwa 35 Milliarden Euro jedes Jahr, in den Haushalt eingestellt werden muss.

(Erwin Huber (CSU): Millionen!)

- Millionen. Entschuldigung. Herr Huber, vielen Dank. Das sind Mittel, die uns jedes Jahr fehlen. Dazu kommen ab 2011 die mindestens 1,6 Milliarden Euro, von denen der Ministerpräsident schon gesagt hat, dass wir damit rechnen müssen, dass diese Garantien auch in Anspruch genommen werden.

Warum sage ich das, liebe Kolleginnen und Kollegen? Ich bin seit fünf Jahren da, und die Jahre waren für mich die Sparjahre - so will ich sie einmal nennen. Ich erinnere mich noch gut an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Stoiber: Sparen - Reformieren - Investieren. Kolleginnen und Kollegen, was folgte, war ein unglaublicher Sparkurs, der viele Initiativen in Bayern knapp an ihr Ende geführt hat, der Investitionen in Bildung nicht möglich gemacht hat, der die Infrastruktur in Bayern geschwächt hat. Jetzt, nach diesen Sparjahren, kriegen dieselben Leute gesagt: Jetzt brauchen wir 10 Milliarden Euro für die BayernLB, und jetzt wird gerade weitergespart. Das heißt, die Studentinnen und Studenten, die gestern auf die Straße gegangen sind und Schilder hochgehalten haben: "Ich wollt, ich wär ne Bank", haben völlig recht. Sie haben die Sparjahre hinter sich gebracht und müssen weiter ihren Beitrag dazu leisten, dass wir die Auswüchse dieser Krise finanzieren.

Einsparungen gab es in Bayern hochgerechnet 1 Milliarde Euro in der Struktur. Ich weise auf ein kleines Beispiel hin: Gestrichen wurde das Bayerische Oberste Landesgericht. 1,5 Millionen Euro hat diese Streichung pro Jahr gebracht. Das ist viel Geld, aber im Verhältnis zu der Zahl, die wir heute verabschieden, heißt das, dieses Landesgericht hätte 6666 Jahre weiterbetrieben werden können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist also alles eine Frage der Sichtweise.

Heute erhöhen wir unseren Schuldenstand - das darf auch nicht unerwähnt bleiben - mit einem Federstrich um fast 50 %. Ein Land wie Bayern, das bis jetzt 24 1/2 Milliarden Euro Schulden hatte und sich stets gerühmt hat, wie gut man im Gegensatz zu anderen Ländern sei, erhöht heute seine Schulden also mit einem Federstrich um fast 50 %. Das muss auch gesagt werden. Damit greift die Kritik an anderen Bundesländern, diese könnten das nicht, Bayern habe die "schwarze Null" und die anderen hätten defizitäre Haushalte, ab heute auch nicht mehr. Hochmut, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, kommt eben vor dem Fall. In diesem Fall stürzt aber ein ganzes Land mit Ihnen.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, ich habe Verständnis dafür, dass Sie die Bank in ein ruhigeres Fahrwasser steuern, dass Sie die Bank aus den Schlagzeilen heraushalten möchten. Ich bin auch froh, dass heute Sie an dem Schaltknüppel im Finanzministerium sitzen und nicht Ihr Vorgänger, Herr Huber; denn mit Ihnen ist wenigstens die Garantie gegeben, dass man uns informiert und als Teil dieses Landtages versteht, der dazu beitragen will, dass die BayernLB nicht weiter in diese Krise gerät, und der vielleicht einen anderen Weg sieht oder andere Möglichkeiten nutzen möchte. Darüber bin ich sehr froh.

Ich habe aber kein Verständnis dafür, dass Sie sagen, niemand könne wissen, was auf uns zukomme, und Sie die Problembewältigung auf 2011 verschieben wollen, weil etwaige Verluste nicht bekannt seien. Wir müssen im März und April des nächsten Jahres den kommenden Doppelhaushalt verabschieden. Wir wollen wissen, welche Auswirkung die Krise auf den Doppelhaushalt der nächsten Jahre haben und was auf die bayerischen Bürger zukommen wird. Ich habe versucht darzustellen, dass in mindestens dreistelliger Millionenhöhe Investitionsmittel für Bildung und den Klimaschutz fehlen werden. Die Gelder, die wir sehr gut gebrauchen könnten, fließen in Zinszahlungen - nur in Zinszahlungen. Von Tilgung, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat noch niemand gesprochen.

Wir als Opposition wollen klare Aussagen. Wir hoffen, dass die beginnende neue Offenheit gegenüber der Opposition weiter geht und bieten die Zusammenarbeit an, auch wenn wir diesen vorgeschlagenen Weg nicht mitgehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nächster und letzter Redner in der Aussprache: Alexander König. Bitte schön, Herr Kollege König.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wird man eines Tages auf die heutige Debatte zurückblicken, wird man fragen, ob die Mitglieder dieses Hohen Hauses dieser historisch großen Verantwortung, die sich heute stellt, gerecht geworden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Sepp Daxenberger (GRÜNE))

Mir ist bewusst, dass es für die Mitglieder des Hohen Hauses eine unterschiedliche Ausgangssituation gibt, weil viele neu hier sind und viele mit der Problematik der Landesbank neu konfrontiert werden. Gleichwohl, Kolleginnen und Kollegen, sind wir alle miteinander aufgefordert, in dieser historischen Stunde dieser schwierigen Verantwortung gerecht zu werden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wer hat die denn angerichtet?)

- Natürlich gibt es unterschiedliche Rollen. Ihre Rolle, Herr Kollege Dr. Dürr, ist seit vielen Jahren hier bekannt. Ich glaube aber, dass gerade heute Ihre Rolle unangemessen ist.

Heute geht es darum, miteinander Verantwortung zu übernehmen

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

und zwar nicht für das, was in der Vergangenheit war

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

- vielleicht sollten Sie zunächst zuhören, bevor Sie dazwischenschreien -,

sondern für das Land in seiner Gesamtheit, also für das, was morgen, übermorgen, nächste Woche und in Zukunft sein wird.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das hätten Sie vor einem halben Jahr sagen sollen!)

Daran, Herr Kollege Dr. Dürr, schließt die Frage an, ob das Hohe Haus bereit sein wird, im Nachtragshaushalt die erforderlichen zehn Milliarden Euro zur Stärkung des Eigenkapitals der Bayerischen Landesbank bereitzustellen. Das ist eine wesentliche Frage, weil - das sollten mittlerweile alle nach den Reden, die heute bereits gehalten wurden, verinnerlicht haben - es um eine existenzielle Angelegenheit geht.

Es geht nicht nur um die Existenz der Bayerischen Landesbank und der dort Beschäftigten, sondern es geht darüber hinaus um die Frage, wie es mit unseren Banken in ihrer Gesamtheit in Bayern, mit unserer Wirtschaft, mit unseren typischen mittelständischen Firmen, die bei unseren Banken vor Ort Kreditnehmer sind, weitergehen wird. Es gibt Zusammenhänge, die alle erkennen sollten. Außerdem ist zu fragen, wie es mit unseren Kommunen weitergehen wird, die ebenso wie der Freistaat Bayern gegebenenfalls in die Gewährträgerhaftung kommen, wenn sie nicht bereit sind, diesen Schritt zu gehen. Die Zahl wurde bereits genannt. Ich wiederhole sie nur. Der Ministerpräsident sprach von mindestens 100 Milliarden Euro, möglicherweise einige Milliarden Euro darüber, an Gewährträgerhaftung, die eintreten würde, wenn das Hohe Haus mehrheitlich nicht willens oder in der Lage wäre, die einzig mögliche Entscheidung zu treffen und das Eigenkapital unserer Landesbank auf acht Prozent aufzustocken. Diese Frage steht heute im Mittelpunkt, und sie ist in die Zukunft gerichtet.

Daneben ist es legitim, alle anderen Fragen zu stellen, die auch die Vergangenheit angehen. Das tun wir auch. Lesen Sie unseren Dringlichkeitsantrag, dem ich bitte zustimmen. Herrn Aiwanger will ich in Erinnerung rufen, was in dem Dringlichkeitsantrag steht, weil er Zahlen angefordert hat. Dazu haben wir die "Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB" eingerichtet. Dazu fordern wir die Regierung auf, zusammen mit den Verantwortlichen der Landesbank Position zu beziehen und uns über alles zu informieren, was wir wissen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) und der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Zunächst geht es um die entscheidende Frage: Sind Sie - auch Sie, Herr Dürr - bereit, dieser Verantwortung gerecht zu werden und die Landesbank und alles, was daran hängt - man getraut sich kaum auszusprechen, was das alles ist -, zu stützen? - Oder würden Sie den ungünstigsten Fall in Kauf nehmen wollen, dass die Gewährträgerhaftung eintritt? 100 Milliarden Euro spricht sich leicht. Aber denken Sie an Ihre Firmen in Ihrem Landkreis und Wahlkreis, an die dort Beschäftigten, die Kreditnehmer, die Banken vor Ort und an die Gemeinden zu Hause. Daran bitte ich zu denken. Wir wollen dieser Verantwortung gerecht werden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Genauso wie wir das sehen, sehen das auch die Kollegen der FDP. Kollege Hacker hat klar gesagt, dass es leider keine Alternative gebe. So ist es. Kollege Klein hat es genauso formuliert. Bei Herrn Pohl schwang eine Bedingung mit. Deshalb bin ich nicht ganz schlau daraus geworden, Herr Kollege Pohl, wie sich die Freien Wähler verhalten werden. Sie sagten, der vorgeschlagene Weg wäre der einzige Weg. Sie sagten am Ende Ihrer Ausführungen, es käme für Ihr Abstimmungsverhalten darauf an, ob geklärt werden könne, ob man den Bedingungen, die Sie ausgeführt haben, gerecht werden könne. Das können wir noch klären. Der Nachtragshaushalt wird noch beraten. Ich appelliere schon heute an Sie, Herr Pohl, Herr Aiwanger und an die Kolleginnen und Kollegen der Freien Wähler, dieser Verantwortung gerecht zu werden und diesen Weg mitzugehen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege König, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Pohl? - Bitte schön, Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FW): Herr Kollege König, sind Sie bereit, unsere Bedingungen zu erfüllen und gemeinsam mit uns einen Weg zu gehen und damit unsere Zustimmung zu bekommen, oder wollen Sie den Weg alleine gehen? Im letzten Fall brauchen Sie unsere Zustimmung nicht.

Alexander König (CSU): Herr Kollege Pohl, wir appellieren an alle, das hat der Ministerpräsident deutlich gemacht. Wir appellieren an jeden Einzelnen und jede Einzelne, der jeweils persönlichen Verantwortung gerecht zu werden und den in dieser Situation einzigen möglichen alternativlosen Weg zu beschreiten. Leider sind wir gar nicht mehr in der Situation, lange darüber diskutieren zu können, ob wir es so oder so machen. Es drängt nämlich die Zeit. Auch das ist schon hinreichend deutlich geworden. Von daher, Herr Pohl, würden wir uns schon freuen, wenn Sie nicht nur in Ihrem eigenen Interesse, weil nach Ihrer Verantwortung auch irgendwann einmal gefragt werden wird, sondern auch im Interesse der Verantwortung des Hohen Hauses in seiner Gesamtheit diesen Weg mitgehen würden.

Herr Kollege Aiwanger - ich will es nicht bewerten, sondern Sie nur zitieren -, Sie stellten die Frage, ob Bayern der "kranke Mann Europas" werden würde. Ich will Sie daran erinnern, dass wir zum 31.12.2007 eine Pro-Kopf-Verschuldung von roundabout 1800 Euro gehabt haben. Mit diesem dramatischen Beschluss über eine Neuverschuldung in Höhe von 10 Milliarden Euro im Nachtragshaushalt wird die Neuverschuldung um etwa 800 Euro pro Nase ansteigen. Dann sind wir etwa bei 2600 Euro pro Kopf.

(Hubert Aiwanger (FW): Warum ist das nicht schlimm?)

Ich möchte Sie nur daran erinnern, Herr Kollege Aiwanger, damit Sie das in Ihren weiteren Reden landauf, landab vielleicht freundlicherweise einbauen. Im Vergleich dazu liegt die Pro-Kopf-Verschuldung in den westdeutschen Ländern bei 5700 Euro. Ich will da überhaupt nichts beschönigen. Ich sage es noch einmal: Es ist dramatisch, was wir hier tun müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Ich bitte aber schon, die Relationen nicht völlig aus dem Blick zu verlieren, sondern jeweils richtig wiederzugeben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Bause konnte uns leider keine Zustimmung signalisieren. Sie kann im Moment leider nicht da sein. Sie fragte: Macht dieser Plan Sinn? Ich kann an die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN nur in derselben Art und Weise appellieren. Wir haben im Moment keine Alternative. Wenn Sie eine wissen - das muss ich leider mal so sagen -, dann verraten Sie uns diese bitte ganz schnell. Herr Dürr, nicht im nächsten oder übernächsten Jahr, sondern jetzt. Jetzt, wo wir die Entscheidung treffen müssen. Wenn Sie die Verantwortung mittragen wollen, dann tragen Sie sie bitte mit. Wenn nicht, dann müssen Sie sich leider sagen lassen, dass Sie offensichtlich noch in keiner Weise willens oder in der Lage sind, tatsächlich Verantwortung hier oder irgendwann einmal - wovon Sie ja träumen - Regierungsverantwortung zu übernehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Sepp Daxenberger (GRÜNE))

Sehr differenziert waren die Wortbeiträge der SPD. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Maget hat uns ein großes Misstrauen ausgesprochen, was mich nicht überrascht. Wir haben ja schon öfter die Diskussion über das Thema Landesbank hier geführt. Sie haben uns auch gesagt, Herr Kollege Maget, wir hätten keinen Plan. Dass dies, gerade was die Vergangenheitsbewältigung angeht, ein wichtiges Thema ist, da gebe ich Ihnen sehr recht. Aber ich frage Sie schon, Herr Kollege Maget, ob es ausreicht, nur in die Vergangenheit zu schauen, ob die, die jeweils den richtigen Plan hätten haben müssen, ihn jeweils zum richtigen Zeitpunkt hatten, ob alle Beteiligten im Boot waren und alles getan haben, was man tun kann usw. oder zum heutigen Zeitpunkt nur zu sagen: Da ist kein Plan. Wäre es nicht eher verantwortlich, zu sagen: Ich setze mich mit diesem Plan wirklich ernsthaft auseinander. Und wenn ich keinen besseren weiß - das ist der entscheidende Punkt, Herr Maget, - dann bin ich bereit, in dieser historisch schwierigen Situation diesen Plan mitzutragen und ihm zuzustimmen, auch wenn die eine Ecke oder Kante vielleicht nicht ganz meinem Gusto entspricht. Denn auch das ist Verantwortung.

Sie sagten, Sie bäten darum, Verantwortung zu übernehmen, wenn ich Sie da richtig zitiere und das richtig aufgenommen habe. Genau das mache ich hier. Ich appelliere auch an Sie, Herr Maget, und an die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, hier

Verantwortung zu übernehmen. Natürlich gibt es verschiedene Rollen in diesem Parlament. Das wissen wir, viele von uns sind ja schon mehrere Jahre hier. Wir, die wir die Regierung tragen, spielen eine eigene Rolle und treffen Mehrheitsentscheidungen, und Sie sind dagegen. Wir tragen oft alleine die Verantwortung. Aber bei diesem Punkt, wo es um 10 Milliarden Euro geht, um die Existenz der Landesbank, um Gemeinden, Firmen, Sparkassen, da möchte ich Sie schon fragen, Herr Maget, ob Sie nicht Lust hätten, mit Verantwortung zu übernehmen,

(Franz Maget (SPD): Ja! Hätten wir! Wie darf ich das verstehen?)

zumal Sie an uns appelliert haben, Verantwortung zu übernehmen.

(Harald Güller (SPD): Ist die Koalition jetzt schon am Ende?)

Sie sagten, Herr Maget, es ist nicht gut, und es wird auch nicht gut. Das war nämlich das Problem mit Ihrem Redebeitrag. Herr Maget, wenn Sie freundlicherweise noch einen Moment zuhören würden.

(Franz Maget (SPD): Ich höre zu! Ich höre alles!)

Ich bin gleich fertig, was Ihren Redebeitrag angeht. Aber eines bitte ich Sie zu bedenken. Sie sagten, es ist nicht gut, und es wird nicht gut. Sie haben sich in Ihrem Redebeitrag vor allem aufgehalten mit Kritik am Gestern, an dem, was war. Das ist ja legitim. Da werden wir alle miteinander noch viel zu reden haben. Sie wussten auch schon ganz genau, dass das, was übermorgen ist, nämlich der Plan, der ab morgen im Detail hier besprochen werden wird, auch nicht gut sein wird.

(Franz Maget (SPD): Das weiß Herr Seehofer selber!)

Jetzt kommt die Frage, Herr Maget. Ein Zeitpunkt fehlt in der Zeitschiene, und zwar der wichtigste. Was gedenken Sie, was gedenken die Damen und Herren der SPD-Fraktion jetzt zu tun? Wollen Sie die Verantwortung mit übernehmen? Wollen Sie dem Nachtragshaushalt zustimmen, ja oder nein? Wollen Sie den Weg mit uns zusammen be-

schreiten, den zugegebenermaßen schwierigen Weg, den teuren Weg, zu dem es allerdings keine Alternative gibt?

(Franz Maget (SPD): Das stimmt nicht! - Harald Güller (SPD): Das stimmt nicht!)

Oder wollen Sie einfach nur dagegen sein? Das ist nicht ganz klar geworden. Das ist bei Ihnen nicht klar geworden und auch bei der Nachrednerin Frau Kollegin Rupp nicht deutlich geworden. Frau Rupp sagte zwar, es muss ein Weg beschritten werden, dem sich niemand verwehren kann, aber sie hat im Nachsatz dazugesagt: Ob der Weg der richtige ist, das sei zu bezweifeln.

Also, Herr Maget, ich weiß nach Ihrer Wortmeldung und der von Frau Rupp nicht, ob Sie dafür oder dagegen sind. Ich sage Ihnen noch einmal, wenn Sie einen besseren Weg sehen, dann nutzen Sie bitte jetzt die Stunde. Jetzt ist der Zeitpunkt. Sagen Sie uns bitte sofort Ihre Alternative, wie wir das Problem genauso gut mit Ihrem Weg lösen können. Wenn Sie aber keinen anderen Weg wissen, dann stimmen Sie bitte unserem Weg zu.

In diesem Sinne, Kolleginnen und Kollegen - ich bin jetzt im elften Jahr hier und auch andere Kolleginnen und Kollegen, die noch länger zurückschauen können, werden mir recht geben - sage ich, dass wir in eine fast historisch einmalige schwierige Situation gekommen sind. Aber ich kann nur sagen, wir müssen diese Situation bewältigen. Ich appelliere an Sie - ich höre vor allem aus der SPD-Fraktion heraus, dass es unterschiedliche Meinungen zu dem Vorgehen gibt, ob man dem Weg, zu dem es eigentlich keine Alternative gibt, zustimmen sollte oder einfach dagegen sein sollte - ich bitte Sie dringend, schlafen Sie noch einmal darüber; beim Nachtragshaushalt dauert es ja noch ein paar Tage, bis Sie die Hand heben müssen. Heute geht es erst einmal um den Dringlichkeitsantrag. Bitte überdenken Sie noch einmal sehr ernsthaft, ob Sie dieser Verantwortung gegenüber den Gemeinden, gegenüber den Firmen, gegenüber den Sparkassen, gegenüber der Landesbank, gegenüber den Beschäftigten bei der Landesbank gerecht werden wollen oder ob Sie, wie bisher immer, einfach nur dagegen sein wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Herr Kollege König. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun das Wort der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Liebe Kolleginnen, Liebe Kollegen! Ein Punkt hat mich besonders gefreut, nämlich dass Kollege Zeil die Liberalität so auslegt, wie es in meiner Partei seit 60 Jahren praktiziert wird, nämlich im Sinne von Ludwig Erhard.

(Staatsminister Martin Zeil: Wir fusionieren noch nicht!)

Deshalb arbeiten wir auch so gut zusammen.

Offenheit und Transparenz - das kann ich zusagen - , werden so bleiben, wie es bei diesem Thema durch meine Regierung uneingeschränkt bereits gehandhabt worden ist. Es gibt allerdings eine Grenze. In dem Moment, wo eine wirtschaftliche oder finanzielle Information marktrelevant für die Landesbank würde, und zwar zu ihrem Nachteil, haben wir bisher das Instrument gewählt, dass wir die Fraktionsvorsitzenden in vertraulicher Form unterrichtet haben und künftig die Kommission unterrichten werden. Ich habe mich heute schon dafür bedankt, dass diese Vertraulichkeit gewahrt wurde, was in politischen Kreisen schon erwähnenswert ist. Was aber nicht geht, ist , dass Verantwortliche informiert werden, dass sich eine neue Zahlenbasis anbahnt, also wissen, dass wir an der Sache arbeiten, und aus den Gründen, die ich genannt habe, im Interesse der Bank Verschwiegenheit vereinbart wird, aber in der Öffentlichkeit gesagt wird, dass wir nichts tun. Das geht nicht. Ich müsste mich dann öffentlich äußern. Das würde unser gemeinsames Ziel, vernünftig zusammenzuarbeiten, untergraben. Das war in den letzten Wochen so. Ich habe nie darauf reagiert. Das möchte ich hier im Parlament sagen.

Ich habe meinen Finanzminister gleich am Anfang, in dem Moment, als ich die Information bekam, die Zahl 6,4 Milliarden Euro vom 23. Oktober wird sich verändern, gebeten, unverzüglich die Fraktionsvorsitzenden des Bayerischen Landtags zu unterrichten. Und

dann lese ich ungern, dass gesagt wird, wir tun nichts. Das ist ein bisschen schwierig. Ich sage heute, ich werde mich am Freitag zum dritten Mal in sehr, sehr kurzer Zeit mit den Ministerpräsidenten der Länder treffen, die Landesbanken haben. Im Gegensatz zur öffentlichen Bewertung geht es da nicht um die Prolongierung der Handlungsunfähigkeit, weil überall Eitelkeiten unterwegs sind, sondern es sind veritable, unterschiedliche Denkschulen unterwegs. Da muss man sehr genau überlegen - Sie werden im Entscheidungsprozess alle damit konfrontiert -, was man tut. Ich sage nur, wir treffen uns zum dritten Mal. Alle Denkschulen werden von uns diskutiert, angefangen von der Privatisierung über die funktionale Aufteilung bis hin zur regionalen Aufteilung. Da gibt es eine Grenze, weil es immer um Bankinterna geht. Diese Prozesse können wir nicht öffentlich begleiten, weil sie zum Nachteil der jeweiligen Bank wären, um das noch einmal klarzustellen. Bei diesem Weg bleiben wir.

Zweitens: Was die Mitarbeiter betrifft, besteht von mir die Bitte an den Vorstand und auch an den Verwaltungsrat, das, was bei den Mitarbeitern an Umstrukturierung notwendig ist, in absolut sozialverträglicher Weise zu tun. Ich darf hier dem Parlament bereits sagen - Sie werden es morgen in der Kontrollkommission bei der Vorstellung des Geschäftsmodells selbst erfahren -, dass diese Restrukturierung am Anfang im ersten und zweiten Jahr sogar teurer ist als die Einsparung, weil man sie sozialverträglich gestaltet und wir es bei der Landesbank mit arbeitsrechtlichen Situationen zu tun haben, bei denen die Sozialverträglichkeit einen nennenswerten finanziellen Aufwand bedeutet. Das sage ich für Deutschland. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass es wegen der sozialen Gegebenheiten in den jeweiligen Ländern außerhalb Deutschlands ein ganzes Stück schwieriger ist. Aber für Deutschland kann ich diese Zusage machen.

Drittens, zur Vergangenheit und ihre Aufbereitung: Ein klein wenig habe ich zum Koalitionsantrag beigetragen, dass diese Vergangenheit aufbereitet wird, und zwar ergebnisoffen und schonungslos. Ich darf hier dem Parlament sagen, dass ich bisher keine andere Information zur Verfügung gehabt habe als Sie auch. Ich bin genauso daran interessiert, zu erfahren, wann was von wem entschieden worden ist. Darauf hat die

Öffentlichkeit einen Anspruch, und darauf hat auch das Parlament einen Anspruch. Zum Kernanliegen meines Kabinetts gehört es, dass diese Offenheit und diese Transparenz auch in den sensiblen Bereichen praktiziert werden; deshalb auch der Antrag der Koalitionsfraktion, in dem diese Aufbereitung ausdrücklich Gegenstand ist.

Zum Verwaltungsrat und seiner Zusammensetzung: Der Finanzminister ist beauftragt, dem Kabinett einen Vorschlag zu machen. Natürlich werden wir als Eigentümer schauen, dass der Eigentümer im Interesse seines eigenen Vermögens die Mehrheit hat. Aber wir sind in Bezug auf die Zusammensetzung sehr offen. Darüber werden wir debattieren. Einen Punkt habe ich entschieden: Ich lege Wert darauf, dass wegen der Umstrukturierungen kein Arbeitnehmervertreter aus der Staatskanzlei, sondern ein Arbeitnehmervertreter aus der Bank im Verwaltungsrat sitzt, damit Informationen gewährleistet sind und signalisiert wird, dass wir die Beschäftigten offen einbeziehen wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben heute wohl nicht die letzte Debatte über dieses Thema geführt - nicht deshalb, weil es neue Zahlen gibt, sondern weil es die Komplexität der Angelegenheit erfordert, dass wir uns wohl in regelmäßigen Abständen mit dem Thema beschäftigen werden.

Ich bin aus manchen Einlassungen nicht ganz schlau geworden. Aber ein Fazit kann man ziehen: dass wir neben manchen Fehlentwicklungen und Fehleinschätzungen Opfer der Größe dieser Landesbank geworden sind. Die Landesbank war und ist in dieser Größe im Grunde auf der ganzen Welt nicht beherrschbar.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ja, das machen wir, schön langsam. Die lautesten Kühe geben die wenigste Milch, das ist ein alter bayerischer Grundsatz.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir - bei welcher Verantwortlichkeit auch immer - jetzt gemeinsam zu dieser Auffassung kommen, dass die Größe mit ein Problem dieser Bank war, die verändert werden soll, kann ich auf den ersten Blick nicht ohne Weiteres nachvollziehen, dass, lieber Herr Kollege Maget, die Alternative zu dem Bestehenden eine bundesweite Bank mit etwa 100.000 Mitarbeitern und einer Holding darüber sein soll.

(Franz Maget (SPD): 100.000, wer sagt das? Das muss doch nicht so groß sein!)

- Sie wissen, dass sich Ihre Partei nachhaltig für eine Holding für die ganze Bundesrepublik Deutschland ausspricht, in der dann die Bayerische Landesbank aufgeht. Ich rede auch darüber. Aber unser Prinzip bei dem Geschäftsmodell und bei der Organisation sollte eine alte Menschheitserfahrung sein: Übertrage einer größeren Einheit nichts, was eine kleinere genauso gut erledigen kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin nach dieser Lehre nicht ohne weiteres ein Anhänger der Idee - denn die Größe war unser Problem -, jetzt wieder in erster Linie für ganz Deutschland einer Megaeinrichtung mit einer Holding drüber, mit den Positionen und Funktionen, die es da gibt, und darunter Zweigstellen das Wort zu reden. Ich bin von diesem Vorschlag nicht sehr begeistert. Trotzdem habe ich dem Kollegen Rüttgers, der für diese Denkschule die Federführung hat, zugesagt, dass wir darüber reden, denn reden kann jedem eine Erweiterung seines Horizonts bescheren. Aber ich möchte hier nur sagen: Wir reden, aber ich sehe darin noch kein Konzept, das wir in Bayern anstreben sollten. Vielleicht bringen hier die Überlegungen und Gespräche neue Erkenntnisse. Das ist ein gewisser Widerspruch.

Frau Kollegin Rupp hat gesagt, über das Geschäftsmodell müssten wir genauer informiert werden. Das wird morgen in der Kontrollkommission geschehen. Sie haben gesagt, der Weg sei falsch. Aber wenn sie unser Modell übernommen hätten, wäre alles in Ordnung. Ihr müsst jetzt also unter euch klären: Gilt jetzt das Modell Rupp oder das Modell

Maget? Ist der Weg richtig oder ist das Modell richtig? Das war ein kleiner Widerspruch. Aber darüber wollen wir miteinander diskutieren.

Ich bedanke mich für diese ob der Ernsthaftigkeit des Themas durchaus erträgliche Debatte. Ich verstehe, dass daraus natürlich politisch Funken geschlagen werden sollen. Ich bin jetzt das 29. Jahr in einem Parlament tätig. Aber insgesamt war es eine der Situation angemessene Debatte.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

- Lieber Herr Aiwanger, ich freue mich über die differenzierte Haltung der Freien Wählerschaft. Die Bedingungen, die Sie gestellt haben, waren wieder ein bisschen anders, als sie der Herr Pohl gestellt hat. Wir bleiben darüber im Gespräch. Aber dafür, dass Sie überhaupt differenziert einsteigen und sagen, wir sind bereit, auch Verantwortung zu übernehmen, wenn die Lösungen und die Richtungen stimmen, möchte ich mich bedanken. Darauf werden wir zurückkommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Gemäß § 148 der Geschäftsordnung ist der Entwurf des zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2008 dem Ausschuss für Staatshaushalt- und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichtersteller: **Philipp Graf von und zu Lerchenfeld**
Mitberichterstatte(rin): **Adelheid Rupp**

II. Bericht:

1. Der Entwurf des 2. Nachtragshaushaltsplans 2008 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Entwurf des 2. Nachtragshaushaltsplans 2008 in seiner 2. Sitzung am 9. Dezember 2008 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Enthaltung
B90 GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/95

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008

(2. Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2008)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichtersteller: **Philipp Graf von und zu Lerchenfeld**
Mitberichterstatlerin: **Adelheid Rupp**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 2. Sitzung am 9. Dezember 2008 beraten und mit folgendem Stimm-
ergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Enthaltung
B90 GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf in seiner 2. Sitzung am 11. Dezember 2008 endberaten und mit folgendem Stimm-
ergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Enthaltung
B90 GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008

Drs. 16/131

Dem 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 wird zugestimmt.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/95, 16/148

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2008)

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2008)**

§ 1

Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008

Das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008) vom 22. Dezember 2006 (GVBl. S. 1056, BayRS 630-2-16-F), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 23. April 2008 (GVBl. S. 139), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Für das Haushaltsjahr 2008 wird die Zahl „39 026 826 200 €“ durch die Zahl „49 026 826 300 €“ ersetzt.
 - b) Gleichzeitig wird der Haushaltsplan nach Maßgabe des diesem Gesetz als **Anlage** beigefügten Nachtrags geändert.
2. Es wird folgender Art. 2a eingefügt:

**„Art. 2a
Kreditermächtigungen
zur Finanzierung von Ausgaben für Kapitel 13 60
Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB**

- (1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für Kapitel 13 60 (Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB) im Haushaltsjahr 2008 Kredite am Kreditmarkt bis zur Höhe von 10 000 000 001 € aufzunehmen; Art. 18 Abs. 1 und 2 Bay-HO finden insoweit keine Anwendung.
 - (2) Art. 2 Abs. 1 Nr. 3 sowie Abs. 3 und 5 gelten sinngemäß.“
3. Art. 8 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 10 erhält folgende Fassung:

„(10) ¹Die bei Kapitel 13 06 Titel 911 01 und 919 01 gebildeten Rücklagenbestände sowie die Bestände aus Sondervermögen bei den Kapiteln 80 10 bis 80 36 können bis zu ihrer Inanspruchnahme im Rahmen der Liquiditätssteuerung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. ²Soweit dadurch die bestehende Kreditermächtigung für die Anschlussfinanzierung auslaufender Altschulden sowie die Kreditermächtigung nach Art. 2a noch nicht beansprucht werden müssen, können sie in die folgenden Haushaltsjahre übertragen werden.“
 - b) Abs. 13 erhält folgende Fassung:

„(13) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, eine Garantie zugunsten der Bayerischen Landesbank bis zur Höhe von 3,175 Mrd. € für Verlustrisiken aus strukturierten Wertpapieren (ABS-Portfolio) der Bayerischen Landesbank zu übernehmen.“

§ 2

Inkrafttreten, Geltungsdauer

¹Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2008 in Kraft. ²Es gilt bis zum Tag der Verkündung des Haushaltsgesetzes für das folgende Haushaltsjahr.

Anlage

Freistaat Bayern

2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008

G e s a m t p l a n

- | | |
|-----------|---|
| Teil I: | Haushaltsübersicht
einschließlich Übersicht über die
Verpflichtungsermächtigungen |
| Teil II: | Finanzierungsübersicht |
| Teil III: | Kreditfinanzierungsplan |

2. Nachtragshaushalt 2008
Gesamtplan

Einzel- plan	B e z e i c h n u n g	Einnahmen		
		Bisheriger Betrag 2008	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-)	Neuer Betrag 2008
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5
01	Landtag	265,0	-	265,0
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	667,5	-	667,5
03	Staatsministerium des Innern	742.931,7	-	742.931,7
04	Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	824.355,3	-	824.355,3
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	37.301,8	-	37.301,8
06	Staatsministerium der Finanzen	344.066,7	-	344.066,7
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.211.251,0	-	1.211.251,0
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	384.776,7	-	384.776,7
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	566.900,5	-	566.900,5
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	8,5	-	8,5
12	Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	182.134,0	-	182.134,0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	33.636.068,5	+10.000.000,1	43.636.068,6
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.096.099,0	-	1.096.099,0
	Summe	39.026.826,2	+10.000.000,1	49.026.826,3

Teil I: Haushaltsübersicht 2008

Ausgaben			Überschuss (+), Zuschuss (-) Tsd. EUR	Verpflichtungsermächtigungen			Einzel- plan
Bisheriger Betrag 2008 Tsd. EUR	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR		Bisheriger Betrag 2008 Tsd. EUR	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR	
6	7	8	9	10	11	12	13
83.258,5	-	83.258,5	-82.993,5	1.200,0	-	1.200,0	01
71.256,3	-	71.256,3	-70.588,8	14.330,0	-	14.330,0	02
4.344.489,7	-	4.344.489,7	-3.601.558,0	589.218,9	-	589.218,9	03
1.745.168,5	-	1.745.168,5	-920.813,2	143.663,0	-	143.663,0	04
8.630.879,3	-	8.630.879,3	-8.593.577,5	57.590,3	-	57.590,3	05
1.672.662,6	-	1.672.662,6	-1.328.595,9	62.790,0	-	62.790,0	06
1.648.294,5	-	1.648.294,5	-437.043,5	1.483.619,0	-	1.483.619,0	07
1.216.209,8	-	1.216.209,8	-831.433,1	281.665,0	-	281.665,0	08
2.193.388,4	-	2.193.388,4	-1.626.487,9	96.321,5	-	96.321,5	10
31.449,6	-	31.449,6	-31.441,1	-	-	-	11
844.952,4	-	844.952,4	-662.818,4	199.600,0	-	199.600,0	12
11.889.658,7	+10.000.000,1	21.889.658,8	+21.746.409,8	881.850,0	+1.627.000,0	2.508.850,0	13
4.655.157,9	-	4.655.157,9	-3.559.058,9	380.332,0	-	380.332,0	15
39.026.826,2	+10.000.000,1	49.026.826,3	-	4.192.179,7	+1.627.000,0	5.819.179,7	

2. Nachtragshaushalt 2008
Gesamtplan

Teil II: Finanzierungsübersicht für das Haushaltsjahr 2008

A. Ermittlung des Finanzierungssaldos

	Bisheriger Betrag 2008 Tsd. EUR	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR
1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags)	38.058.158,7	+10.000.000,1	48.058.158,8
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)	38.638.916,7	-	38.638.916,7
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2).....	-580.758,0	+10.000.000,1	9.419.242,1

B. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten			
1.1.1 vom Kreditmarkt nach Art. 2	2.908.914,0	-	2.908.914,0
1.1.2 vom Kreditmarkt nach Art. 2a	-	+10.000.000,1	10.000.000,1
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung			
1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2.....	3.108.914,0	-	3.108.914,0
1.2.2 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2a.....	-	-	-
1.3 <u>Nettokreditaufnahme</u>			
1.3.1 am Kreditmarkt (Nr. 1.1.1 abzüglich Nr. 1.2.1) nach Art. 2.....	-200.000,0	-	-200.000,0
1.3.2 am Kreditmarkt (Nr. 1.1.2 abzüglich Nr. 1.2.2) nach Art. 2a	-	+10.000.000,1	10.000.000,1
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren			
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen.....	-	-	-
3. <u>Rücklagenbewegung</u>			
3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken.....	587.909,5	-	587.909,5
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke.....	968.667,5	-	968.667,5
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2).....	-380.758,0	-	-380.758,0

4. Finanzierungssaldo (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)

Teil III: Kreditfinanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2008

1. Kredite am Kreditmarkt

1.1 Einnahmen aus Krediten			
1.1.1 vom Kreditmarkt nach Art. 2	2.908.914,0	-	2.908.914,0
1.1.2 vom Kreditmarkt nach Art. 2a	-	+10.000.000,1	10.000.000,1
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung			
1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2.....	3.108.914,0	-	3.108.914,0
1.2.2 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2a.....	-	-	-
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)			
1.3.1 Saldo (Nr. 1.1.1 abzüglich Nr. 1.2.1).....	-200.000,0	-	-200.000,0
1.3.2 Saldo (Nr. 1.1.2 abzüglich Nr. 1.2.2).....	-	+10.000.000,1	10.000.000,1

2. Kredite im öffentlichen Bereich

2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u.Ä.	200,0	-	200,0
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u.Ä.	54.000,0	-	54.000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	-53.800,0	-	-53.800,0

3. Kreditaufnahmen insgesamt

3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1).....	2.909.114,0	+10.000.000,1	12.909.114,1
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	3.162.914,0	-	3.162.914,0
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-253.800,0	+10.000.000,1	9.746.200,1

Freistaat Bayern

2. Nachtragshaushaltsplan 2008

Einzelplan 13

Allgemeine Finanzverwaltung

13 60 Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2008 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR	A Soll 2007 B Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.					
<u>121 11-8</u>	853	Zins- und Dividendeneinnahmen aus der Kapitalzuführung an die BayernLB <i>Die eingehenden Einnahmen sind der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage zuzuführen. Vgl. Vermerk zu 911 01.</i>	A B +0,0	---	A
<u>141 01-6</u>	853	Einnahmen aus der Gebühr für die gemäß Art. 8 Absatz 13 Haushaltsgesetz (§1 Nr. 3 des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2008) übernommene Garantie für Verlustrisiken der BayernLB sowie für die Absicherung des ABS-Portfolios nach Tit. 697 01 <i>Die eingehenden Einnahmen sind der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage zuzuführen. Vgl. Vermerk zu 911 01.</i>	A B +0,0	---	A
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen					
<u>351 04-8</u>	950	Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage zur Finanzierung der Ausgaben bei Tit. 575 01 bis 575 03	A B +0,0	---	A
Titelgruppen					
51 - 52 Schuldenaufnahme am Kreditmarkt <i>Der Haushaltsvermerk bei Kap. 1306 TG 51 - 56 gilt entsprechend.</i>					
<u>325 51-3</u>	920	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	A B +10.000.000,1	10.000.000,1	A
<u>325 52-2</u>	920	Tilgungen am Kreditmarkt	A B +0,0	---	A
Summe der Titelgruppe			A B - +10.000.000,1	10.000.000,1	A B -
Gesamteinnahmen			A B - +10.000.000,1	10.000.000,1	A B -
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben					
<u>526 10-0</u>	853	Finanzierung von Aufwendungen für Beratungsleistungen insbesondere rechtlicher und wirtschaftlicher Art im Zusammenhang mit Stabilisierungs- und Abschirmmaßnahmen für die BayernLB bzw. mit der künftigen strategischen Ausrichtung der BayernLB <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B +0,0	---	A

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 13 60

Die Lage auf den internationalen Finanzmärkten hat sich in den vergangenen Wochen trotz aller Stabilisierungsbemühungen nicht beruhigt. Hinzu kommt der Beginn einer Rezession in der Gesamtwirtschaft, deren Vorboten und Auswirkungen sich bereits jetzt in den Rating-Einstufungen der Unternehmen niederschlagen. Wie viele andere Banken weltweit blieb auch die BayernLB von diesen katastrophalen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verschont.

Dies erfordert folgende Stabilisierungsmaßnahmen:

Neben **einer Abschirmung des ABS-Portfolios** der Bank **ist eine auf zwei Tranchen verteilte Kapitalzuführung** in Höhe von 10 Mrd. EUR erforderlich. Die Kapitalzuführungen sollen durch eine entsprechende Schuldaufnahme am Kreditmarkt finanziert werden, vgl. § 1 Nr. 2 des 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2008. Als weitere Stabilisierungsmaßnahme wurde von der BayernLB beim SoFFin ein Antrag auf Garantien für Verbindlichkeiten in Höhe von 15 Mrd. € gestellt.

Kapitalzufuhr

Eine kurzfristige Kapitalzufuhr von 3 Mrd. EUR ist noch im Dezember 2008 erforderlich.

Mit der zweiten Kapitalzufuhr in Höhe von 7 Mrd. EUR im 1. Quartal 2009 soll die Kernkapitalquote der Bank auf ein wettbewerbsfähiges Maß angehoben werden. Eine Kernkapitalquote von rd. 8% ist auch eine wesentliche Bedingung des SoFFin, um Refinanzierungsgarantien gemäß dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz in Anspruch nehmen zu können.

Abschirmung

Das ABS-Portfolio der Bank in Höhe von 21 Mrd. EUR soll durch einen Garantievertrag in Höhe von bis zu 4,8 Mrd. EUR abgesichert werden. Die Garantie schirmt dabei alle tatsächlichen Ausfallrisiken zwischen 1,2 Mrd. EUR und 6 Mrd. EUR ab. Die ersten Ausfälle bis zu 1,2 Mrd. EUR werden von der BayernLB selbst getragen (Selbstbehalt der Bank). Die Verträge sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Nach aktuellen Informationen beträgt die **tatsächliche Ausfallerwartung in einem mittleren Ausfallszenario (base case) 2,825 Mrd. EUR**. Nach Abzug des Selbstbehalts der BayernLB wären vom Freistaat Bayern 1,625 Mrd. EUR zu tragen. Verluste sind dabei nach 3 bzw. 6 Jahren auszugleichen, d.h. Zahlungen auf die Garantie erfolgen frühestens 2011.

Nachdem davon auszugehen ist, dass der Freistaat Bayern in dieser Höhe voraussichtlich in Anspruch genommen wird, ist gem. Art. 38 Abs. 1 BayHO eine Verpflichtungsermächtigung auszubringen. In Höhe der restlichen **3,175 Mrd. EUR ist eine Garantie erforderlich** (vgl. § 1 Nr. 3b des 2. NTHG).

Für die Risikoabschirmung bzw. die Kapitalzuführung sind von der BayernLB folgende **Gegenleistungen** zu erbringen:

Kapitalzuführung:

Nach der Mitteilung der EU-Kommission zu Hilfsmaßnahmen für Banken im Rahmen der Finanzmarktkrise müssen Rekapitalisierungsmaßnahmen adäquat vergütet werden.

Abschirmung:

Als Gegenleistung für die vom Freistaat Bayern übernommene Garantie hat die BayernLB eine adäquate Garantiegebühr zu leisten. Einnahmen fließen dem Freistaat Bayern ab dem Haushaltsjahr 2009 zu.

Erwerb der Anteile des Sparkassenverbandes Bayern an der BayernLB durch den Freistaat Bayern

Die Unternehmensbewertung bei der BayernLB ist noch nicht abgeschlossen. Das Bewertungsergebnis ist maßgeblich für die Anpassung der Beteiligungsverhältnisse bei der BayernLB Holding AG. Dies kann auch zu einem vollständigen Ausscheiden des Sparkassenverbandes Bayern aus seiner Anteilseignerposition führen. In diesem Fall würde der Freistaat Bayern die Anteile des Sparkassenverbandes Bayern zu einem symbolischen Kaufpreis übernehmen.

Beratungsleistungen

Im Zusammenhang mit den Stabilisierungsmaßnahmen für die BayernLB sowie mit der künftigen strategischen Ausrichtung der Bank kann für den Freistaat Bayern Beratungsbedarf entstehen, insbesondere zu rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekten. Angesichts der möglichen Auswirkungen für den Freistaat Bayern werden bei Titel 526 10 die Voraussetzungen für eine etwaige Inanspruchnahme von Beratungsleistungen geschaffen.

13 60 Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2008 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR	A Soll 2007 B Ist 2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben für den Schuldendienst			
<u>575 01-1</u>	920	Zinsausgaben an Kreditmarkt <i>Tit. 575 01 bis 575 03 gegenseitig deckungsfähig.</i>	A B +0,0	- - -	A
<u>575 02-0</u>	920	Zinsausgaben für kurzfristige (Kassen-) Kredite <i>Vgl. Vermerk zu 575 01.</i>	A B +0,0	- - -	A
<u>575 03-9</u>	920	Ausgaben aus Anlass der Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits <i>Vgl. Vermerk zu 575 01.</i>	A B +0,0	- - -	A
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
<u>697 01-4</u>	853	Leistungen an die BayernLB aus der Absicherung des ABS-Portfolios <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 1.625.000,0 Fällig frühestens ab dem Haushaltsjahr 2011.</i>	A B +0,0	- - -	A
		Investitionsförderungsmaßnahmen			
<u>831 01-1</u>	853	Kapitalzuführung an die BayernLB <i>Kreditfinanziert.</i>	A B +10.000.000,0	10.000.000,0	A
<u>831 02-0</u>	853	Erwerb der Anteile des Sparkassenverbandes Bayern durch den Freistaat Bayern	A B +0,1	0,1	A
		Besondere Finanzierungsausgaben			
<u>911 01-4</u>	950	Zuführung an die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Isteinnahmen bei 121 01 und 141 01.</i>	A B +0,0	- - -	A
		Gesamtausgaben	A B +10.000.000,1	10.000.000,1	A B -
		Abschluss			
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B +10.000.000,1	10.000.000,1	A B -
		Gesamteinnahmen	A B +10.000.000,1	10.000.000,1	A B -
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A B -	-	A B -
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B -	-	A B -
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A B +10.000.000,1	10.000.000,1	A B -
		Gesamtausgaben	A B +10.000.000,1	10.000.000,1	A B -

Epl. 13 Allgemeine Finanzverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2008 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR	A Soll 2007 B Ist 2006 Tsd. EUR
1	2		4	5	6
		Abschluss Epl. 13			
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A 31.897.026,0 B -	31.897.026,0	A 28.883.257,0 B 27.942.404,6
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 682.764,6 B -	682.764,6	A 674.172,3 B 1.355.333,8
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 169.129,0 B -	169.129,0	A 197.222,1 B 108.439,0
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A 887.148,9 B +10.000.000,1	10.887.149,0	A 805.762,3 B 1.208.012,0
		Gesamteinnahmen	A 33.636.068,5 B +10.000.000,1	43.636.068,6	A 30.560.413,7 B 30.614.189,4
		Personalausgaben	A 331.255,4 B -	331.255,4	A 211.436,2 B 127.703,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 58.408,0 B -	58.408,0	A 35.309,9 B 28.389,3
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 4.200,0			
		Ausgaben für den Schuldendienst	A 1.047.603,0 B -	1.047.603,0	A 1.111.603,0 B 1.145.158,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 7.788.053,1 B -	7.788.053,1	A 6.952.203,4 B 6.562.326,0
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 1.748.900,0			
		Baumaßnahmen	A 128.569,0 B -	128.569,0	A 56.369,0 B 111.634,6
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 183.000,0			
		Sonstige Sachinvestitionen	A 5.030,0 B -	5.030,0	A 2.530,0 B 9.837,9
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 2.009.102,2 B +10.000.000,1	12.009.102,3	A 1.565.251,2 B 1.469.911,2
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 572.750,0			
		Besondere Finanzierungsausgaben	A 521.638,0 B -	521.638,0	A -222.133,3 B 1.011.948,8
		Gesamtausgaben	A 11.889.658,7 B +10.000.000,1	21.889.658,8	A 9.712.569,4 B 10.466.910,3
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 2.508.850,0			
		Überschuss	A 21.746.409,8 B -	21.746.409,8	A 20.847.844,3 B 20.147.279,1

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 13

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Betrag 2008 Tsd. EUR	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR
1	2	3	4	5
13 60				
526 10	Finanzierung von Aufwendungen für Beratungsleistungen insbesondere rechtlicher und wirtschaftlicher Art im Zusammenhang mit Stabilisierungs- und Abschirmmaßnahmen für die BayernLB bzw. mit der künftigen strategischen Ausrichtung der BayernLB	-	+2.000,0	2.000,0
697 01	Leistungen an die BayernLB aus der Absicherung des ABS-Portfolios	-	+1.625.000,0	1.625.000,0
Epl. 13	Summe der Verpflichtungsermächtigungen:	881.850,0	+1.627.000,0	2.508.850,0

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (2.

Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2008) (Drs. 16/95)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion vereinbart.

Als ersten Redner rufe ich Herrn Abgeordneten Georg Winter, den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, auf.

Georg Winter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Die Finanzmarktkrise und die immer häufiger werdenden Einschläge erinnern mich an einen Buchtitel, der lautet: "Es geschah vor unseren Augen". Dieses Buch hat sich damals mit den Ereignissen der Sechziger- und Siebzigerjahre befasst. Berliner Mauerbau, 1968 Prag, die Ermordung der Kennedy-Brüder, Martin Luther King, RAF, all diese Dinge: Es geschah vor unseren Augen. Aber auch die Finanzmarktkrise hat sich vor unseren Augen entwickelt, das müssen wir immer mehr zur Kenntnis nehmen, und niemand aus der Branche hat eingegriffen und so gemahnt, dass sie uns erspart geblieben wäre.

Nun soll man einem Sprichwort zufolge bekanntlich nicht alles über einen Leisten schlagen oder wegen eines schwarzen Schafes gleich alle zur Anzeige bringen. Trotzdem meine ich, dass es in der Branche immer mehr Einzelfälle mit großen Auffälligkeiten gibt. Sie kennen sie alle: die Festnahme eines Londoner Bankers in Singapur, wo es um große Summen ging, der Banker in Paris letztes Jahr, der allein vier bis fünf Milliarden Euro verschieben konnte, damals ein Rekord. Aber siehe da, Rekorde kann man brechen. Dann gibt es Bernard Madoff, den früheren Chef der Nasdaq, der, so die Nachrichten in diesen Tagen, Mitbürger um 50 Milliarden US-Dollar an Vermögen gebracht haben soll.

Wie gesagt, man soll nicht alle über einen Leisten schlagen, aber es ist schon interessant, welche Einzelfälle diese Branche produziert hat und produziert.

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Anlass des zweiten Nachtragsetats 2008 ist die aktuelle Entwicklung bei der Bayerischen Landesbank. Ursache dieser Entwicklung ist die weltweite Finanzkrise. Das größte Handicap ist das verloren gegangene Vertrauen. Spätestens seit der Pleite von Lehman Brothers ist der Vertrauensverlust so groß, dass Geldgeschäfte und der Handel der Banken untereinander erheblich eingeschränkt sind.

Die Antwort auf die Frage, wie geht es weitergeht, wird ganz entscheidend von der aktuellen konjunkturellen Entwicklung abhängen. Bevor ich auf die Ursachen, die Verursacher und die Konsequenzen aus dieser Situation eingehe, komme ich zunächst zum Ziel und Inhalt des zweiten Nachtragsetats. Mit dem zweiten Nachtragsetat 2008 sollen die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Stabilisierungsmaßnahmen bei der BayernLB, sprich die Kapitalzuführung über insgesamt 10 Milliarden Euro und die Abschirmung des ABS-Portfolios von maximal 4,8 Milliarden Euro, geschaffen werden. Für die Kapitalzuführung in Höhe von 3 Milliarden Euro in 2008 und in Höhe von 7 Milliarden in 2009 ist eine Kreditermächtigung über 10 Milliarden Euro erforderlich.

Hinsichtlich der Abschirmung wird die im Rahmen des ersten Nachtragsetat ausgebrachte Garantieermächtigung gegenüber der Bayerischen Landesbank geändert. Es wird in der Höhe der wahrscheinlichen Ausfallquote von 1,65 Milliarden Euro eine Verpflichtungsermächtigung und in Höhe des Restbetrages, nämlich von 3,175 Milliarden Euro, eine Garantieermächtigung ausgebracht.

Herr Staatsminister Georg Fahrenschon hat in den letzten Wochen sowohl die Fraktionen als auch das parlamentarische Gremium zur Begleitung der Landesbank, diese neue Einrichtung, also alle im Land vertretenen politischen Gruppierungen umfassend informiert und intensiv nach Lösungen gesucht: in Berlin, mit Brüssel, mit der Banken-

aufsicht. An dieser Stelle möchte ich ihm namens der Fraktion herzlich Danke sagen für seinen enormen Einsatz in den zurückliegenden Wochen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Herr Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung am 3. Dezember klare Linien zum Thema Landesbank für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gezogen.

(Franz Maget (SPD): Sehr richtig!)

- Danke, Herr Kollege Maget, dass Sie dies an der richtigen Stelle unterstreichen. - Dafür sind wir ihm dankbar. Jetzt geht es darum, die von ihm geforderte absolute Transparenz umzusetzen und mit Leben zu erfüllen.

Angesichts der neuen Horrorbotschaften - eingangs wurde Madoff erwähnt - ist ein Mehr an Offenheit für die gesamte Bankenbranche dringend angesagt.

Die Debatte zum Thema Landesbank hat unabhängig von der Ursachen- und Fehlerforschung und den noch offenen Zukunftsfragen eines ganz deutlich gezeigt: Zu dem vorliegenden zweiten Nachtragsetat gibt es keine schlüssige Alternative. Es ist auch keine bessere Alternative beantragt worden, als Sie Ihnen heute im Entwurf zur Abstimmung vorliegt. Der Freistaat Bayern und wir Parlamentarier als Vertreter des bayerischen Volkes müssen vor allem daran interessiert sein, dass die Gewährträgerhaftung nicht in Anspruch genommen werden muss. Dazu soll dieser Nachtragsetat einen entscheidenden Beitrag leisten.

Die aufgezeigte Kapitalzuführung liegt darüber hinaus auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Sparkassen und unserer Kommunen, die ihrerseits die Gewährträger der lokalen Kreditinstitute sind. Die vorgeschlagene Maßnahme liegt auch im Interesse der mittelständischen Wirtschaft, gerade in den jetzt konjunkturell schwierig werdenden Zeiten. Eine flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen ist zwingend notwendig.

Die Vertreter der Regierungskoalition im Haushaltsausschuss, also von FDP und CSU, haben dem Entwurf zugestimmt und ihn zur Annahme empfohlen. Ich denke, SPD und GRÜNE werden ihre Positionen darstellen und sagen, warum sie gegebenenfalls nicht zustimmen können.

Vonseiten der Freien Wähler gab es in der Debatte Fragen. Der Herr Staatsminister hat versucht, darauf einzugehen. Ich bin überzeugt, er wird auch heute versuchen, die Dinge verständlich darzulegen und auf eventuelle offene Fragen zu reagieren. Wir hoffen, dann besteht die Chance, dass auch die Freien Wähler dem Nachtragsetat zustimmen. Gerade sie bezeichnen sich ja als Anwalt der Kommunen im ländlichen Raum. Wie wir alle wissen, ist dieser Etat ein ganz enormer Beitrag zur Entlastung der Sparkassen und ihrer lokalen Gewährträger.

Dazu möchte ich zwei Zahlen einander gegenüberstellen. Eine Zahl für sich allein sagt bekanntlich wenig aus, während ein Vergleich aussagekräftiger ist. Der kommunale Finanzausgleich des Jahres 2009 beträgt 6,3 Milliarden Euro, eine Rekordsumme. Das ist das Volumen für unsere mehr als 2000 bayerischen Kommunen, Landkreise und Bezirke. Der Freistaat Bayern ist bereit, 50 Prozent der Eigenkapitalaufstockung zu übernehmen. Das sind die fünf Milliarden Euro plus den Anteil am bayerischen Schirm, nämlich 2,4 Milliarden Euro; das ist die Hälfte von den 4,8 Milliarden Euro. Der Freistaat Bayern ist also bereit, die kommunale Seite in einer Größenordnung von zusammen 7,4 Milliarden Euro zu entlasten. Das ist mehr als der bayerische Finanzausgleich mit seiner Rekordhöhe und damit genug Grund, zu sagen: Jawohl, wir sind für unsere Kommunen da; da stimmen wir zu.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Anlässlich der Ersten Lesung zur heutigen Haushaltsberatung hat mein Kollege Weidenbusch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des neuen Bankgremiums das Thema in aller Offenheit und Klarheit angesprochen. Ich kann mich seinen Worten und der kritischen Sichtweise nur anschließen und möchte ihm für seinen Beitrag danken.

Er hat gefordert, die Zukunftsfragen anzugehen. Dazu gehören das neue Geschäftsmodell, die Weiterentwicklung des Landesbankgesetzes und natürlich auch das, was Sie, Frau Kollegin Rupp, angesprochen haben: Wie kann in Zukunft die Aufgabenstellung einer Landesbank am besten organisiert werden, und wie soll die künftige Zusammensetzung des Verwaltungsrats aussehen?

Unabhängig davon bitte ich - ich glaube, darüber sind wir uns im Hause einig -, dass wir die Ursachenforschung nicht außer Acht lassen. Der Schaden, den die Finanzmarktkrise weltweit, auch bei uns in Deutschland und Bayern, auslöst, ist so enorm, dass eine Verengung auf die Bayerische Landesbank und deren Verantwortung viel zu kurz gesprungen wäre.

Die Ursachen sind öfter zitiert worden. Darauf möchte ich kurz eingehen. Zum einen erwähne ich den Boom an privaten Hausverkäufen in den USA, die laxe Kreditvergabe, die Niedrigzinspolitik der US-Notenbank, die Zersplitterung der Verantwortlichkeiten bei diesen Papieren, sodass man am Ende nicht mehr weiß, wer wirklich zu greifen ist. Weiter nenne ich unzureichende und ineffiziente Aufsichtsstrukturen, fehlerhafte Anreizsysteme für die Manager, überzogene Krediterwartungen, Auftürmen von Risiken, die in dieser Größenordnung natürlich zur Destabilisierung beigetragen haben, und die mangelhaften Kontrollen.

Bei der Rating-Gläubigkeit kann man nur staunen, was hier an Blindheit vorlag. Damit wurden auch die Risiken unterschätzt. Aus meiner Sicht ist da viel zu viel Hand in Hand gearbeitet worden. Man muss sich die privaten Agenturen in Amerika ansehen, die wiederum im Investmentbereich engagiert waren. Das war ein schöner Kreislauf. Der gesunde Menschenverstand ist dabei nach meiner Ansicht völlig auf der Strecke geblieben.

Ich zitiere die "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Im aktuellen Internetauftritt ist interessanterweise ein Presseartikel aus dem Jahr 2003 veröffentlicht. Er kann aktuell nach-

gelesen werden. Er betrifft das Thema: ABS-Anleihen könnten für Anleger interessant werden. In dem Bericht von Dyrk Scherff steht zu lesen:

Seit den frühen 90er-Jahren gibt es in Deutschland ABS-Papiere. Verbriefte Immobilienkredite machen dabei mittlerweile den größten Anteil aus. Das gehandelte Volumen wächst stetig und bekommt jetzt einen neuen Schub. Denn die großen deutschen Banken haben gerade beschlossen, bei der Ausgabe von ABS-Anleihen künftig zusammenzuarbeiten.

Die nachfolgenden Überschriften seines Beitrags lauten:

Bessere Verzinsung bei höherem Risiko - Einstieg für Privatanleger über Fonds möglich

Der Beitrag zeigt insgesamt in einer Offenheit und Nachhaltigkeit das Thema ABS auf, ebenfalls den stärkeren Einstieg und die Möglichkeit, ihn zu nutzen.

Wenn es Fehlentwicklungen gibt, stellt sich immer die Frage: Ist der Fehler neu? Ist er erstmals vorgekommen, gilt das Motto: Wer arbeitet, macht Fehler. Wichtig ist aber, dass man sie nicht wiederholt.

Hier kommt es eigentlich schlimmer. Die Fehler sind nicht so ganz neu. Es gab schon in der Vergangenheit Anzeichen für Fehlentwicklungen. Nach meinem Eindruck sind die Fehler eher perfektioniert und gesteigert worden. Sonst hätte man das, was jetzt geschieht, nicht erreichen können.

Ich nenne ein paar Beispiele aus der Vergangenheit. Der eine oder andere von Ihnen kann sich an IOS und Bernie Cornfeld erinnern, der mit ein paar hundert Dollar nach Paris gegangen ist und festgestellt hat: Statt solche Anteile an dem Fonds zu verkaufen, ist es besser, eine Fondsgesellschaft selber zu betreiben und damit das Volumen usw. zu steuern. Er hat, wie wir wissen, viele gute deutsche Sparer um ihr redlich erworbenes Geld gebracht.

Es gab aber auch schon in den 80er-Jahren einen Mahner. Das war Altkanzler Helmut Schmidt. Er hat immer wieder auf die amerikanische Gelddruckmaschine hingewiesen. Ab und zu hatte man das Gefühl: Na ja, das sagt er immer wieder. Daher hat keiner so recht auf ihn gehört. Man dachte: Da rennt ein alter Mann durch die Gegend; ganz so schlimm kann das doch gar nicht sein. Aber es war tatsächlich schlimm, wie wir heute wissen.

Mitte der Neunzigerjahre hatten wir die Südostasienblase und -pleite. Man sagte: Da engagieren wir uns nicht mehr. Man hat nicht ganz konsequent reagiert.

Horst Köhler gehört zu den aktuellen und jüngeren Mahnern dieser Entwicklung. Er ist mit vom Fach. Ich darf hier auf seine Rede vom 6. November 2007 verweisen, in der er sagt:

Die internationalen Finanzmärkte haben sich in einem Maße verselbständigt, das Sorge bereiten muss. Inzwischen ist es sogar so weit gekommen, dass die Banken, wie erklärt, sich gegenseitig nicht mehr Geld leihen wollten. Auch die Notenbanker und Finanzminister sind hoffentlich nicht nur vorübergehend nachdenklich geworden. Niemand kann mehr ausschließen, dass die nächste Finanzkrise so wie im November 2007 auf die gesamte Weltwirtschaft durchschlägt und damit rund um den Globus Arbeit und Einkommen der Menschen massiv in Mitleidenschaft zieht.

Und er sagt am 5. Mai 2008 - da gab es damals den ironischen Kommentar "Köhler befindet sich im Wahlkampf", trotzdem ist es richtig, was er sagt -:

Das einzige Gute an der Krise ist, jetzt muss jedem verantwortlich Denkenden in der Branche selbst klar geworden sein, dass sich die internationalen Finanzmärkte zu einem Monster entwickelt haben, das in die Schranken verwiesen werden muss.

Werte Kolleginnen, wert Kollegen, die drastischen Maßnahmen, die von Notenbanken und Regierungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte ergriffen wurden, lassen das

wahre Ausmaß der Krise erkennen. Ein ausführlicher Artikel im "Handelsblatt" fragt in seiner Schlagzeile: "Was kostet die Rettung der Welt?"

In den USA haben Regierung und Notenbank inzwischen Hilfsprogramme in der Größenordnung von 8 Billionen Dollar, also 8000 Milliarden US-Dollar, zur Stützung der Finanzbranche und Konjunktur aufgelegt. Ob sie ausreichen oder überhaupt Wirkung erzielen, ist alles andere als sicher. Die für die USA in Rede stehenden Summen übersteigen unsere Vorstellungskraft: Risikoschirm 3100 Milliarden US-Dollar, Eigenkapitalverstärkung 3000 Milliarden US-Dollar, Liquiditätshilfen 1700 Milliarden US-Dollar, nicht eingerechnet das, was für die Autobranche noch geschehen soll.

Die Warnungen, Kollege Wörner - auch das möchte ich deutlich machen -, wurden in den Wind geschlagen. Das zeigt uns eines auf, nämlich, dass wir eine gründliche Fehleranalyse benötigen. Nur so können wir Wiederholungen ausschließen. Die größte Gefahr wäre, wenn wir uns vorschnell mit Antworten begnügen würden, mit denen man die eine oder andere Woge glätten kann - so einfache Antworten könnte ich mir vorstellen -, aber das löst das Problem nicht, sondern nur dann, wenn des Pudels Kern wirklich erkannt wird. Es ist wichtig, dass uns Analyse und Ursachenforschung gelingen, um Schaden von den Mitbürgern abzuwenden.

Weil auch immer die Gefahr ist, dass wir, wenn etwas schief läuft, nach neuen Gesetzen rufen und sie verabschieden und damit alle einheitlich mit einer riesigen Bürokratie überziehen, mahne an dieser Stelle an, dass wir dies für unseren inländischen Markt gerade eben nicht tun, sondern sehr wohl differenzieren zwischen dem, was national läuft und dem, was international notwendig ist. Das Beispiel Island, ein Land mit 330.000 Einwohnern mit einer Verpflichtung von 25 Milliarden, zeigt aber auch, dass Rating keine gute Lösung ist, sondern dass es genügt hätte, genauer hinzuschauen. Wir brauchen ein Frühwarnsystem, das uns sagt, wenn die Proportionen nicht mehr stimmen, denn somit nützt auch das Rating nichts. Die Konsequenzen, die wir ziehen müssen, sind uns allen klar.

Was ich noch ansprechen möchte: Es ist meine persönliche Überzeugung, dass gerade für die Eurozone in dieser Krise auch eine Chance steckt. Wir haben sehr früh begonnen unter Helmut Kohl mit der Währungsschlange und später mit der Vereinheitlichung, den Euro zu entwickeln. Er hat sich Gott sei Dank sehr schnell und gut entwickelt. Wichtig ist aber, dass wir die europäische Währung, die Eurozone, als Chance begreifen und ein Frühwarnsystem einbauen, eine europäische Rating-Agentur, losgelöst von der amerikanischen Abhängigkeit, die wir immer beklagen, und losgelöst auch von der angelsächsischen Denkweise. Wir wissen alle, gerade England hat seine Volkswirtschaft ganz stark auf Finanzdienstleistungen abgestellt. Deswegen, meine ich, wäre es gut, wenn wir in unserer Eurozone diese Aufgabe als Erstes anpacken und uns dabei bemühen würden, unsere Europäische Zentralbank in Frankfurt mit mehr Rechten, mit mehr Möglichkeiten auszustatten, um die Dinge in den Griff zu bekommen.

Eines muss klar sein: Die Verursacher müssen zur Verantwortung gezogen werden. Statt Abfindungen und Bonizahlungen muss es künftig eine Haftung für den Schaden geben. Diejenigen, die den Schaden verursachen, müssen dafür auch aufkommen, weil unserer Mitbürger für alles andere kein Verständnis hätten und nicht verstehen würden, wenn diese Straftäter im Wirtschaftsbereich ohne jegliche Sanktionen davonkämen.

Wir müssen auch darauf achten dass wir unserer Landesbank keinen Schaden zufügen - bei all den Schlagzeilen, die sie produziert, weil sie eben öffentlich getragen wird. Sie kennen alle das Beispiel aus der Kommunalpolitik, um einen anderen Bereich zu erwähnen. Das Krankenhaus kommt ins Gespräch durch den Einzelfall. Es besteht die Gefahr, dass das Unternehmen durch die Politik so sehr ins Gerede kommt, dass ihm am Ende mehr geschadet als genützt wird.

Eine Frage möchte ich für die Zukunft noch aufwerfen. Können die Verwaltungsräte und Aufsichtsräte in der jetzigen Form mit ihren geringen Möglichkeiten die Unternehmen tatsächlich beeinflussen? Der eine oder andere von uns hat schon so einem Gremium angehört und kennt die bescheidenen Möglichkeiten und die Schwierigkeiten, dort als Einzelkämpfer aufzutreten und dem Vorstand zu sagen, dass er völlig falsch liegt und

es anders gemacht werden muss. Insbesondere wenn Gewinne und Dividenden überwiesen werden, dann wird es noch schwieriger. Das war bei uns der Fall. Dann ist das schon sehr schwer. Wir müssen also darüber nachdenken, ob das System als solches mit diesen Aufsichtsgremien überhaupt eine Chance hat, Fehlentwicklungen zu verhindern.

Lassen Sie mich nur ein paar Stichworte dafür nennen, was in unserer Wirtschaft ohne staatliche Beteiligung alles so stattgefunden hat: Die Fusion von BMW und Rover hat ein stark familiär geprägtes Firmenimperium entschieden. Sie wissen, das musste beendet werden. Es war ein Riesenfiasko. Das Gleiche gilt für den großen Konzern Daimler-Chrysler. Gott sei Dank kam Daimler da noch raus. Niemand konnte Herrn Schrempp dort stoppen. Das gilt auch für VW und den Aufsichtsrat und für Peter Hartz und seine Kollegen. Wie hier gearbeitet wurde, das muss nachdenklich machen. Das gilt auch für die Allianz, die vor sieben Jahren die Dresdner Bank für 24,8 Milliarden Euro erwarb und sie jetzt für 6 Milliarden Euro veräußert hat. Daran wird deutlich, das sind unternehmerische Entscheidungen, die alles andere als überzeugend sind und die uns nachdenken lassen sollen, welche Strukturen dazu geführt haben. Sie sind nicht tauglich für die Zukunft.

Schließen möchte ich mit einem Beitrag der großen Tageszeitung "Augsburger Allgemeine", die sich vor zwei Wochen in ihrem Journal mit uns Menschen unter dem Titel beschäftigt hat:

Geld, Gier und Angst

Der Mensch ist als homo oeconomicus vor allem eines: Überfordert. Gier und Angst sind die beiden Schattenmänner aus unserer evolutionären Vorgeschichte, die auch heute noch unseren ökonomischen Sachverstand trüben. Auf der Jagd nach Reichtum sammeln wir doch nur Schulden.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. Das Wort hat nun Frau Kollegin Adelheid Rupp für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin.

Adelheid Rupp (SPD): Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrter Herr Präsident! Ich möchte zunächst meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, und zwar wegen der Anwesenheit, wie sie sich jetzt darstellt. Wir beschließen heute über 10 Milliarden Euro. Das ist ein Viertel unseres Gesamthaushalts. Ich bin im höchsten Maße erstaunt darüber, wie wenig das bei manchen Fraktionen die einzelnen Parlamentarier interessiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube nicht, dass wir mit diesem Nachtragshaushalt verantwortungsvoll umgehen, wenn nur ein Teil hier debattiert und der Debatte folgt, während andere anderen Tätigkeiten nachgehen. Denn wir werden zu dem Nachtragshaushalt in den künftigen Wochen viel gefragt werden. Dieser Nachtragshaushalt wird nicht nur auf den folgenden Doppelhaushalt, sondern auch auf die nachfolgenden Doppelhaushalte deutliche Auswirkungen haben.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Nachtragshaushaltsgesetz, wie Sie es vorgelegt haben, wird nicht unsere Zustimmung finden. Dafür gibt es vielfältige Gründe. Und der verehrte Herr Kollege Winter hat heute noch einen dafür geliefert oder nochmals einen bekräftigt. Er hat formuliert: Die Finanzmarktkrise hat sich vor unseren Augen entwickelt; niemand hat uns gewarnt. Diese Debatte hatten wir in den letzten Monaten vielfach. Wir haben immer wieder auf die Äußerungen der BaFin und auf die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank und der EZB hingewiesen, in denen das Thema Immobilienmarkt USA immer wieder angesprochen wurde, in denen immer wieder Warnhinweise gegeben wurden, die aber offensichtlich kein Mensch ernst genommen hat. Warnungen gab es also durchaus, jedoch gab es keine Bereitschaft, diese wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir stellen bis heute fest, dass sich die Staatsregierung, der Sparkassenverband und der Landesbankvorstand immer mehr als Opfer denn als Täter darstellen. Kolleginnen und Kollegen, meiner Ansicht nach ist das eine falsche Darstellung.

(Beifall bei der SPD)

Allein mit Unwissenheit zu argumentieren, ist in diesem Bereich nicht zulässig; denn ohne die Gier und die Zockerei vieler in der Finanzwelt, vorneweg in dieser Republik der Landesbanken und an deren Spitze die Landesbank Bayern, hätte die Finanzmarktkrise gar nicht stattfinden können. Insofern sind die Landesbank und der Freistaat mit seinen Vertretern sowie der Sparkassenverband eben nicht nur Opfer, sondern ganz klar auch Täter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man Täter ist, geht eines nicht: sich auf Unwissenheit zu berufen und die Tat auch noch zu leugnen. Wir haben eine laue Entschuldigung des ehemaligen Finanzministers Faltlhauser gehört. Er hat sich aber in derselben Woche in einem Interview dazu geäußert, über was er informiert war, und behauptet, über diese ganzen Bereiche sei nie beschlossen worden. Im März 2007 wurde das ABS-Portfolio im Verwaltungsrat auf über 50 Milliarden Euro erweitert; dort wurde zugestimmt. Die Staatsregierung war beteiligt; die Sparkassen waren beteiligt. Heute zu sagen: Wir haben das nicht getan - er hat gesagt: Wir waren nicht beteiligt; wir haben das nicht beschlossen -, halte ich für eine Dreistigkeit. So kann man damit nicht umgehen, und so kann man insbesondere nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns umgehen, die schlussendlich die Last zu tragen haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wir haben es in der Vergangenheit getan, wir werden es heute tun, und wir werden es auch in der Zukunft tun: Sie werden sich immer

wieder vorhalten lassen müssen, was zur Landesbank noch vor Kurzem, vor wenigen Monaten gesagt wurde. Im Untersuchungsausschuss hat der damalige Finanzminister Huber gesagt, von einer Krise der Landesbank in Bayern könne keine Rede sein. Ich zitiere: Anders als zahlreiche andere Banken schreibt die BayernLB weiterhin schwarze Zahlen und erzielt einen ordentlichen Gewinn. Es ist daher völlig unsinnig zu behaupten, die Steuerzahler in Bayern würden belastet oder die Menschen müssten aufgrund der Situation der Bank leiden, weil zum Beispiel einige Kindergärten weniger gebaut werden konnten. Derartige Behauptungen sind absolut unsinnig, meine Damen und Herren. - So Finanzminister Huber damals im Untersuchungsausschuss, wissend, dass wir vor einer hochkomplizierten Situation in der Landesbank stehen, wissend, dass Belastungen auf den Freistaat in nie gekanntem Ausmaß zukommen, wissend, dass diese Krise größer ist als jede andere nach 1945.

Kolleginnen und Kollegen, auch das ist mit ein Grund, warum wir heute unsere Zustimmung verweigern. Ich erwarte von allen, die beteiligt waren, dass sie ihre Irrfahrt beenden und dass sie ganz klar eingestehen, dass sie die jetzige Lage mitzuverantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Der frühere Finanzminister hat sich bis heute nicht wirklich entschuldigt, weder bei den Bürgerinnen und Bürgern noch bei den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses. Dort ist er mit einer unbeschreiblichen Arroganz aufgetreten. Ich meine, dass das der Sache absolut unangemessen war. So kann mit den Finanzen des Freistaates nicht umgegangen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Grund, der uns bewegt, nicht zuzustimmen, ist, dass unserer Ansicht nach kein schlüssiges Konzept vorliegt. Es gibt Bestandteile, zu denen wir sagen, dass wir diesen Weg mitgehen, zum Beispiel was die Brandmauer für die Sparkassen anbelangt - da sind wir uns völlig einig -; es gibt einzelne Maßnahmen, zu denen wir sagen, dass sie den richtigen Weg beschreiben; aber diese 10 Milliarden Euro sind uns zu undiffe-

renziert, teilweise zu nebulös und nicht konkret genug. Ich beziehe mich teilweise auch auf das, was in der Kommission gesagt wurde. Ich muss sagen, dass dort ein sehr offenes und gutes Verfahren praktiziert wird, das wir auch fortsetzen wollen.

Herr Winter, Sie sagen heute: Wir wollen mehr Rechte für die EZB. Wir könnten mit Ihnen gehen, wenn Sie diese präzise benennen. Aber auch das tun Sie nicht. Mehr Rechte kann alles sein. Deswegen sage ich an diesem Punkt wiederum: Wir müssen sehen, was das für Rechte sein sollen; alles andere ist mit uns nicht zu beschließen.

Wir sind der Ansicht: Wer verantwortungsbewusst handelt, wer heute tatsächlich 10 Milliarden Euro Schulden aufnehmen will, kann nicht weiter über Steuersenkungen sprechen. Das ist verantwortungslos.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir können die Einnahmen des Staates nicht dazu verwenden, um Steuern pauschal zu senken. Es ging ja immer um mehr Netto vom Brutto; es ging nicht um die gezielte Unterstützung der Einkommensgruppen im Bereich zwischen 15.000 und 25.000 Euro, für die sicher richtig ist, dass etwas unternommen werden muss, da im Steuertarif ein sozialer Knick vorhanden ist. Das ist sicherlich verhandelbar. Es ging aber immer um eine pauschale Senkung der Steuern. Eine pauschale Senkung der Steuern heißt aber, dass bei einer durchschnittlichen Sparquote von 10 % diejenigen, die durchaus ein erkleckliches Einkommen erzielen, ihre Sparquote erhöhen werden, während diejenigen, die tatsächlich ein niedriges Einkommen haben, nicht so am privaten Konsum teilnehmen können, wie wir uns das vorstellen. Steuersenkungen zu einem Zeitpunkt, in dem der Haushalt und der Freistaat extrem belastet werden, sind also die absolut falsche Maßnahme.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind der Meinung: Dort, wo die Sparquote negativ ist, muss etwas getan werden. Unserer Ansicht nach ist das tatsächlich der richtige Angriffspunkt. Geld, das wir aus-

geben, darf nicht auf den Sparbüchern landen. Ich greife auf etwas zurück, was ich hier immer wieder gesagt habe: Maßnahmen, um niedrige Einkommensgruppen zu entlasten, sind die Erhöhung des Hartz-IV-Satzes, die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes, die Abschaffung von Studiengebühren und die kostenfreie Kinderbetreuung. Das sind unmittelbar wirkende Maßnahmen

(Beifall bei der SPD)

und vor allem Maßnahmen, die Sie sofort auf den Weg bringen können. Wir müssen da nicht lange auf den Bund warten.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu dem ganz schwierigen Problem der 10 Milliarden Euro. Diese 10 Milliarden Euro sind zur Erhöhung der Eigenkapitalquote nötig. Im Kern geht es darum, Risikoaktiva mit Kernkapital zu unterlegen. Dies wird von Ihnen, Herr Finanzminister, mit Basel II und internationalen Standards begründet. Die Eigenkapitalquote beträgt 8 %. Tatsächlich stellt sich dieses aber deutlich komplizierter dar. Das ist sozusagen eine verkürzte Darstellung der Situation. Die Kommission ist sicher der richtige Ort, um darüber zu sprechen, worum es im Einzelnen geht.

Wie verhält es sich denn aber mit der Entnahme von 700 Millionen für die Hypo Group Alpe Adria? Ist das durch die Aussage gedeckt, das diene der Erhöhung der Kernkapitalquote? - Meiner Ansicht nach nicht. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sollen diese 700 Millionen Euro unmittelbar aus diesen 10 Milliarden Euro geleistet werden und nach Aufnahme unverzüglich nach Klagenfurt gehen. Wenn das nicht so ist, bitte ich Sie um Richtigstellung. Ich halte das Verfahren für äußerst problematisch, zunächst die Begründung zu geben, dass diese 10 Milliarden Euro zur Erhöhung der Eigenkapitalquote benötigt werden, dann aber 700 Millionen Euro sofort weiter zu geben.

Ein weiterer Grund für unserer Ablehnung ist Ihr Blendwerk Schwarze Null. Der Nachtragshaushalt - das Nachtragshaushaltsgesetz liegt heute vor - ist ein völlig normaler

Haushalt. Dabei handelt es sich weder um einen Sonderhaushalt noch um einen Nebenhaushalt oder um einen Schattenhaushalt. Was wird gemacht? - Der verhandelte Haushalt wird mit weiteren 10 Milliarden Euro belastet. Um nicht anderes handelt es sich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie betreiben Augenwischerei, wenn Sie das immer wieder so darstellen, als ob es den Haushalt nicht belasten würde. Sie hätten eine ganz klare Maßnahme ergreifen und die Haushaltsordnung ändern müssen. In einem Nebensatz machen Sie für diese Verschuldung in Höhe von zehn Milliarden Euro eine Ausnahme; im Kern geht es aber darum, dass Sie die Haushaltsordnung ändern und klar sagen: Der Schuldenberg des Freistaates Bayern steigt von 22,6 Milliarden Euro auf 32,6 Milliarden Euro. Das ist Fakt. Das gehört zum Haushalt. Bitte reden Sie in Zukunft nicht mehr von der Schwarzen Null. Das wäre der Versuch, den Wählerinnen und Wählern Sand in die Augen zu streuen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die CSU und die Staatsregierung sind in ganz Deutschland mit ihrer Schwarzen Null hausieren gegangen. Überall wurde gesagt, Bayern sei der große Vorreiter und wir stünden glänzend da. Das haben Sie mit viel Überheblichkeit - wenn man es negativ formulieren will - getan. Sie haben schon mehrfach reklamiert, dass es in diesem Hause einen neuen Stil geben sollte. Ich bitte Sie dringend, wenn dieser neue Stil hier einkehren soll, ehrlich zu den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern und zu den Steuerzahlern zu sein. Erklären Sie ihnen, was es konkret bedeutet, wenn sich der Freistaat um weitere zehn Milliarden Euro verschuldet.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Erledigen Sie dieses Thema Schwarze Null.

Nun zu den Auswirkungen auf den Haushalt: Der nächste Doppelhaushalt - so wurde es heute in einer Pressemitteilung angekündigt - ist relativ im Rahmen des Üblichen geblieben. Die Zeiten sind aber nicht so, dass dieser Rahmen ausreichen würde. Sie

verweigern sich all dem, was Sie wiederum von Berlin einfordern. Wir wollen ein Konjunkturprogramm. Wir wissen auch, dass ein Konjunkturprogramm mit Investitionen über das übliche Maß hinaus dringend notwendig ist, wenn wir Impulse für die Wirtschaft in Bayern setzen wollen. Hier können Sie nicht darauf verweisen, dass Sie fünf Milliarden Euro investierten. Das hätten Sie so oder so - unabhängig von der konjunkturellen Situation - getan. Das reicht nirgends hin. Wir müssen dafür sorgen, dass es keine Kreditausfälle gibt, weil das schlussendlich wieder Rückwirkungen auf die Banken hätte.

Zur Haushaltssituation muss ich sagen: Sie verschweigen, was in den folgenden Haushalten passieren wird. Sie sprechen mit uns nicht über die Höhe der Zinsbelastungen. Sie sprechen mit uns auch nicht darüber, wie die Tilgungen aussehen sollen. Im Moment haben wir noch 2,3 Milliarden Euro auf der hohen Kante und könnten davon manches finanzieren. Wir müssen überlegen, ob es die richtige Maßnahme ist, das Geld zu verwenden, das wir auf die hohe Kante gelegt haben, um andere Maßnahmen zu finanzieren, statt dieses Geld für die Bezahlung von Zinsbelastungen oder für die Tilgung zu verwenden. Hier ist die Frage zu beantworten, welche Auswirkungen dies in den nächsten Doppelhaushalten haben wird. Ich sage Ihnen erneut: Legen Sie das Thema Schwarze Null zu den Akten und tun Sie für die Menschen in Bayern das, was notwendig ist. Wenn Sie Schulden für die Landesbank aufnehmen können, müssen Sie diesen bitteren Weg auch für wichtige Felder wie zum Beispiel die Bildung beschreiten, die in Bayern dringend erforderlich sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir bitten Sie außerdem, alle Abenteuer der Landesbank offenzulegen. Das sollten Sie in der Kommission schnell tun. Mit dem Begriff Abenteuer meine ich die ungeklärte Situation hinsichtlich des Hotels Obersalzberg. Diese Maßnahme mag sinnvoll erscheinen, aber in der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, als ob hier nicht alles mit rechten Dingen zugegangen wäre. Ich nenne außerdem das Konto der CSU München, wo unklar ist, was im Einzelnen stattgefunden hat. Welche Belastungen sind durch die Preissteigerung der Elb-Philharmonie entstanden, bei der die Landesbank engagiert ist? Es gibt

noch viele weitere Projekte. Hier muss ein Katalog vorgelegt werden, in dem im Einzelnen dargelegt wird, welche Projekte vorhanden sind und welche Probleme sich daraus ergeben. Wir müssen klären, wie das Ganze weitergeht.

Für uns steht weiter gegen eine Zustimmung Ihr immer noch fehlendes klares Nein zur Privatisierung der Landesbank. Dieses Nein verweigern Sie bis heute. Ich möchte hier Herrn Thomas Hacker von der FDP zitieren: "Der Staat ist für schwierige Situationen da; Gewinne macht dann wieder das private Unternehmen." Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen heute zehn Milliarden Euro auf, um die Landesbank zu retten und sie auf einen Weg zu führen, mit dem sie Gewinne erzielen kann. Dann soll diese Bank privatisiert werden und der Gewinn Privaten zugutekommen. Dieser Weg kann nicht funktionieren und wird deshalb nie unsere Zustimmung finden. Der Weg, Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren, wird nie die Zustimmung der SPD finden.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte von den Kolleginnen und Kollegen der CSU, zu einem solchen Weg klar Nein zu sagen. Bei den Kolleginnen und Kollegen der FDP würde mich das überraschen. Zu Ihrer Politik gehört eine solche Haltung. Wenn Sie diese Haltung ändern würden, fände ich das schön. Ich weiß nicht, wie künftige Einsparungen gegenüber den Menschen in Bayern vertretbar sein sollen, wenn die Schulden vom Freistaat aufgenommen werden und am Ende die Gewinne Privaten zufließen sollen. Das müssen Sie den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen noch einmal gründlich erklären.

Ich fand die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Bayerischen Landtag spannend. Ich hätte nicht gedacht, dass ich es im Bayerischen Landtag einmal erleben darf, dass die CSU Kapitalismuskritik übt. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich hätte nicht gedacht, dass das möglich ist. Offensichtlich gehört es derzeit zum guten Ton, sich kapitalismuskritisch zu äußern. Wenn Sie diese Kritik ernst meinen, können Sie sich der Schaffung bestimmter Regeln und einem Eingreifen nicht verweigern. Sie könnten sich dann der Erkenntnis nicht verweigern, dass eine Privatisierung der Lan-

desbank der falsche Weg ist. Wer sich kapitalismuskritisch äußert und möchte, dass diese Kritik ernst genommen wird, darf nicht den Weg der Privatisierung gehen.

Wenn Sie kapitalismuskritisch sein wollen, dann bitte mit aller Konsequenz. Oder Sie stehen weiterhin zu der Linie, die Sie früher vertreten haben, als Sie den freien Markt und die freien Kräfte des Marktes angeboten haben. Die Fortsetzung dieser Linie wäre auch konsequent. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie können jedoch nur das eine oder das andere tun. Ich verstehe, dass Sie mit Kapitalismuskritik noch nicht viel Erfahrung haben, aber beides auf einmal geht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Winter hat erwähnt, dass natürlich auch über die Frage der Besetzung des Verwaltungsrats gesprochen wird. Ich stelle immer wieder fest, dass es bei diesem Punkt keine Bereitschaft gibt, mit uns zu reden. Es gibt zwar die Bereitschaft, den Verwaltungsrat zu verändern, was ich begrüße, weil es ein richtiger Schritt ist. Aber die Opposition soll dabei wieder außen vor gehalten werden. Wenn Sie die Kontrolle ernst nehmen und wollen, dass eine Kontrolle stattfindet, müssen Sie die Opposition einbeziehen. Ich kann Ihnen versprechen, dass die Opposition mehr als jeder Sachverständige kontrollieren wird. Wir würden den Leuten auf die Finger schauen. Geben Sie sich endlich einen Ruck und stimmen Sie zu, dass die Opposition im Verwaltungsrat mehrere Sitze erhält.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Weiter vermissen wir, dass entsprechend dem Rettungsschirm des Bundes eine grundsätzliche Anpassung an das Vergütungssystem erfolgt. Über die Gehaltsobergrenzen und über die Streichung von Bonuszahlungen wurde bereits gesprochen. Aber diese Frage muss noch einmal auf die Tagesordnung. Wir müssen grundsätzlich darüber reden, wie künftig Auflagen für die Bank und die Manager aussehen sollen. Wir wollen, dass die Ziele der Landesbank Schritt für Schritt formuliert werden. Das neue Geschäftsmodell enthält Elemente, die wir immer gefordert haben. Wir sind uns einig, dass die

Darlegung eines Geschäftsmodells nur in der Kommission in nicht öffentlicher Sitzung erfolgen kann. Allerdings muss dann dargelegt werden, in welcher Abfolge dieses Modell eingeführt wird und welche Schritte eingeleitet werden.

Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern zahlt einen extrem hohen Preis für das Versagen der Verantwortlichen. Diese sind bis heute ihrer Verantwortung nicht nachgekommen. Ich finde es schön, dass Herr Kollege Huber jetzt gekommen ist. Er hat bisher an der Debatte nicht teilgenommen. Herr Huber, ich habe vorhin gefordert, dass Sie sich endlich umfassend bei den Bürgerinnen und Bürgern und auch beim Untersuchungsausschuss entschuldigen. Das würde Ihnen und Ihrer Fraktion gut zu Gesicht stehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Meinung, dass es durchaus Ansätze für Konzepte und Rahmenbedingungen gibt. Diese Ansätze sind aber nicht ausgereift und noch nicht wirklich tragfähig. Ich möchte nicht sagen, dass das kein Weg ist, der irgendwann zu einem positiven Ergebnis führen kann. Für eine Zustimmung zu zehn Milliarden reicht das aber längst nicht aus.

Die SPD-Fraktion hat bereits vor einem Jahr wiederholt versucht, die Staatsregierung von ihrem Irrweg abzubringen; seit einem Jahr hat sie immer wieder ein neues Geschäftsmodell gefordert. Die CSU ist uns mit Hochmut und Arroganz begegnet. Kernforderungen unseres Geschäftsmodells sind jetzt übernommen worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, endlich einzusehen - der Ministerpräsident scheint es schon eingesehen zu haben -, dass die Sozialdemokraten Recht haben, und das nicht nur in der Bildungspolitik, sondern auch in der Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Überlegen Sie doch nur einmal, welcher Schaden hätte abgewendet werden können und wie viel Geld hätte gespart werden können, wenn man bereits vor einem Jahr ein neues Geschäftsmodell auf den Weg gebracht hätte. Sie haben das nicht getan, sondern haben sich solchen Vorschlägen verweigert.

(Widerspruch des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Zur BayernLB müssen wir sagen - deswegen stimmen wir heute auch nicht zu -: Sie haben die Irrfahrt begonnen, Sie müssen diese Irrfahrt auch selbst beenden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank.
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pointner.

Mannfred Pointner (FW): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zu dem heute hier eingebrachten Nachtragshaushalt ist zunächst einmal festzustellen, dass es um eine Dimension geht, die für viele Menschen bei uns gar nicht fassbar ist. Mit zehn Milliarden kann keiner so recht etwas anfangen, und deswegen ist es erlaubt, einige Vergleiche zu ziehen. Die neuen Kredite mit zehn Milliarden sind die höchste Neuverschuldung seit Bestehen des Freistaates Bayern. Sie erhöhen den derzeitigen Schuldenstand schlagartig um rund 40 %. Die 500 Millionen Euro - mehr oder weniger -, die dafür jährlich an Zinsen zu zahlen sind, entsprechen den Jahresgehältern von 10.000 Beamten oder Angestellten, seien das Lehrer, Polizisten oder sonstige Beschäftigte. Mit den zehn Milliarden könnten zwei Millionen Kindergartenplätze im Jahr bezahlt werden, wie die "Süddeutsche Zeitung" zutreffend festgestellt hat. Zehn Milliarden sind das Zehnfache dessen, was pro Jahr in den staatlichen Hoch- oder Tiefbau investiert wird, also in Schulen, Hochschulen, Verwaltungsgebäuden, Museen oder in Straßen und Brücken.

Das sind die Fakten, und sie zeigen, wie absurd so manche Aussagen sind, die wir in letzter Zeit immer wieder gehört haben, dass die Kreditaufnahme in Höhe von zehn Milliarden keine Auswirkungen auf die Finanzierung künftiger Maßnahmen hätte. Auch wenn ein Teil der Zinsen zunächst aus den Rücklagen finanziert werden kann, so sind doch auch diese Rücklagen Geld der Steuerzahler. Das Geld fehlt sicher für sinnvolle andere Dinge, wofür es hätte verwendet werden können. Dass das alles in einem Sonderkapitel des Haushalts abgewickelt wird, ändert nichts an diesen Tatsachen. Herr

Staatsminister, Sie reden immer noch von einem ausgeglichenen Haushalt, wie heute in der Zeitung zu lesen ist. Das ist eine Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Die Zinsen, die laufend bezahlt werden müssen, werden, wenn weiteres Kapital in die Landesbank gesteckt werden muss, noch höher. Daneben ist völlig ungeklärt, wie die Tilgung dieses Kredits erfolgen soll. Wenn sich die Hoffnung auf eine lukrative Verwertung der Landesbank nicht erfüllen wird, was heute niemand sagen kann, werden uns die Zinsen und Tilgungen für diesen Kredit noch Jahrzehnte beschäftigen, und es wird das eintreten, was Sie in den vergangenen Jahren mit dem ausgeglichenen Haushalt und dem Abbau von Schulden verhindern wollten, dass nämlich die künftigen Generationen für die Fehler der Vergangenheit bezahlen müssen.

Die Fraktion der Freien Wähler sieht nach dem uns heute vermittelten Kenntnisstand - leider, so muss ich sagen - derzeit auch keine schlüssige Alternative zur Rettung der Landesbank. Die Kreditaufnahme von zehn Milliarden Euro zur Stärkung des Eigenkapitals der Landesbank, die Verpflichtungsermächtigung über 1,625 Milliarden Euro und die Garantieermächtigung über 3,175 Milliarden Euro sind wohl unumgänglich. Trotzdem können wir heute bei dem aktuellen Sachstand nicht zustimmen. Das liegt nicht daran, dass uns noch kein klares Konzept und kein schlüssiges Betriebsmodell für die Zukunft der Bank vorliegt. Wenn zutrifft, was Sie uns berichtet haben, Herr Finanzminister, dann haben wir keinen Zweifel daran, dass wir keine Zeit mehr zum Verhandeln und zum Diskutieren haben, sondern dass schnelles Handeln dringend notwendig ist. Wenn die Eigenkapitalstärkung mit zehn Milliarden Euro nicht innerhalb kürzester Zeit durchgeführt werden kann, dann brauchen wir uns nicht mehr über Konzepte oder Betriebsmodelle zu unterhalten; dann reden wir nicht mehr über 5600 Beschäftigte, die ihren Arbeitsplatz verlieren, sondern über 20.000 oder mehr.

Deshalb sind wohl die vorgeschlagenen Maßnahmen notwendig. Sie sind auch deshalb notwendig, weil der Schaden dann, wenn nichts geschieht, für unser Land, für die Spar-

kassen, die Kommunen und nicht zuletzt für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern noch dramatischer wäre, als er jetzt eigentlich schon ist. Was uns heute vorgelegt wird, ist der Versuch einer Schadensbegrenzung im letzten Moment. Wenn man die Landesbank gänzlich an die Wand fahren lassen würde, würde das bedeuten, dass der Freistaat und die Sparkassen bzw. die Kommunen über die Gewährträgerhaftung für Milliarden von Euro haften würden, nicht nur für diese 58 Milliarden, die kurz vor Wegfall der Gewährträgerhaftung aufgenommen wurden, um damit zu spekulieren, sondern auch für andere Altkredite, die zum Teil schon vor 2001 aufgenommen wurden. Keiner kann heute sagen, wie viel von dieser Haftungssumme beim Land oder bei den Sparkassen und damit letztlich bei den Kommunen hängen bleiben würde.

An dieser Stelle muss ich ausdrücklich anerkennen, dass die Sparkassen durch die jetzt vorgenommenen Maßnahmen weitgehend verschont werden. Die Sparkassen könnten weitere Belastungen durch die Landesbank nicht mehr verkraften. Zahlreiche Sparkassen würden ins Minus rutschen. Allein der Verlust des Sparkassenanteils an der Landesbank von 1,4 Milliarden, der hoffentlich nicht oder nicht in Gänze eintreten wird, würde viele Sparkassen über Jahre hinaus erheblich belasten. Ich darf das Beispiel einer kleinen oder mittleren Sparkasse mit einer Milliarde Bilanzsumme nennen. Diese hat einen Anteil am Sparkassenverband von 0,61 %. Bei einem Totalverlust wären das 8,4 Millionen nach Steuern, der die Sparkassen belasten würde. Wenn nur 2,5 Millionen Gewinn übrig bleiben, wäre der Gewinn von vier Jahren weg. Dann könnten auch keine Ausschüttungen mehr an die Gewährträger, an die Kommunen erfolgen mit weiteren Auswirkungen, zum Beispiel bei der Unterstützung von sozialen Zwecken.

Ohne funktionierende Sparkassen aber, die sich im Wettbewerb mit anderen Banken behaupten müssen, wäre eine solide Finanzierung von mittelständischen Unternehmen und Gewerbebetrieben, aber auch von Häuslebauern nicht mehr gewährleistet. Im Gegenzug erwarte ich aber, dass die Sparkassen die Landesbank auch weiterhin als wichtigsten Partner bei Mit- oder Refinanzierungen von Krediten betrachten.

Ich möchte nochmals deutlich machen, dass der unverantwortliche Umgang mit der Gewährträgerhaftung und die Aufnahme von 58 Milliarden Krediten unter dem Schirm der Gewährträgerhaftung ohne konkreten Finanzbedarf maßgebliche Ursache für das jetzige Desaster ist. Weil momentan keine Alternative erkennbar ist und weil keiner die künftige Entwicklung absehen kann, ist es müßig, darüber zu diskutieren, ob denn 2015, wenn die Gewährträgerhaftung wegfällt, das jetzt eingesetzte Kapital zurückfließen wird, weg ist oder sich - was wir uns alle wünschen würden - sogar vermehrt hat. Das wird ganz entscheidend davon abhängen, wie viele von den riskanten Papieren bei Fälligkeit eingelöst werden und wie sich die von allen Wirtschaftsinstituten prognostizierten Konjunkturkrisen auf einzelne Engagements der Landesbank auswirken.

Jetzt gilt es, die Landesbank zu retten. Wir wären auch bereit, dem ausgeworfenen Rettungsanker unsere Zustimmung zu geben, wenn denn unsere Bedingungen, die wir am 3. Dezember im Landtag genannt haben, erfüllt werden.

Die erste Bedingung ist die lückenlose Aufklärung und die Abarbeitung unseres Fragenkatalogs, den wir bereits am 23. Oktober im Landtag eingebracht haben. Er hat seinerzeit keine Mehrheit gefunden. Trotzdem wollen Sie, Herr Staatsminister Fahrenschon, diese Bedingung erfüllen, wie Sie uns in einer der letzten Sitzungen des Haushaltsausschusses versichert haben. Sie wollen unsere Fragen zwar nicht sofort beantworten, weil die Zeit dafür nicht reicht, aber Sie wollen nach und nach auf unsere Fragen eingehen. Doch leider - das muss ich jetzt feststellen - sind schon einige Wochen vergangen, und wir haben bis heute noch keine Einzelheiten erfahren. Wir vertrauen aber darauf, dass Sie Ihre Zusage einhalten werden, Herr Staatsminister.

Die lückenlose Aufklärung verlangen wir nicht unseretwegen, sondern vor allem wegen der berechtigten Ansprüche unserer Bürgerinnen und Bürger, unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Es kann nicht sein, dass einerseits ein Bürgermeister - ich betone ausdrücklich: mit Recht - bestraft wird, weil er Kassenkredite für Investitionen verwendet hat und seiner Gemeinde dadurch einen Schaden von ein paar Tausend Euro zugefügt hat, oder dass - ich schaue in die Geschichte zurück - ein Landrat auf Betreiben der

damaligen Staatsregierung seines Amtes enthoben wird, weil er Krankenhauszuschüsse von einem Haus zum anderen umverteilt hat, und dass andererseits Milliarden in hoch riskante Geschäfte gesteckt werden und damit unüberschaubare Schäden verursacht werden, für die niemand zur Verantwortung gezogen werden kann.

Mit einer Entschuldigung ist es nicht getan. Der Herr Ministerpräsident ist leider nicht mehr da. Er hat gestern Abend in einem Interview im österreichischen Fernsehen gesagt, dass auch Fehler in Bayern gemacht wurden. - Da hat er vollkommen Recht. Nur wollen wir wissen, wer hat Fehler gemacht und welche Konsequenzen werden daraus gezogen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Wir erwarten, dass hier schnellstens Aufklärung geleistet wird, dass Verantwortliche genannt werden, dass mögliche Ersatzansprüche geltend gemacht werden und dass sich auch der Staatsanwalt um die Angelegenheit kümmert.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Unsere zweite Bedingung, nämlich die Beteiligung der Opposition im Aufsichtsgremium Verwaltungsrat, wollen Sie, Herr Staatsminister, nicht akzeptieren. Ihre Begründung kann ich nicht nachvollziehen. Sie sagen, der Verwaltungsrat der Landesbank sei nicht vergleichbar mit den Verwaltungsräten bei den Sparkassen - dort sitzen Vertreter der Kreistage und der Stadträte, und dort gilt durchaus der Proporz der Gruppen, zumindest in den Zweckverbänden -, weil die Stadträte und Kreisträte Exekutivorgane seien, was der Landtag im Verhältnis zur Staatsregierung nicht sei. Ich kann das nicht nachvollziehen; denn nirgends steht, dass nur Vertreter von Exekutivorganen im Verwaltungsrat der Landesbank sitzen dürfen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Gerade die besondere, in ihrer Dimension einmalige Situation, dass mehr als ein Viertel des jetzigen Staatshaushalts in die Landesbank investiert werden soll, wobei das Ende nicht absehbar ist, sollte Anlass genug für eine Beteiligung der Opposition sein. Da die

Verwendung von Haushaltsmitteln eines der grundlegenden Rechte des Landtags ist, verlangt die jetzige Situation sogar danach, alle Fraktionen an der Entscheidung zu beteiligen, was mit diesen Mitteln weiter geschieht.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Eike Hallitzky (GRÜNE))

Es geht um das Geld aller Steuerzahler in Bayern, und die Oppositionsfraktionen vertreten fast die Hälfte dieser Steuerzahler. Die besondere Kommission kann die Beteiligung nicht ersetzen, weil sie zwar informiert wird, aber nicht unmittelbar an Entscheidungen beteiligt ist. Bei der Tragweite der heutigen Entscheidung mit ihren Auswirkungen auf die Haushalte der kommenden Jahre wäre es im Sinne einer gelebten Demokratie, auch die anderen Fraktionen, die ebenso Verantwortung für unser Land tragen wollen, zu beteiligen.

Oder wollen Sie eine Beteiligung der Opposition deshalb nicht, weil Sie der Opposition keinen Einblick in bestimmte Geschäfte der Bank geben wollen? Dabei müssten Sie eigentlich ein besonderes Interesse an der Beteiligung haben, weil Sie dann Vorwürfen, die in der letzten Zeit in der Presse zu lesen waren und die die Einflussnahme bei Kreditvergaben - ich nenne nur, es ist bereits gesagt worden, den Obersalzberg und die Kirch-Kredite - betreffen, leichter entgegentreten können.

Eine Beteiligung der Opposition im Verwaltungsrat würde auch nicht zu einer weiteren Aufblähung des Verwaltungsrats der Landesbank führen, weil die Vertreter der Opposition die Plätze der Sparkassenvertreter, die wegen der Reduzierung ihrer Beteiligung ausscheiden werden, einnehmen könnten.

Zusammenfassend stelle ich fest: Meines Erachtens gibt es keinen vernünftigen Grund, die Opposition am Verwaltungsrat nicht zu beteiligen. Wenn wir Verantwortung für den Nachtragshaushalt übernehmen sollen, dann wollen wir auch Verantwortung dafür übernehmen, was mit diesem Geld geschieht. Ich bitte Sie daher, Herr Finanzminister - der Ministerpräsident ist nicht mehr da -, Ihre jetzige Haltung noch einmal zu überdenken. Ansonsten können wir dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen. Ich kann Ihnen aber

versichern, dass wir die Entwicklung der Landesbank weiterhin konstruktiv, aber auch kritisch begleiten werden.

(Anhaltender Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hallitzky vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst - Herr Kollege Winter ist da oder nicht da? - daran erinnern, warum wir heute die Debatte um den Nachtragshaushalt führen müssen. Wir müssen diese Debatte zu einem kleinen Teil deshalb führen, weil es eine Finanzmarktkrise gibt, die beispielsweise die höheren Eigenkapitalanforderungen wegen der prozyklischen, also krisenverschärfenden Wirkung von Basel II zur Konsequenz hatte. Das ist aber der kleinere Teil.

Bei der Landesbank geht es darüber hinaus um gravierende hausgemachte Probleme. Der geschätzte Kollege Winter, der hier eben für die CSU-Fraktion gesprochen hat, betreibt Legendenbildung, wenn er behauptet, man habe die Ursachen für die Krise bei der Landesbank nicht selbst geliefert, sondern die Finanzmarktkrise sei die alleinige Ursache für die Krise bei der Landesbank. Ich sehe Herrn Winter immer noch nicht, aber vielleicht geben Sie ihm das weiter, Herr Fahrenschon, damit er mitbekommt, was er hier verzapft hat. Warum glaubt denn der Kollege Winter, dass wir uns über alle Fraktionen hinweg über die Umstrukturierung der Landesbank unterhalten, wenn wir nicht wüssten, dass die bisherige Struktur massive Fehler produziert hat? Allein das müsste ihm zu erkennen geben, dass es eben nicht allein die Finanzmarktkrise war, sondern dass es ganz massiv die Strukturen und die Politik der Landesbank waren, die schuld daran sind, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats - Sie wissen, das waren alles Leute aus der CSU-Fraktion - gemeinsam mit dem Vorstand wirtschaftliche und politische Schuld auf sich geladen haben - möglicherweise auch persönliche Schuld, das werden wir zu klären haben.

Ob Asienkrise oder Kirch-Pleite, ob Erwerb der Hypo Group Alpe Adria oder Einstieg in den US-amerikanischen Hypothekenmarkt, ob Kreditvergaben ins herbstliche Island - es war nicht die Finanzmarktkrise, die zentral ursächlich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es war die Politik der Staatsregierung im Verwaltungsrat und des Bankvorstands. Es war Bayerns Größenwahn. Es war der Größenwahn der CSU-Staatsregierung, der die Bayerische Landesbank auf so ziemlich alle, alle Spielfelder der globalen Finanzmärkte trieb. Für sie fand "Der Spiegel" schon 1999 die wenig charmante Gleichung "die Landesbank ist eine Zockerbude".

- Ich begrüße den Kollegen Winter. Ich bitte Sie, das nachzulesen, was ich bisher gesagt habe.

Es war, wie gesagt, nicht die Finanzmarktkrise. Es war die Hybris dieser Staatsregierung. Um darzustellen, was da passierte, werde ich aus dem reichen Fundus der Skandale den Erwerb der Hypo Group Alpe Adria herausgreifen. Die BayernLB - das kann jeder auf der Homepage der BayernLB nachlesen - hat kein Retail-Geschäft in Bayern, weil sie damit den Sparkassen in die Quere kommen könnte. Also hat sie - auch das steht auf der Homepage der BayernLB und ist für jeden nachlesbar - die Hypo Group Alpe Adria auch deshalb gekauft, weil sie damit doch in das Retail-Geschäft, also in das Endkundengeschäft einsteigen konnte. Das liegt allerdings nicht in Bayern, sondern in Bosnien-Herzegowina und den anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens, wo wir jetzt eine große Filialbank haben. Die BayernLB ist sozusagen die "Mutter der Sparkassen" im ehemaligen Jugoslawien. Wenn wir Glück haben, geht so etwas gut. Aber so unmittelbar einsichtig war und ist das bis heute nicht, warum es im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Bayerns sein soll, ein sparkassenartiges Filialnetz in Südosteuropa zu besitzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So ganz Glück hatten wir dann auch gar nicht, weil die Hypo Group Alpe Adria 700 Millionen Euro frisches Eigenkapital braucht. Davon müsste Bayern als Mehrheitseigner mit knapp 60 % - rund 400 Millionen Euro - zahlen. Den Rest müssten die Minderheitsaktionäre, also die Grazer Wechselseitige und das Land Kärnten, beitragen. Müssten! Das tun sie aber nicht. Sie zahlen nicht. Warum zahlen sie nicht? - Die Antwort ist klar. Sie zahlen nicht, weil sie nicht zahlen müssen. Dafür gibt es nur eine Erklärung. Der damalige Finanzminister Faltlhauser hat in seinen Verhandlungen die Miteigentümer von jeder Nachschusspflicht befreit. Deshalb muss Bayern 300 Millionen Euro mehr für eine Bank zahlen, die in Kärnten eine wunderbare Zentrale hat und die in Südosteuropa tätig ist. Herr Faltlhauser saß seither bis vor Kurzem im Aufsichtsrat der Hypo Group Alpe Adria. Das war vielleicht die Belohnung.

Warum erwähne ich das Beispiel der Hypo Group Alpe Adria, für die es wegen anderer Gesetzesverstöße, auf die die Österreichische Nationalbank als dortige Bankenaufsicht hinwies, Untersuchungsausschüsse im Kärntner Landesparlament und im Österreichischen Nationalrat in Wien gab und die auch in Liechtenstein, in Kanada und vielerorts wenig Rühmliches unternahm? Warum erwähne ich das Beispiel? - Es zeigt als ein Beispiel unter vielen - ich hätte die ABS-Papiere, die Kirch-Pleite und vieles andere nennen können -, wie die Staatsregierung gemeinsam mit dem Bankenvorstand die Bank immer wieder scharf am Rande des nach dem Landesbankgesetz überhaupt Zulässigen manövriert hat. Ich denke, wir werden einiges in der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB und vor Gerichten aufzuarbeiten haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus den Reihen der Opposition gab es immer wieder Versuche, die Landesbank in ruhigeres, in bescheideneres Fahrwasser zu leiten. Ich erinnere an die Rolle meiner Vorgängerin Emma Kellner unter anderem bei der Aufarbeitung der Kirch-Pleite. Ich erinnere auch daran, dass die SPD im Jahre 2003 beantragte, dass die Landesbank künftig keine unkalkulierbaren finanziellen Wagnisse mehr eingehen dürfe. Ich erinnere auch daran, dass wir der Übertragung der Fonds zur Fi-

finanzierung des Erwerbs der Hypo Group Alpe Adria nicht zugestimmt und heftig vor den Risiken, die jetzt eingetreten sind, gewarnt haben.

Dennoch, der Einfluss der Opposition war begrenzt. Wir wurden als Cassandras belächelt und ansonsten systematisch von Informationen abgeschnitten. Noch in diesem Jahr verweigerte die Staatsregierung Antworten auf eine Schriftliche Anfrage über die Umstände beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria mit dem Hinweis, das gehe uns nichts an.

Nur einen Monat später beschloss der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags gegen unsere Stimmen die Kapitalerhöhung der BayernLB, um den Kauf der Hypo Group Alpe Adria zu stemmen. Von der politischen Willensbildung und Entscheidung waren wir weitgehend ausgeschlossen. Wie heute die Kolleginnen und Kollegen der CSU wissen, war die Ausgrenzung der Opposition zum großen Schaden der Landesbank und zum großen Schaden Bayerns.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt wollen Sie, dass diejenigen, die Sie als Staatsregierung systematisch ausgegrenzt haben, bei der Bewältigung der Folgen Ihrer Politik zustimmen. Das können wir nicht tun. Wer nicht informiert, wer sich nicht helfen lässt, der muss die Verantwortung alleine übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, die politische Mitentscheidung ist die Voraussetzung, dass wir den Nachtragshaushalt mittragen könnten. Deshalb, sehr geehrter Herr Fahrenschon, weil wir Verantwortung tragen können und wollen, fordern wir diese Sitze im Verwaltungsrat für die Oppositionsparteien. Ich denke, schon aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus wären Sie gut beraten, uns darin zu folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht eine schnelle Absicherung der Bayerischen Landesbank als eine der großen deutschen Banken aus den schon genannten Gründen wie Gewährträgerhaftung und Folgen für die Realwirtschaft als alternativlos. Das Rettungspaket muss geschnürt werden, auch wenn die Ursachen für den heutigen Zeitdruck sehr stark damit zu tun haben, dass wir in diesem Jahr mehrere Wahlen hatten.

Inhaltlich begrüßen wir in der Vorlage der Staatsregierung den Aspekt der Schonung der Sparkassen, die für die Mittelstandsfinanzierung in den Regionen Bayerns eine herausragende Bedeutung haben. Wir halten es aber für grundfalsch, dass den Sparkassen im Nachtragshaushalt der vollständige Ausstieg aus ihrer Eigentümerrolle eröffnet wird. Warum? - Trotz verschiedener vertraglicher Bindungen zwischen der Landesbank und den Sparkassen ist die Miteigentümerschaft der Sparkassen an der Landesbank für die Absicherung der künftigen Kooperation nötig. Konstitutiv können wir darauf nicht verzichten, weil sonst die Gefahr besteht, dass die Sparkassen die Landesbank beiseite lassen und die Bayerische Landesbank umgekehrt nicht mehr mit den Sparkassen kooperiert, sondern die Konkurrenz zu ihnen in Bayern sucht. Deshalb ist für uns von zentraler Bedeutung, dass die Sparkassen, wenn auch mit einem geringen Anteil, nach wie vor Eigentümer der Landesbank bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für falsch halten wir auch, dass die Staatsregierung auf Risikokapital des Bundes verzichtet. Drei Milliarden Euro Risikokapital vom Bund ist kein Pappenstiel. Es sind knapp zehn Prozent des Staatshaushaltes, auf die der Freistaat unserer Auffassung nach nicht verzichten kann. Wir wissen, und auf der Pressekonferenz der BayernLB Anfang Dezember 2008 hieß es auch, dass die Umsetzung der SoFFin-Forderung sehr komplex ist. Konkret geht es um die Forderung nach einer Auslagerung aller strategisch nicht notwendigen Geschäftsbereiche und der Risikopapiere in eine sogenannte bad-bank. Aber inhaltlich steht dahinter, dass die Staatsregierung und die BayernLB diese Auslagerung aus der BayernLB gar nicht wollen. Sie wollen das gesamte Geschäftsmodell in

der Bank behalten. Hierbei geht es letztendlich um eine Willensentscheidung, die wir nicht mittragen, die für uns nicht zustimmungsfähig ist, weil damit die Übernahme von drei Milliarden Euro Risikokapital vom Bund verhindert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, es sind aber nicht nur die Verantwortlichkeiten der Vergangenheit, die die Landesbank in die heutige prekäre Lage geführt haben, und es ist nicht alleine unsere Kritik an einigen Details, die ich skizziert habe, sondern es ist auch Ihre unverantwortliche Finanzpolitik, die Sie mit dem Nachtragshaushalt im Kontext Ihrer gesamten steuerpolitischen Vorstellungen wieder eindrucksvoll unter Beweis stellen.

Bayern muss sich für diesen Nachtragshaushalt mit zehn Milliarden Euro verschulden. Zehn Milliarden Euro kosten auf dem Kapitalmarkt für Bayern rund 500 Millionen Euro Zinsen jährlich. Dass davon ein Teil von der BayernLB, nämlich der Bereich der stillen Einlage übernommen werden soll, ist, nachdem die Bank nun weitgehend im Staatseigentum ist, ein Linke-Tasche-rechte-Tasche-Spiel. Darauf können wir verzichten. Es sind also 500 Millionen Euro, die jährlich an Kosten anfallen.

Darüber hinaus müssen wir in den nächsten Jahren die Totalausfälle der Dividenden für den Kulturfonds, den Naturfonds, den Umweltfonds und andere Fonds aus dem ordentlichen Haushalt finanzieren. Bisher betrug die Dividende rund 65 Millionen Euro pro Jahr. Davon gingen rund 35 Millionen Euro an die Fonds. Diese Mittel muss der Steuerzahler jährlich zusätzlich berappen.

Darüber hinaus muss die Landesbank für 15 Milliarden Euro Liquiditätsgarantien des Bundes wie auch andere Banken in einer Größenordnung von circa einem Prozent, das sind jährlich 150 Millionen Euro, Gebühren zahlen. Schließlich ist da noch die Bürgschaft für das 21-Milliarden-ABS-Portfolio in Höhe von 6 Milliarden, von denen die Bank 1,2 Milliarden und der Freistaat 4,8 Milliarden Euro verbürgen. Nach dem mittleren Ausfallszenario, das wir im Nachtragshaushalt vorgelegt bekommen, wird heute mit Ausfällen in Höhe von rund 2,825 Milliarden gerechnet. Allein für den Landesanteil von 1,625 Milli-

arden Euro wären, wenn man vorsorgen würde, an Zinsen 100 Millionen Euro jährlich zu erbringen. Dass diese Gelder erst später, nämlich 2011 - vielleicht etwas mehr, vielleicht auch etwas weniger - fällig werden, kann doch nicht dazu führen, dass wir im Haushalt so tun, als gäbe es diese Erwartung, diese 1,625 Milliarden Euro in der Zukunft zahlen zu müssen, nicht.

Wir halten es deshalb für völlig unverantwortlich, wenn sowohl im Nachtragshaushalt als auch im kommenden Doppelhaushalt hiergegen keinerlei Vorkehrungen getroffen werden, denn dann wird es den nachfolgenden Doppelhaushalt völlig unvorbereitet und mit doppelter Wucht treffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Summe sind heute, wenn man es bei Licht betrachtet, alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns um knapp 1.000 Euro ärmer - 10 Milliarden plus 1,625 Milliarden erwarteter Ausfall aus der Bürgerschaft.

Was aber kostet uns das jährlich? - Wenn wir die Kosten für die Eigenkapitalerhöhung, für die Liquiditätsgarantie, für die Fondsübernahme im Haushalt und die Bürgerschaft jährlich bedienen müssen - wir müssten sie auch jährlich bedienen, aber Sie sind ja Haushaltstechniker - und alles zusammenzählen, kommen wir auf eine Größenordnung von jährlich rund einer Milliarde Euro, die uns im Haushalt fehlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer diese Kosten in diesem Nachtragshaushalt und wenn ich Ihre haushaltsakrobatische Vorstellung des Doppelhaushaltes richtig interpretiere, auch im kommenden Doppelhaushalt völlig ignorieren will, wer in diesem Zusammenhang noch davon spricht, dass die heutige Veranstaltung den Staatshaushalt nicht belaste, sondern Ausdruck - das haben Sie heute in Ihrer Kabinettspresemitteilung geschrieben - finanzpolitischer Solidität und nachhaltig sei, ja, wer in diesem Zusammenhang noch zu behaupten wagt, dass Bayern am ausgeglichenen Staatshaushalt festhält, der handelt finanzpolitisch mit hohem Maße unseriös und streut den Menschen Sand in die Augen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was Sie hier veranstalten, ist Bilanzkosmetik, die wir alle im übernächsten Doppelhaushalt bitter, bitter bezahlen müssen. Eine Milliarde jährlich für die Landesbank! Und da stellt sich die Koalition hierher und bekundet mit treuherzigem Augenaufschlag, sie wolle die Kosten für die BayernLB mit entsprechenden Privatisierungserlösen, die die Bank künftig erbringen würde, wieder hereinbekommen. Sie bräuchte deshalb auch eigentlich keine Vorsorge zu treffen. Meine Lieben, im höchsten Stand Ihrer Blüte hat Rothschild 2007 die Bank für das Haushaltsjahr 2005 geschätzt und kam auf einen Wert von 8 bis 9,5 Milliarden Euro. Heute reden Sie von Privatisierungserlösen, die ungefähr doppelt so hoch sein müssten, damit die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ihre Kosten für das Eigenkapital und die mit dem heutigen Tage verbundenen Zinsen und Gebühren wieder hereinbekommen würden. Solche Naivität entwickelt außer Ihnen niemand, liebe Koalitionäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb können wir auch dem heutigen Nachtragshaushalt nicht zustimmen.

Doch es kommt noch schlimmer. Nicht genug damit, dass Sie mit Ihrer Landesbankpolitik über Jahre hinweg und mit dem unverantwortlichen Herunterspielen der künftigen Lasten auch in diesen Tagen eindrucksvoll beweisen, dass Sie nicht mit Geld umgehen können, - Ihre aktuelle Steuerpolitik zeigt darüber hinaus, dass sie auch nicht willig und nicht fähig sind, die richtigen Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der November-Steuerschätzung wird noch von einem kleinen positiven Wirtschaftswachstum ausgegangen. Die finanzielle Grundlage für den Doppelhaushalt ist also bereits Makulatur, bevor er überhaupt eingereicht wurde. Wenn wir davon ausgehen, dass das Wachstum rund 2 % niedriger ist, als der Steuerschätzung noch zugrunde gelegt, dann ist das eher eine bescheidene Größenordnung. Das würde aber für den

bayerischen Staatshaushalt bereits eine Größenordnung von über 500 Millionen Euro weniger an Einnahmen bedeuten.

Angesichts der großen Landesbanklasten und der Haushaltslöcher, die uns erwarten, kann doch eine verantwortlich handelnde Konjunkturpolitik nur so aussehen, dass wir mit einmaligen Maßnahmen, vor allem im investiven Bereich, gleichermaßen die Wirtschaft stabilisieren und Impulse für ein zukunftsfähiges, ressourcenleichtes Wirtschaften geben. In diese Richtung gehen auch die Überlegungen von SPD und GRÜNEN, wobei die Kolleginnen und Kollegen uns natürlich neidlos zuerkennen werden, dass unsere Vorschläge einen Tick besser sind. Aber das nur am Rande.

Was aber schlagen Sie vor? - Sie wollen dem von Ihnen schwer gebeutelten Staat die finanzielle Basis vollends entziehen, die er braucht, um in die Daseinsvorsorge, in die Infrastruktur - Stichwort DSL -, in Bildung, in das Auffangen der absehbaren sozialen Verwerfungen, in die Förderung einer zukunftsfähigen Wirtschaft investieren zu können. Kurz: Sie entziehen uns mit Ihren Steuerplänen die Mittel, die wir bräuchten, um unserer Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen gerecht werden zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Debatte um die Erbschaftsteuer - auch hier im Plenum - hat immer wieder gezeigt, dass aus der CSU mehr oder weniger offen ihre Regionalisierung als Vorstufe zu ihrer Abschaffung gefordert wird. Die Erbschaftssteuer alleine macht rund 900 Millionen Euro für Bayern; abzüglich der Erhebungskosten würden dem bayerischen Staatshaushalt vielleicht 700 bis 800 Millionen Euro fehlen, ganz abgesehen von der Bedeutung der Erbschaftsteuer bei der Verringerung der Kluft zwischen Reich und Arm.

Als Krönung fordert die CSU auf Bundesebene eine sofortige Entlastung der Bürgerinnen und Bürger um 25 Milliarden Euro. Das alleine würde für den bayerischen Staatshaushalt Jahr für Jahr einen Einnahmeausfall von rund 2 Milliarden Euro bedeuten.

In der Summe belaufen sich also die jährlichen Belastungen durch Landesbank und Steuerpolitik à la CSU auf fast 5 Milliarden Euro für den bayerischen Staatshaushalt. Das sind über 12 % des bayerischen gesamten Haushaltes.

So eine finanzpolitische Traamtänzerie der Staatsregierung mag wohlfeil sein in diesen Tagen, in denen alle Dämme zu brechen drohen. Aber gerade dass Sie hier diesen billigen Populismus fahren - Sie sagen: Wir fordern da Erleichterungen und dort Entlastungen, hier Erleichterungen und die Kosten der Landesbank verstecken wir im Nachtragshaushalt -, kritisieren wir aufs Schärfste, weil Sie damit politisch und finanzpolitisch völlig verantwortungslos handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn natürlich ein Teil, ein kleiner Teil des Landesbank-Desasters eine Folge der internationalen Wirtschaftskrise ist, so ist doch der größte Teil des Desasters hausgemacht. Die Staatsregierung trägt hierfür gemeinsam mit dem Landesbankvorstand die Schuld. Der Nachtragshaushalt, den Sie heute vorgelegt haben, zeigt ebenso wie Ihr Reden und Handeln in der steuerpolitischen Debatte, dass Ihre alleinige finanzpolitische Leitlinie das Prinzip Hoffnung ist. Deshalb handeln Sie bei allem aner kennenswerten Bemühen um die Rettung der Bank finanzpolitisch in der Gesamtschau in besonders eindrucksvoller Weise unglaublich und unseriös. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird diese finanzpolitische Geisterfahrt nicht unterstützen. Deshalb werden wir Ihren Nachtragshaushalt ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Klein, FDP.

Karsten Klein (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich befinden wir uns in einer Finanzkrise, natürlich befinden wir uns in einer internationalen Wirtschaftskrise. Die Presse ist täglich voll von neuen Nachrichten

von jenseits des Atlantiks, aber auch aus Europa. Wir werden hier morgen über Konjunkturprogramme debattieren. Solche Debatten werden überall auf der Welt geführt, besonders in den Vereinigten Staaten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nur nicht in Bayern!)

- Wir führen doch morgen die Diskussion hier, also auch in Bayern. Ich will deshalb heute nicht allzu tief einsteigen. Unser Ansatz ist schon seit Langem ein anderer. Das gilt auch für das Thema "Mehr Brutto für Netto"; auch das möchte ich hier an dieser Stelle nicht vertiefen. Wir werden sicher morgen Gelegenheit haben, das auszuführen und einiges richtig zu stellen. Denn man darf hier nicht nur von Prozentsatzrechnungen ausgehen und von statischen Werten, sondern man muss sehen, dass sich die Wirtschaft im Wandel befindet. Das muss man immer mit einkalkulieren.

(Beifall bei der FDP)

Eines muss man an der Stelle klipp und klar sagen, Frau Rupp. Über welche Dimension der Konjunkturprogramme würden wir morgen sprechen, wenn der bayerische Staat nicht zehn Milliarden Euro in die Hand nehmen würde, um die Bayerische Landesbank zu stützen?

(Beifall bei der FDP)

Wir sind uns alle darüber im Klaren, dass die Auswirkungen für das Bankensystem, für die Mittelständler und für die Kommunen - liebe Freie Wähler! - schlimm, ja vielleicht sogar schlimmer wären, als wir es uns heute vorstellen können. Deshalb ist es für uns ein unerlässlicher Schritt, die Rettung der Landesbank über diesen Nachtragshaushalt zu sichern.

(Beifall bei der FDP)

Wir reden von Abschirmung und Kapitalzufuhr. Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir nicht nur über diese zehn Milliarden Euro reden, sondern dass wir auch eine Menge

Fragen stellen müssen. Dafür wurde auch eine Kommission eingerichtet. Wir fragen nach den Verantwortlichkeiten. Das ist völlig richtig. Allerdings würde ich an der Stelle nicht so weit gehen und über Täter sprechen. Ich empfinde den Begriff "Täter" mehr als deplatziert. Man kann sicher über Verantwortlichkeiten reden, Frau Rupp, aber über Täter sollte man an der Stelle nicht unbedingt reden.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist auch uns, der FDP-Fraktion, sehr an Ursachenforschung gelegen. Das wird überhaupt nicht infrage gestellt. Denn nur der, der die Ursachen richtig betrachtet, kann auch für die Zukunft lernen. Auch das wollen wir in der Kommission tun. Wir wollen eine Diskussion über das Geschäftsmodell führen. Für uns ist es dabei völlig klar, dass es ein Geschäftsmodell ohne den engen Verbund mit den Sparkassen und dem Sparkassenverband nicht geben kann. Wir sind dezidiert der Meinung, dass die Sparkassen gefordert sind, neben warmen Erklärungen auch verbindliche Aussagen gegenüber der Landesbank, dem bayerischen Staat und den Bürgern abzugeben.

(Beifall bei der FDP)

Dies alles befreit uns aber sicher nicht davon, neben der Arbeit in der Kommission und neben unserer heutigen und morgigen Debatte in allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen darüber einen Diskurs zu führen, was bei der Finanzkrise passiert ist, welche Auswirkungen diese hat und welche Schlüsse daraus gezogen werden müssen. Wir müssen uns schon überlegen, wie wir dieses System in Zukunft auch international neu organisieren wollen. Wir alle sind gefordert, gemeinsame Schritte einzuleiten, wenn wir für die soziale Marktwirtschaft eintreten wollen.

Alles dies - die Kommission und die Beratungen - ist richtig und wichtig. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der bayerische Staat für die Landesbank in enormem Maß in der Gewährträgerhaftung steht. Die Opposition tut so, als würde es diese Gewährträgerhaftung nicht geben.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wir stecken in dieser Gewährträgerhaftung, und die lässt uns in der aktuellen Situation nur wenige Mittel übrig.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Alexander König (CSU): Genau so ist es!)

Wir sind durch die Gewährträgerhaftung gebunden. Deswegen können wir aktuell auch keine Diskussion über die Privatisierung führen. Wir könnten die Bank, wie das Beispiel IKB zeigt, nur zu einem ganz geringen Wert verkaufen. Wahrscheinlich müssten wir noch etwas dazugeben.

Das heißt aber nicht, dass wir langfristig nicht über die Privatisierung reden. Ich verstehe die Haltung der GRÜNEN und auch der SPD an dieser Stelle überhaupt nicht. Auf der einen Seite kritisieren sie in langen Reden, dass die Bayerische Staatsregierung für das Versagen der Landesbank verantwortlich sei. Auf der anderen Seite fordern sie aber, dass die Bank nicht privatisiert wird. Hier sehe ich einen Bruch in Ihrer Argumentation.

(Beifall bei der FDP)

Schauen Sie sich doch einmal die gesamte Landesbankenlandschaft und die Landschaft der privaten Banken in Deutschland an. Bei allen Problemen, die bestehen, und bei allen Diskussionen, die berechtigt sind, kommen die privaten Banken aus der Krise doch besser heraus als die Landesbanken. Übrigens gab es auch Landesbanken in Ländern, in denen Rot-Grün regiert hat. Dort sieht es auch nicht besser aus.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht ist hier ein Zitat etwas falsch wiedergegeben worden. Wenn man vorne und hinten etwas weglässt, kommt oft etwas anderes heraus. Ich habe auch noch einmal mit dem Kollegen Hacker gesprochen. Wir stehen nicht dafür, dass Verluste sozialisiert und

Gewinne privatisiert werden. Das ist nicht die Haltung der FDP. Das möchten wir auch nicht.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD): Genau das ist es aber!)

Ich gebe Ihnen in einem Punkt recht. Es ist sicher noch nicht abzusehen, ob wir dann, wenn wir mit der Restrukturierung fertig sind, über die Privatisierung das Geld einspielen werden, das wir bisher in die Landesbank investiert haben und auch jetzt noch investieren. Das steht sicher außer Frage. Mit der Privatisierung wollen wir aber die Schuldentilgung ermöglichen. Wir möchten, dass wenigstens ein Teil dieser zehn Milliarden, im besten Fall sogar alles, zurückgezahlt wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben heute eine ganze Menge gehört. Wir haben viele Fragen gestellt. Wir haben viele Vorwürfe gehört. Vieles ist auch berechtigt. Bei allen Fragen, die gestellt worden sind, habe ich aber keinen einzigen Vorschlag gehört. Ich habe keinen einzigen Vorschlag der Opposition dazu gehört, wie sie die aktuelle Situation bewältigen möchte.

(Beifall bei der FDP)

Wie sieht denn Ihr Vorschlag aus? Wie wollen Sie die zehn Milliarden Euro beibringen? Oder heißt Ihre Alternative, dass Sie die Bank absaufen lassen und alle Folgen für die Sparkassen, die Kommunen und die bayerischen Bürger in Kauf nehmen? Ist das ihr Modell der Rettung und des Umgangs mit dieser Situation?

(Beifall bei der FDP)

Die einzige Forderung, die ich heute von der Opposition gehört habe, war, dass sie einen Sitz im Verwaltungsrat der Landesbank haben möchte.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Das war das Einzige, was Sie heute gesagt haben. Sie erzählen den Bürgerinnen und Bürgern draußen, dass die Staatsregierung verantwortungslos handelt. Für Sie ist aber nur der Sitz im Verwaltungsrat wichtig. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei Ihrer Argumentation komme ich nicht mit.

(Beifall bei der FDP - Eva Gottstein (FW): Da müssen Sie halt mitdenken!)

Des Kraftakts der zehn Milliarden Euro sind wir uns bewusst. Trotzdem halten wir am Ziel des ausgeglichenen Doppelhaushalts 2009/2010 fest. Das gilt auch vor dem Hintergrund, dass uns im nächsten Jahr schwierige Zeiten bevorstehen. Wir müssen uns auch im Klaren darüber sein, dass wir die Diskussion über die zehn Milliarden Euro außerhalb der regulären Haushaltsdebatte führen. Sie haben es hier immer wieder gesagt. Wir sprechen über Fehler der Vergangenheit. Wir sprechen über Fehler, die in den 90-er Jahren und Anfang dieses Jahrzehnts begangen wurden. Die möchten wir nicht in die aktuelle Haushaltsdebatte einbeziehen. Deshalb werden wir dem Nachtragshaushalt zustimmen. Wir wissen, dass der Schaden an den bayerischen Bürgern, den Sparkassen und den Kommunen nicht eingeschätzt werden kann. Deshalb werden wir uns auch in der Kommission einbringen, damit unsere Fragen beantwortet werden. Wir stimmen diesem Nachtragshaushalt zu.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege von und zu Lerchenfeld.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Eile ist geboten. Es geht um die Landesbank, es geht ums Bankensystem in Deutschland insgesamt, aber es geht vor allem um die Sparkassen und es geht um die Kommunen des Freistaates Bayern. Der Freistaat Bayern und der Verband der bayerischen Sparkassen gehen in gemeinsamer Verantwortung an die Situation bei der Bayerischen Landesbank und den daraus entstehenden Handlungsbedarf heran. Hinter der Entscheidung, dass der Freistaat Bayern die anstehende Kapitalerhöhung und Abschirmung alleine finan-

ziert, steht unser ausdrücklicher politischer Wille, neben der BayernLB auch die Sparkassen in ihrer wichtigen Funktion für das Gemeinwohl zu unterstützen. Mir ist es nicht verständlich, dass Teile der SPD diese Verantwortung nicht übernehmen.

Welche Alternativen sind uns denn aufgezeigt worden? - Überhaupt keine. In keiner einzigen Sitzung gab es einen Vorschlag der SPD dazu, wie man aus dieser Situation anders herauskommen könnte. Wollen Sie denn die Landesbank pleite gehen lassen? Wollen Sie wirklich, dass Freistaat und Sparkassen in voller Höhe von der Gewährträgerhaftung mit 110 Milliarden Euro getroffen werden? Sind Sie sich darüber im Klaren, was Sie damit anrichten könnten, wenn Sie diesen Nachtragshaushalt endgültig ablehnen?

Ihre Haltung, Kollege Maget, ist mir vollkommen unverständlich. Ich bin davon überzeugt, dass einige von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sich durchaus Ihrer Verantwortung für die Bank, für die Sparkassen in Bayern und für die Kommunen bewusst sind. Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie sich der einzigen vernünftigen Lösung verschließen, nämlich der schnellen Hilfestellung für die Bayerische Landesbank. Sie machen Opposition um der Opposition willen.

(Beifall bei der CSU)

Folge davon könnte sein, dass die Landesbank pleite geht.

(Hans Joachim Werner (SPD): Sie haben sie doch in die Pleite getrieben! - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Frau Kollegin Rupp, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie klargestellt haben, dass Sie das Konzept der Landesbank geprüft haben. Sie sehen, dass das Konzept zur Rettung der Bank interessant ist, gute neue Wege aufzeigt, und dass Sie es, zumindest in Teilen, für vernünftig halten, wie Sie gesagt haben. Der Weg ist richtig, doch die SPD lehnt die Rettung der Landesbank, die Rettung der Sparkassen in Bayern und letztlich auch die Rettung der bayerischen Kommunen ab, weil die SPD gegen Steuerentlastung ist, weil

sie für eine Erhöhung von Hartz IV ist. - Das sind alles wunderbare politische Äußerungen, doch was hat das alles mit der Landesbank zu tun? Frau Kollegin Rupp, Sie haben vieles angesprochen, was richtig ist. Sie haben dargestellt, dass wir in den nächsten Wochen viele Dinge klären müssen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie gemeinsam mit Herrn Kollegen Weidenbusch in der Kommission alle Sachverhalte aufklären wollen. Das wird uns allen helfen, Strategien zu entwickeln, wie wir künftig Probleme der Landesbank vermeiden können.

(Franz Maget (SPD): Ich habe gedacht, Sie haben schon welche!)

Ich bin auch Herrn Kollegen Pointner sehr dankbar, dass er darauf eingegangen ist, dass unsere Politik des ausgeglichenen Haushalts in den letzten Jahren die heutige Entscheidung deutlich leichter macht. Sie haben auch die Gefahren, die mit einer Liquidierung der Landesbank verbunden sind, deutlich gemacht. Sie haben aufgezeigt, dass es der einzige Weg ist, die Bank zu retten, damit auch Sparkassen und Kommunen gerettet werden.

Im Ergebnis haben Sie von der SPD gesagt: keine Privatisierung, kein neues Eigenkapital, und das heißt letztendlich: Liquidierung der Bank. Uns ist eine Privatisierung allemal lieber als eine Liquidierung dieser für Deutschland wichtigen Bank.

(Franz Maget (SPD): Wie wäre es denn mit einer Fusionierung? - Ulrike Gote (GRÜNE): Alle fünf Minuten bringen Sie etwas anderes!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um die Chance, die Landesbank wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Es geht um die Chance, das Bankensystem in Deutschland zu stärken. Es geht um den Erhalt der Sparkassen in Bayern, um den Schutz der Kommunen. Deshalb bitte ich Sie eindringlich, denken Sie noch einmal darüber nach, stimmen Sie diesem Nachtragshaushalt zu. Dann handeln Sie verantwortlich für Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Zu Wort kommt: Herr Kollege Pohl, Freie Wähler.

Bernhard Pohl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, den ausgestreckten Zeigefinger weiß ich wohl zu deuten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin über den Gang dieser Debatte einigermaßen erstaunt. Vor zwei Wochen hat jeder der Redner noch die Dramatik beschworen, die Dramatik, in der wir uns angesichts einer Landesbank befinden, die umzukippen und den ganzen Freistaat in die Tiefe zu reißen droht. Vor zwei Wochen haben wir noch gehört, dass wir die Existenz unseres Staates aufs Spiel setzen, wenn wir diesem Sanierungskonzept nicht zustimmen. Ich habe meine Meinung nicht geändert, ich sehe die Situation nach wie vor dramatisch. Ich kann deshalb nicht verstehen, wenn sich diese Debatte auf einem eher intellektuellen Hochschuleniveau bewegt. Es geht Ihnen um Kapitalismuskritik, Frau Kollegin Rupp? Soll ich jetzt eine Sozialismuskritik anbringen? - Herr Kollege Klein, bei Ihnen geht es um die Frage: "Wirtschaft ist im Wandel und Werden." Auch das eine Plattitüde, die der Ernsthaftigkeit, der Wichtigkeit des Themas nicht angemessen ist.

Es geht um drei Punkte. Erstens geht es um die Frage: Was können wir tun, was müssen wir tun, um die Landesbank am Leben zu erhalten und damit erheblichen Schaden vom Freistaat, von den Sparkassen und von den Kommunen abzuwehren? Zweitens: Welche Auswirkungen hat das auf unsere Haushaltslage? Drittens: Gibt es zu den vorgeschlagenen Lösungsansätzen Alternativen?

Vor diese Fragen, die die Zukunft betreffen, haben wir die Aufklärung gestellt, denn diese Aufklärung - und hier gebe ich Herrn Kollegen Winter recht - dient nicht nur dazu, Verantwortliche und Verantwortlichkeiten zu nennen, sondern auch dazu, dass man Fehler der Vergangenheit in der Zukunft nicht wiederholt. Sie dient aber auch der Aufarbeitung der Vergangenheit.

Herr Kollege Klein, Sie sagen, man möge nicht von Tätern reden. Wenn ich Ihren Fraktionskollegen Kirschner im Ohr habe, dann hat er, wie ich, zu den Vorgängen schon eine deutlichere Sprache gesprochen. Ich denke schon, dass wir das Ganze beim Namen nennen müssen, anstatt verharmlosend davon zu sprechen, dass da Verantwortliche waren. Beim nächsten Mal waren es dann Verantwortlichkeiten und irgendwann war es dann wieder einmal der Sachzwang. Nein: Hier sind massive Fehler gemacht worden, und diese Fehler müssen verantwortlichen Personen zugeordnet werden. Wenn diese Personen sich strafrechtlich schuldig gemacht haben, dann kann, darf und muss man auch von Tätern reden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sie haben die Frage des ausgeglichenen Haushalts angesprochen, Frau Kollegin Rupp. Völlig zu Recht, denn ich höre in dieser Debatte schon wieder: Na ja, die zehn Milliarden Euro werden irgendwo verräumt, wo man sie nicht sieht. Irgendwann ist das eine Erblast, die man eben mitzutragen hat. Nein, meine Damen und Herren: Wir starten in diese Legislaturperiode mit einem Minus von zehn Milliarden Euro. Das ist nicht zu vertuschen, das ist nicht wegzudiskutieren, das ist Fakt!

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Koalition, Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, Sie sagen: Warum stimmt Ihr nicht zu oder nennt Alternativen? Ich sage Ihnen, es gibt keine. Wenn Sie uns in die Verantwortung für die Zukunft mit hineinnehmen wollen, dann akzeptieren Sie bitte auch, dass das nur um den Preis der Mitverantwortung geht. Es kann nicht sein, dass der eine Verantwortung trägt, während der andere die Entscheidungen fällt!

(Beifall bei den Freien Wählern)

In der letzten Plenardebatte haben wir deutlich gesagt: Wir stimmen diesem Vorschlag zu, weil wir keine Alternative sehen, weil wir diese Entscheidung für notwendig halten.

Wir haben betont, das gilt nur, wenn rückhaltlos aufgeklärt wird und wenn alle Fraktionen in die Verantwortung für die Zukunft mit eingebunden werden, indem sie Sitz und Stimme im Verwaltungsrat bekommen.

Ich höre jetzt erstaunt, dass Sie von der CSU dankbar sind, dass wir die Aufklärung fordern. Das finde ich schön. Aber vor Wochen, meine Damen und Herren, waren Sie noch dagegen. Vor Wochen haben Sie das noch polemisch abgelehnt. Hätten Sie damals zugestimmt, wären wir jetzt schon viel weiter. Wir haben wertvolle Zeit verloren, obwohl die Zeit drängt. Der Ministerpräsident hat vor zwei Wochen gesagt: Wir müssen handeln, sonst ist Weihnachten mit der Landesbank Schluss. In so einer Phase kann man sich meiner Ansicht nach keine taktischen Spielereien leisten.

Deswegen bin ich einigermaßen bestürzt darüber, dass Sie von der Koalition unseren Forderungen nicht Folge leisten wollen und die Fraktionen des Bayerischen Landtags nicht gleichermaßen im Verwaltungsrat beteiligen und Mitverantwortung tragen lassen. Wir haben die Hand ausgestreckt, meine Damen und Herren! Wir haben gesagt: Wir stellen uns der Verantwortung für einen Vorgang, für den wir keine Verantwortung haben. Wir übernehmen Verantwortung für die Zukunft. Wir haben die Hand ausgestreckt, Sie haben sie ausgeschlagen. Sie wollen unsere Zustimmung nicht, meine Damen und Herren von der CSU.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Auf Ihre Frage, Herr Graf zu Lerchenfeld "Warum stimmen Sie nicht zu?" sage ich: Das ist die Antwort. Sie wollen unsere Zustimmung, und wenn Sie die Zustimmung haben, dann machen Sie "weiter so".

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dann wollen Sie ohne die Beteiligung aller Fraktionen in diesem Haus nur die Regierungskoalition das Schiff steuern lassen. Da sage ich Ihnen: So läuft es nicht!

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Unser Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger hat in der letzten Sitzung einen neuen Politikstil angemahnt und der Ministerpräsident hat ihm als Zeichen der Anerkennung dafür die Hand geschüttelt. Ich habe das als Zeichen aufgefasst, alte verkrustete Strukturen aufzubrechen, diese kindischen Sandkastenspiele - da Regierung, dort Opposition - endlich aufzugeben, dieses "51 % hat immer recht und 49 % hat immer Unrecht." Das muss endlich aufgegeben werden. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass hier 187 gewählte Mandatsträger sitzen, die das Volk zu seinen Repräsentanten bestimmt hat. Ich habe es so verstanden, aber heute muss ich feststellen, dass man nicht einmal bereit ist,

(Zuruf von der CSU)

- es fällt Ihnen schwer, das anzuhören, das kann ich verstehen -, ein Minimum an Verantwortung mit anderen zu teilen. Dieser Sitz im Verwaltungsrat ist doch nicht vergnügungssteuerpflichtig: Das ist doch nichts, wo man sich Orden und Ehrenzeichen abholen kann. Das ist doch ein sehr schwieriges Amt, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Sie, meine Damen und Herren von der CSU, haben sich doch in der Vergangenheit, hier nicht mit Ruhm bekleckert.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Da wäre es nur recht und billig zu sagen: "Jawohl, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, es ist eine Aufgabe des gesamten Parlaments, den Karren aus dem Dreck zu ziehen, den wir in den Dreck gefahren haben. Wenn ihr uns helft, dann danke, aber dann bitte dürft ihr auch mit steuern."

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler - Thomas Kreuzer (CSU): Sie lehnen doch ab!)

- Wir hätten zugestimmt, Herr Kollege Kreuzer, wenn Sie die Teilhabe garantiert hätten.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wenn es nach Ihnen ginge, dann würde es gar keine Landesbank mehr geben! Und jetzt wollen Sie einen Sitz im Verwaltungsrat?)

Herr Kollege Kreuzer, seien Sie etwas vorsichtig. Sie haben den Karren an die Wand gefahren, nicht wir. Wir waren noch gar nicht im Landtag, als Sie diese Beschlüsse gefasst haben. 58 Milliarden Euro aufgenommen: Herr Kollege Kreuzer, ich wäre sehr vorsichtig mit derartigen Äußerungen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Über die Zukunft dieser Landesbank sollen also nur diejenigen entscheiden, die ihre Zukunft fast verspielt hätten? Das kann ich nicht verstehen, das kann ich nicht begreifen, und deswegen, meine Damen und Herren, können wir, obwohl wir gerne zugestimmt hätten, unsere Zustimmung nicht geben.

(Alexander König (CSU): Dann haben die Sparkassen keine Zukunft mehr!)

Denn dann geben wir Ihnen wieder einen Blankoscheck in die Hand, und den haben Sie nicht verdient.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Glauben Sie mir - das sage ich Ihnen jetzt ganz persönlich -: Diese Abstimmung fällt mir nicht leicht. Es ist eine Abwägung zwischen der Verantwortung für die Landesbank,

(Alexander König (CSU): Und den Freien Wählern!)

zwischen der Verantwortung für den Freistaat Bayern und der Verantwortung für die Zukunft. Diese Zukunft legen wir Ihnen nicht einfach so in den Schoß und sagen: "Ihr habt einmal Fehler gemacht, ein zweites Mal werdet ihr es besser machen."

Nein. Wir hätten es gemeinsam mit euch gemacht. Wenn ihr es aber nicht gemeinsam mit uns machen wollt, wenn ihr es alleine machen wollt, dann müsst ihr leider auf unsere Zustimmung verzichten.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Wir haben in der Fraktion die Abstimmung freigegeben zwischen Enthaltung und Ablehnung. Das ist eine schwierige Entscheidung, und ich wiederhole: Wir hätten liebend gerne gemeinsam mit Ihnen allen zusammen das Beste für die Landesbank, das Beste für die Bürger des Freistaats Bayern und das Beste aus einer verfahrenen Situation gemacht. Sie verfallen in die alte Arroganz und sagen: Wir können es besser, wir brauchen euch nicht. Wenn Sie uns nicht brauchen, dann bekommen Sie leider auch unsere Zustimmung nicht.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank.

Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Rupp.

Adelheid Rupp (SPD): Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Ich denke, man muss noch einmal wenige Worte zu den Ausführungen sagen, insbesondere zu denen des Kollegen von und zu Lerchenfeld.

Es ist mitnichten so, dass ich gesagt habe, das Geschäftsmodell sei interessant, sondern ich habe positiv darauf verwiesen, dass die Eckpunkte, die wir bereits vor einem Jahr genannt haben, zum Teil aufgegriffen wurden. Insofern finden wir das natürlich positiv.

Ich habe auch darauf hingewiesen, dass die Gedanken und Ideen der Sozialdemokratie vom Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung durchaus nicht selten erwähnt wurden und es hilfreich wäre für den ganzen Freistaat und für den Bayerischen Landtag, wenn man in manchen Fragen ab und zu mal auf die Sozialdemokratie hören würde. Dann hätte man sich insbesondere bei der Landesbank viel Geld sparen können.

Zum Zweiten möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Wir haben damals dem Ankauf der Hypo Group Alpe Adria - HGAA - zugestimmt. Wir haben damals auf Ihre Ausführungen vertraut, das war ein Fehler. Das werden wir als solches nicht wieder tun, wenn wir von Konzepten nicht überzeugt sind und wenn die Rahmenbedingungen, die wir nennen, nicht eingehalten werden. Das können wir im Moment nicht feststellen.

Es geht uns mitnichten darum, die Landesbank absaufen zu lassen. Kollege Klein hat es erwähnt. Das ist natürlich nicht unsere Absicht. Aber es ist die Aufgabe der Opposition, den Finger in die Wunde zu legen, wo wir der Ansicht sind, dass Konzepte nicht stimmig sind und Maßnahmen, die dringend erforderlich sind, nicht umgesetzt werden. Das ist der Job der Opposition und nichts anderes. Wir haben nicht einfach einen Weg mit zu beschreiten, ohne diesen kritisch zu hinterfragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nachdem wir diesen Weg kritisch hinterfragt und dabei festgestellt haben, dieser Weg führt bei uns zu keiner Zustimmung, ist es auch richtig, nicht Ja, sondern klar Nein zu sagen. Denn für uns ist die bisherige Darstellung nicht zufriedenstellend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank.

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich unmittelbar an den Kollegen Pohl wenden. Wenn wir diesen Nachtragshaushalt heute nicht beschließen, gibt es keinen Verwaltungsrat zu besetzen.

(Alexander König (CSU): Bei den Sparkassen auch nicht!)

Bitte bedenken Sie das. Wer heute den Nachtragshaushalt ablehnt, der sorgt dafür, dass es keinen Verwaltungsrat mehr gibt, weder für die Koalition, die die Regierung stellt, noch für die Opposition. Zweitens weise ich darauf hin, dass wir die Kommission zur Begleitung der Krisenbewältigung so konzipiert haben, dass dort Informationen im Umfang einer Verwaltungsratssitzung gegeben werden. Sie wissen das aus der bisherigen Erfahrung.

Lassen Sie uns bitte wie bisher in aller Ruhe abwarten. Wir haben aufgrund der Situation, wie sie ist, einen Markt, in dem wir stabil bleiben müssen und letztlich auch darauf

schauen müssen, wie die wesentlichen Agenturen unser Kreditinstitut bewerten. Mit einer Besetzung des Verwaltungsrats durch eine große Anzahl von Politikern schafft man bei Agenturen nicht unbedingt ein großes positives Bewusstsein.

Darum bitte ich Sie: Lassen Sie uns durch diesen Nachtragshaushalt die Bank am Leben halten. Wir arbeiten in der Kommission so, dass wir am Schluss sagen können, dass wir mitreden.

Wenn Sie das Gefühl haben, nicht informiert zu werden, dann ist es korrekt, darüber zu reden. Sonst läuft es ein wenig darauf hinaus, dass Sie jetzt sagen: Ihr wollt unsere Zustimmung haben. Wenn wir im jetzigen Moment nachgeben, würden wir das falsche Signal an den Markt senden. Wir werden danach aber sicher die Zeit haben, in der Kommission darüber zu reden. Sie ist ja so angelegt, und Sie haben das schon persönlich erlebt.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pohl?

Ernst Weidenbusch (CSU): Ja.

Bernhard Pohl (FW): Herr Kollege Weidenbusch, sind Sie der Auffassung, dass das Rating der Bayerischen Landesbank sinkt, wenn außer drei oder vier Mitgliedern der CSU auch ein Freier Wähler, ein Sozialdemokrat und ein GRÜNER in dem Verwaltungsrat sitzen?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Pohl, so wie Sie die Frage gestellt haben, lautet meine Antwort: Nein; in diesem Fall sinkt das Rating nicht. Aber leider ist das im Moment nicht die Frage.

Zurzeit ist die Frage, ob wir in der Lage sind, den Verwaltungsrat der BayernLB für die nächste Zukunft, für die nächsten zwölf Monate, so zu besetzen, dass das Rating nicht

sinkt, bestenfalls steigt. Wenn es Ihre Frage gäbe, hätten Sie recht. Aber leider stellt mir momentan niemand Ihre Frage.

Die Frage, die mir die Agentur zurzeit stellt, ist, wie viel nachgewiesenen und anerkannten Sachverstand wir im Verwaltungsrat kurzfristig einbringen können.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bitte ich jetzt Herrn Staatsminister der Finanzen, Herrn Fahrenschon, CSU, das Wort zu nehmen.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meinen Beitrag nach der heute sehr ausführlichen Diskussion, die alle Seiten vor der schwierigen Entscheidung, die mit dem Zweiten Nachtragshaushalt 2008 verbunden ist, geführt haben, mit einem Dank beginnen.

Ich weise noch einmal deutlich darauf hin, dass alle Fraktionen mitgeholfen haben, dass wir in einem zügigen, in einem geordneten und auch konzentrierten parlamentarischen Verfahren die Stabilisierungsmaßnahmen, die mit der Landesbank verbunden sind, haben debattieren können.

Ich bin dem Abgeordneten Klein sehr dankbar, dass er noch einmal auf die Problematik hingewiesen hat, - auch Herr Pohl hat das getan -, mit welcher Geschwindigkeit wir uns dieser Fragestellung haben zuwenden müssen. Vor zwei Wochen - das gilt noch heute - haben wir die Debatte in dem Wissen eröffnet, dass eine Maßnahme notwendig ist, die die Stabilisierung einer systemrelevanten Bank möglich macht, die zur Hälfte dem Freistaat Bayern und zur anderen Hälfte den bayerischen Sparkassen und damit einem wesentlichen Träger des Finanzmarkts in Bayern gehört.

Wir hatten sehr intensiv abzuwägen, ob die Vorschläge, die die Bayerische Staatsregierung entwickelt hat, in dieser Situation die richtigen Instrumente und auch den richtigen Ansatz bieten, um die Stabilisierung der Bank zu erreichen.

Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses und der Kontrollkommission, dass das Finanzministerium in mehreren Sitzungen lückenlos informieren konnte.

Ich will an dieser Stelle, Herr Pohl und Herr Aiwanger, vor dem Plenum betonen, dass meine Zusage an die Fraktion der Freien Wähler, in der nächsten Sitzung der Kontrollkommission auf ihren Fragenkatalog einzugehen, nach wie vor steht. Ich bitte aber auch, festhalten zu dürfen, dass im Gegensatz zum Fragenkatalog der GRÜNEN, den der Landtag beschlossen hat, der Fragenkatalog der Freien Wähler damals im Plenum keine Mehrheit gefunden hat, wenn er auch eine Zielrichtung hatte.

Vor diesem Hintergrund bitte ich, es mir nicht zum Vorwurf zu machen, dass ich Ihnen entgegenkomme und sage: Ich arbeite Ihre Fragen ab. Aber an dieser Stelle geht natürlich der Beschluss des Landtags vor. In Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Kontrollkommission ist festgelegt, dass ich in dem nächsten Termin der Kontrollkommission auf beide Fragenkataloge, also auf denjenigen, der von den GRÜNEN eingebracht und dann beschlossen wurde, und denjenigen, den Sie aus Ihrer Sicht zu Recht aufbereitet haben, eingehe.

Frau Kollegin Rupp, es gibt Fragen, zu denen heute keine Antworten gegeben werden können. Es gibt heute keine Antwort auf die Frage, wie sich die Landesbankenlandschaft in Deutschland entwickelt. Es gibt heute keine Antwort auf die Frage, wie das Geschäftsmodell der deutschen Landesbanken aussieht. Denn jetzt steht die Stabilisierung der BayernLB im Mittelpunkt. Die muss uns gelingen. Wenn sie uns gelungen ist, sind wir in der Lage, uns gemeinsam mit anderen Anteilseignern in die bundesweite Debatte zur Zukunft der Landesbanken und zur Entwicklung stabiler Geschäftsmodelle einzubringen. Wenn uns die Stabilisierung der Bank aber nicht gelingt, werden wir die Debatte über die strukturellen Änderungen der Landesbanken in Deutschland nicht erleben. Denn dann werden wir einen weiteren verheerenden Baustein zur Verschärfung und Problemerweiterung der Weltfinanzmarktkrise liefern.

Die Stabilisierung der BayernLB - das möchte ich deutlich herausstellen - ist alternativlos. Anderenfalls wäre mit weitreichenden Folgen für die Bank und die Gewährträger zu rechnen gewesen. Das könnte vor allem die bayerischen Sparkassen, ihre Träger, ihre Kunden und natürlich auch die mittelständische Wirtschaft in Bayern nachhaltig schädigen.

Und doch ist es richtig, dass der Staatshaushalt durch die notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen für die BayernLB in den kommenden Jahren erheblich belastet wird. Daraus aber den Schluss zu ziehen, Herr Kollege Hallitzky und Frau Abgeordnete Rupp, dass weitere Steuerentlastungen deshalb nicht darstellbar seien, zeigt, dass wir unterschiedlicher Auffassung sind.

Damit sind wir an der Stelle, wo Rot-Grün damals, in der Zeit, als Sie Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland getragen haben, auch schon große Fehler gemacht wurden. Denn in einer Zeit wirtschaftlicher Krise ist es umso wichtiger, dass wir zu Entlastungen von Wirtschaft und privaten Haushalten kommen. Wenn wir sie nicht entlasten, sind sie nicht in der Lage, zu investieren und zu konsumieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb sind wir an dieser Stelle unterschiedlicher Auffassung.

Das hat aber sicherlich auch etwas mit dem generellen Grundverständnis zu tun, mit dem wir an die Wirtschaftskrise, die momentan weltweit herrscht, herangehen.

(Eike Hallitzky (GRÜNE) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Abgeordneter Hallitzky, ich glaube, Sie werden mir jetzt, nachdem ich der Debatte lange zugehört habe, Gelegenheit geben, meine Stellungnahme in einem Stück darzustellen. Ich bin sehr sicher, dass wir an anderer Stelle noch Gelegenheit haben werden, unsere unterschiedlichen Konzepte zur Finanz- und Wirtschaftspolitik nebeneinanderzustellen.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise stehen, die die Bundesrepublik, Europa und die Welt in den letzten hundert oder 120 oder 150 Jahren erlebt haben. Ich bin der festen Überzeugung - übrigens im Einklang mit der CSU- und der FDP-Landtagsfraktion -, dass wir die Menschen in unserem Land unterstützen müssen, damit die Krise gemeistert wird. Nur wenn unsere Wirtschaft wieder in Fahrt kommt, können wir mehr Steuereinnahmen verbuchen. Dazu brauchen wir die Wirtschaft. Dazu brauchen unsere Bürger Freiräume. Deshalb setzen wir uns für eine zielgenaue Steuer- und Abgabentlastung ein. Das Gegenteil dessen, was Sie uns vorwerfen, ist der Fall. Wenn wir jetzt nicht an den richtigen Stellen gegensteuern, sind wir in der Zukunft noch weniger in der Lage, die besonderen Lasten der BayernLB zu tragen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nur über eine zielgenaue Steuer- und Abgabentlastung kann Wachstum und Beschäftigung eintreten. Nur so werden unsere Steuereinnahmen wieder steigen und nur so kann der Haushalt die Belastungen wie die Sanierung der BayernLB entsprechend auffangen.

Ich möchte schon noch einmal daran erinnern, dass wir in einem beispiellosen Kraftakt über den 2. Nachtragshaushalt 2008 die gesamte vorgesehene Kapitalerhöhung bei der BayernLB in Höhe von 10 Milliarden Euro alleine stemmen, obwohl der Mitanteilseigner Sparkassenverband dieselbe Verantwortung trägt. Auch die Absicherung des ABS-Portfolios der Bank durch eine Garantie in Höhe von 4,8 Milliarden Euro übernimmt der Freistaat alleine. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren - das gehört zu dem momentanen zu zeichnenden Bild -, die Sparkassenseite hat klipp und klar signalisiert, dass sie unter den derzeitigen äußerst schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht in der Lage ist, weitere Stützungsleistungen für die BayernLB zu erbringen. Wir dürfen an der Stelle nicht vergessen, das ist eine Maßnahme, die eine systemrelevante Bank stabilisiert und gleichzeitig den Sparkassensektor vollkommen von den

Lasten freistellt, weil wir uns der besonderen Rolle der Sparkassen in Bayern landauf, landab bewusst sind. Zu dieser Entscheidung stehen wir auch.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es wäre im aktuellen Umfeld ganz falsch, die Sparkassen zu überfordern und damit nachhaltig zu schädigen.

Deshalb halte ich, hält es die Bayerische Staatsregierung für unabdingbar, dass der Freistaat den Sparkassen die Lasten abnimmt, damit diese ihre gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise äußerst bedeutsame Funktion bei der Kreditversorgung der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in Bayern weiter uneingeschränkt wahrnehmen können. Es ist nicht zuletzt ein Stützungsprogramm für die bayerischen Sparkassen. Es ist ein Stützungsprogramm für ihre Kunden. Es ist ein Stützungsprogramm für alle bayerischen Kommunen. Es ist ein Stützungsprogramm für die mittelständische Wirtschaft, und es sichert insbesondere die flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen in ganz Bayern. Das ist der zentrale Grund für den Nachtragshaushalt Nummer 2 des Jahres 2008, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass die Zustimmung zum 2. Nachtragshaushalt von allen Beteiligten viel abverlangt. Wie oft wurde in der Vergangenheit um kleine Beträge gestritten und Gelder wegen der Konsolidierung des Haushalts nicht bewilligt. Nun sind wir gezwungen, Kredite in einer bis dato unvorstellbaren Größenordnung aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang steht auch die berechtigte Frage im Raum: Reichen die jetzigen Stabilisierungsmaßnahmen aus, um die BayernLB nachhaltig zu sanieren, oder kann es noch schlimmer kommen? Ich möchte noch einmal unterstreichen: Ob die Stabilisierungsmaßnahmen auf Dauer ausreichen, kann niemand, auch nicht der bayerische

Finanzminister, auch nicht der Bundesfinanzminister mit Sicherheit vorhersagen. Allerdings können wir eines vorhersagen: Die Aufsicht, die Sonderbehörden, die Bundesbank, die Bundesregierung, die Bayerische Staatsregierung und ich hoffen, auch eine Mehrheit des Bayerischen Landtags weiß, wenn wir jetzt nicht handeln, dann wird der Schaden noch größer, weil wir dann die bayerische Volkswirtschaft in den Strudel der Finanzmarktkrise hineinreiten. Das dürfen wir jetzt nicht zulassen.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen darf man nicht vergessen, dass die Abschirmung des ABS-Portfolios die BayernLB auf absehbare Zeit vor weiteren Einschlügen aus der Bewertungspraxis schützt.

Das Hauptrisiko für die Zukunft, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, sehe ich allerdings vorrangig nicht im ABS-Portfolio, sondern in der dramatischen weltwirtschaftlichen Lage. Wir müssen jetzt erkennen, dass sich die Konjunktur nicht erst seit den Turbulenzen auf den Finanzmärkten im Abschwung befindet. Aber die internationale Finanzmarktkrise sorgt für zusätzliche Belastungen. Umso wichtiger ist es, jetzt die richtigen Maßnahmen zu treffen.

Damit bin ich, Herr Abgeordneter Pointner, bei der Frage, warum wir die Kapitalzufuhr nicht über Rücklagenentnahme finanzieren. Ich glaube, das ist eine berechtigte Frage, und deshalb haben Sie auch das Anrecht, die Grundkonzeption noch einmal zu hören. Die Staatsregierung hat sich bewusst dafür entschieden, dass die Kapitalzufuhr in vollem Umfang kreditfinanziert wird. Die Mittel aus der Haushaltssicherungs-, aus der Kassenverstärkungs- und aus der Bürgschaftssicherungsrücklage sind begrenzt. Diese Rücklagen dienen dazu, flexibel auf kurzfristige Belastungen des Haushalts reagieren zu können. Hier helfen sie insbesondere, Einnahmen in konjunkturellen Schwächeperioden aufzufangen. Wir brauchen deshalb jetzt genau die Mittel der Haushaltssicherungsrücklage, um am Ende über den Doppelhaushalt unseren Beitrag zu bringen, dass wir ein

hohes Investitionsniveau und eine kluge, zielgenaue Politik in Bayern vorbereiten können, damit wir in den Jahren 2009 und 2010 unseren bayerischen Beitrag leisten können und im Zusammenspiel mit den anderen Ländern, im Zusammenspiel mit den Nationalstaaten in Europa und mit der Europäischen Kommission diese wirtschaftspolitische Krise so kurz wie möglich gestalten. Nur dann können wir über unsere Wirtschaft und über Steuereinnahmen einen weiteren Beitrag zur Gegenfinanzierung der Lasten, wie es die Bank jetzt braucht, entsprechend leisten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit meinem Amtsantritt und dem Amtsantritt der neuen Staatsregierung wurde intensiv an den Bereinigungen und an der Bereinigung der BayernLB gearbeitet. Es wurde die Garantievereinbarung mit dem SoFFin abgeschlossen. Die geplanten Kapitalmaßnahmen wurden am 4. Dezember dieses Jahres bei der EU-Kommission notifiziert. Die Bank und die Anteilseigner stehen im laufenden Kontakt mit der Kommission. Die Stabilisierungsmaßnahmen stehen selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kommission. Sie soll aber noch in dieser Woche erfolgen. Die erforderlichen Anmeldungen beim Bundeskartellamt und bei den Fusionskontrollbehörden anderer Staaten sind erfolgt. Die Abschirmungsvereinbarung soll am 19. Dezember unterzeichnet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Frau Abgeordnete Rupp, auch an dieser Stelle: Der Bund ist mit dabei. Mit der Garantieübernahme durch die SoFFin zeigt der Bund, dass er mit dem Konzept zufrieden ist. Er hätte uns nämlich sonst die Garantie in Höhe von 15 Milliarden Euro nicht gegeben. Das darf man auch heute nicht unter den Tisch fallen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist auch wichtig zu wissen, dass der Bund und die Europäische Union hinsichtlich der Restrukturierung der BayernLB dieselben Anforderungen stellen. Insbesondere muss jede Bank, die staatliche Hilfen in Anspruch nimmt, nach einem halben Jahr einen Um-

strukturierungsplan präsentieren. Und die Geschäftspolitik des Instituts wird auf ihre Nachhaltigkeit überprüft.

Deshalb, meine Damen und Herren, kann man sich jetzt über verschiedene Dinge unterhalten. Herr Hallitzky, natürlich können wir darüber streiten, ob wir in Sachen Erbschaftssteuerreform gemeinsam unterwegs sind oder nicht. Abgesehen davon, dass wir aus dem Erbschaftssteueraufkommen auch noch den Länderfinanzausgleich zu bezahlen haben - deshalb stimmt Ihre Summenzahl nicht -, muss ich aber festhalten: Es ist unsere Überzeugung, dass wir in Deutschland besser aufgestellt wären, wenn die Länder in der Lage wären, auch in der Steuerpolitik Wettbewerbsansätze zu führen. Warum darf denn Bayern nicht in die Lage versetzt werden, bei einer Steuer, die bei uns aufschlägt, mit anderen Freibeträgen, mit anderen Sätzen zu anderen Ergebnissen zu kommen? Wenn der rot-rote Senat in Berlin etwas anderes machen will, dann ist das doch nicht unser Problem. Lassen Sie uns doch unsere Erbschaftssteuer nach unserer Maßgabe strukturieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe unumwunden zu, dass ich es bedauere, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angekündigt haben, dem 2. Nachtragshaushaltsgesetz ihre Zustimmung zu versagen. Ich wende mich schon noch einmal an Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, weil die Frage berechtigt ist, die der Herr Abgeordnete Klein herausgearbeitet hat: Wo ist denn Ihre Alternative? Wo ist denn Ihr Vorschlag, wie wir jetzt die BayernLB stabilisieren? Und wie können wir uns darüber unterhalten, wie wir sie dann, nachdem wir sie stabilisiert haben, weiter in gutem Einvernehmen entwickeln können? Ich glaube, dass Sie an dieser Stelle auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank enttäuschen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich gebe unumwunden zu, dass der Personalratsvorsitzende, mit dem ich ein Gespräch geführt habe, weil wir ihn in den Verwaltungsrat integrieren, darauf wartet, dass er die

Möglichkeit hat, neben der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, mit der er gesprochen hat, auch mit der Fraktion der SPD zu sprechen. Es hat sich in der Vergangenheit niemand bei ihm gemeldet, der in der Lage gewesen wäre, dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BayernLB auch mit den Abgeordneten der SPD-Fraktion ihre Fragen austauschen können.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Ich glaube, dass man gerade in Krisenzeiten eine gemeinsame Verantwortung der Politik herausarbeiten kann.

Ich will an einer Stelle, Herr Pointner und Herr Pohl, noch deutlich machen, warum ich glaube, dass, bezogen auf die zukünftige Ausrichtung der Bank, wir eigentlich alle Chancen in unserer Hand haben. Wir haben in der Vergangenheit sehr verantwortungsbewusst und vertrauensvoll - Finanzministerium, Vorstand der Bank - mit der vom Landtag eingesetzten Kontrollkommission gearbeitet. Sie haben meine Zusage - diese unterstreiche ich gerne noch einmal -, dass wir die intensive Zusammenarbeit mit der Kontrollkommission weiter vorantreiben wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen aber auch nur sagen - das hat der Abgeordnete Weidenbusch soeben zu Recht herausgearbeitet -: Diese Bank befindet sich in einer schwierigen, hoch komplexen Situation. Wenn unsere Antwort darin besteht, den Verwaltungsrat größer zu machen, den Verwaltungsrat quasi zusätzlich zur Sonderkontrollkommission des Landtags mit politischen Debatten zu überfrachten, dann - das ist meine feste Überzeugung - machen wir einen Fehler. Lassen Sie uns, die zuständigen und auch die Verantwortung tragenden Minister, die Mitglieder der Staatsregierung, die dem Verwaltungsrat auch in Zukunft angehören müssen - der Finanzminister, der Wirtschaftsminister und der Innenminister -, die Debatte mit der Kontrollkommission führen, weil das Argument richtig ist, dass die besondere Größe der Problemlösung auch besondere Maßnahmen erfordert. Geben Sie aber dem Vorstand der Bank und dem Verwaltungsrat der Bank die Möglichkeit, das Geschäftsmodell der

Bank zu drehen. Wir haben uns dazu entschlossen, diese Bank neu aufzustellen. Wir haben uns dazu entschlossen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, das weltweite Engagement zurückzuführen und z. B. das Geschäftsfeld "Financial Institutions" zu 100 % zu schließen, weil wir uns genau damit die Probleme eingekauft haben. Lassen Sie uns daraus die Konsequenzen ziehen, aber belasten Sie nicht die Arbeit des Vorstandes und des Verwaltungsrates mit einem zwar nachvollziehbaren Wunsch, den wir aber im Zusammenspiel zwischen Finanzminister und Parlament auch hervorragend abdecken können.

Deshalb bitte ich Sie auch in Zukunft um konstruktive Zusammenarbeit. Ich will mich für die Zusammenarbeit der letzten Woche und Tage bedanken. Ich setze darauf, dass ich zusammen mit allen Fraktionen weiter an der Lösung der Probleme der BayernLB verantwortungs- und vertrauensvoll arbeiten kann, und ich bitte um Ihre Zustimmung zum Zweiten Nachtragshaushalt 2008.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, vielen Dank. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und zwar zunächst über den dem Gesetz als Anlage beigefügten Zweiten Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Zweiten Nachtragshaushaltsplans 2008 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/131.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Zweiten Nachtragshaushaltsplan 2008 zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die drei anderen Fraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Einige Stimmenthaltungen aus dem Bereich der Freien Wähler. Damit ist der Zweite Nachtragshaushaltsplan 2008 angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2008 selbst.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 16/95 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/148.

(Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen kleinen Augenblick noch; die Weihnachtsfeier fängt anschließend gleich an.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist fast dasselbe Stimmergebnis wie vorher, bloß zwei Enthaltungen bei den Freien Wählern. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Nein!)

- Nicht? - Herr Kollege, in namentlicher Abstimmung? - Jetzt komme ich ins Schleudern. 15 Minuten?

(Thomas Kreuzer (CSU): Nein, wir brauchen keine Wartezeit! Wir können sofort abstimmen.)

- Ach richtig, es ist ja eine Abstimmung über ein Gesetz. Entschuldigung.

Namentliche Abstimmung ist beantragt worden. Dann bitte ich, die Urnen aufzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen gleich noch Folgendes: Nachdem die Stimmen ausgezählt werden müssen, werde ich in der Tagesordnung weiterfahren und die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 5 aufrufen. Dazu findet keine Aussprache statt. Damit kann ich den Zeitplan für morgen verbessern.

Jetzt bitte ich um Abstimmung. Nachdem alle da sind, beträgt die Abstimmungszeit vier Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.15 bis 18.19 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme die Sitzung wieder auf. Die Abstimmung ist abgeschlossen. Ich bitte, die Karten draußen auszuzählen.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich bekannt, dass die vorschlagsberechtigten Fraktionen --

(Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie noch um zehn Minuten Aufmerksamkeit. Ich gebe bekannt, dass die vorschlagsberechtigten Fraktionen ihre Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder für die Richter-Wahl-Kommission, den Landessportbeirat und den Landesgesundheitsrat benannt haben. Im Einzelnen können die von den Fraktionen benannten Persönlichkeiten den für sie aufgelegten Mitteilungen auf den Drucksachen 16/154, 16/155 und 16/156 entnommen werden.

Außerdem gebe ich bekannt, dass heute Vormittag Herr Abgeordneter Dr. Manfred Weiß zum Vorsitzenden sowie Herr Vizepräsident Prof. Dr. Gantzer zum stellvertretenden Vorsitzenden der G-10-Kommission gewählt wurden. Wir nehmen davon Kenntnis.

(Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, passen Sie bitte auf, weil Sie sich gleich wieder erheben müssen.

(...)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008, Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2008, bekannt. Das ist die Drucksache 16/95. Mit Ja haben 95 und mit Nein 57 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab vier Stimmenthaltungen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 16.12.2008 zu Tagesordnungspunkt 1: Gesetzentwurf der Staatsregierung; Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008; (2. Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2008) (Drucksache 16/95)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp		X	
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten			X
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia		X	
Kamm Christine			
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver			
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad			
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz			
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa		X	
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone			
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	95	57	4

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 27	München, den 19. Dezember	2008
--------	---------------------------	------

Datum	Inhalt	Seite
17.12.2008	Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2008) . 630-2-16-F	958
9.12.2008	Elfte Verordnung zur Änderung der Delegationsverordnung 103-2-S	963
9.12.2008	Einundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung 1102-2-S	964
9.12.2008	Verordnung zur Umbenennung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz, des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten 200-9-S	967
9.12.2008	Änderung der Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung 1102-2-1-S	968
9.12.2008	Änderung der Veröffentlichungs-Bekanntmachung 1140-1-S	969

630-2-16-F

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2008)

Vom 17. Dezember 2008

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008

Das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008) vom 22. Dezember 2006 (GVBl S. 1056, BayRS 630-2-16-F), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 23. April 2008 (GVBl S. 139), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Für das Haushaltsjahr 2008 wird die Zahl „39 026 826 200 €“ durch die Zahl „49 026 826 300 €“ ersetzt.
- b) Gleichzeitig wird der Haushaltsplan nach Maßgabe des diesem Gesetz als **Anlage** beigefügten Nachtrags geändert.

2. Es wird folgender Art. 2a eingefügt:

„Art. 2a

Kreditermächtigungen
zur Finanzierung von Ausgaben für Kapitel 13 60
Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für Kapitel 13 60 (Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB) im Haushaltsjahr 2008 Kredite am Kreditmarkt bis zur Höhe von 10 000 000 001 € aufzunehmen; Art. 18 Abs. 1 und 2 BayHO finden insoweit keine Anwendung.

(2) Art. 2 Abs. 1 Nr. 3 sowie Abs. 3 und 5 gelten sinngemäß.“

3. Art. 8 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 10 erhält folgende Fassung:

„(10) ¹Die bei Kapitel 13 06 Titel 911 01 und 919 01 gebildeten Rücklagenbestände sowie die Bestände aus Sondervermögen bei den Kapiteln 80 10 bis 80 36 können bis zu ihrer Inanspruchnahme im Rahmen der Liquiditätssteuerung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. ²Soweit dadurch die bestehende Kreditermächtigung für die Anschlussfinanzierung auslaufender Alt-schulden sowie die Kreditermächtigung nach Art. 2a noch nicht beansprucht werden müssen, können sie in die folgenden Haushaltsjahre übertragen werden.“

b) Abs. 13 erhält folgende Fassung:

„(13) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, eine Garantie zugunsten der Bayerischen Landesbank bis zur Höhe von 3,175 Mrd. € für Verlustrisiken aus strukturierten Wertpapieren (ABS-Portfolio) der Bayerischen Landesbank zu übernehmen.“

§ 2

Inkrafttreten, Geltungsdauer

¹Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2008 in Kraft. ²Es gilt bis zum Tag der Verkündung des Haushaltsgesetzes für das folgende Haushaltsjahr.

München, den 17. Dezember 2008

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

Freistaat Bayern

2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008

Gesamtplan

Teil I: Haushaltsübersicht
einschließlich Übersicht über
die Verpflichtungsermächtigungen

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

2. Nachtragshaushalt 2008

Gesamtplan

Einzel- plan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Bisheriger Betrag 2008 Tsd. EUR	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR
1	2	3	4	5
01	Landtag	265,0	–	265,0
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	667,5	–	667,5
03	Staatsministerium des Innern	742.931,7	–	742.931,7
04	Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	824.355,3	–	824.355,3
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	37.301,8	–	37.301,8
06	Staatsministerium der Finanzen	344.066,7	–	344.066,7
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.211.251,0	–	1.211.251,0
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	384.776,7	–	384.776,7
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	566.900,5	–	566.900,5
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	8,5	–	8,5
12	Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	182.134,0	–	182.134,0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	33.636.068,5	+ 10.000.000,1	43.636.068,6
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.096.099,0	–	1.096.099,0
	Summe	39.026.826,2	+ 10.000.000,1	49.026.826,3

Teil I: Haushaltsübersicht 2008

Ausgaben			Überschuss (+), Zuschuss (-) Tsd. EUR	Verpflichtungsermächtigungen			Einzel- plan
Bisheriger Betrag 2008 Tsd. EUR	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR		Bisheriger Betrag 2008 Tsd. EUR	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR	
6	7	8	9	10	11	12	13
83.258,5	-	83.258,5	- 82.993,5	1.200,0	-	1.200,0	01
71.256,3	-	71.256,3	- 70.588,8	14.330,0	-	14.330,0	02
4.344.489,7	-	4.344.489,7	- 3.601.558,0	589.218,9	-	589.218,9	03
1.745.168,5	-	1.745.168,5	- 920.813,2	143.663,0	-	143.663,0	04
8.630.879,3	-	8.630.879,3	- 8.593.577,5	57.590,3	-	57.590,3	05
1.672.662,6	-	1.672.662,6	- 1.328.595,9	62.790,0	-	62.790,0	06
1.648.294,5	-	1.648.294,5	- 437.043,5	1.483.619,0	-	1.483.619,0	07
1.216.209,8	-	1.216.209,8	- 831.433,1	281.665,0	-	281.665,0	08
2.193.388,4	-	2.193.388,4	- 1.626.487,9	96.321,5	-	96.321,5	10
31.449,6	-	31.449,6	- 31.441,1	-	-	-	11
844.952,4	-	844.952,4	- 662.818,4	199.600,0	-	199.600,0	12
11.889.658,7	+10.000.000,1	21.889.658,8	+21.746.409,8	881.850,0	+ 1.627.000,0	2.508.850,0	13
4.655.157,9	-	4.655.157,9	- 3.559.058,9	380.332,0	-	380.332,0	15
39.026.826,2	+10.000.000,1	49.026.826,3	-	4.192.179,7	+ 1.627.000,0	5.819.179,7	

2. Nachtragshaushalt 2008**Gesamtplan****Teil II: Finanzierungsübersicht für das Haushaltsjahr 2008****A. Ermittlung des Finanzierungssaldos**

1. Ausgaben
(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt,
Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung
eines Fehlbetrags)
2. Einnahmen
(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Ent-
nahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)

B. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

1. **Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt**
 - 1.1 Einnahmen aus Krediten
 - 1.1.1 vom Kreditmarkt nach Art. 2
 - 1.1.2 vom Kreditmarkt nach Art. 2a
 - 1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung
 - 1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)
nach Art. 2
 - 1.2.2 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)
nach Art. 2a
 - 1.3 **Nettokreditaufnahme**
 - 1.3.1 am Kreditmarkt (Nr. 1.1.1 abzüglich Nr. 1.2.1) nach Art. 2
 - 1.3.2 am Kreditmarkt (Nr. 1.1.2 abzüglich Nr. 1.2.2) nach Art. 2a
2. **Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren**
 - 2.1 Einnahmen aus Überschüssen
 - 2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen
3. **Rücklagenbewegung**
 - 3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken
 - 3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke
 - 3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)
4. **Finanzierungssaldo (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)**

Teil III: Kreditfinanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2008

1. **Kredite am Kreditmarkt**
 - 1.1 Einnahmen aus Krediten
 - 1.1.1 vom Kreditmarkt nach Art. 2
 - 1.1.2 vom Kreditmarkt nach Art. 2a
 - 1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung
 - 1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)
nach Art. 2
 - 1.2.2 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)
nach Art. 2a
 - 1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)
 - 1.3.1 Saldo (Nr. 1.1.1 abzüglich Nr. 1.2.1)
 - 1.3.2 Saldo (Nr. 1.1.2 abzüglich Nr. 1.2.2)
2. **Kredite im öffentlichen Bereich**
 - 2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Ge-
bietskörperschaften u. Ä.
 - 2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaf-
ten u. Ä.
 - 2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)
3. **Kreditaufnahmen insgesamt**
 - 3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)
 - 3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)
 - 3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)

Bisheriger Betrag 2008	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-)	Neuer Betrag 2008
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
38.058.158,7	+ 10.000.000,1	48.058.158,8
38.638.916,7	-	38.638.916,7
- 580.758,0	+ 10.000.000,1	9.419.242,1
2.908.914,0	-	2.908.914,0
-	+ 10.000.000,1	10.000.000,1
3.108.914,0	-	3.108.914,0
-	-	-
- 200.000,0	-	- 200.000,0
-	+ 10.000.000,1	10.000.000,1
-	-	-
-	-	-
587.909,5	-	587.909,5
968.667,5	-	968.667,5
- 380.758,0	-	- 380.758,0
- 580.758,0	+ 10.000.000,1	9.419.242,1
2.908.914,0	-	2.908.914,0
-	+ 10.000.000,1	10.000.000,1
3.108.914,0	-	3.108.914,0
-	-	-
- 200.000,0	-	- 200.000,0
-	+ 10.000.000,1	10.000.000,1
200,0	-	200,0
54.000,0	-	54.000,0
- 53.800,0	-	- 53.800,0
2.909.114,0	+ 10.000.000,1	12.909.114,1
3.162.914,0	-	3.162.914,0
- 253.800,0	+ 10.000.000,1	9.746.200,1

103-2-S

Elfte Verordnung zur Änderung der Delegationsverordnung

Vom 9. Dezember 2008

Auf Grund von Art. 55 Nr. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBl S. 816 und 817), und § 18a Abs. 4 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz – KHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1991 (BGBl I S. 886), zuletzt geändert durch Art. 18 des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl I S. 378), erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Zuständigkeit zum Erlass von Rechtsverordnungen (Delegationsverordnung – DelV) vom 15. Juni 2004 (GVBl S. 239, BayRS 103-2-S), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. September 2008 (GVBl S. 730), wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Der Überschrift werden die Worte „und für Verbraucherschutz“ angefügt.
- b) Im einleitenden Satzteil werden nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.

2. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift und im einleitenden Satzteil wird jeweils nach dem Wort „für“ das Wort „Ernährung,“ eingefügt.
- b) In Nrn. 1, 2 und 7 werden jeweils die Worte „Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ durch die Worte „Umwelt und Gesundheit“ ersetzt.

3. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) Nr. 1 wird gestrichen.
- b) Die bisherigen Nrn. 2 bis 4 werden Nrn. 1 bis 3.

4. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift und im einleitenden Satzteil werden jeweils die Worte „Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ durch die Worte „Umwelt und Gesundheit“ ersetzt.
- b) Es wird folgende neue Nr. 1 eingefügt:
„1. auf Grund des § 18a Abs. 4 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz – KHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1991 (BGBl I S. 886), zuletzt geändert durch Art. 18 des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl I S. 378), die Ermächtigung nach § 18a Abs. 4 des Gesetzes,“.
- c) Die bisherigen Nrn. 1 bis 7 werden Nrn. 2 bis 8.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 30. Oktober 2008 in Kraft.

München, den 9. Dezember 2008

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

1102-2-S

Einundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung

Vom 9. Dezember 2008

Auf Grund des Art. 53 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBl S. 816 und 817), erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung (StRGVV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. April 2001 (GVBl S. 161, BayRS 1102-2-S), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. April 2008 (GVBl S. 175), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Satz 2 Nr. 14 werden die Worte „– unbeschadet § 3 Nr. 18, § 5 Nr. 7 und § 8 Nr. 14 –“ gestrichen.
2. § 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 2 werden vor dem Komma die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.
 - b) In Nr. 7 wird das Komma nach dem Wort „Umwelt“ durch das Wort „und“ ersetzt; die Worte „und Verbraucherschutz“ werden gestrichen.
 - c) In Nr. 8 wird nach dem Wort „für“ das Wort „Ernährung“ eingefügt.
3. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 4 werden die Worte „– unbeschadet § 1 –“ gestrichen.
 - b) In Nr. 5 werden die Worte „Bayerischen Sparkassen- und Giroverband“ durch die Worte „Sparkassenverband Bayern“ ersetzt.
 - c) In Nr. 7 werden die Worte „– unbeschadet § 9 Nrn. 1 bis 5 –“ gestrichen.
4. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Überschrift werden die Worte „und für Verbraucherschutz“ angefügt.
 - b) Der einleitende Satzteil wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach dem Wort „Justiz“ werden die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.
 - bb) Nach dem Wort „Rechtspflege“ werden die Worte „und des Verbraucherschutzes“ eingefügt.

c) In Nr. 4 werden die Worte „– unbeschadet § 11 Nr. 6“ gestrichen.

d) In Nr. 12 wird der Schlusspunkt durch ein Komma ersetzt; es werden folgende Nrn. 13 und 14 angefügt:

„13. die Verbraucherschutzpolitik einschließlich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes – unbeschadet § 9 Nr. 5 und § 11 Nr. 5,

14. die Förderung der Verbraucherberatung.“

5. In § 5 Nr. 1 werden nach dem Wort „einschließlich“ die Worte „der Universitätsklinik und“ eingefügt.

6. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 15 werden die Worte „und – unbeschadet § 8 Nr. 13 – die Angelegenheiten der Landeszentralbank im Freistaat Bayern“ durch die Worte „sowie die Mitwirkung in Angelegenheiten der Deutschen Bundesbank“ ersetzt.

b) Nr. 17 wird gestrichen.

c) Die bisherige Nr. 18 wird Nr. 17.

7. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 3a wird gestrichen.

b) In Nr. 15 werden die Worte „– unbeschadet § 3 Nr. 11 und § 9 Nr. 1 –“ gestrichen.

c) In Nr. 18 werden die Worte „der Luftfahrtforschung und“ durch die Worte „der Rechtsetzung und des Vollzugs von Vorschriften zum Schutz gegen Fluglärm und die Angelegenheiten der Luftfahrtforschung sowie“ ersetzt.

d) Nr. 22 wird wie folgt geändert:

aa) Die Worte „unbeschadet der Zuständigkeit des Staatsministeriums des Innern nach § 3 Nr. 2 und der übrigen Geschäftsbereiche“ werden gestrichen.

bb) Die Worte „der Technologie und der Telekommunikation“ werden durch die Worte „der wirtschaftsnahen Forschung, Technologie- und Innovationspolitik sowie der Telekommunikation“ ersetzt.

8. § 9 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Komma durch das

Wort „und“ ersetzt; die Worte „und Verbraucherschutz“ werden gestrichen.

- b) Der einleitende Satzteil erhält folgende Fassung:

„Der Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit umfasst die Angelegenheiten für Umweltfragen und der Gesundheit, insbesondere:“

- c) In Nr. 1 werden vor dem Wort „vorausschauende“ die Worte „Schutz des Klimas und“ eingefügt.

- d) In Nr. 2 wird nach dem Wort „für“ das Wort „Ernährung,“ eingefügt.

- e) In Nr. 3 werden die Worte „– unbeschadet § 8 Nr. 17 –“ gestrichen.

- f) Nr. 4 wird gestrichen.

- g) Die bisherige Nr. 5 wird Nr. 4.

- h) Die bisherige Nr. 6 wird Nr. 5 und wie folgt geändert:

aa) Nach dem Wort „Verbraucherschutzes“ werden die Worte „– unbeschadet § 4 Nr. 13 –“ eingefügt.

bb) Die Worte „– unbeschadet § 5 Nr. 1, § 6 Nr. 1 –“ werden gestrichen.

- i) Die bisherige Nr. 7 wird Nr. 6; die Worte „die medizinischen Fragen der Krankenhausversorgung“ werden durch die Worte „das Krankenhauswesen“ ersetzt.

- j) Es wird folgende Nr. 7 eingefügt:

„7. die gesetzliche Krankenversicherung einschließlich des Vertragsarztrechts sowie die Aufsicht über die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung, deren Verbände und – bezüglich der gesetzlichen Krankenversicherung – die Versicherungsbehörden,“.

- k) Nrn. 8 bis 10 werden gestrichen.

- l) Die bisherige Nr. 11 wird Nr. 8.

- m) Nr. 12 wird gestrichen.

- n) Die bisherige Nr. 13 wird Nr. 9; das Wort „Ernährung“ wird durch das Wort „Lebensmittelsicherheit“ ersetzt.

- o) Nrn. 14 und 15 werden gestrichen.

- p) Die bisherige Nr. 16 wird Nr. 10; die Worte „im Hinblick auf Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz“ werden gestrichen und das Komma wird durch den Schlusspunkt ersetzt.

- q) Nrn. 17 bis 18 werden gestrichen.

9. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird nach dem Wort „für“ das Wort „Ernährung,“ eingefügt.

- b) Im einleitenden Satzteil werden nach dem Wort „für“ das Wort „Ernährung,“ und nach dem Wort „der“ die Worte „Ernährung, der“ eingefügt.

- c) Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Ackerbau, Wein-, Obst- und Gartenbau und landwirtschaftliche Sonderkulturen einschließlich Saatzucht und Pflanzenschutz,“.

- d) Nr. 2 wird gestrichen.

- e) Die bisherige Nr. 3 wird Nr. 2; vor dem Wort „Grünlandwirtschaft“ werden die Worte „ökologischer Landbau und“ eingefügt.

- f) Es wird folgende Nr. 3 eingefügt:

„3. Nachwachsende Rohstoffe in der Land- und Forstwirtschaft,“.

- g) Nr. 4 wird gestrichen.

- h) Die bisherige Nr. 5 wird Nr. 4; die Worte „– unbeschadet § 9 Nrn. 10 bis 15 –“ werden gestrichen.

- i) Die bisherige Nr. 6 wird Nr. 5 und erhält folgende Fassung:

„5. die fachliche Beratung und Fortbildung der Landwirte, die Berufsaus- und -fortbildung in den agrarwirtschaftlichen Berufen und in der Hauswirtschaft sowie die Aus- und Weiterbildung in den agrarwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Fachschulen, Fachakademien und Ausbildungsstätten,“.

- j) Die bisherige Nr. 7 wird Nr. 6.

- k) Es wird folgende Nr. 7 eingefügt:

„7. die Agrarförderung,“.

- l) In Nr. 9 werden die Worte „Flurbereinigung und“ durch die Worte „Flurneuordnung und die Dorferneuerung sowie“ ersetzt.

- m) Nr. 12 wird gestrichen.

- n) Die bisherige Nr. 13 wird Nr. 12; die Worte „– unbeschadet § 9 Nr. 13 –“ werden gestrichen.

- o) Es wird folgende Nr. 13 eingefügt:

„13. die Angelegenheiten der Ernährung und die Festsetzung von Standards für Qualitäts- und Herkunftsprogramme,“.

- p) In Nr. 14 werden die Worte „– unbeschadet § 9 Nrn. 12 und 13 –“ gestrichen.

- q) In Nr. 16 werden die Worte „– unbeschadet der Aufgaben der Hochschulen auf diesen Gebieten und unbeschadet § 9 Nr. 13“ gestrichen.

10. § 11 wird wie folgt geändert:

- a) In Nr. 4 werden die Worte „Nr. 6“ durch die Worte „Nr. 5“ ersetzt.

b) Es wird folgende neue Nr. 5 eingefügt:

„5. den Arbeitsschutz einschließlich – unbeschadet § 4 Nr. 13 – des technischen und stofflichen Verbraucherschutzes, des Arbeitszeitschutzes, des Sonderarbeitsschutzes für Jugendliche und Frauen, der Arbeitsmedizin mit den Berufskrankheiten, der Gewerbeaufsicht einschließlich der Chemikaliensicherheit und der Röntgenverordnung sowie die Überwachung überwachungsbedürftiger Anlagen, soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Staatsministeriums gegeben ist,“.

c) Die bisherige Nr. 5 wird neue Nr. 6.

d) Die bisherige Nr. 6 wird neue Nr. 7; die Worte „– unbeschadet § 9 Nr. 7 – das Krankenhauswesen und“ werden gestrichen.

e) Die bisherige Nr. 7 wird neue Nr. 8.

f) Die bisherige Nr. 8 wird neue Nr. 9 und wie folgt geändert:

aa) Die Worte „gesetzliche Krankenversicherung,“ und die Worte „– unbeschadet § 6 Nr. 1 –“ werden gestrichen.

bb) Vor dem abschließenden Komma werden die Worte „sowie die Aufsicht über die Sozialversicherungsträger, deren Verbände und die Versicherungsbehörden“ eingefügt.

g) Die bisherige Nr. 9 wird neue Nr. 10.

h) Die bisherige Nr. 10 wird gestrichen.

i) In Nr. 15 werden die Worte „– unbeschadet § 7 Nr. 5 –“ gestrichen.

j) In Nr. 18 werden die Worte „sowie des Lagerwesens“ gestrichen.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 30. Oktober 2008 in Kraft.

München, den 9. Dezember 2008

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

200-9-S

**Verordnung
zur Umbenennung
des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz,
des Bayerischen Staatsministeriums
für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
sowie des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten**

Vom 9. Dezember 2008

Auf Grund des Art. 77 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBl S. 816 und 817), erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Das Staatsministerium der Justiz führt die Bezeichnung „Bayerisches Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“.

§ 2

Das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz führt die Bezeichnung „Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit“.

§ 3

Das Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten führt die Bezeichnung „Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“.

§ 4

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 30. Oktober 2008 in Kraft.

(2) ¹Mit Ablauf des 29. Oktober 2008 treten außer Kraft:

1. die Verordnung zur Umbenennung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit in Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 30. Januar 2001 (GVBl S. 38, BayRS 200-2-S),
2. die Verordnung zur Umbenennung des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten vom 30. Januar 2001 (GVBl S. 38, BayRS 200-7-S) und
3. die Verordnung zur Umbenennung des Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie und des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz vom 11. November 2003 (GVBl S. 829, BayRS 200-8-S).

²Die durch die aufgehobenen Rechtsvorschriften eingetretenen Rechtswirkungen bleiben unberührt.

München, den 9. Dezember 2008

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

1102-2-1-S

Änderung der Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung

Vom 9. Dezember 2008

Auf Grund des Art. 53 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBl S. 816 und 817), beschließt die Bayerische Staatsregierung folgende Änderung der Geschäftsordnung:

§ 1

Die Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung (StRGeschO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. November 2006 (GVBl S. 825, BayRS 1102-2-1-S) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 5 Satz 1 werden vor dem Wort „dienstältesten“ die Worte „Staatsminister des Innern, bei dessen Verhinderung auf den“ eingefügt.
2. In § 5 Abs. 3 wird die Zahl „12“ durch die Zahl „14“ und die Zahl „17“ durch die Zahl „21“ ersetzt.
3. Es wird folgender § 5a eingefügt:

„§ 5a

Vorlagen von verbraucherschutzpolitischer Bedeutung

Die Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz kann im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten verlangen, dass Angelegenheiten von verbraucherschutzpolitischer Bedeutung, die nicht in den Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz fallen, dem Ministerrat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden; die Vorlage erfolgt durch das federführende Staatsministerium.“

4. In § 6 Abs. 7 werden nach den Worten „bis 5“ die Worte „und § 5a“ eingefügt.

§ 2

¹Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 30. Oktober 2008 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt § 1 Nr. 2 am 1. Januar 2009 in Kraft.

München, den 9. Dezember 2008

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

1140-1-S

Änderung der Veröffentlichungs-Bekanntmachung

Vom 9. Dezember 2008

Auf Grund des Art. 43 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBl S. 816 und 817), erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verwaltungsvorschrift:

§ 1

Die Bekanntmachung über die amtliche Veröffentlichung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Staatsregierung und der Staatsministerien (Veröffentlichungs-Bekanntmachung – VeröffBek) vom 6. November 2001 (GVBl S. 730, BayRS 1140-1-S), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 4. Dezember 2007 (GVBl S. 860), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 5 Satz 1 wird das Wort „soll“ durch das Wort „kann“ ersetzt.

2. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Der Überschrift werden die Worte „; Verkündungsplattform Bayern“ angefügt.

b) Im Wortlaut werden

aa) die Worte „Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ durch die Worte „Umwelt und Gesundheit“ ersetzt;

bb) vor dem Wort „Landwirtschaft“ das Wort „Ernährung,“ und nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.

c) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1; es werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:

„²Die Amtsblätter werden in elektronischer Form geführt und für die Allgemeinheit im Internet auf der Verkündungsplattform Bayern dauerhaft abrufbar gehalten. ³In der Verkündungsplattform Bayern kann auch der Inhalt des Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatts zum Abruf bereitgestellt werden.“

3. In § 7a Satz 2 werden die Worte

„http://www.servicestelle.bayern.de/bayern_recht/bekanntm_liste.html“

durch die Worte

„<http://www.verwaltung.bayern.de/Bereinigung-veroeffentlichter-Verwaltungsvorschriften.633/index.htm>“

ersetzt.

4. Art. 8 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1 und wie folgt geändert:

aa) Die Worte „in zweifach“ werden durch die Worte „zweifach in“ ersetzt.

bb) Die Worte „, die zur Veröffentlichung im Allgemeinen Ministerialblatt bestimmten Vorschriften sind in einfach bestätigter Ausfertigung dem Staatsministerium des Innern – Redaktion AllMBI –“ werden gestrichen.

b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Die zur Veröffentlichung im Allgemeinen Ministerialblatt bestimmten Vorschriften und sonstigen Bekanntmachungen sind dem Staatsministerium des Innern – Redaktion AllMBI – ausschließlich über das Bayerische Vorschriftenverwaltungssystem (BayVVS) zu übermitteln.“

§ 2

¹Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2009 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt § 1 Nr. 2 Buchst. b mit Wirkung vom 30. Oktober 2008 in Kraft.

München, den 9. Dezember 2008

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer